Eva-Rose Karnofsky

Die europäischen Parteienzusammenschlüsse vor der ersten Direktwahl des Europäischen Parlamentes

Die Entstehung ihrer programmatischen Aussagen

Dissertation
zur
Erlangung des akademischen Grades
Doktor der Sozialwissenschaft
in der Fakultät
für Sozial- und Verhaltenswissenschaften
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

1981

81 168

Eva-Rose Karnofsky

Die europäischen Parteienzusammenschlüsse vor der ersten Direktwahl des Europäischen Parlamentes

Die Entstehung ihrer programmatischen Aussagen

Dissertation
zur
Erlangung des akademischen Grades
Doktor der Sozialwissenschaft
in der Fakultät
für Sozial- und Verhaltenswissenschaften
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

1981

Gedruckt mit Genehmigung
der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften
der Universität Tübingen

Hauptberichterstatter: Prof. Dr. Rudolf Hrbek
Mitberichterstatter: Prof. Dr. Peter Pawelka
Dekan: Prof. Dr. Johannes Neumann
Tag der mündlichen Prüfung: 23. März 1981

UNIV. LEIDEN BIBL.

Gesamtherstellung: Druck- und Werbegesellschaft m.b.H., Euskirchener Str. 30, 5300 Bonn

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Zur Forschungsproblematik	4
1.1.	Materialsituation	4
1.2.	Theoretische Grundlagen zur Erforschung der programmatischen Arbeit der Parteienzusammenschlüsse	1o
1.2.1.	Zur Funktion programmatischer Aussagen	23
2.	Strukturelle Bedingungen der transnationalen Parteienzusammenarbeit	28
2.1.	Die Mitgliedsstrukturen der europäischen Zusammenschlüsse	28
2.1.1.	Der Bund der Sozialdemokraten der EG	32
2.1.2.	Die Europäischen Liberalen Demokraten	44
2.1.3.	Die Europäische Volkspartei	53
2.2.	Die Statuten der europäischen Zusammenschlüsse	6o
2.2.1.	Die Geschäftsordnung des Bundes der Sozialdemokraten der EG	6o
2.2.2.	Die Satzung der Europäischen Liberalen Demokraten	63
2.2.3.	Die Satzung der Europäischen Volkspartei	66
3.	Bisherige transnationale Programmarbeit der Parteien	71
4.	Die Programmatik des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG	77
4.1.	Die Vorbereitungsphase der Plattformarbeit	77
4.2.	Die Arbeit der Untergruppen	81

		Seite
4.2.1.	"Demokratie und Institutionen"	81
4.2.2.	"Wirtschafts- und Sozialpolitik"	99
4.2.3.	"Außenpolitik"	128
4.3.	Die Präambel	142
4.4.	Das Scheitern der Plattform	15o
4.5.	Von der Wahlplattform zum Aufruf an die Wähler	155
4.5.1.	Die Parteiführererklärung	155
4.5.2.	Der Aufruf an die Wähler	16o
4.6.	Demokratische Qualität sozialdemokratischer Programmarbeit	168
5.	Das Europaprogramm der Europäischen Liberalen Demokraten	175
5.1.	Die Vorbereitungsphase der Programmarbeit	175
5.2.	Die Arbeit der Programmkommission	177
5.2.1.	"Für ein demokratisches Europa"	18o
5.2.2.	"Für eine liberale Gesellschaft"	195
5.2.3.	"Für eine liberale Wirtschaft"	2o7
5.2.4.	"Europa und die Welt"	227
5.2.5.	Die Präambel - globale Zielsetzungen der ELD	237
5.3.	Demokratische Qualität liberaler Programmarbeit	246
6.	Die Programmatik der Europäischen Volkspartei	255
6.1.	Die Vorbereitungsphase der Programmarbeit	255
6.2.	Die Programmarbeit	257
6.2.1.	"Unsere Leitlinien für Europa"	257
6.2.2.	"Europa in der Welt"	267

		Seite
6.2.3.	"Die Politik der Europaischen Gemeinschaft"	274
6.2.4.	"Die institutionelle Dynamik der Gemeinschaft"	288
6.3.	Die Wahlplattform der EVP	293
6.4.	Zusammenfassung	297
6.5.	Demokratische Qualität christdemokratischer Programmarbeit	3o2
7.	Schlußbemerkungen	3o9
	Die Gesprächspartner	33o
	Verzeichnis der Tabellen	331
	Verzeichnis der Abkürzungen	332
	Literaturverzeichnis	335

1. Zur Forschungsproblematik

1.1. Materialsituation

Forschungsgegenstand der vorliegenden Untersuchung ist die deskriptive Analyse des Entstehungsprozesses der programmatischen Aussagen der europäischen Parteienzusammenschlüsse. Sie basiert auf

- dem Vergleich der Programme bzw. Plattformen mit ihren Entwürfen,
- Protokollen und Aufzeichnungen über die Arbeit der Programmkommissionen,
- Kongreßunterlagen,
- Programmaussagen der beteiligten Parteien und Organisationen sowie auf
- Interviews mit Akteuren.

Wesentlich beeinflußt wurde die Materialbeschaffung vom Zeitfaktor. Bereits 1975 nahm die Programmarbeit ihren Anfang, abgeschlossen war sie in allen drei Zusammenschlüssen spätestens 1978. Entwürfe, Protokolle und persönliche Aufzeichnungen von Akteuren, selbst die Unterlagen der Kongresse der Europäischen Parteienzusammenschlüsse waren nicht mehr vollständig einzusehen. Da die Vorgehensweise in der Programmarbeit in den einzelnen Zusammenschlüssen divergierte, ist auch die Materialsituation für die Deskription der Programmentstehung nicht vergleichbar. Zudem war die Bereitschaft der politischen Akteure, durch schriftliche Unterlagen die Konflikte innerhalb ihres jeweiligen Zusammenschlusses zu belegen, unterschiedlich hoch und stand im Ermessen der jeweiligen Person. Dies gilt für alle drei Zusammenschlüsse gleichermaßen.

Der Bund der Sozialdemokraten hat seine Plattform in vier Arbeitsgruppen erarbeitet. Die Protokolle dieser Arbeitsgruppen liegen zum größten Teil vor. Allerdings wurde die Protokollführung in den einzelnen Gruppen unterschiedlich gehandhabt; es handelt sich

zum Teil um kurze Beschlußprotokolle, zum Teil geben sie die gesamten Argumentationsketten wieder.

Vorentwürfe einzelner Mitglieder für einzelne Textpassagen liegen nur wenige vor. Die Abschlußberichte der vier Arbeitsgruppen sind alle zugänglich.
Die Aussagen der Untersuchung zur Parteiführererklärung stützen sich ausschließlich auf Interviews.
Die Entstehung des Aufrufs an die Wähler wiederum kann auch mit Hilfe von Vorentwürfen und Änderungsanträgen der Mitgliedsparteien des Bundes nachgezeichnet werden.
Das Programm der Europäischen Liberalen Demokraten wurde von einer Programmkommission erarbeitet, in die jede Mitgliedspartei einen Vertreter entsandte. Protokolliert wurden die Sitzungen der Programmkommission nicht. Vorentwürfe der einzelnen Programmteile existieren nicht mehr. Der Programmkommission sind Anträge an den Den Haager Kongreß der ELD 1977, erarbeitet von Arbeitsgruppen mit Vertretern aus allen Mitgliedsparteien zu einzelnen Themenbereichen, an die Hand gegeben worden. Das Kurzprotokoll des Haager Kongresses, das die Diskussion der Anträge wiedergibt, liegt vor. Die Diskussion innerhalb der Programmkommission konnte nur anhand von Interviews mit Teilnehmern nachvollzogen werden. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und zur EVP diskutierten die ELD-Parteien ihr Programm abschließend auf ihrem Brüsseler Kongreß 1977. Die umfangreichen Antragspakete der Mitgliedsparteien liegen ausnahmslos vor. Sie ermöglichen eine ausführliche Darstellung der Positionen der Mitgliedsparteien zu den einzelnen Themenbereichen des Programms und damit das Aufzeigen der Konfliktlinien innerhalb der ELD. Das Protokoll des Brüsseler Kongresses, das über die Abstimmungsergebnisse und das Abstimmungsverhalten der einzelnen Parteien Auskunft geben könnte, liegt nicht vor. Die Diskussion des

Programms in der F.D.P., einer Mitgliedspartei der ELD, läßt sich durch das Protokoll ihrer Bundeshauptausschußsitzung zum ELD-Programm nachvollziehen. Über den Diskussionsverlauf innerhalb der anderen Parteien ist wenig bekannt.[1] Eine Aussage über die Repräsentativität des Vorgehens der deutschen Liberalen kann nicht gemacht werden.
Für alle drei Zusammenschlüsse gilt, daß über ihre deutschen Mitgliedsparteien das meiste Material vorliegt.
Über die Vorbereitungsphase der Programmarbeit der Europäischen Volkspartei liegt vertrauliches Material vor, dessen Herkunft ungenannt bleiben muß. Die Existenz von Sitzungsprotokollen der Programmkommission ist wahrscheinlich,[2] sie wurden der Verfasserin jedoch nicht zugänglich gemacht. Es waren auch nicht mehr alle Vorentwüfe des Programmes zu beschaffen. Grundlagen der EVP-Plattform konnten dagegen herangezogen werden (EUCD-Manifest, Tindemans-Bericht). Günstig auf die Analyse der Arbeit der EVP wirkte sich die publizistische Begleitung der Programmarbeit aus.
Zur Wahlplattform der EVP liegen ein Vorentwurf sowie Änderungsanträge vor, es fehlt der erste Textentwurf.
Obwohl die Entstehung der Programmaussagen nicht minutiös belegt werden kann, ist das vorhandene Material doch geeignet, den Weg der Entstehung der Programme sowie die Konflikte zwischen den Parteien zu beschreiben.
Zur Vervollständigung und Interpretation der Unterlagen wurden Interviews mit politischen Akteuren ge-

---

1 Schon die Beschaffung der meisten Parteiprogramme stieß in einigen Ländern auf Probleme. Interne Papiere waren erst recht nicht zu erhalten. Sprachbarrieren verhinderten eine genaue Analyse dänischer und italienischer Texte.

2 Information der Verfasserin.

führt, die am Entstehungsprozeß beteiligt waren. Es wurden etwa dreißig Akteure aus allen drei Zusammenschlüssen interviewt. Wichtigstes Kriterium bei der Auswahl der Gesprächspartner war ihre Rolle im Entstehungsprozeß der Programmaussagen, wie sie sich den Unterlagen zufolge darstellte. Berücksichtigt wurden die Generalsekretariate der drei Zusammenschlüsse, da sie weitgehend die Organisation und Koordination der Arbeit in Händen hatten, an der inhaltlichen Arbeit zum Teil beteiligt waren und die Verbindung zu den Mitgliedern unterhielten. Für den Bund der Sozialdemokraten wurden Teilnehmer aus allen Arbeitsgruppen und ein Mitarbeiter des verstorbenen Vorsitzenden der 1975 eingesetzten Programmarbeitsgruppen, Wilhelm Dröscher, befragt, wobei neben SPD-Vertretern auch Mitglieder dreier weiterer Parteien (PvdA/BSP/LSAP) gehört wurden. Für die ELD wurden drei Mitglieder der Programmkommission interviewt: ihr Vorsitzender, der F.D.P.-Vertreter sowie ein Vertreter der niederländischen VVD. Ein Vertreter der Jugendorganisation LYMEC wurde zu deren Außenseiterposition auf dem Brüsseler Kongreß 1977 gehört. Für die EVP wurden eine Reihe von Vertretern der Programmkommission befragt, deren Berichterstatter sowie ein Mitarbeiter ihres Vorsitzenden.[1] Zu Wort kamen die beiden stärksten Strömungen innerhalb der EVP, die beiden deutschen Parteien und ein belgischer Vertreter, ferner ein Mitarbeiter eines EUCDA-Vertreters. Für alle drei Zusammenschlüsse kamen nur die europäischen Unterorganisationen (Jugend, Frauen, Arbeitnehmer etc.) zu Wort, die tatsächlich an der Programmarbeit teilhatten. Für die vier deutschen Parteien (SPD/F.D.P./ CDU und CSU) wurden jeweils mehrere mit der europäischen Arbeit befaßte Funktionäre, politische Vertreter sowie Mitarbeiter

---

1 Der Vorsitzende Wilfried Martens stand als belgischer Ministerpräsident nicht zur Verfügung.

politischer Vertreter in der Programmkommission interviewt.
Beeinflußt wurde die Auswahl der Gesprächspartner durch deren Verfügbarkeit. Etliche Teilnehmer fanden aufgrund herausragender politischer Funktionen nicht die Zeit zu einem Interview. Dies gilt für alle drei Parteienzusammenschlüsse, fällt aber hauptsächlich für die ELD ins Gewicht.[1] Zwei Gespräche mit Mitgliedern der Programmkommission kamen nicht zustande. Für den Bund der Sozialdemokraten konnte kein an der Programmarbeit beteiligtes Mitglied des Europäischen Parlamentes befragt werden, lediglich ein hauptamtlicher Funktionär der EP-Fraktion. Von den Gesprächspartnern der EVP und ELD wurde jeweils ein europäischer Abgeordneter interviewt.[2]

Aus der Funktion des Interviews als ergänzende Informationsquelle, als Recherche zum Verlauf der Programmerarbeitung und deren Problematik sowie aus den nicht vergleichbaren Rollen der einzelnen Gesprächspartner schloß sich das standardisierte Interview von vornherein aus. Die Fragestellung in den einzelnen Gesprächen resultierte aus der Partei- und Organisationszugehörigkeit, der Funktion der Interviewten in der eigenen Partei und auf der europäischen Ebene und der individuellen Funktion in der Programmarbeit.
Auch das freie Interview mit Recherchen-Charakter stellt eine soziale Interaktion verbaler Art zwischen den beteiligten Personen dar.[3]

---

1 Die liberalen Parteien entsandten nur je Partei einen politischen Vertreter in die Programmkommission.

2 Viele der Befragten baten darum, ihre Aussagen nicht namentlich zu kennzeichnen. Es wird in der nachfolgenden Studie darauf verzichtet; es sind lediglich die Namen der Interviewten aus einer Liste der Gesprächspartner am Schluß der Arbeit zu entnehmen. Informationen aus Interviews und vertrauliche Dokumente werden mit dem Hinweis "Information der Verfasserin" gekennzeichnet.

3 Vgl. R.L.Kahn/C.F. Cannell, The Dynamics of Interviewing, New York 1957, S. 195.

Im Unterschied zu offiziellen Protokollen, Anträgen und Programmen, die eine sanktionierte Sprachregelung der betroffenen politischen Akteure enthalten und bei der Analyse nur durch die subjektive Wahrnehmung fehlinterpretiert werden können, birgt das Interview von vorneherein mehrere Fehlerquellen in sich: Es entwickelt sich ein durch äußere Situation und Interaktion bestimmter Gesprächsablauf, der Befragte bleibt häufig aufgrund der Gesprächsentwicklung auf Ad-hoc-Strategien angewiesen, nicht selten schließt der Gesprächsverlauf die Klärung von für die Untersuchung wesentlichen Fragen aus.
Als Verständnis verzerrend in den Gesprächen hat sich gelegentlich sprachliche Begrifflichkeit erwiesen;[1] so konnte in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht immer eine Definition von Termini wie Integration, Föderation, Föderalismus u.ä. erfragt werden.[2]

Wesentlich für ein erfolgreiches Interview ist im übrigen die Verfügbarkeit der gewünschten Informationen für den Befragten. Einige der von der Interviewforschung angeführten Faktoren, weshalb Informationen nicht weitergegeben werden, sind:

- Der Befragte kann die gewünschte Information vergessen haben. Da die Anfänge der europäischen Programmarbeit schon einige Jahre zurückliegen, war dieser Faktor auch bei den für diese Untersuchung geführten Gesprächen anzutreffen.
- Das angefragte Problem kann eine unbedeutendere Rolle für den Interviewten gespielt haben und daher kaum reflektiert sein. Dies traf gelegentlich dann zu, wenn subjektive Interpretationen bestimmter Phänomene gewünscht waren.

---

1 Hartwig Berger, Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit, Frankfurt a.M. 1974, S. 32 - 33.

2 Berger weist ebenfalls auf die Möglichkeit unterschiedlicher Konnotationen bei bestimmten Begriffen hin. Vgl. ebenda, S. 84.

- Die Weitergabe einer bestimmten Information mag dem Befragten bedrohlich erscheinen.[1] Inwieweit dies in dieser Schärfe der Fall war, ist nicht zu überblicken. Festzuhalten bleibt jedoch, daß an der Weitergabe bestimmter Informationen über interne Konflikte in einigen Gesprächen kein Interesse bestand.

1.2. Theoretische Grundlagen zur Erforschung der programmatischen Arbeit der Parteienzusammenschlüsse

In dieser Untersuchung wird nicht, wie verschiedentlich anzutreffen, von europäischen Parteien die Rede sein, sondern von Parteienzusammenschlüssen. Es wird im Rahmen dieser Studie erst die Frage gestellt, inwieweit die Satzungen, programmatischen Aussagen und Willensbildungsprozesse dieser Zusammenschlüsse bereits die von Parteien sind.
Die europäischen Parteienzusammenschlüsse haben bislang noch nicht den Beweis erbracht, daß sie dauerhaft und bis in die lokale Ebene durchorganisiert sind sowie den Willen zur Machtausübung bekunden; dies sind nach La Palombara/Weiner die wesentlichen Kriterien von Parteien. Bisher bemühten sich die Zusammenschlüsse nur im Wahlkampf für die erste Direktwahl des Europäischen Parlamentes um Unterstützung,[2] das aber auch nur über die nationalen Parteien, die auch die Kandidatenauswahl in Händen hatten. Die

---

1 Vgl. Hartwig Berger, Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit, Frankfurt a.M. 1974, S. 93.

2 Vgl. Joseph La Palombara/Myron Weiner, Hg., Political Parties and Political Development, Princeton (N.J.) 1966, S. 3 - 42. Die Thesen von La Palombara/Weiner diskutieren ausführlich Paul-H.Claeys/Nicole Loeb-Mayer, Les groupements politiques dans la perspective de l'élection du parlement européen, Brüssel 1978, S. 39.

Europäischen Liberalen Demokraten (ELD) nennen sich Föderation. In den Verlautbarungen der ELD wird sie nie als Partei bezeichnet, lediglich in den Äußerungen einzelner Politiker ist dies anzutreffen. Von allen drei Zusammenschlüssen als Föderation zu sprechen erscheint nicht adäquat, da innerhalb des Bundes der Sozialdemokraten starke Bedenken gegen diese Bezeichnung existieren: sie sei zu eng an eine föderative Staatskonzeption angelehnt, die von mehreren Parteien für die EG nicht akzeptiert wird. Die Sozialdemokraten verstehen sich, im Gegensatz zur Europäischen Volkspartei (EVP), ausdrücklich nicht als Partei, sondern als regionale Organisation der Sozialistischen Internationale.

Mit dem Beginn der Arbeit der Europäischen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) nahm auch die Parteienkooperation im Rahmen der Gemeinschaft ihren Anfang. In der Europäischen Versammlung organisierten sich die Parteien in supranationalen politischen Fraktionen. Über diese Fraktionen hinaus intensivierte sich die Zusammenarbeit der in den Fraktionen vertretenen Parteien auf transnationaler Ebene nur langsam. Die Sozialisten gründeten das Verbindungsbüro als regionale Organisation der Sozialistischen Internationale; die Christdemokraten bildeten im Rahmen der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) ein Politisches Komitee der EG-Parteien; nur den Liberalen gelang erst mit der Gründung der Europäischen Liberalen Demokraten die Institutionalisierung der Parteienkooperation auf EG-Ebene.[1] Noch 1971 konnte der spätere EG-Kommissar Vredeling "the absence of any move towards European integration among the political parties in the member states" feststellen.[2]

---

1 Vgl. dazu: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa, Bonn 1976.

2 Henk Vredeling, The Common Market of Political Parties, in: Government and Opposition 4/1971, S. 448.

Entsprechend spielte die Erforschung transnationaler Parteienkooperation bis Mitte der siebziger Jahre nur eine marginale Rolle. Die Fraktionen des Europäischen Parlamentes wurden in einigen Fällen wissenschaftlich untersucht.[1] Das Forschungsinteresse an der transnationalen Parteienkooperation in den Internationalen war schon wegen des losen, unverbindlichen und meist informellen Charakters dieser Zusammenarbeit nicht ausgeprägt.[2] Eine Wandlung trat im Vorfeld bzw. im Zuge der Ankündigung europäischer Direktwahlen im Dezember 1974 durch den Europäischen Rat ein. Die Parteien formierten sich im europäischen Rahmen im Hinblick auf die Europawahl. Die Direktwahl und die Funktion der Parteienzusammenschlüsse vor der Wahl, aber auch ihre Rolle im weiteren Verlauf der Europäischen Integration nach der Wahl wurden Gegenstand zahlreicher Untersuchungen. Detaillierte Forschungsergebnisse über die Arbeit der neu entstandenen Parteienzusammenschlüsse,ihre tatsächliche Funktion im europäischen Institutionengefüge vor und nach der Direktwahl, ihre Verflechtungen und Rückkopplungen zu den nationalen Parteien und EP-Fraktionen sowie über ihre interne Struktur liegen kaum vor.
Die Integrationstheorie hat die Rolle von europäischen Parteien oder Parteienzusammenschlüssen nur sehr beiläufig erwähnt.[3] Erst vor der Direktwahl wurde versucht, die Stellung der Parteien in den integrationstheoretischen Ansätzen zu bestimmen.[4]

---

1 Vgl. z.B. Guy van Oudenhove, The Political Parties in the European Parliament, Leyden 1965.

2 Die meiste Aufmerksamkeit zog noch die Sozialistische Internationale auf sich. Mit ihr befaßte sich ausführlich Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, 3 Bde, Hannover 1973. Zum Begriff der informellen Zusammenarbeit vgl. Norbert Gresch, Zwischen Internationalismus und nationaler Machtbehauptung - Die europäische Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien, in:Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa, a.a.O., S. 166-168.

3 Vgl. Hans-Dieter Heumann, Europäische Integration und nationale Interessenpolitik, Meisenheim 1980, S. 100.

Die Neofunktionalisten um Haas, die Vertreter der Kommunikations- und Lerntheorie und die Anhänger der Systemtheorie sehen Parteienkoalition und -kooperation als Indikator für Integration an[1] (das heißt, schon die formale Existenz europäischer Parteien ist ein Zeichen für Integration). Allein die Existenz politischer Organisationen, die den Anspruch stellen, europäische Parteien zu sein, kann als Indikator für Integration nicht ausreichen: Es müssen Kategorien und Fragestellungen entwickelt werden, anhand derer zu messen ist, inwieweit der Integrationsprozeß der Parteien fortgeschritten ist. Sicherlich sind die Satzungen und Statuten Indizien zumindest für den Willen zur Kooperation auf europäischer Ebene, bedeutsamer erscheint aber deren Realisation; die innere Kohäsion der Parteienzusammenschlüsse ist ein maßgeblicher Faktor für Integration. Auch die Erarbeitung gemeinsamer Programmaussagen ist ein Zeichen dafür, daß Zusammenarbeit überhaupt stattfindet, daß versucht wird, die Kooperation zu intensivieren; sie signalisiert die Bereitschaft, gemeinsame Zielvorstellungen und Arbeitsgrundlagen für die Zukunft, zumindest aber für den Wahlkampf zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlamentes zu schaffen.

Der Wunsch der nationalen Parteien nach Stimmenmaximierung gilt zumindest als ein Grund für die

---

Zu Seite 12

4 Vgl. Rudolf Hrbek, Eine neue politische Infrastruktur? Zum Problem transnationaler Parteienkooperation und Koalition politischer Parteien in der EG, in: Zusammenarbeit der Parteien in Europa, a.a.O., S.346 - 354. Rudolf Hrbek stellt die einzelnen Integrationsansätze vor unter der Fragestellung, welche Rolle sie der Parteienkooperation und -koalition bei der Integration zuweisen.

1 Vgl. ebenda,

Institutionalisierung europäischer Parteienzusammenschlüsse.[1] Es ist zu untersuchen, inwieweit auch der Entschluß. europäische Programme zu erarbeiten, nur unter diesem Aspekt gesehen wurde, oder ob seitens der nationalen Parteien, der EP-Fraktionen und der Akteure in der Programmarbeit noch weitere Erwartungen mit diesen Programmen verknüpft wurde.[2]

Während der Programmerarbeitung muß eine intensive Kooperation zumindest einer bestimmten Gruppe von Akteuren stattfinden. Es stellt sich die Frage, ob diese intensivierte Kommunikation Lernprozesse bei den Akteuren und nachfolgend in den nationalen Parteien initiiert hat, die integrationsfördernd wirken, oder ob sie vielmehr zum Erkennen integrationshemmender Faktoren führte. Die integrationsfördernden bzw. -hemmenden Faktoren sollen in dieser Studie beschrieben und analysiert werden.
Im Mittelpunkt der Programmarbeit und damit dieser Untersuchung steht die Vereinbarkeit von Werten und Zielen von Parteien, die zwar über ein gewisses Maß gemeinsamer Identität[3] durch die Zugehörigkeit zu

---

1 Vgl. Geoffrey Pridham/Pippa Pridham, The New European Party Federations and Direct Elections, in: The World Today, Vol.35,2/1979, S.69. Dies würde die 1973 von Beate Kohler aufgestellte These unterstützen, daß zumindest im Ansatz die Bildung eines europäischen Parteiensystems wesentlich davon abhängen wird, ob Direktwahlen gleichzeitig in der gesamten Gemeinschaft stattfinden. Vgl. Beate Kohler, Integration und Verflechtung durch Europäische Wahlen?, in: Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien 1973, S.263. D.h., es bedürfte eines äußeren Anreizes, eines "funktionalen Interesses"; Die Parteien erwarteten für ihre gemeinsamen Anstrengungen als "Belohnung" ein gutes Wahlergebnis. Vgl. Kurt P. Tudyka, Internationale Beziehungen, Stuttgart 1971, S.68.

2 Zu den möglichen Erwartungen und den Funktionen der Programme s. Kap. 1.2.1..

3 Dies ist laut Deutsch eine Bedingung für Integration. Vgl. K.W.Deutsch, Analysis of International Relations Englewood Cliffs, dt. Ausgabe: Analyse internationaler Beziehungen, Frankfurt a.M., nach der dt. Ausgabe wird hier zitiert, S.273.

Parteifamilien, Internationalen und auch EP-Fraktionen verfügen, die aber bislang fast ausschließlich unter voneinander verschiedenen nationalen Bedingungen gearbeitet haben. Inwieweit diese gemeinsame Identität über formale Kriterien und bestimmte historische Gemeinsamkeiten hinausreicht, manifestiert sich vor allem in der Konsonanz von Wert- und Zielvorstellungen und Problemlösungsstrategien. Es ist zu untersuchen, ob es den Parteien gelang, ihre politischen Leitbilder und Konzeptionen zu vereinbaren oder sogar neue Leitbilder und Strategien für ihr gemeinsames Handeln auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft zu entwickeln.[1] Problemlösungsstrategien und -vorschläge sind von den Parteien bisher vorrangig für nationale Systeme entwickelt worden; die EG spielte nur eine unbedeutende Rolle. In den europäischen Programmen bietet sich ihnen die Möglichkeit, sowohl politische Ziele als auch Realisierungsvorschläge für die europäische Ebene zu erarbeiten, deren Umsetzung gemeinsam erreicht werden kann. Die Vereinbarkeit von Wert- und Zielvorstellungen, die Setzung neuer europäischer Leitbilder und die Identifikation der nationalen Parteien mit diesen Ergebnissen der transnationalen Arbeit soll als ein Gradmesser dafür gesehen werden, wie weit Integration innerhalb der Zusammenschlüsse

---

1 Diese Möglichkeit sieht Statz als gegeben. Vgl. Albert Statz, Zum Stellenwert der Direktwahl zum Europäischen Parlament im Integrationsprozeß - Eine Skizze, in: Thomas Ellwein, Hg., Politikfeld-Analysen 1979, Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW, Okt. 1979 in Augsburg, Opladen 1980, S. 234.

Leitbilder sind "Ideale" und Normen, die dem politischen Handeln Orientierung geben, "typische Verhaltensweisen", sowie Strategien als "Vorstellung von Abläufen", Heinrich Schneider, Leitbilder der Europapolitik 1, Der Weg zur Integration, Bonn 1977, S. 20 - 22.

fortgeschritten ist. Die Ausklammerung bestimmter Politikbereiche wäre ein Indiz für die Unvereinbarkeit von Wert- und Zielvorstellungen in diesen Bereichen Aussagen mit Leerformelcharakter bzw. sehr allgemein gehaltenen Formulierungen könnten auf die Unvereinbarkeit von Detailzielen und -lösungsansätzen hinweisen. Der Abschluß des Integrationsprozesses der Parteien wäre die Identifikation mit europäischen Parteien, deren Untergliederungen die nationalen Parteien darstellten. Programmatische Aussagen der europäischen Parteien erhielten in dem Fall den verbindlichen Charakter nationaler Programme. Programme der europäischen Zusammenschlüsse können durch ihre bloße Existenz Identität vermitteln, innerhalb der Zusammenschlüsse integrierend wirken, da sie immer einen gewissen Wertekonsens darstellen.

Die europäische Programmarbeit wird nicht isoliert innerhalb der europäischen Programmarbeitsgruppen verlaufen, sie wird durch Informationen und Daten von außen beeinflußt werden, schon deshalb, weil die Akteure in nationalen Parteien, aber auch in Organisationen und politischen Gremien eingebunden sind, die angesichts der bevorstehenden Europawahl gewisse Interessen mit der Programmarbeit verfolgen; so wollen die nationalen Parteien die Programme im Wahlkampf vorstellen. Es ist zu erwarten, daß Rückkopplungsprozesse zwischen Programmakteuren und den Ebenen stattfinden, die bestimmte Erwartungen mit den Programmen verknüpfen. Potentielle Akteure dieser Rückkopplungsprozesse sind die Fraktionen des Europäischen Parlaments als diejenigen, die Teile der Programme politisch umsetzen könnten, die nationalen Parteien, ihre Vorstände, Gliederungen und Arbeitsgemeinschhaften (Jugend, Frauen etc.), nationale Regierungen, aber auch gesellschaftliche Gruppen, wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf nationaler

wie europäischer Ebene.[1] Die Intentionen dieser Rückkopplungen sind zu untersuchen; wirkten sie verstärkend mit der Zielrichtung, den Integrationsprozeß der EG insgesamt, aber auch der Parteien im besonderen voranzutreiben, oder aber wurden vornehmlich nationale Interessen eingebracht, die integrationshemmend wirkten?
Innerhalb dieser Arbeit soll auf die demokratische Legitimation der an der europäischen Programmarbeit beteiligten Akteure eingegangen werden, auf ihre Verankerung in den nationalen Parteien während der Programmarbeit. Da Integration auch Lernprozesse der Parteibasis und der Allgemeinbevölkerung voraussetzt, ist zumindest ein gewisses Maß an Transparenz der Willensbildungsprozesse der europäischen Akteure unumgänglich, um diese nachvollziehbar zu machen. Dies ist um so mehr notwendig, als die Programme auch die Funktion von Wahlprogrammen übernehmen sollen und sie den Bürger mit der europäischen Parteienkooperation vertraut machen müssen.
Es ist zu fragen, in welcher Form Mitgliederpartizipation bei der Programmarbeit möglich war, oder ob die Programmgenese ausschließlich von Europaspezialisten geprägt war und die demokratische Legitimation der Programmarbeit vorrangig aus dem Repräsentationsprinzip abgeleitet wurde.[2] Das Repräsentationsprinzip

---

1 Die Frage wirft auf Rudolf Hrbek, Europäisierung politischer Parteien und ihre Folgen, in: Thomas Ellwein, Hg., a.a.O., S.84.

2 Zum Repräsentationsprinzip vgl. Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, in: ders.,Hg.,Partei und System, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973, S.1o8-152. Fraenkel definiert Repräsentation als "die rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktionen durch verfassungsmäßig bestellte, im Namen des Volkes, jedoch ohne dessen bindenden Auftrag handelnden Organe eines Staates oder sonstigen Trägers öffentlicher Gewalt, die ihre Autorität unmittelbar vom Volke ableiten und mit dem Anspruch legitimieren, den Gesamtinteressen des Volkes zu dienen und dergestalt dessen wahren Willen zu vollziehen."Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart/Berlin/Mainz/Köln 1964, S.33off. Diese Definition läßt sich auf europäische Parteieliten transponieren.

ließe sich aus der Sicht der Akteure vor allem dann rechtfertigen, wenn die europäische Arbeit, die Programmgenese eingeschlossen, als "intergouvernementale" Zusammenarbeit verstanden wird, wie sie auch bislang fast ausschließlich von Parteiführungen betrieben worden ist. Mit der Gründung der Parteienzusammenschlüsse war in der Literatur vereinzelt der Hoffnung Ausdruck verliehen worden, daß mit ihnen eine zusätzliche Ebene der politischen Einflußnahme geschaffen würde, die auch zu einem Ausgleich für mangelnde Mitwirkungsmöglichkeiten der Parteien auf nationaler Ebene führen könnte.[1] Bislang hat die Herausbildung supranationaler Strukturen eher noch zu "einer Steigerung des allgemeinen Demokratie-Defizits in Europa"[2] beigetragen. Es ist zu untersuchen, ob die Programmarbeit auch zu größeren Partizipationsmöglichkeiten für die Parteigliederungen führt, deren Beteiligungsdefizit auf einen Mangel an innerparteilicher Demokratie zurückgeht und sich z.B. in der Entstehung von Bürgerinitiativen in den nationalen Systemen manifestiert.[3] Je stärker die Rückkopplung zu den nationalen Parteigliederungen, desto eher erfüllen die europäischen Parteienzusammenschlüsse Interessenaggregationsfunktionen, desto eher organisieren sie den "chaotic public will" auf europäischer

---

1 Vgl. Karlheinz Reif, Die Rolle der politischen Parteien in der künftigen Verfassung der Europäischen Union, in: Wolfgang Zapf, Hg., Probleme der Modernisierungspolitik, Meisenheim an Glan 1977, S. 97.

2 Winfried Steffani, Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien, Opladen 1979, S. 139.

3 Vgl. z.B. P.C.Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung, Hamburg 1976, S. 28 ff.

Ebene.[1] Gerade der Partizipation an der Programmarbeit kommt große Bedeutung zu, da die Programme die Werte und Ziele der Zusammenschlüsse festschreiben. Nicht nur die von den Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften etc. an die Akteure gerichteten Kommunikationsströme gilt es auf ihre Inhalte und demokratische Qualität zu untersuchen, auch die Interaktionsformen und Konfliktregelungsmechanismen in den europäischen Programmarbeitsgruppen sind von Interesse.[2]

Aufgrund der Binnenstruktur der Zusammenschlüsse hält Reif konkordanzdemokratische Willensbildungsprozesse für angemessen.[3] Konkordanz setzt Interessen- und Meinungsvielfalt voraus,- bei jeweils über zehn Parteien in den Zusammenschlüssen kann man diese voraussetzen. Der Einfluß wird aufgeteilt, "sei es im Maß der relativen Stärke (nach Proporz) oder nach der Maxime möglichst weitgehenden Ausgleichs."[4] Die Konflikte werden zwischen den Akteuren ausgehandelt.

Nach welchem Muster vollzieht sich der Willensbildungsprozeß bei der Programmerarbeitung? Setzen die

---

1 Sigmund Neuman, Hg., Modern Political Parties, Chicago 1956, S. 396.

2 Vgl. Rudolf Hrbek, Eine neue politische..., a.a.O., S. 385.

3 Vgl. Karlheinz Reif, Die Rolle der politischen Parteien..., a.a.O., S. 97. Die Begriffe Konkordanz bzw. Konkurrenzdemokratie wurden bislang immer zur Beschreibung der Willensbildung in Regierungssystemen angewandt. Reif überträgt sie auf Subsysteme der Europäischen Gemeinschaft.

4 Heinrich Schneider, Politische Willensbildung in der Europäischen Gemeinschaft. Zum Erfordernis eines "System of Government", in: Europa-Archiv, 19/1972, S. 656.

finanziell stärksten Parteien ihre Interessen am weitesten durch, zählt die Mitgliederstärke oder etwaige Regierungsfunktion? Bilden sich Koalitionen zwischen einzelnen nationalen Parteien zur Durchsetzung bestimmter Interessen? Inwieweit hat auch das Konkurrenzdemokratiemodell zur Entscheidungsfindung beigetragen, gab es Mehrheitsentscheidungen?[1] "Die Entwicklung der Wirkungsmöglichkeiten der Parteibünde wird von den Entscheidungsfindungsverfahren der neuen Partei-Organisationen abhängen." Bislang spreche allerdings nichts dafür, daß die Parteien bereit seien, ihre Autonomie zugunsten des Mehrheitsentscheids aufzugeben.[2] "Je ausgeprägter die Segmentierung, desto ausgeprägter Konkordanz als Konfliktlösungsmuster," stellen Döring/Reif fest.[3] Auf europäischer Ebene treten neben die Segmentierungen innerhalb nationaler Parteien (Strömungs- oder Gruppenzugehörigkeit, Alter, soziale Schicht etc.) noch die nationalen Segmente, die sogar dominierend seien.[4] Diese These gilt es für die Programmarbeit zu untersuchen, denn es ist durchaus auch denkbar, daß Strömungen einzelner Parteien gemeinsam mit Gruppen oder anderen Parteien versuchen, politische Interessen durchzusetzen, die in der eigenen Partei nicht mehrheitsfähig sind.[5]

---

1 Die Unterscheidung zwischen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie unternimmt Gerhard Lehmbruch, Proporzdemokratie - Politisches System und Politische Kultur in der Schweiz und Österreich, Tübingen 1967; Döring/Reif übernehmen diese beiden Kategorien.

2 Rudolf Hrbek, Parteibünde: Unterbau der EP-Fraktionen und unverzichtbares Element einer funtionsfähigen Infrastruktur der EG- Entwicklungsstand, Probleme und Perspektiven, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2/1976, S. 182

3 Herbert Döring/Karlheinz Reif. The Consociational Democracy Model and the Analysis of Intra-Party Conflict Resolution on the National and Transnational Level, prepared for presentation to the Workshop on "Parties and European Integration," ECPR Joint Session of Workshops, Berlin 1977, S. 6.

4 Vgl. ebenda, S. 28.

Im Konkordanzmodell "besteht die Tendenz, daß den einfachen Mitgliedern des Systems keine funktionalen Kommunikationskanäle zur Artikulation von Dissens zur Verfügung stehen." [1] Diese These macht von Vornherein Einschränkungen bezüglich der Rückkopplungsprozesse und der damit verbundenen demokratischen Qualität der Willensbildungsprozesse bei der Plattformarbeit im Falle des Vorgehens nach dem Konkordanzmodell. Es ist in der Untersuchung zu fragen, inwieweit etwaige Kommunikation und demokratische Partizipation zur Sicherung und Bewahrung eines mittels konkordanzdemokratischen Vorgehens erreichten Konsenses seitens der europäischen und nationalen Akteure verhindert worden ist. "Es besteht die Tendenz, kontroverse Entscheidungen durch ein Junktim (package-deal, d.V.) zu regeln."[2] Bei der Analyse der Programmgenese ist darauf zu achten, ob die europäischen und nationalen Akteure, die mit der Programmentstehung befaßt waren, zur Aufrechterhaltung eines einmal ausgehandelten Konsenses die demokratische Beteiligung der Parteigliederungen blockiert haben, legitimiert durch das innerparteiliche Repräsentationsprinzip.[3] Steiner vertritt die These, daß bei strenger Anwendung des Konkordanzmodells die Tendenz zu geringerer Lernkapazität besteht, da bei relativer Geschlossenheit der Eliten, in diesem Fall der Akteure im Programmentstehungsprozeß, auch das Interesse der Bürger nachlasse, mit den Eliten zu kommunizieren. Der Rückkopplungsprozeß würde dadurch eingeschränkt,[4] die demokratische Qualität

---

zu Seite 2o

5 Vgl. Beate Kohler, Integration und Verflechtung..., a.a.O., S. 262.

1 Jürg Steiner, Majorz und Proporz, in: Politische Vierteljahresschrift, 1/197o, S.144. Diese These Steiners adaptierten auch Döring/Reif, a.a.O., S. 5.

2 Döring/Reif, a.a.O., S. 5.

3 Vgl. Urs Jaeggi, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, überarbeitete Auflage, Frankfurt a.M. 1973, S. 182.

4 Jürg Steiner, a.a.O., S. 144-145.

der Problemlösung nähme ab.[1] Dies wird in der vorliegenden Studie für die Rückkopplungsprozesse aus Parteien und Organisationen überprüft.

Im innerparteilichen Bereich entscheiden sich laut Döring/Reif die Akteure für eine Verhandlungsweise nach dem Konkordanzprinzip, wenn

- "die Gefahren der innerparteilichen 'Zerstrittenheit' für den Wahlerfolg" erkannt sind,
- die "Einheit der Partei" als überragende Norm gilt,
- die Beteiligten in dem Maße kompromißbereit sind, in dem Konflikte vorliegen,
- die beteiligten Gruppen akzeptable Lösungen ausarbeiten können.[2]

Auf die Programmarbeit bezogen heißt das, die Parteien müssen davon ausgehen, daß ein Scheitern der Arbeit sich nachteilig auf das Wahlergebnis auswirken würde, und sie müssen bereit sein, um dieser Programmaussagen willen Kompromisse einzugehen. Die gemeinsamen Wahlaussagen müssen als überragende Norm gelten, sie stehen stellvertretend für den Zusammenhalt der Zusammenschlüsse. Schneider weist daraufhin, daß der Entscheidungsmodus nach dem Konkordanzmodell antagonistische Gegensätze verdrängt und zu ihrer Ausklammerung führt,[3] zur Politik des bequemsten gemeinsamen Nenners und damit zur Innovationsschwäche (führt, d.V.),- oder solche

---

1 Die demokratische Qualität sozialer Problemlösung hängt davon ab, "daß sich freie Kritik, tolerante Diskussion und offene Konfliktaustragung auf einer möglichst breiten sozialen Basis vollziehen." Wolfgang Adrian, Demokratie als Partizipation, Versuch einer Wert- und Einstellungsanalyse, Meisenheim a.Gl. 1977, S. 52.

2 Döring/Reif, a.a.O., S.11. Döring/Reif leiten diese Bedingungen für den innerparteilichen Bereich ab aus James A.Dunn jr., "Consociational Democracy" and Language Conflict: A Comparison of the Belgian and Swiss Experiences, in: Comparative Political Studies, 5/1972-73, S. 3-39.

Gegensätze werden im Kreis der Partner gar nicht erst artikuliert." [1] Schneider weist aber auch auf die Probleme des Konkurrenzmodells hin: knappe Mehrheiten könnten Zentrifugalimpulse auslösen, die das System, in diesem Falle die Parteienzusammenschlüsse, nicht ertragen kann.[2]

1.2.1. Zur Funktion programmatischer Aussagen

Bislang wurde nur erwähnt, daß den europäischen Programmen eine Funktion bei der Stimmenmaximierung vor der Wahl zukommen kann, daß sie vorrangig unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Wahl konzipiert worden sind. Parteiprogramme nehmen jedoch im nationalen System noch weitere Funktionen wahr; sowohl innerparteilich als auch nach außen [3] können sie Wirkungen hervorrufen, selbst wenn die Akteure diese Aspekte nicht bewußt in die Programmarbeit einbeziehen.
Besonders vor der Wahl von Bedeutung ist die Profilfunktion von Programmen; sie sollen dazu beitragen, sich von der Konkurrenzpartei abzugrenzen.[4]
Für die Programmerarbeitung heißt das, vorliegende Programme und Aussagen der Konkurrenten sowie Veröffentlichungen über deren Programmarbeit genau zu beobachten, sich durch besondere Akzentuierungen vom Gegener abzuheben, aber auch, von ihm hervorgehobene Themenbereiche nicht etwa auszuklammern,

---

zu Seite 22

3 Flechtheim weist darauf hin, wie wichtig Ausklammerungen für die Programmanalyse sind. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Politische Programme, in: Evangelisches Staatslexikon, Hg. Hermann Kunst/Roman Herzog/Wilhelm Schneemelcher, Stuttgart/Berlin, vollständig neu bearbeitete und erweiterte Auflage, 1975, Spalte 1873.

1 Heinrich Schneider, Politische Willensbildung..., a.a.O., S. 659.
2 Vgl. ebenda, S. 660.
3 Vgl. Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 403.
4 Vgl. ebenda, S. 402.

sondern in die eigene Programmatik einzubeziehen, um so die Auseinandersetzung mit den Konkurrenten vorzustrukturieren. (Agitationsfunktion/Operationsbasis für die Sachauseinandersetzung).[1] Bei der Untersuchung der Programmgenese wird die Rückkopplung zwischen den Zusammenschlüssem vor und während der Programmarbeit beobachtet. Nicht zu unterschätzen ist der Einfluß von Parteiprogrammen auf die Binnenstruktur der Parteien. Ein Parteiprogramm soll die "gemeinsame verbindliche Richtschnur" sein, die die Mitglieder in die Partei integriert (Integrationsfunktion),[2] ihnen Identifikation mit der Partei erlaubt. Auf europäischer Ebene bekommt die Integrationsfunktion eine besondere Bedeutung: Wie jedes andere Programm sollen die Programme die Mitglieder in die Partei integrieren, ihnen Identifikation ermöglichen, und zwar zum einen mit der nationalen Partei, aber auch mit dem europäischen Zusammenschluß. Die Programme können auch einen Beitrag zur Integration in das europäische System leisten, sie können die Identifikation mit dem Ziel 'Europäische Integration', wie immer die einzelnen Zusammenschlüsse dieses definieren, forcieren. Sie können einen Stimulationseffekt in der Mitgliedschaft auslösen, sich für die Partei, aber auch für die europäischen Ziele einzusetzen. Dies wiederum kann, vor allem vor Wahlen, die Identifikation der Bevölkerung mit diesen Zielen verstärken und gleichzeitig Werbung für die Partei bedeuten.[3]

---

1 Vgl. Henno Kaack, Geschichte und Struktur..., a.a.O., S. 4o2.

2 Vgl. ebenda, S. 4o2 und Heiner Flohr, Parteiprogramm in der Demokratie, Göttingen 1968, S. 6o.

3 Vgl. Heino Kaack, a.a.O., S. 4o2 und Heiner Flohr, a.a.O., S. 6o.

Für die Parteiführung können Programme ein Mittel der politischen Herrschaft darstellen, da sie in der Regel die letztlich gültige Interpretation eines Programmes, zumindest zwischen den Parteitagen, geben. "Eng mit der Herrschaftsfunktion verbunden ist die Legitimationsfunktion. Wer sich darauf berufen kann, im Sinne des Parteiprogramms gehandelt zu haben, gilt als legitimiert."[1] Eine europäische Parteiführung, die in Teilen die Macht der nationalen Parteiführung übernommen hat und Einfluß bis in die nationalen Parteien ausübt, existiert nicht. Wenn die nationalen Parteiführungen die europäische Programmatik anerkennen, werden sie es sein, die sie interpretieren, d.h., jede Parteiführung kann ihren Spielraum nutzen, das europäische Programm im eigenen Sinne auszulegen, es sei denn, die europäischen Programme wären so eindeutig in ihren Aussagen, daß nur ein geringer Ermessensspielraum bleibt. Damit ist nicht zu rechnen, zumal dann nicht, wenn die Willensbildung in den Programmkommissionen nach dem Konkordanzprinzip vonstatten ginge. Die Programminterpretation einzelner Parteiführungen kann sich während der Programmentstehung zwar bereits andeuten, näheren Aufschluß geben kann der Europawahlkampf, sofern die Parteien sich der Programme bedienen.[2] Die den Programmen zugeschriebenen Funktionen können bei verschiedenen Kategorien von programmatischen Aussagen unterschiedlich stark zum Tragen kommen. Es wird unterschieden zwischen Grundsatz-, Aktions- und Wahlprogrammen.[3]

---

1 Heino Kaack, a.a.O., S. 4o3.

2 Vgl. dazu: Hans-Dieter Heumann/Eva Karnofsky, Der Wahlkampf zum Europaparlament. Eine Analyse europäischer Zeitungen, Bonn 198o, Kap. 11 und Rudolf Hrbek, Die EG nach den Direktwahlen; Bilanz und Perspektiven, in: Integration 3/1979, S. 97/98. Auch die Diskussion in den nationalen Parteien und in den Fraktionen während der ersten Amtsperiode des direkt gewählten Europäischen Parlaments kann über die Programminterpretation Auskunft geben, sie soll jedoch hier nicht untersucht werden.

3 Vgl. Heino Kaack,a.a.O., S. 4o1/4o2 und Heiner Flohr, a.a.O., S. 61.

Diese werden wiederum in Teil- oder Totalprogramme unterteilt.[1] Grundsatzprogramme dürfen nicht nur kurzfristige Ziele ansprechen, sie müssen sich auf einen längeren Zeitraum beziehen.[2] Im Grundsatzprogramm sind die 'unumstößlichen Glaubensbekenntnisse' einer Partei verankert,[3] es enthält Konzeptionen, die im Blick auf die kommenden Jahrzehnte entworfen sind, und informiert über Werte und gesamtpolitische Leitbilder.[4] Seine Funktionen für die Binnenstruktur der Partei (Integration, Identifikation) sind besonders ausgeprägt.[5] Ein Grundsatzprogramm eines europäischen Zusammenschlusses müßte besonderes Augenmerk legen auf ein europapolitisches Gesamtkonzept für die nächsten Jahrzehnte, aber auch etwas über europäische Wirtschaftsordnung und europäische Konzepte zur Außen- und Sicherheitspolitik aussagen. Das Ziel der Integration müßte formuliert, der Weg dorthin grob vorgezeichnet werden. Von vornherein darf bezweifelt werden, ob dies zu leisten ist, da nicht einmal alle nationalen Parteien über geschlossene Konzepte zur Europäischen Union verfügen. Dies ließe allerdings den Programmkommissionen viel Spielraum zur Formulierung eines eigenen Konzeptes. Die Integration zumindest der europäischen Akteure würde sicherlich durch ein Grundsatzprogramm gefördert, es könnte auch die Identifikation der Basis mit den europäischen Zusammenschlüssen erleichtern.

Ein zu detailliertes europäisches Grundsatzprogramm könnte zur Ablehnung durch die nationalen politischen Akteure führen, da es ihre Politik zu stark präjudiziert, und sowohl nationale Eliten, Partei-

---

1 Vgl. Ossip K.Flechtheim, a.a.O. Spalte 1874.
2 Vgl. Heiner Flohr, a.a.O. S. 61.
3 Vgl. Heino Kaack, a.a.O., S. 402.
4 Vgl. Heiner Flohr, a.a.O. S. 61.
5 Vgl. Heino Kaack, a.a.O., S. 402.

führungen, Abgeordnete, als auch Parteibasen überfordert.
Die Programmarbeit war eng verbunden mit den Wahlen zum Europäischen Parlament, so daß die Programme schon aus diesem Grunde Züge eines Wahlprogrammes tragen müssen, d.h., sie müssen konkrete Ziele angeben, die auch innerhalb der nächsten Legislaturperiode in Angriff genommen werden können. Sie müssen auch der Profilfunktion gerecht werden (s.o. S.24). Da die Zusammenschlüsse sich auf keine vorhergehenden Programme berufen können (mit Ausnahme des Bundes der Sozialdemokraten), werden sie zu einer Mischform kommen müssen, die sowohl grundsätzliche Anliegen, als auch kurzfristige Forderungen aufstellen. Als problematisch bei der Programmarbeit könnte sich die Tatsache erweisen, daß sowohl Regierungs- als auch Oppositionsparteien den Zusammenschlüssen angeschlossen sind. Regierungsparteien neigen dazu, ihre Politik in Wahlaussagen zu rechtfertigen, während Oppositionsparteien dazu tendieren, die Regierung anzugreifen und in Frage zu stellen.[1] Eine Synthese dieser beiden Positionen könnte eine Versachlichung der Wahlaussagen zur Folge haben.
Im folgenden sollen zuerst die strukturellen Bedingungen der Arbeit innerhalb der Zusammenschlüsse dargestellt, die Mitgliedsstrukturen und die sich daraus für die transnationale Programmarbeit ergebenden Probleme skizziert werden, ebenso die satzungsmäßige Grundlagen von Programmarbeit in den einzelnen Zusammenschlüssen. Bevor die Programmarbeit der drei Zusammenschlüsse ausführlich geschildert wird, werden in einem Überblick die bisherigen programmatischen Aktivitäten der Parteien der Zusammenschlüsse auf europäischer Ebene beschrieben.

---

1 Vgl. Ossip K. Flechtheim, a.a.O., S.1874, siehe dazu Kap. 2..

2. Strukturelle Bedingungen der transnationalen Parteienzusammenarbeit

2.1. Die Mitgliedsstrukturen der europäischen Zusammenschlüsse

Die europäische Programmarbeit der Parteien wird von der Rolle der einzelnen Parteien im nationalen Parteiensystem, von ihren Verbindungen zu Verbänden und Organisationen, ihren Wähler- und Mitgliederschaften, ihrer finanziellen und organisatorischen Stärke und ihren nationalen Programmatiken bestimmt. Eine wesentliche Determinante dürfte die Funktion der jeweiligen Partei im Regierungssystem sein,[1] denn gerade eine Regierungspartei wird kein Programm vertreten wollen, dem jede Chance der Realisierung fehlt. Regiert sie in einer Regierungskoalition, sind Rücksichten auf den Koalitionspartner zu nehmen; keine Regierungspartei wird Interesse daran haben, durch ein Europaprogramm ihre Koalition zu gefährden. Der nationale Machterhalt hat Priorität. Andererseits kann gerade ein Europaprogramm, dem bislang von Parteien und Wählern noch nicht die Bedeutung zugemessen wird, gerade einer Regierungspartei die Möglichkeit einräumen, zur Sicherung der Integration von Minderheiten in der Partei beizutragen, in dem dieses Programm Positionen vertritt, denen nur Parteiminderheiten anhängen. Partei- und Regierungseliten können nach außen auf die Zwänge innerhalb des europäischen Zusammenschlusses hinweisen und damit von der offiziellen Parteilinie abweichende Aussagen im Europaprogramm rechtfertigen. D.h., die Integrationsfunktion

---

1 Vgl. Manfred Hättich, Zur Typologie politischer Parteien, in: Gilbert Ziebura, Hg.,Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969, S. 378.

würde zugunsten der Profilfunktion hervortreten, wobei es ohnehin fraglich ist, inwieweit es einer einzelnen Partei auf europäischer Ebene gelingen kann, ihre Politik darzustellen. Vorstellbar dagegen ist, daß mehrere Regierungsparteien eines Zusammenschlusses auf gemeinsame außen- oder europapolitische Erfolge oder Absichten hinweisen, sofern diese auch mit den Zielen der im Zusammenschluß vertretenen Oppositionsparteien vereinbar sind. Vertreten letztere aber aus nationalen Erwägungen gegensätzliche Ansichten, wird die Entscheidung innerhalb der Parteien im Rahmen des Willenbildungs- und Entscheidungsprozesses abgewogen werden müssen. Oppositionsparteien im nationalen System entwickeln alternative Vorstellungen zu den jeweiligen Regierungen, diese können durchaus mit den Interessen regierender Schwesterparteien konfligieren. Vor allem in Zwei-Parteien-Systemen, in der EG allerdings nur in Großbritannien existent,[1] neigen die Parteien dazu, extreme Gegensätze zu formulieren.[2] Inwieweit dies für die Labour Party zutrifft, wird zu untersuchen sein. Welche Rolle die englischen Liberalen, im nationalen Parteiengefüge nur von geringer Bedeutung, innerhalb ihres Zusammenschlusses einnehmen werden, ist ebenfalls von Interesse.

Auch Oppositionsparteien können an Wahlbündnisse gebunden sein, wie beispielsweise in Frankreich,

---

1 Hauptmerkmale eines Zwei-Parteien-Systems: 1. Koalitionen sind nicht notwendig, 2. einer der beiden Parteien gelingt es immer, die Mehrheit zu erringen, 3. Machtwechsel liegen immer im Bereich des Möglichen. Vgl. Giovanni Sartori, The Typology of Party Systems, Proposals for Improvement, in: Erik Allardt/Stein Rokkan, Hg., Mass Politics. Studies in Political Sociology, New York/London 1970, S. 332.

2 Vgl. Robert A. Dahl, Political Oppositions in Western Democracies, London/New Haven 1965, S. 376. Neumann wiederum vertritt die Ansicht, daß gerade in Zwei-Parteien-Systemen die Parteien sich um den Wähler in der Mitte bemühen, so daß eine programmatische Annäherung stattfindet. Vgl. Sigmund Neumann, Hg, a.a.O., S. 402.

so daß sich die Frage nach Rücksichtnahme auch dort stellt. So wie koalitionsinterne Rücksichtnahmen Einfluß auf die europäische Entscheidungsfindung haben könnten, sind auch Rücksichtnahmen auf besonders starke nationale Interessen-und Wählergruppen nicht auszuschließen. Das kann bedeuten, daß eine Partei mit Blick auf einen bestimmten Wählerkreis sich einer Programmaussage widersetzt oder aber auf die Aufnahme bestimmter Aussagen besonders drängt. Die Frage schließt sich an, ob einzelne Parteien oder ein Zusammenschluß Kontakte zu Verbänden zur Diskussion einzelner programmatischer Aussagen herstellten.Einzelne Parteien sind von der Mitgliederstruktur her stark mit Verbänden versäult,[1] dadurch können die Anliegen einzelner Verbände in die europäische Diskussion getragen werden. Die Parteien verfügen über sehr unterschiedliche Mitglieder- und Wählerstärken. Dies kann ebenfalls den Entscheidungsprozeß beeinflussen,sei es, daß Parteien aufgrund ihrer Mitgliederstärke auf besondere Berücksichtigung ihrer Vorstellungen im Programm drängen, sei es, daß die Programmkommissionen die Einstellungen besonders starker Wählerpotentiale beachten, oder sogar nach Mitgliederproporz entschieden wird. Finanz- und Organisationsstärke kann dann vor allem ein wesentlicher Faktor sein, wenn einige Parteien eines Zusammenschlusses von der finanziellen Potenz anderer profitieren bzw. von ihr sogar abhängig sind. Dies kann Dominanzen der wirtschaftlich Stärkeren auch in Sachentscheidungen hervorrufen, die von den Schwächeren dann auch geduldet werden. Parteien mit hohem

---

1 Vgl. Helmut Köser, Parteien und Verbände in westlichen Demokratien, in:Wolfgang Jäger, Hg., Partei und System, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973, S. 163 - 165.

Organisations- und Bürokratisierungsgrad haben größere Möglichkeiten, Personal für die Plattformarbeit abzustellen, sowohl für die Teilnahme an Veranstaltungen, als auch für die Erarbeitung von Textpassagen. Starke personelle Präsenz von Experten einer Partei in den Sitzungen der Programmkommissionen kann genauso die Programmarbeit im Sinne dieser Partei beeinflussen wie die Vorlage von Konzeptionen für das Programm. Den anderen Parteien bleibt dann zwar noch die Möglichkeit, in der Diskussion Einfluß auf den Text zu nehmen, grundsätzliche Änderungen fallen aber vor allem dann schwer, wenn kein Alternativentwurf erarbeitet werden kann. Derartige Einflußnahme ist unabhängig vom gewählten Modell der Entscheidungsfindung.
Die Rolle einer Partei bei der Programmerarbeitung kann von ihrer generellen Einstellung zu programmatischen Aussagen abhängen. Die wiederum ist meist verknüpft mit dem Parteitypus. So tendieren Volksparteien zu sehr pragmatisch-flexiblen Programmaussagen. Für einige Parteien, so die englischen,[1] haben Programme große Bedeutung; andere Parteien wiederum messen Programmen nur geringen Wert bei. Letztere werden sich voraussichtlich weniger in der Programmarbeit engagieren, unregelmäßiger teilnehmen, weniger Vertreter entsenden, nicht selbst die Formulierung von Textpassagen übernehmen und im Entscheidungsprozeß eher bereit sein nachzugeben, wenn sie nicht beabsichtigen, das Programm im Wahlkampf zu verwenden - innerparteilich kommt ihm aufgrund der Einstellung zu Programmen ohnehin wenig Bedeutung zu. Sehr programmbewußte Parteien werden dagegen um so interessierter mitarbeiten,

---

1 Vgl. Ossip D. Flechtheim, a.a.O. Spalte 1873.

zumindest dann, wenn die nationale und innerparteiliche Situation es zuläßt. Gerade kleinen Parteien könnte es in Wahlkämpfen oder innerparteilichen Auseinandersetzungen schwerfallen, Kräfte für die transnationale Arbeit freizustellen.

2.1.1. Der Bund der Sozialdemokraten der EG

Statistisch war die SPD 1977, in dem Jahr, als der hauptsächliche Teil der Programmarbeit geleistet wurde, in jeder Beziehung die dominierende Partei des Bundes: sie verfügte über das bei weitem stärkste Mitgliederaufkommen, sie war im wirtschaftlich stärksten Land der EG in einer Koalitionsregierung und stellte den Bundeskanzler. Ihr Wähleranteil bei Parlamentswahlen ist der höchste des Bundes. Aufgrund der deutschen Parteigesetzgebung verfügt sie über gesicherte Finanzierungsquellen. Ihr Organisationsgrad ist hoch. Diese Ausgangsbedingungen lassen von vornherein eine starke Position in der Programmarbeit erwarten. Nach der SPD mitgliedermäßig stärkste Partei des Bundes ist die britische Labour Party. Von 1974 bis 1978 stellte sie die Regierung. In der Labour Party gab es seit jeher einen starken Anti-EG-Flügel, der Unterstützung fand bei den Gewerkschaften des Landes. Die parlamentarische Labour-Party um Regierungschef Callaghan war durchaus proeuropäisch eingestellt, die Parteiführung, das National Executive Comittee (NEC), in dem die korporativ in der Labour Party organisierten Gewerkschaften vertreten sind,[1] vertritt hingegen einen Anti-

---

1 Vgl. Jürgen Hartmann, Großbritannien, in: Joachim Raschke, Hg., Die Politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978, S. 259. Die Labour Party hat knapp 7oo.ooo individuelle Mitglieder, und ca. 5.5. Mio korporative, beitragszahlende Gewerkschaftsmitglieder.

EG-Kurs.[1] Die Labour Party bezieht 5o Prozent ihres finanziellen Aufkommens von den Gewerkschaften. Für den Vorstand der Partei wird es aus der personellen und finanziellen Abhängigkeit heraus nicht grundsätzlich möglich sein, vom Kurs der Gewerkschaften abzuweichen. Die europäische Programmarbeit wird vom Parteivorstand bzw. der Parteibürokratie geleistet; sicherlich ein Faktor, der Entscheidungen erschweren wird, die auf die Ausdehnung der Kompetenzen der EG gerichtet sind.

Auch in der dänischen Socialdemokratiet, neben der Labour Party eine weitere Partei eines Landes, das erst seit 1973 der EG angehört, ist vor der Europawahl die EG-Gegnerschaft erstarkt. Es wird zu fragen sein, inwieweit die dänische Partei, die in einer Koalition mit der liberalen Venstre regiert, drei Jahre nach ihrem Beitritt zu den europäischen Sozialdemokraten bereits in den Bund integriert ist und dessen Arbeit mitträgt.
Die irische Labour Party, die dritte Partei aus einem erst 1973 der EG beigetretenen Land, ist gemessen am nationalen Einfluß eine der schwächsten Parteien des Bundes. Bis 1977 war sie Juniorpartner in einer Koalitionsregierung mit der Fine Gael, die der EVP angehört.
Bei der Wahl 1977 erhielt sie 17 Prozent der Stimmen und mußte zurück in die Opposition.[2] Im agrarisch geprägten Irland war es für die Labour Party immer schwierig, Fuß zu fassen.[3] "Die irische

---

1 Vgl. Peter J. Byrd/William E. Paterson, Die Britische Labour Party, in: William E. Paterson/Kurt Th. Schmitz, Hg., Sozialdemokratische Parteien in Europa, Bonn 1979, S. 22o.

2 Vgl. Detlev Murphy, Irland, in: Joachim Raschke, Hg., a.a.O.,S. 297

3 Vgl. Basil Chubb, Ireland, in: Stanley Henig, Hg., Political Parties in the European Community, London 1979, S. 122.

Labour Party lebt in einer politischen Welt, die sich von der Umwelt anderer europäischer sozialdemokratischer Parteien deutlich unterscheidet."[1] In der sozio-ökonomischen Struktur Irlands gibt es nicht genügend Gruppen, an die sie sich wenden kann. Im ländlichen Irland hat sie wenig Rückhalt gefunden.[2] Sie ist entstanden aus der Industriegewerkschaftsbewegung . Es besteht zwar keine organisatorische Verflechtung mit der Gewerkschaftsbewegung, wie die britische Labour Party sie kennt, aber eine enge Zusammenarbeit, finanzielle Abhängigkeit sowie personelle Verflechtung. 1972 haben Labour Party und Gewerkschaftsbewegung gemeinsam gegen den EG-Beitritt gekämpft.[3] Labour hat jedoch den Volksentscheid für den EG-Beitritt akzeptiert.[4] In der irischen Labour Party gibt es zwar einen linken Flügel, der Verstaatlichung fordert, die Partei mußte jedoch dem pragmatischen Kurs der Gewerkschaften und dem damaligen innenpolitischen Bündnispartner Fine Gael Rechnung tragen.[5] Enge Bindungen an Gewerkschaften haben die meisten sozialdemokratischen Parteien. Die SPD ist zwar nicht organisatorisch, aber doch personell mit dem DGB verflochten; das gleiche gilt für die dänische Socialdemokratiet,[6] die niederländische Partij

---

1 Andrew Orridge, Die irische Labour Party, in: William E. Paterson/Kurt Th. Schmitz, Hg., a.a.O., S. 227.

2 Vgl.. ebenda, S. 229.

3 Vgl. Detlev Murphy, Irland, a.a.O., S. 295.

4 Vgl. Andrew Orridge, a.a.O., S. 241.

5 Vgl. Detlev Murphy, Irland, a.a.O., S. 296.

6 Vgl. Alistair H. Thomas, Die sozialdemokratische Partei Dänemarks: Vorherrschaft, Niedergang und Wiederaufstieg,in: William E. Paterson/Kurt Th. Schmitz, Hg., a.a.O., S. 78.

van de Arbeid (Pvda),[1] die belgischen sozialdemokratischen Parteien (BSP/PSB),[2] und die Luxemburgische Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP), die zu mehr als zwei Dritteln aus organisierter Arbetnehmerschaft Luxemburgs besteht.[3] Differenzierter stellt sich das Verhältnis zu den Gewerkschaften für die französische Parti Socialiste (PS) und die beiden italienischen Mitgliedsparteien dar. In beiden Ländern existieren starke kommunistische Parteien, die enger mit der jeweiligen Gewerkschaftsbewegung verflochten sind als die sozialdemokratisch/sozialistischen Parteien. Die italienischen Sozialisten verfügen zwar über Rückhalt in der größten Gewerkschaft des Landes, der CGIL, das Übergewicht haben jedoch die Kommunisten.[4] Den italienischen Sozialdemokraten fehlt die feste Verankerung in der Arbeitnehmerschaft. Sie können ohnehin nur noch rund fünf Prozent der Stimmen auf sich vereinigen; 24 Prozent beträgt dabei der Anteil der Wähler aus der Arbeiterschaft.[5]
In Frankreich ist die größte Gewerkschaft, die CGT, kommunistisch kontrolliert; die PS hat Verbindungen zur kleineren CFDT und zur Lehrergewerkschaft FEN.[6]

---

1 Vgl. Steven B. Wolinetz, Die holländische Arbeiterpartei: Eine sozialdemokratische Partei im Wandel, in: William E. Paterson/Kurt Th. Schmitz, Hg., a.a.O., S.177.

2 Vgl. Jürgen Hartmann, Belgien, in: Joachim Raschke, Hg., a.a.O., S.54.

3 Vgl. ders.,Luxemburg, in: Joachim Raschke, Hg., a.a.O., S. 367.

4 Vgl. Detlev Albers, Demokratie und Sozialismus in Italien, Frankfurt a.M. 1978, S.326.

5 Vgl. Detlev Murphy/Heinz Timmermann, Italien, in: Joachim Raschke, Hg., a.a.O., S.326.

6 Vgl. Adolf Kimmel, Die französische kommunistische Partei, in: Heinz Timmermann, Hg., Eurokommunismus, Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt a.M. 1978, S. 100/101. In der CGT hat die PS ein knappes Drittel von ca 3 Mio Mitgliedern hinter sich. Vgl. Klaus Hänsch, Frankreich, in: Joachim Raschke, Hg., a.a.O., S.181.

Die PS ist eine Partei der Mittelschichten; sie hat allerdings auch in den ländlichen Gebieten (Rhônetal) ihre Hochburgen, stagniert bzw. verliert dort allerdings,[1] was dazu führen kann, daß die PS sich gerade um diese Wähler in ihrer Programmarbeit besonders bemüht. Mit Ausnahme der PSDI pflegen alle Parteien des Bundes Verbindungen zur nationalen Gewerkschaftsbewegung; ein Faktum, das in der Programmarbeit kaum übergangen werden kann. Die gewerkschaftlichen Bindungen machen deutlich, daß die Sozialdemokraten sich vorrangig als Vertreter der Arbeitnehmerschaft verstehen; sie sind es auch der Wählerstruktur nach.[2] So sind die Sozialdemokraten/Sozialisten auch kaum mit anderen Interessensorganisationen als den Gewerkschaften verbunden und verflochten.
Die Bündnis- und Koalitionspartner der einzelnen Parteien reichen von den Kommunisten in Italien (PSI) und Frankreich über liberale Kräfte in der Bundesrepublik, Dänemark, in den Niederlanden, Luxemburg, Italien (PSDI) bis zu den Christdemokraten in Irland, Belgien und Italien (PSDI).

---

1 Vgl. Adolf Kimmel, Die französiche ...., a.a.O., S. 18o/181.

2 Bei PvdA, SPD und belgischen Sozialdemokraten sind ca. 4o Prozent ihrer Wähler Arbeiter, bei der PS ca. 3o Prozent, bei der irischen Labour Party 18 Prozent, bei den belgischen Parteien liegt der Prozentsatz bei ca. 6o Prozent. Leider variiert die Struktur der Erhebungsdaten für die einzelnen Länder erheblich: Für die LSAP liegen keine Zahlen vor, von den italienischen Parteien kann man nur sagen, daß ca. 4,4 Prozent der Arbeiter PSDI, und ca. 12 Prozent der Arbeiter PSI wählen, d.h. vor allem die PSDI ist nicht als Arbeiterpartei zu verstehen. Alle Angaben wurden entnommen den entsprechenden Kapiteln von Joachim Raschke, Hg., a.a.O. und William E. Paterson/Kurt Th. Schmitz Hg., a.a.O.. Insgesamt sind 9o Prozent der sozialdemokratischen Wähler lohnabhängig; vgl. Joachim Raschke, Hg. a.a.O., S. 32.

Vor allem die SPD hegt starkes Mißtrauen gegen die Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien. Diese Bedenken erschwerten längere Zeit die Zusammenarbeit mit den französischen Sozialisten. Für etliche andere Parteien sind Christdemokraten nicht koalitionsfähig, so für die PvdA, zur Zeit auch für die deutschen Sozialdemokraten und für die französischen Sozialisten. Aufgrund der unterschiedlichen Situationen in den nationalen Parteiensystemen ist davon auszugehen, daß die Bündnisfrage in der Programmarbeit ausgespart bleibt; sie ist voraussichtlich nicht konsensfähig, da sie Rückwirkungen im nationalen Gefüge zeitigen könnte, z.B. beim jeweiligen Koalitionspartner. Man wird die Koalitionsfrage im Europäischen Parlament (EP) der Sozialistischen Fraktion überlassen.[1]

Stärker als bürgerliche Parteien sind Sozialdemokraten und Sozialisten Programmparteien; dies liegt in ihrer Tradition begründet.[2] Für die europäische Programmarbeit bringt dies den Vorteil, daß Programmarbeit kein Novum ist, daß man bereits auf vorliegenden Programmen aufbauen könnte. Die programmatische Festlegung aller Parteien engt andererseits den Verhandlungsspielraum erheblich ein. Sie können nicht ohne weiteres von nationalen Programmen abrücken. Die Parteien, die während der Zeit der Programmgenese Regierungsfunktion innehatten,- SPD, LSAP, Socialdemokratiet und Labour während der gesamten Zeit, PvdA und BSP/PSB teilweise,- sind einerseits in der Lage, pragmatischer zu argumentieren, andererseits müssen sie auf ihre Regierungsfunktion Rücksicht nehmen.

---

1 Für die Sozialistische Internationale stellt Ziegler eine Kluft zwischen den deutschen und skandinavischen Parteien auf der einen Seite und den Parteien, die eine Linksunion befürworten, fest. Er sieht die Bündnisfrage als Problem für die Zusammenarbeit der Parteien. Vgl. Jean Ziegler, Les équivoques de la social-démocratie, in: Le Monde Diplomatique, Januar 1978.

2 Vgl. Ossip K. Flechtheim, a.a.O., Spalte 1973.

Vielen sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien wird nachgesagt, daß sie zwar mit einer sozialistischen Programmatik operieren, in der Regierung jedoch pragmatisch verfahren.[1] Für die europäische Programmarbeit hieße das, daß die Oppositionsparteien auf sozialistisches Vokabular und sozialistische Gesellschaftsanalyse drängen werden, während Regierungsparteien eher pragmatische Argumentation bevorzugen.

Die Programme der zehn Parteien des Bundes lassen die unterschiedliche ideologische Ausrichtung der Parteien erkennen und auch auf Problembereiche in der europäischen Zusammenarbeit schließen.

Raschke unterscheidet zwei Haupttendenzen innerhalb der europäischen Sozialdemokratie:

- "Sozialliberalismus, der die bestehenden Produktionsverhältnisse hinnimmt bzw. gutheißt und soziale Reformen strikt im vorgegebenen institutionellen Rahmen verwirklichen will, wobei die Repräsentativstruktur des politischen Systems betont wird.
- sozialistischer Reformismus, der die kapitalistischen in sozialistische Produktionsverhältnisse umwandeln will, sich dabei auch um Massenmobilisierung bemüht, prinzipiell aber an der bürgerlichen Demokratie festhält."[2]

Diese beiden Definitionen treffen auf die SPD einerseits und die französische Parti Socialiste andererseits zu. Die PS betonte in ihrem Programm 1972 und im gemeinsamen Regierungsprogramm mit der Kommunistischen Partei Frankreichs die Notwendigkeit der Massenmobilisation; sie hielt auch an einer

---

1 Vgl. Joachim Raschke, Hg., a.a.O., S. 32.

2. Ebenda, S. 33.

Umwandlung der Produktionsverhältnisse fest.[1] In beiden Parteien existieren allerdings auch Strömungen, die mehr in die jeweils andere Richtung tendieren. Diese Strömungen könnten sich auf europäischer Ebene Bündnispartner gegen die Hauptströmung der eigenen Partei sichern. Es steht jedoch zu erwarten, daß die Parteiführungen zu den europäischen Verhandlungen Vertreter des Vorstandes entsenden, die die Hauptrichtung der Partei vertreten, zumindest dann, wenn die Parteivorstände der europäischen Arbeit Wert zumessen. Starker Einfluß von Parteiminderheiten bei der europäischen Programmarbeit kann die Schwelle der nationalen Parteien, das Programm zu akzeptieren, erhöhen, eventuell sogar das Programm gefährden.

Die anderen neun Parteien des Bundes sind zwischen diesen beiden Polen SPD und PS auf einem Rechts-Links-Kontinuum anzusiedeln; die Übergänge sind fließend und variieren bei einzelnen Sachthemen. Die englische Labour Party hat zwar auch sozialistische Elemente in ihrem Programm, die von ihrem linken Flügel unterstützt werden; in der Regierungsverantwortung wandte sie sich bislang immer von ihrem ideologischen Hintergrund ab.[2]

Dies habe bisher auch immer für die PSI im Falle ihrer Regierungsbeteiligung gegolten. Die belgischen

---

1 Das Gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, herausgegeben von Werner Goldschmidt, Köln 1972, vor allem S. 34 - 38. Das Gemeinsame Regierungsprogramm hat seit September 1977 keine Gültigkeit mehr. PCF und PS scheiterten an seiner Überarbeitung: Inzwischen ist in der PS die sozialdemokratische marktwirtschaftliche Strömung um Michel Rocard erheblich gestärkt worden, wenn auch Parteiführer Mitterand nach wie vor die Mehrheit hinter sich weiß. Vgl. Udo Kempf, Neuere Entwicklungstendenzen im französischen Parteiensystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 9/1.3.1980, S. 30 und 33.

2 Vgl. William E.Paterson/Ian Campbell, Social Democracy in Post-War Europe, London/Basingstoke 1974, S. 41.

3 Vgl. ebenda, S.43.

Parteien hielten an einer Klassenanalyse der Gesellschaft fest und wollen wirtschaftliche Schlüsselsektoren sozialisieren.[1] Die niederländische PvdA setzt bei der demokratischen Selbstbestimmung den Schwerpunkt in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie will die Bürger mobilisieren. Der innerparteilichen Demokratie wird in dieser Partei sehr viel Wert begemessen. Die PvdA setzt sich für eine Überprüfung der NATO-Mitgliedschaft ein; sie will die Verteidigungsausgaben zugunsten der Entwicklungshilfe begrenzen.[2] Auch die französischen Sozialisten nehmen eine skeptische Haltung zur NATO ein, sie haben sich die baldige Überwindung der Blöcke zum Ziel gesetzt; den Niederländern schwebt ebenfalls ein europäisches Sicherheitssystem vor.[3]
Die italienische PSI schließt sich den Parteien an, die eine Aufrechterhaltung des Paktsystemes für unumgänglich halten.[4] Sie nimmt aber eine kritische Haltung gegenüber den USA ein.[5] Die Sicherheitspolitik war aufgrund dieser beiden gegensätzlichen Positionen, die auch in Kompromissen kaum zu vereinbaren sind, schon als Konfliktbereich angelegt,

---

1 Vgl. Jürgen Hartmann, Belgien, a.a.O., S. 57 -67.

2 Vgl. ders., Niederlande, a.a.O., S. 388 - 389.

3 Vgl. Steven B. Wolinetz, a.a.O., S. 178.

4 Vgl. Gerhard Kiersch, Bilanz, Probleme, Zukunftschancen: Westeuropas demokratische Sozialisten zur Entspannung und Sicherheit, in: ders./Reimund Seidelmann, Sicherheit und Entspannung in Europa, Frankfurt a.M./Köln 1977, S. 178.

5 Vgl. Reiner W. Klaus, Überwindung der Blöcke: Konzeptionen der italienischen Linken zur Entspannung und Sicherheit in Europa, in: Gerhard Kiersch/Reimund Seidelmann, Sicherheit und Entspannung..., a.a.O.,S. 88.

sowie auch die Gesellschaftsanalyse und die wirtschaftspolitischen Grundkonzeptionen - Sozialisierung eines Teils der Produktionsmittel oder Soziale Marktwirtschaft - Anlaß zur Diskussion bieten.

Die Europapolitik im engeren Sinne, Ziel des Integrationsprozesses, Ausgestaltung des Institutionengefüges, ist in den Parteien ebenfalls kontrovers. Die Parti Socialiste, die im Gemeinsamen Regierungsprogramm mit den Kommunisten auf die Wahrung der nationalen Souveränität bedacht war und die die EG als vom Großkapital beherrscht verstand, nahm auch in diesem Bereich zumindest zur Zeit der europäischen Programmarbeit den Gegenpol zur SPD ein, die in ihrer Programmatik eine europäische Föderation anvisiert.[2]
Zentrale Fragen der Studie werden sein, ob die programmatischen Gegensätze von SPD und PS die Programmarbeit bestimmt haben; welche Rolle den anderen Mitgliedsparteien dabei zukam; wie die inhaltlichen Kompromisse aussehen; ob diese neue, in sich geschlossene Konzepte hervorgebracht haben oder ob politisch unvereinbare Konzepte aneinandergereiht wurden. Waren die divergierenden Ideologien von SPD und PS unvereinbar und trugen zum Scheitern der Plattform bei? Oder setzte sich die SPD gegenüber der mitgliedermäßig viel schwächeren Oppositionspartei PS weitgehend durch? Ein Proporzsystem, dem Mitgliederstärke, Wählerpotential und Regierungsbeteiligung in der Bemessung des Einflusses zugrunde liegt, bedeutete in allen Fragen eine starke Position der SPD, sie benötigte zur

---

1 Vgl. Gemeinsames Regierungsprogramm, a.a.O., S.88.

2 Vgl. z.B. Beschluß des Hamburger Parteitages der SPD (15.-19.11.1977) zur Europapolitik, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Dokumente zur Europapolitik, Bonn 1978, S. 1o.

Durchsetzung ihrer Auffassungen weniger Bündnispartner als die PS. Behalten die Kritiker Recht, die behaupten, europäische Sozialdemokratie könne nur noch mit Blick auf die Geschichte als ein politisches Phänomen bezeichnet werden, die europäische sozialdemokratische Bewegung durchlaufe eine ernste Identitätskrise?[1] Sind kurze, allgemein gehaltene Erklärungen wie der Wahlaufruf und die Parteiführererklärung Ausdruck dieser Identitätskrise?

1 Vgl. William E. Paterson/Ian Campbell, a.a.O., S. lX.

Tabelle 1:

Mitgliedsparteien des Bundes Sozialdemokratischer Parteien der EG[1]

Land	Partei	Mitglieder	Regierungsbeteiligung z.Zt. der Programmarbeit
Belgien	Parti Socialiste Belge (PSB) Belgische Socialistische Partij (BSP)	255.000	-
Bundesrepublik Deutschland	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	1.021.353	X
Dänemark	Socialdemokratiet (S)	123.000	X
Frankreich	Parti Socialiste (PS)	200.000	-
Großbritannien	Labour Party	691.889	bis 1978
Irland	Irish Labour Party	8.000	bis 1977
Italien	Partito Socialista Italiano (PSI)	665.000	-
	Partito Socialista Democratico Italiano (PSDI)	300.000	-
Luxemburg	Luxemburgische Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP)	5.000[2]	bis 1978
Niederlande	Partij van de Arbeid (PvdA)	105.000[3]	bis 1977

1 Die Angaben wurden, wenn nicht anders vermerkt, entnommen aus: Joachim Raschke, Hg., a.a.O..

2 Vgl. Die Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale, in: Sozialdemokrat Magazin, 1/1977, S.16 - 17.

3 Vgl. ebenda.

2.1.2. Die Europäischen Liberalen Demokraten

Die Parteien der ELD unterscheiden sich in ihrer Struktur von den Mitgliedern der beiden anderen Zusammenschlüsse. Ihr Wählerpotential ist durchweg geringer; keine der Parteien konnte in jüngerer Zeit 25 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Auch die Mitgliederzahl ist geringer. Die liberalen Parteien sind nicht so straff organisiert wie die Sozialdemokraten, ihre bürokratischen Apparate sind nicht so ausgeprägt, ihre Führungsschichten kleiner aufgrund der geringeren Personaldecke. Die organisatorischen Defizite können auch zu einer absolut gesehen geringen Beteiligung auf der europäischen Ebene führen.
Alle liberalen Parteien sind in den letzten Jahren zumindest kurzfristig an Regierungskoalitionen beteiligt gewesen, aber nur die luxemburgische Demokratische Partei (DP) stellte bis 1979 den Regierungschef. Die politische Richtung der Koalitionspartner ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich: die deutschen Freien Demokraten koalieren auf Bundesebene mit den Sozialdemokraten, die dänische Venstre bildete zur Zeit der Programmarbeit ebenfalls eine Regierung mit den Sozialdemokraten. Die britischen Liberalen unterstützten von 1974 bis 1978 im sogenannten "Lib-Lab"-Pakt die Minderheitsregierung von Labour; der luxemburgische Ministerpräsident Thorn regierte mit einer Mehrheit von Liberalen und Sozialisten (LSAP). Thorn ist Präsident der ELD; der 3.5oo Mitglieder zählenden demokratischen Partei kommt damit ein relativ hohes Gewicht zu, wobei sich die Frage anschließt, ob sich dies auch in der Programmarbeit erwies. Die niederländischen und belgischen Liberalen und die italienische PLI meiden Koalitionen

mit Sozialdemokraten und Sozialisten, sie fühlen sich zu christdemokratischen und konservativen Kräften hingezogen; die PLI pflegte zeitweilig sogar Kontakt zu den Neofaschisten.[1] Die zweite italienische Mitgliedspartei der ELD, die Partito Repubblicano Italiano (PRI), koalierte zwar häufig mit der Democrazia Christiana, ist aber in ihrer Programmatik offener; ein kleiner Flügel innerhalb der PRI tendiert zur Linksunion.[2] Die Mitgliedschaft der beiden französischen Parteien war seit der Gründung der ELD problematisch. Die Radicaux de Gauche gehörten bis kurz vor seinem Scheitern dem Oppositionsbündnis aus Kommunisten und Sozialisten an und hatten sich auch im Europäischen Parlament der Sozialistischen Fraktion angeschlossen. Die Parti Républicain, die Partei Giscard d'Estaings, ist eine der tragenden Säulen der Regierung im Verein mit Gaullisten und Christdemokraten. Ihre Aufnahme in die ELD war bis zuletzt umstritten. Die Radicaux de Gauche, die englischen Liberalen, die Liberale Jugend sowie die Radicale Venstre wandten sich gegen ihre Mitgliedschaft mit der Begründung, die PR sei zu konservativ.[3] Nachdem die Republikaner dann aufgenommen waren, nahmen die Radicaux de Gauche nur noch als Beobachter an der ELD-Arbeit teil, um sie dann 1978 endgültig zu verlassen.[4] Die dritte französische Mitgliedspartei, die Parti Radical - Socialiste Servan Schreibers, gehört ebenfalls zu Giscards Regierungsbündnis.

---

1 Vgl. Theo Schiller, Liberalismus in Europa, Hannover 1978, S. 91.

2 Vgl. Detlev Murphy/Heinz Timmermann, a.a.O.,S359/59.

3 Vgl. Norbert Gresch, Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG, Baden-Baden 1978, S. 159.

4 Vgl. Volkmar Kallenbach, Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14/1979, S. 38.

Die differierende Koaltitionssituation der Liberalen lag nur teilweise in dem unterschiedlichen Wählerpotential begründet. Die dänische Venstre, zwar zeitweise in Koalition mit den Sozialdemokraten, hat ihre Basis in der konservativen Landbevölkerung. In Italien (PLI), den Niederlanden und Frankreich (PR) rekrutieren sich viele Wähler von ELD-Parteien aus dem Großbürgertum, in der Bundesrepublik aus der "sozialen Aufsteigerschicht" der Angestellten.[1] Die belgische PRLW/PV/PL[2] findet die stärkste Unterstützung bei höheren Angestellten und Beamten sowie bei Handwerkern und Händlern.[3] Sehr gering ist die Resonanz der liberalen Parteien in der Arbeiterschaft. Diese Tatsache kann durchaus Einfluß auf die europäische Programmarbeit nehmen, so z.B. bei Vorschlägen zur Besetzung des Wirtschafts- und Sozialausschusses (WSA). Die nach dem Kriege bei den Liberalen anzutreffende Gewerkschaftsfeindlichkeit ist allerdings nach Ansicht Schillers weitgehend überwunden.[4] Die angebliche Machtfülle der Gewerkschaften wird von einigen Parteien, auch von der F.D.P., aber nach wie vor beklagt. Mehrere Parteien der ELD werden von der Industrie unterstützt bzw. haben Verbindungen zu Unternehmensverbänden, so die beiden italienischen Parteien, die belgische PVV und die dänische Venstre. Die dänische Venstre verfügt zusätzlich über Bindungen zum Gesamtverband der Dänischen Landwirte.[5]

---

1 Hans Claudius Ficker, u.a., Die Zusammenarbeit der Liberalen Parteien in Westeuropa - Auf dem Weg zur Föderation?, Zusammenarbeit in Westeuropa, a.a.O., S. 5o.

2 Belgien wird in der ELD durch die Parti des Réformes et de la Liberté de Wallonie (PRLW), die flämische Partij voor Vrijheid en Vooruitgang (PVV) und die Brüsseler Parti Libéral (PL) vertreten. Darin spiegeln sich die regionalen Konflikte Belgiens wieder.

3 Vgl. Jürgen Hartmann, Belgien, a.a.O., S. 6o.

4 Vgl. Theo Schiller, a.a.O., S. 97.

5 Vgl. Frauke Rubart, Dänemark, in:Joachim Raschke, Hg., a.a.O., S. 131.

Die liberalen Parteien sind ausnahmslos nicht konfessionell gebunden.
Die differierenden Koalitionspartner in den einzelnen Ländern, die Anbindung an unterschiedliche Strukturen der Wählerschaft zeitigen neben Rücksichtnahme auf die nationalen Bedingungen auch programmatische Schwerpunktsetzungen der liberalen Parteien, die sich auf die europäische Programmarbeit auswirken können. Alle Parteien befürworten zwar eine marktwirtschaftliche Ordnung des Wirtschaftssystems und akzeptieren staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben als notwendig, über den Umfang der Staatstätigkeit besteht jedoch keine einheitliche Auffassung. Die Parteien konservativer Ausrichtung verfahren eher restriktiv; sie vertreten eine reine Wachstumsideologie, messen der Geldwertstabilität Priorität zu und stehen einer Globalsteuerung eher ablehnend gegenüber. Sie wollen die Steuerquote niedrig halten und die staatlichen Ausgaben begrenzen. Für die belgische PRLW/PVV/PL ist die Verringerung der Staatsausgaben unverzichtbar.[1] Hauptvertreter derartiger Wirtschaftspolitik sind die französische Parti Républicain und die italienische PLI.
Alle liberalen Parteien messen der Vollbeschäftigung inzwischen hohe Bedeutung bei, behandeln sie beinahe gleichrangig mit der Geldwertstabilität.[2]
Deutlicher werden die Gegensätze in der Sozial- und Gesellschaftspolitik: Mehrere Parteien wenden sich gegen den weiteren Ausbau des Sozialen Systems; andere wiederum setzen sich betont dafür ein, so die englischen Liberalen.[3] Die niederländische VVD fordert Reduzierung des Kindergeldes, Selbstbe-

---

1 Vgl. Jürgen Hartmann, Belgien, a.a.O., S.61.
2 Vgl. Theo Schiller, a.a.O., S. 96.
3 Vgl. Jürgen Hartmann, Großbritannien, a.a.O., S.27o.

teiligung der Krankenversicherten u.ä.m..[1] Derartige Forderungen sind allerdings auch vom Niveau der sozialen Sicherung im eigenen nationalen System geprägt. Da jede Partei das Europaprogramm im nationalen System vorzulegen hat, sind Probleme für die Programmerstellung im Bereich der Sozialpolitik zu erwarten.

Die Ansichten der liberalen Parteien zu Arbeitnehmer-Mitbestimmung und Vermögensbildung gehen ebenfalls auseinander."Die geringste Bedeutung hat dieser Themenbreich bei der niederländischen VVD, der belgischen PRLW/PVV/PL und der italienischen PLI, die keine zusätzliche Einkommens- und Vermögensbeteiligung über den Lohn hinaus vorsehen und auch im institutionellen Bereich über allgemeine Empfehlungen für 'Konsultationen' als Grundlage der industriellen Beziehungen nicht hinausgehen."[2] Die Belgier und die französische PR legen besonderen Wert auf die Mitbestimmung des Managements in den Entscheidungsgremien der Unternehmen. Die F.D.P. dagegen sieht Mitbestimmung der gesamten Arbeitnehmerschaft vor; den leitenden Angestellten kommt allerdings eine Schlüsselposition in ihrem Mitbestimmungsmodell zu. Der F.D.P.-Führung wird in jüngerer Zeit allerdings häufig von Kräften in der Partei vorgeworfen, sie vertrete die Freiburger Thesen,[3] die nicht nur Mitbestimmungsrechte, sondern auch überbetriebliche Vermögensbildung vorsehen, nicht mehr offensiv.[4] Auch die englischen Liberals und die während der Prgrammarbeit ausgeschiedene Radicale Venstre sehen betriebliche Gewinnbeteiligung vor.[5] Die englische

---

1 Vgl. Jürgen Hartmann, Niederlande, a.a.O., S.392.

2 Theo Schiller, a.a.O.,S. 97.

3 Vgl. Die Freiburger Thesen, beschlossen auf dem F.D.P.-Parteitag vom 25.-27.1o.1971 in Freiburg i.Br., Bonn 1971.

4 Information der Verfasserin.

5 Vgl. Theo Schiller, a.a.O., S. 98.

Liberal Party favorisiert in ihrem Mitbestimmungsmodell eindeutig die Arbeitnehmer.[1]
Aufgrund der programmatischen Festlegung der einzelnen Parteien kann man zur Vermögensbildung und zur Mitbestimmung mit wenig detaillierten Programmaussagen rechnen, da einige Parteien ausgesprochen unternehmerfreundliche Politik betreiben, andere mehr arbeitnehmerorientiert sind bzw. einen Mittelweg suchen.
Es ist festzustellen, daß die Liberalen, wie die anderen Zusammenschlüsse, programmatische Unterschiede aufweisen; im Gegensatz zu den beiden anderen Zusammenschlüssen liegen die Differenzen weniger im Grundsätzlichen, sondern vielmehr im Detail. Erst das Europa-Programm kann zeigen, inwieweit die gemeinsame Arbeit zu größerer Homogenität geführt hat. Es ist wahrscheinlich, daß in den nationalen Parteien die eigenen Positionen weiterhin vertreten werden und diese selbst im Europawahlkampf eine Rolle spielen, trotz des Anspruches der ELD, es werde nur das ELD-Programm Grundlage des Wahlkampfes sein.
Größer als innerhalb des Bundes der Sozialdemokraten ist allerdings die Kongruenz der Auffassungen zur europäischen Einigung. Eine Außenseiterposition nehmen die Republikaner Giscard d'Estaings ein. Sie sind zwar europafreundlicher als die französischen Sozialisten, wollen jedoch auch nicht über die Römischen Verträge hinausgehen. Ein europäischer Staat wäre auch für sie nicht konsensfähig; die nationale Souveränität soll gewahrt bleiben.[2] Auch die dänische Radicale Venstre nahm gegenüber fortschreitender europäischer Integration eine zögernde Haltung ein. Noch während

---

1 Vgl. Volkmar Kallenbach, a.a.O., S. 39.

2 Vgl. Hans-Dieter Heumann/Eva Karnofsky a.a.O., "Frankreich".

der laufenden Programmarbeit, im Oktober 1977, trat die Radicale Venstre aus der ELD aus. Die integrationsfreundliche Grundhaltung der ELD und deren positive Einstellung zur atlantischen Zusammenarbeit führten bei der Radicalen Venstre zu einem Parteitagsbeschluß, aus der ELD auszutreten.[1] Die französischen Radicaux de Gauche hatten sich dem Linksbündnis in Frankreich angeschlossen, das der europäischen Integration ebenfalls nicht freundlich gegenüberstand; auch sie sind nicht mehr an der aktiven Arbeit der ELD beteiligt, so daß in Fragen der europäischen Einigung eine größere Homogenität zwischen den Parteien zu erwarten ist als zu Beginn der ELD-Arbeit. Homogenität und programmatische Flexibilität wird von der ELD eher erwartet als von den anderen Zusammenschlüssen, u.a. weil ihre Parteien es gewohnt sind, sich auf Koalitionspartner einzustellen, wechselnde Koalitionsbündnisse einzugehen und die Funktion des "Züngleins an der Waage" wahrzunehmen.[2] Die Programmarbeit wird daraufhin zu überprüfen sein, ob es den liberalen Parteien leichter gelang sich zu einigen; ob sie eher bereit waren, nationale programmatische Festlegungen zumindest für die europäische Ebene aufzugeben. Größere Kompromißfähigkeit der ELD-Parteien kann auch ihre Ursache in der geringeren Bedeutung programmatischer Aussagen für die Liberalen haben. Die französischen Republikaner z.B. sind eine ehemalige Honorationenpartei ohne festes Programm und werden auch in Zukunft wenig Engagement für Programmarbeit zeigen.[3] Parteien konservativer Prägung, zu denen einige ELD-Parteien durchaus zählen,sind meist keine Programmparteien. Die liberalen Parteien

---

1 Vgl. Volkmar Kallenbach, a.a.O., S. 37.

2 Vgl. Theo Stammen, Parteien in Europa, München 1977, S. 289.

3 Vgl. Klaus Hänsch, a.a.O., S. 2o6.

waren andererseits die ersten Programmparteien überhaupt, das heißt ursprünglich maßen sie Programmen Bedeutung bei.[1] Kontinuität und Engagement bei der europäischen Programmarbeit sind ein Indiz für den Stellenwert von Programmen in den einzelnen Parteien.

---

1 Vgl. Ossip K. Flechtheim, a.a.O., Spalte 1873.

Tabelle 2:

Mitgliedsparteien der Europäischen Liberalen Demokraten[1]

Land	Partei	Mitglieder	Regierungsbeteiligung z.Zt. der Programmarbeit
Belgien	Partij voor Vrijheid en Vooruitgang (PVV)	65.000[2]	-
	Parti des Réformes et de la Liberté de Wallonie (PRLW)	37.000	X
	Parti Libéral (PL)	65.000	X
Bundesrepublik Deutschland	Freie Demokratische Partei (F.D.P.)	78.773	X
Dänemark	Venstre (V) bis 1978 Radicale Venstre	109.850	-
Frankreich	Parti Republicain (PR)	125.000	X
	Parti Radical Socialiste	40.000	X
	Mouvement des Radicaux de Gauche		X
Großbritannien	Liberal Party	100.000	-
Irland	-	-	-
Italien	Partito Liberale Italiano (PLI)	153.000	
	Partito Repubblicano Italiano (PRI)	120.000	-
Luxemburg	Demokratische Partei (DP)	3.500	X
Niederlande	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD)	97.500	seit 1977

1 Die Daten wurden entnommen aus: Joachim Raschke, Hg., a.a.O..
2 Die Mitgliederzahlen wurden entnommen aus: ELD, vade-mecum, Brüssel 1978.

2.1.3. Die Europäische Volkspartei

Der EVP gehören Parteien aus sieben Ländern der EG an; Großbritannien und Dänemark sind nicht vertreten. Alle Parteien verstehen sich ausdrücklich als Volksparteien;[1] das heißt jedoch nicht, daß Mitglieder- und Wählerstrukturen identisch wären. Das allen gemeinsame christliche Selbstverständnis ist bei den einzelnen Parteien verschieden ausgeprägt. Die marktwirtschaftliche Grundeinstellung aller Parteien läßt dennoch Unterschiede in Fragen der Staatsintervention in die Wirtschaft, der Mitbestimmung und Vermögensbildung zutagetreten. Auch die organisatorischen Strukturen divergieren.

Nach dem Kriege ununterbrochen in der Regierungsverantwortung waren die italienische Democrazia Christiana, die belgischen Parteien PSC/CVP und eine der Parteien des niederländischen Parteienbundes CDA, die Katholieke Volkspartij (KVP). Alle Parteien waren durchgehend auf Koalitionen angewiesen; sie gingen Regierungsbündnisse ein mit liberalen Parteien, aber auch mit Sozialisten, d.h. sie waren für wechselnde Koalitionspartner offen. Bislang schlossen die italienischen Christdemokraten nur eine Koalition mit den Kommunisten aus, abgesehen von einer Interimsregierung 1946-1947.[2] Belgische und italienische Christdemokraten nehmen in ihren Regierungssystemen den führenden Platz ein. Sie stützen sich auf das stärkste Wählerpotential. Die DC ist mit 1.73 Mio Mitgliedern zwar die mitgliederstärkste Partei der EVP, im nationalen System wird sie jedoch von der PCI mit 1,9 Mio

---

1 Vgl. Karl Josef Hahn/Friedrich Fugmann, Die Europäische Christlich-Demokratische Union zwischen Europäischem Anspruch und nationalen Realitäten, in: Zusammenarbeit der Parteien in Europa, a.a.O., S. 271 .

2 Vgl. Detlev Murphy/Heinz Timmermann, a.a.O.,S.3o9.

Mitgliedern übertroffen. Auch die Christdemokraten Belgiens sind mitgliederschwächer als die Sozialisten, sie können aber mehr Wählerstimmen auf sich vereinigen.

Die niederländische KVP ist die Partei des CDA-Bündnisses mit dem größten Wählerpotential (1972: 17,8%). Die Anti-Revolutionaire Partij (ARP,1972: 8,8,%) hat ihre Wählerbasis im calvinistisch-reformierten Protestantismus; die dritte Partei des niederländischen christdemokratischen Bündnisses, die Christelijk-Historische Unie (CHU, 1972: 4,8% der Stimmen) hat ihre konfessionelle Grundlage ebenfalls im Protestantismus, jedoch in weniger strengen Konfessionsrichtungen.[1]

Seit 1977 ist der Christen-Demokratisch Appel (CDA), zu dem sich diese drei konfessionell gebundenen Parteien zusammenschlossen, stärkste Gruppierung im niederländischen Parlament und stellt die Regierung.

Die irische Fine Gael, nach der Fianna Fail zweitstärkste Partei des Landes, bildete von 1973 bis 1977 mit der Labour Party die Regierung. Seit 1974 ist auch die französische Zentrumspartei Centre des Démocrates Sociaux Regierungspartei; sie hat sich der Majorité Giscard d'Estaings angeschlossen, gehört auch dem französischen Parteienbündnis Union pour la Démocratie Française (UDF) an neben der Parti Républicain und den Radikal-Sozialisten Servan Schreibers. Die stärkste Partei Luxemburgs, die Christlich Soziale Volkspartei (CSV), war bis 1974 Regierungspartei und bildete 1979 erneut die Regierung zusammen mit den Liberalen. Die einzigen Parteien der EVP, die seit 1969 ununterbrochen Oppositionsparteien waren, sind die beiden

---

1 Vgl. Jürgen Hartmann, Niederlande, a.a.O.,S.383 und 385.

deutschen Mitglieder, CDU und CSU. Nach der Democrazia Christiana mitgliederstärkste Partei,[1] verfügt die CDU über einen gut funktionierenden Apparat und finanzielle Ressourcen. CDU/CSU sind die einzigen interkonfessionellen Parteien der EVP. Mit Ausnahme der beiden niederländischen CDA-Parteien ARP und CHU sind die anderen Parteien alle im Katholizismus verwurzelt.[2] Für die beiden deutschen Parteien kann sich daraus eine Sonderstellung ergeben, eine Außenseiterposition einerseits, aber sie könnte auch die Funktion eines Bindegliedes übernehmen zwischen den starken katholisch-orientierten Parteien des Zusammenschlusses und den konservativen Parteien des Europäischen Parlamentes. Seitens deutscher Christdemokraten bestand Interesse an einer engeren Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, vor allem mit den englischen Konservativen, aber auch mit den französischen Gaullisten.[3] Dieses Interesse könnten CDU/CSU auch in die Programmarbeit einbringen, indem sie daraufhin wirken, daß das EVP-Programm auch für diese Parteien zur Arbeitsgrundlage werden kann. Der Einfluß von CDU/CSU wird durch die Stärke der anderen Parteien determiniert. Gegensätze zwischen den beiden mitgliederreichsten und finanzkräftigsten Parteien, CDU/CSU und DC, könnten die Arbeit lähmen. ALle anderen Parteien, mit Ausnahme der beiden belgischen, sind erheblich mitgliederschwächer, verfügen über erheblich geringere finanzielle Mittel und einen wenig ausgebauten Parteiapparat, selbst wenn sie Regierungsparteien sind. Diese Studie soll beantworten, welche Rolle die kleineren Parteien neben DC, CDU/CSU

---

1 Vgl. Projektgruppe Parteiensystem:Bundesrepublik Deutschland, in: Joachim Raschke, Hg., a.a.O., S. 8o. Die CDU hatte 1977 ca. 65o ooo Mitglieder, die CSU 1976 18o ooo.

2 Sollte der CDA sich, wie angestrebt, als eine Partei konstituieren, würde für ihn das gleiche gelten.

3 Vgl. Norbert Gresch, Transnationale Parteienkooperation...,a.a.O., S. 246.

und belgischen Christdemokraten einnehmen konnten.

Die italienischen Christdemokraten sind durch interne Machtkämpfe zwischen den verschiedenen Strömungen (Correnti) zerstritten,[1] und die Partei hat sich seit Jahren mit innenpolitischen Krisensituationen auseinanderzusetzen. Im Übrigen fehlen ihr Erfahrungen in der Programmarbeit.[2] Diese Faktoren könnten zu einer Einschränkung ihres europäischen Engagements führen, so wie die kleinen Parteien CSV, CDS, Fine Gael und CDA durch organisatorische Defizite und dünne Personaldecke sowie ihre Beteiligung an Regierungen in ihrer Mitarbeit eingeschränkt werden könnten.
Die belgischen Parteien besitzen zwar nicht die Mitgliederstärke wie DC und CDU/CSU, sie sind aber gut organisierte Parteien. Beide Parteien haben getrennte Vorstände und Organisationen, arbeiten allerdings eng zusammen.[3] Ihre gesicherte Position gewinnen die beiden belgischen Parteien aus ihrer festen Verankerung in der katholischen Gewerkschaftsbewegung des Landes. Diese ist mit 1,4 Mio Mitgliedern die stärkste des Landes. Zum Bauernbund und Mittelstandsbund bestehen ebenfalls enge Verbindungen. Alle genannten Verbände gehören der katholischen "famille spirituelle" an, der auch die beiden Parteien CVP/PSC zuzurechnen sind.[4] Zu christlichen Gewerkschaften bestehen auch Kontakte seitens der italienischen Christdemokraten, der luxemburgischen CSV und der niederländischen KVP und ARP. Die italienischen Christdemokraten pflegen nicht weniger enge Kontakte zur Laienorganisation der Katholischen Kirche

---

1 Vgl. Petra Rosenbaum, Italien 1976-Christdemokraten mit Kommunisten? Eine Einführung in das italienische Parteiensystem, Reinbek 1976, S. 38-39.

2 Vgl. Detlev Murphy/Heinz Timmermann, a.a.O., S.321.

3 Vgl. Jürgen Hartmann, Belgien, a.a.O.,S.51. Die PSC hat 6o.ooo Mitglieder, die CVP 13o.ooo.

4 Vgl. ebenda, S. 52.

und zum Kleinbauernverband; ihre Finanzierung geschieht vorwiegend durch die großen, exportorientierten Konzerne.[1] Auch die beiden genannten niederländischen Parteien sind sowohl mit Arbeitgeber- und Bauernverband, als auch mit den Gewerkschaften versäult. Andere Parteien wiederum sind stärker zur Unternehmerseite orientiert, was auch in der Schichtung der Wähler seinen Niederschlag findet. Zu diesen Parteien gehören die irische Fine Gael, die niederländische CHU und das französische CDS. Die Wählerbasis findet sich bei diesen Parteien in der Mittelschicht und in den besitzenden Schichten. Die Versäulung von CDU und CSU ist nicht völlig deckungsgleich. Die CSU ist stärker als die CDU in der katholischen Bevölkerung verankert; beide Parteien sind personell mit dem Bauernverband verflochten. Gute Verbindungen bestehen zu den Industrieverbänden und Handwerkskammern. Die Einstellung der CSU zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ist sehr kritisch; sie fühlt sich weit mehr dem weit weniger einflußreichen Christlichen Gewerkschaftsbund verbunden. Die CDU dagegen hält an der Einheitsgewerkschaft fest. Teile ihrer Mitgliedschaft sind im DGB organisiert.[2] Vor allem seitens der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) bestehen Verbindungen und personelle Verflechtungen mit dem DGB, allerdings in erheblich schwächerem Maße als zwischen SPD und DGB.

Trotz des Selbstverständnisses der christdemokratischen Parteien als Volksparteien sind doch unterschiedliche Tendenzen in der Wählerschaft und in der nationalen Versäulung der Parteien

---

1 Vgl. Jürgen Hartmann, Belgien, a.a.O., S. 32o.

2 Vgl. Projektgruppe Parteiensystem, a.a.O.,S.78. 1968 waren 18 % der CDU-Mitglieder in einer DGB-Gewerkschaft. Neuere Zahlen liegen nicht vor; es wird aber vermutet, daß sich der Prozentsatz verringert hat.

wahrzunehmen. So kann die arbeitnehmerfreundliche Ausrichtung einiger Parteien mit der Verankerung anderer Parteien in den Industrie- und Arbeitgeberverbänden sowie in der Bauernschaft durchaus konfligieren. Als Kristallisationspunkte sind vorstellbar die Agrarpolitik, die Rolle der Verbände auf europäischer Ebene, aber auch die Lohn- und Arbeitsmarktpolitik. Zwischen den gesellschaftlichen Versäulungen, der Struktur der nationalen Wählerschaft und den programmatischen Aussagen bestehen Wechselwirkungen; die Bindungen der Parteien finden in Programmen ihren Ausdruck. Die Programme der einzelnen christdemokratischen Parteien lassen ebenfalls auf Probleme bei der europäischen Programmarbeit schließen.

Die Marktwirtschaft wird zwar von allen Parteien vertreten, jedoch ist die Rolle des Staates nicht unumstritten. Die belgischen Parteien befürworten Staatseingriffe vor allem, um gesellschaftspolitische Ungerechtigkeiten zu vermeiden, wenn die Marktmechanismen versagen. Die kleinen und mittleren Unternehmen dürfen nicht gefährdet werden. Die Parteien hängen dem Subsidiaritätsprinzip an; wo es nicht greift, soll der Staat einspringen. Die beiden belgischen Parteien sehen vor, vom Parlament einen Plan für die wirtschaftliche Entwicklung beschließen zu lassen, der als Leitlinie für private und staatliche Unternehmen dienen soll,[1] für die deutschen Parteien ein unakzeptabler Vorschlag. Wie die belgischen Parteien fußen die DC, die KVP und die Fine Gael im sozialen Bereich auf der katholischen Soziallehre. CDU, CDS und die beiden weiteren niederländischen CDA-Parteien, CHU und ARP, hingegen sind interkonfessionell bzw.

---

1 Vgl. Jürgen Hartmann, Belgien, a.a.O.,S. 51.

protestantisch orientiert.
Die betriebliche Mitbestimmung wird nicht von allen Parteien gefordert; die niederländische CHU verzichtet darauf, die Iren sehen sie nur im staatlichen Sektor vor. Begier, Luxemburger und die beiden CDA-Parteien gehen darüber hinaus.
Die beiden deutschen Parteien sind aufgrund der nationalen Bedingungen, Teilung Deutschlands in einen demokratisch-pluralistischen und einen kommunistischen Staat,prononciert antikommunistisch und antisozialistisch; letzteres auch, um sich positiv von der SPD abzugrenzen und diese in die Nähe der DDR-Parteien zu rücken. Diese Situation ist den anderen Parteien weitgehend fremd. Es fragt sich, inwieweit CDU/CSU diese antikommunistisch/antisozialistische Haltung, im nationalen Rahmen durch den Wahl-Slogan "Freiheit statt Sozialismus" charakterisiert, auf der europäischen Ebene durchsetzen können bei Parteien, die mit Sozialdemokraten koalieren bzw. gelegentlich sogar auf die Loyalität von Kommunisten angewiesen sind wie die Democrazia Christiana.
Besonders im Falle der Christdemokraten ist es von Interesse, welche Konfliktlösungsstrategien gewählt werden, da die strukturellen Unterschiede zwischen den Parteien groß sind: langjährige Regierungsparteien stehen den finanzkräftigen deutschen Parteien, seit elf Jahren in der Opposition,gegenüber; andere, kleine Parteien wiederum spielen nicht einmal im nationalen System eine große Rolle.
Problemlos zu lösen dürfte die Position der EVP zur Europapolitik sein. Alle Parteien sind proeuropäisch ; sie wünschen weitere Integrationsfortschritte.[1] Lediglich das französische CDS muß auf nationale Stimmungen gegen mehr Kompetenzen der europäischen Ebene Rücksicht nehmen.

---

1 Vgl. Theo Stammen, Hg.,a.a.O., S. 278.

Tabelle 3:

Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei[1]

Land	Partei	Mitglieder	Regierungsbeteiligung
Belgien	Christelijke Volkspartij (CSV)	13o.ooo	X
	Parti Social Chrétien (PSC)	6o.ooo	X
Bundesrepublik Deutschland	Christlich Demokratische Union (CDU)	658.885	-
	Christlich Soziale Union (CSU)	18o.o13	-
Dänemark	-	-	-
Frankreich	Centre des Démocrates Sociaux (CDS)		X
Großbritannien	-	-	
Irland	Fine Gael (FG)	25.ooo	bis 1977
Italien	Democrazia Christiana (DC)	1.73o.ooo	X
Luxemburg	Christlich Soziale Volkspartei (CSV)		-
Niederlande	Christen-Demokratisch Appel (CDA) bestehend aus:		seit 1977
	Katholieke Volkspartij (KVP)	2oo.ooo	X
	Anti Revolutionaire Partij (ARP)	1oo.ooo	X
	Christelijk Historische Union (CHU)	45.ooo	-

2.2. Die Statuten der europäischen Zusammenschlüsse

2.2.1. Die Geschäftsordnung des Bundes der Sozialdemokraten der EG

Der Bund der Sozialdemokraten der EG versteht sich ausdrücklich als eine regionale Organisation der Sozialistischen Internationale (S.I.). Er stellt nicht den Anspruch, eine europäische Partei zu sein. Dies manifestiert sich nicht zuletzt darin, daß er sich nur eine Geschäftsordnung, aber keine Satzung gegeben hat. Diese Geschäftsordnung verpflichtet die Parteien nicht auf inhaltliche Positionen, beruft sich aber auf die Statuten der S.I., die für alle Mitglieder des Bundes verbindlichen Charakter haben.[1] Die Statuten der S.I. wiederum verpflichten ihre Mitgliedsparteien auf die Frankfurter Erklärung der S.I. aus dem Jahre 1961. Sie akzeptiert nur Parteien, die den demokratischen Sozialismus zu etablieren trachten.[2] Die Geschäftsordnung ist bereits vor der Umwandlung des Verbindungsbüros in den Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG in Kraft getreten; dies zeigt ebenfalls, daß die Umbenennung nicht die Gründung einer europäischen Partei verfolgte.
So sieht die Geschäftsordnung zwar gemeinsame Stellungnahmen vor, aber keine Programmarbeit. Diese Stellungnahmen sollen sich mit den Problemen , die sich aus dem Bestehen der EG ergeben, befassen;[3] d.h. sie müssen zwar mit der EG in Zusammenhang stehen, sind aber nicht auf Aussagen zur Region der EG selbst beschränkt. Das Büro des Bundes, neben dem

---

1 Vgl. Geschäftsordnung des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaften, angenommen vom Verbindungsbüro in Luxemburg am 5.4.1974, 1.Abschnitt,in: Materialien zur Europapolitik, Bd.2, Die europäischen Parteien, Bonn 77.

2 Vgl. New Statutes of the International, angenommen vom 13. Kongreß der Sozialistischen Internationale, in:Socialist Affairs, Januar/Februar 1977,Vol. 27/1, S. 36.

Kongreß sein Führungsgremium, kann Empfehlungen an die Mitgliedsparteien ausarbeiten und zu aktuellen Fragen Stellungnahmen veröffentlichen.[1] Dies sind die geschäftsordnungsmäßigen Grundlagen der Plattformarbeit. Die Stellungnahmen müssen den Mitgliedsparteien zugeleitet werden; sie sind für letztere nur bindend, wenn diese ihnen zugestimmt haben.[2] Ein für alle Parteien bindender Beschluß kann nur dann gefaßt werden, wenn er vom Büro einstimmig gefaßt wurde und der Kongreß mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt hat. Ein nur mit einfacher Kongreßmehrheit angenommener Beschluß kann unter Angabe von Gründen gegenüber dem Büro von einer Partei nicht befolgt werden.[3] Eine vom Büro oder durch Arbeitsgruppen[4] erarbeitete Plattform muß also entweder von allen Mitgliedsparteien akzeptiert werden, wenn sie bindenden Charaker erhalten soll, oder aber einstimmig vom Büro und von zwei Dritteln der Kongreßdelegierten angenommen werden. Dies kommt faktisch einer Zustimmung aller Parteien gleich, da sowohl die Büromitglieder - zwei pro Partei - als auch die Kongreßdelegierten von den Parteien entsandt werden; der Modus zur Auswahl der Delegierten bleibt der Partei anheimgestellt. Die Zahl der Kongreßdelegierten ist abhängig von der Zahl der nationalen Abgeordneten im - indirekt gewählten - Europäischen Parlament, d.h. die Parteien der vier großen Länder , Großbritannien, Italien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, entsandten je achtzehn Delegierte, Belgien und die Niederlande sieben, Dänemark und Irland fünf und Luxemburg

---

Zu Seite 60

3 Vgl. Geschäftsordnung des Bundes der Sozialdemokraten der EG, 2. Abschnitt.

1 Vgl. ebenda, Abschnitt 7b) und 9.

2 Vgl. ebenda, Abschnitt 9.

3 Vgl. ebenda, Abschnitt 13.

4 Das Büro kann ständige oder ad-hoc-Arbeitsgruppen einsetzen. Über deren Besetzung wird nichts ausgesagt, sie scheint dem Büro überlassen zu sein.

drei.[1] Damit wurde der Bedeutung und Größe eines Landes Rechnung getragen; die Rolle der Partei im nationalen System spielte keine Rolle. Die Bedeutung der jeweiligen Partei fand Ausdruck in einem zweiten Schlüssel, der jeder Partei soviel Delegierte zusprach, wie sie Abgeordnete in das Europäische Parlament entsandte. Auch dieses Delegationsverfahren favoritiserte die Parteien aus den großen Ländern, da sie selbst bei absolut gesehen geringeren Prozentzahlen bei nationalen Wahlen mehr Abgeordnete entsenden als die Parteien aus kleinen Ländern mit hohem Wähleranteil. Ferner gehören die Mitglieder des Büros dem Kongreß an. Für Januar 1978 stellte sich die Zusammensetzung des Kongresses wie folgt dar:

Tabelle 4:

Zusammensetzung des Kongresses des Bundes der Sozialdemokraten[2]

Bundesrepublik Deutschland (SPD):	33	Delegierte
Belgien (BSP/PSB)	:	12	"
Dänemark (S)	:	8	"
Frankreich (PS)	:	26	"
Großbritannien	:	36	"
Irland (Labour)	:	7	"
Luxemburg (LSAP)	:	5	"
Niederlande (PvdA)	:	13	"
Italien (PSI/PSDI)	:	23	"

Stärkste Partei ist die zu weiten Teilen EG-feindliche Labour Party aus Großbritannien, dann folgt die SPD und die französische PS. Regierungsfunktion, Finanzkraft und organisatorische Stärke spielen

---

1 Dieser Delegiertenschlüssel richtete sich nach den Länderquoten im EP, sie wurden halbiert. Die 18 italienischen Delegierten teilen sich je zur Hälfte aus PSI und PSDI auf.

2 Vgl. Paul-H. Clays/Nicole Loeb-Mayer, a.a.O., S.5o.

auf dem Kongreß formal keine Rolle. Die Mitglieder der Sozialistischen Fraktion des EP können mit beratender Stimme am Kongreß teilnehmen.
Der Bund legt seine Finanzierung nicht in der Geschäftsordnung fest, so daß keine Aussagen über die finanziellen Beiträge einzelner Parteien und etwa daraus erwachsender Dominanzen gemacht werden können.

Die Geschäftsordnung räumt den nationalen Parteien eine sehr starke Position ein. Der europäischen Organisation kommt kaum mehr als Koordinationsfunktion zu; sie kann jedoch die Funktion eines Initiators europäischer Kommunikationsprozesse einnehmen.

2.2.2. Die Satzung der Europäischen Liberalen Demokraten

Die ELD-Satzung läßt erkennen, daß die Liberalen ihre Föderation als eine Institution der internationalen Beziehungen verstehen, die dazu dienen soll, die Mitgliedsparteien zusammenzuführen, und zur Schaffung der Europäischen Union auf der Grundlage liberaler Ideale beitragen soll.[1]
Aus der Satzung geht hervor, daß die Parteiföderation gemeinsame Positionen erarbeiten will; denn sie will die Öffentlichkeit informieren und sie am Aufbau eines geeinten Europas beteiligen. Diese Funktionen werden in nationalen Systemen von Parteien wahrgenommen. Die ELD will sich ferner "um eine einheitliche Haltung in allen wichtigen Fragen der Gemeinschaft bemühen."[2] Die Mitgliedschaft steht allen Parteien offen, die sich zur Satzung und zu den zu beschließenden Aktionsprogrammen bekennen,[3] d.h.

---

1 Vgl. Satzung der Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, angenommen in der Gründungsversammlung in Stuttgart am 26. und 27.3.1976, in: Materialien zur Europapolitik, Bd.2, a.a.O.,S.58, Päambel und Art. 1.

2 Vgl. ebenda, S. 58 Art. 2,1..

3 Vgl. ebenda, S. 59, Art. 3.

die ELD macht die Bereitschaft zur Anerkennung europäischer Programme zur Bedingung, fordert aber nicht verbindliche Anerkennung. Die ELD versteht sich als "Programmpartei". Da bei der Gründung der ELD noch kein Programm vorlag, war die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß während der Programmarbeit einzelne Parteien den Zusammenschluß verlassen, weil sie den programmatischen Aussagen nicht zustimmen können. Dies traf dann für die Radicale Venstre zu.

Im Unterschied zum Bund der Sozialdemokraten steht jeder Partei, die sich zur Satzung und zur Programmatik bekennt, der Beitritt in die Föderation offen. Die Satzung stellt eine Bindung her zur Fraktion der Liberalen (früher: Fraktion derLiberalen und Nahestehenden; heute: Fraktion der Liberalen und Demokraten): die Mitglieder des EP, die einer ELD-Partei angehören, sind Mitglieder der Liberalen Fraktion.[1] Der Vorsitzende der Fraktion ist gleichzeitig Mitglied des Exekutivkommitees der ELD, ebenso die liberalen Mitglieder der Kommission. Zwischen den Kongressen ist das Exekutivkomitee ermächtigt, im Namen der Föderation zu handeln und zu sprechen. Die ELD schränkt dieses Recht nicht ein wie der Bund der Sozialdemokraten; offensichtlich werden die Aktionen des Exekutivkomitees von den nationalen Parteien anerkannt und nicht nur als Empfehlungen angesehen. Dem Exekutivkomitee steht es frei, Ausschüsse zu bilden, so etwa eine Programmkommission einzusetzen.[2] Der Kongreß der ELD hat über ihre Programme zu entscheiden. Es ist dabei eine Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.[3]

---

1 Man wollte damit verhindern, daß Föderationsmitglieder anderen EP-Fraktionen angehören. Die französischen Radicaux de Gauche gehörten der Sozialistischen Fraktion an.

2 Vgl. Satzung der Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien der EG, a.a.O.,Art. 18.

3 Es müssen bei Abstimmungen mindestens loo Personen anwesend sein. Vgl. ebenda, Art.23.

Zum Kongreß entsendet jedes Land sechs Vertreter.[1] Darüberhinaus wird jeder Partei entsprechend ihrem Stimmenverhältnis bei den letzten nationalen Wahlen eine bestimmte Anzahl von Delegierten zuerkannt. Weiterhin gehören die Mitglieder der EP-Fraktion und die liberalen Kommissionsmitglieder dem Kongreß an, sowie zehn Vertreter der Liberalen Jugendorganisation.[2] Die Zugehörigkeit der europäischen Fraktions- und Kommissionsmitglieder zum Kongreß hat zur Folge, daß dem Kongreß eine Reihe von Europaspezialisten angehören, die nicht zuletzt durch ihr Stimmenpotential die Beschlüsse der ELD im Sinne fortschreitender politischer Integration beeinflussen können.[3]

Tabelle 5:

Die Zusammensetzung des Kongresses der ELD [4]

Bundesrepublik Deutschland (F.D.P.):	36	Delegierte
Belgien (PVV 7, PRLW 5, PL 3) :	15	"
Dänemark (Venstre) :	1o	"
Frankreich (PR 31, PRS 7 RG 8) :	46	"
Großbritannien (Liberal Party) :	45	"
Italien (PLI 11, PRI 11) :	22	"
Luxemburg (DP) :	6	"
Niederlande (VVD) :	21	"

Stärkste Partei sind auf den Kongressen demnach die englischen Liberalen, eine Partei, die im nationalen System kaum eine Rolle spielt. Die Delegationsmodi bleiben den Parteien überlassen. Auch die Finanzierung der Parteien wird auf der

---

1 Gehört der ELD aus einem Land mehr als eine Partei an, werden die Delegiertensitze proportional zu den Ergebnissen der letzten nationalen Wahlen vergeben. Vgl., ebenda, Art. 22, 1a.

2 Vgl. ebenda, a.a.O., Art. 22.

3 1977 hatte die liberale EP-Fraktion 24 Mitglieder die Liberalen stellten einen EG-Kommissar.

4 Vgl. Paul-H Claeys/Nicole Loeb-Mayer, a.a.O.,S.66/67

Grundlage der Stimmenverhältnisse berechnet.[1] Demnach zahlt die englische Mitgliedspartei den höchsten Beitragsanteil. Neben der Satzung gab sich die ELD eine Geschäftsordnung, die Einzelheiten zur Organisation des Kongresses regelt. Der letzte Absatz dieser Geschäftsordnung stellt fest, daß die ELD im Rahmen der Liberalen Internationale (L.I.) handelt und deren Arbeit fortsetzt, versucht, deren Tätigkeitsgebiet zu erweitern und ihren politischen Einfluß zu vergrößern.[2] Die ELD macht damit, wie der Bund der Sozialdemokraten, deutlich, daß auch sie einer internationalen Bewegung angehört; es besteht jedoch keine organisatorische Abhängigkeit von dieser. Die Mitgliedschaft einer Partei in der L.I. ist nicht Voraussetzung für die Mitgliedschaft im europäischen Zusammenschluß; es existiert auch keine Verpflichtung auf die Programmatik der internationalen Organisation.

2.2.3. Die Satzung der Europäischen Volkspartei

Der Satzung der EVP ist eine Präambel vorangestellt, die die Parteien auf die christlich-demokratische Konzeption vom Menschen und der Gesellschaft sowie auf eine pluralistische Gesellschaft festlegt.[3] Die Satzung selbst verpflichtet die Parteien auf die Fortführung des europäischen Integrationsprozesses mit dem Ziel der Europäischen Union.[4] Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) und in der CD-Fraktion des EP ist nicht zwingend Vorbedingung für die

---

1 Das Exekutivkomitee setzt die Berechnungsgrundlage fest. Vgl. Satzung der Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien der EG, a.a.O., Art. 5.

2 Vgl. Geschäftsordnung der ELD, in: Materialien zur Europapolitik, Bd. 2, a.a.O., S. 62 - 63.

3 Vgl. Satzung der Europäischen Volkspartei- Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften, angenommen vom Politischen Komitee am 28.4.1976, in: Materialien zur Europapolitik,Bd.2, a.a.O.,S.34.

4 Vgl. ebenda, Art.3,b).

Aufnahme in die EVP; allerdings gehören die Gründungsmitglieder alle den genannten Institutionen an. Es werden drei Bedingungen für die Mitgliedschaft gestellt: eine Partei oder Equipe[1] muß in der EG bestehen, und sie muß das EVP-Programm und die Satzung anerkennen. Die EVP versteht sich selbst von vornherein als "Programm-Partei"; sie ist für alle Parteien offen, die ihre Grundauffassung teilen und ihr Programm annehmen. Ob "annehmen" meint, es durch einen nationalen Kongreß bestätigen zu lassen, wird nicht ausgeführt. Die Mitgliedschaft in der EVP ist nicht daran gebunden, daß eine Partei sich ausdrücklich als christdemokratisch versteht; sie muß nur bereit sein, die Grundlagen der Partei zu akzeptieren. Die Möglichkeit des Beitritts konservativer Parteien wurde bewußt offengelassen. Die deutschen Christdemokraten hatten ursprünglich gefordert, in der Satzung ausdrücklich Parteien zuzulassen, die sich in den EP-Fraktionen der Konservativen, Europäischen Demokraten für den Fortschritt und der Liberalen zusammenschließen.[2] CDU/CSU setzten um der möglichen Fusion mit konservativen Parteien willen den Namen Europäische Volkspartei durch, um den genannten Parteien den Beitritt zur EVP zur erleichtern.[3] CDU/CSU sahen ferner vor, konservativen und liberalen Parteien den Beitritt in loser Form, nicht als Vollmitglieder, zu ermöglichen.[4] Dies stieß jedoch auf den Widerstand der anderen Parteien. In der Initialphase der Satzungsarbeit wurde auch die Möglichkeit von Einzelmitgliedschaften diskutiert; sie war allerdings umstritten und wurde dann nur in der Geschäfts-

---

1 Die EVP sieht auch die Mitgliedschaft von sog. Equipen, nationalen Gruppen, die keinen Parteienstatus haben, vor.

2 Dies geht aus Satzungsvorentwürfen hervor.

3 Zum Problem der Namensgebung vgl. Kap. 5.1..

4 Das geht aus Satzungsvorentwürfen hervor.

ordnung vorgesehen.
Die Satzung sieht ausdrücklich vor,- obwohl die EVP für sich in Anspruch nimmt, eine Partei zu sein,- daß die nationalen Parteien ihre Identität und ihre Aktionsfreiheit im nationalen Rahmen behalten.[1]
Das bedeutet, daß ein europäisches Programm der EVP immer durch nationale Programme spezifiziert, vielleicht sogar widerlegt werden kann.
Der Präsident der EVP kann Mitglieder des Exekutivkomitees oder des Politischen Büros[2] mit besonderen Aufgaben betrauen, kann also eine Programmarbeitsgruppe einsetzen.[3]
Initiativorgan und Motor der Partei ist laut Satzung das Exekutivkomitee .[4] Über Leitlinien und politisches Programm entscheidet mit absoluter Mehrheit der Kongreß: "Er beschließt insbesondere das Wahlprogramm".[5] Dem Kongreß gehören an:
- die Mitglieder des Politischen Bureaus,
- die Mitglieder der EP-Fraktion,
- die Vertreter der vom Bureau anerkannten Vereinigungen sowie
- Delegierte der Parteien und Equipen.[6]

"Die Anzahl der Delegierten für jede Delegation ist festgelegt durch eine Stimmenwägung auf Grundlage des Verhältnisses der Zahl der nationalen Abgeordneten der Fraktion im Europäischen Parlament."[7] Wie stark die Zahl der nationalen Delegierten im Endeffekt sein soll, wie die Stimmen gewogen werden, bleibt Exekutivkomitee und Politischem Bureau überlassen. Wie in den beiden anderen Zusammen-

---

1 Vgl. Satzung der Europäischen Volkspartei, a.a.O., Art. 1.
2 Exekutivkomitee und Politisches Bureau sind neben dem Kongreß die Organe der EVP, sie sind mit Parteipräsidium und -vorstand vergleichbar.
3 Dem Präsidenten der EVP kommt mehr Bedeutung zu als den Präsidenten der beiden anderen Zusammenschlüsse. Vgl. ebenda, Art. 9.
4 Vgl. ebenda, Art. 8.
5 Ebenda, Art. 6b.
6 Vgl. ebenda, Art. 6c.
7 Ebenda, Art. 6d.

schlüssen wird der Rekrutierungsmodus der nationalen Delegationen den Parteien freigestellt. Ansprüche auf demokratische Wahlverfahren werden nicht geltend gemacht. Die Zahl der nationalen Delegierten wurde vom Bureau auf loo festgesetzt, die wie folgt verteilt werden:

Tabelle 6:

Zusammensetzung des Kongresses der EVP[1]

Bundesrepublik Deutschland (CDU/CSU)	:	26 Delegierte
Belgien (CVP/PSC)	:	12 "
Frankreich (CDS)	:	8 "
Irland (Fine Gael)	:	8 "
Italien (Democrazia Christiana)	:	26 "
Luxemburg (CVS)	:	8 "
Niederlande (CDA)	:	12 "

Der Kongreß besteht insgesamt aus 23o Teilnehmern.[2] Die geborenen Mitglieder, die Europaspezialisten, überwiegen gegenüber den von den Parteien entsandten Delegierten, d.h., Entscheidungen, die bereits vom Politischen Bureau getroffen wurden und der nachträglichen Zustimmung des Kongresses bedürfen, werden aller Wahrscheinlichkeit nach immer eine Mehrheit finden, zumal die Führung der EP-Fraktion, der zweiten Gruppe der geborenen Kongreß-Mitglieder, auch dem Büro ex officio angehören.

Im Gegensatz zu den Führungsgremien der beiden anderen Zusammenschlüsse wird die Zusammensetzung des Politischen Bureaus in der Satzung empfohlen; die Parteien sollen möglichst nicht beliebige Delegationen aus ihrer Mitte wählen; den nationalen Delegationen sollen hauptsächlich hauptamtliche

---

1 Vgl. Paul-H. Claeys/Nicole Loeb-Mayer, a.a.O., S.3o.
2 Vgl. ebenda, S. 3o.

Funktionäre angehören, nämlich die Vorsitzenden der Politischen Sekretariate, die Generalsekretäre sowie die Vorsitzenden der nationalen Parlamentsfraktionen.[1] Die EVP, der einzige Zusammenschluß, der dezidiert darauf verweist, er sei bereits eine Partei, zeigt am stärksten Strukturen "intergouvernementaler" Zusammenarbeit, an der hauptsächlich die Internationalen Sekretariate beteiligt sind. Die Weiterführung des Delegationsprinzips bis auf die europäische Ebene ist am schwächsten ausgeprägt; man verfährt vornehmlich nach dem Prinzip der Repräsentation der Parteibasen durch ihre nationalen Vorstände.
In allen drei Zusammenschlüssen spielten offensichtlich die Gremien, die die Programmarbeit initiierten und z.T. durchführten, bei deren Legitimierung den Satzungen zufolge eine Rolle , wenn auch eine unterschiedlich starke. In der EVP ist dies am ausgeprägtesten. Inwieweit eine personelle Identität zwischen Programmakteuren und den Personen besteht, die die Programmarbeit abschließend sanktionieren, wird zu untersuchen sein.

---

1 Vgl. Satzung der Europäischen Volkspartei, a.a.O., Art. 7.

3. Bisherige transnationale Programmarbeit der Parteien

Auf EG-Ebene waren seit 1957 nur die europäischen Sozialdemokraten im Verbindungsbüro organisiert, wie der spätere Bund eine regionale Organisation der Sozialistischen Internationale. Die Christdemokraten gründeten zwar bereits 1947 die Nouvelles Equipes Internationales (NEI), die sich später in Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) umbenannten; NEI und EUCD gehören aber auch europäische Parteien aus Nicht-EG-Staaten an. Allein die Liberalen verfügten vor Gründung der ELD nicht über eine europäische Organisation; sie arbeiteten nur in der Liberalen Internationale (L.I.) international mit anderen Parteien zusammen. Untersuchungen der bisherigen Programmarbeit der drei Parteifamilien kommen zu dem Schluß, daß eine EG-adäquate Organisation die Politikformulierung erheblich gefördert, wenn nicht gar bedingt hat.[1] So waren die Sozialdemokraten die einzigen, die bereits 1964 ein Aktionsprogramm vorlegten und im Laufe der Jahre zu verschiedenen Politikbereichen Beschlüsse erarbeiteten. Erst während der Arbeit am EVP-Programm legte auch die EUCD ein Manifest vor.
Von 1957 bis 1974 veranstalteten die Europäischen Sozialdemokraten neun Kongresse. Auf allen Kongressen verabschiedeten sie Entschließungen, 1962 auch ein Aktionsprogramm für die Sozialistische Fraktion des EP.
Die Sozialdemokraten bekannten sich 1962 in einer Erklärung zum "allmählichen Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa".[2] Dieses Europa sollte die

---

1 Vgl. Norbert Gresch, Transnationale Parteienkooperation..., a.a.O., S. 219.

2 Erklärung des 5. Kongresses der sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, in: Sozialistische Europakorrespondenz 2o/196o,S.1. Alle Beschlüsse erschienen in diesem Pressedienst des Verbindungsbüros und der EP-Fraktion. Ab 1971 wurde er umbenannt in Sozialdemokratische Europakorrespondenz.

Struktur eines föderalistischen Bundesstaates annehmen; dieses Ziel wurde noch vom Kongreß 1971 bestätigt.[1] Von 1957 an forderten sie mehr Kompetenzen für das Europäische Parlament, so seine entscheidende Mitwirkung bei der europäischen Rechtsetzung und Verantwortlichkeit der Exekutive gegenüber dem Parlament [2]sowie die Übertragung von Haushaltsbefugnissen.[3]Immer wieder setzten sie sich für die Durchführung von europäischen Direktwahlen ein. Die durchweg positive Einstellung zur europäischen Integration manifestierte sich obendrein in der Befürwortung der Mehrheitsentscheidung für alle Gremien der Gemeinschaft,[4]der Harmonisierung der Agrarordnung,[5] der qualitativen Annäherung der Sozialpolitiken [6]sowie einer Wirtschafts- und Währungsunion.[7]Die Sozialdemokraten erarbeiteten Entschliessungen zu verschiedenen Gemeinschaftspolitiken, so zur Agrapolitik (1971), zur Direktwahl des Europäischen Parlamentes (196o) und zur Demokratisierung der Gemeinschaften (1969) , zur Fusion der Gemeinschaftsverträge (1957, 1958, 196o), zur Assoziierung

---

1 Vgl. Entschließungen des 8. Kongresses der Sozialdemokratischen Parteien der EG, in: Sozialdemokratische Europakorrespondenz 1971, S. 6.

2 Vgl. Entschließungen des 5. Kongresses der Sozialistischen Parteien der EG, in: Sozialistische Europakorrespondenz 21/1962, S.2 und Entschließungen des 8. Kongresses, a.a.O., S.7.

3 Entschließungen des 6. Kongresses der Sozialistischen Parteien der EG, in: Sozialistische Europakorrespondenz 22/1964, S. 3.

4 Vgl. Verbindungsbüro der Sozialistischen Parteien der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, Entschließungen der 3. Konferenz der Sozialistischen Parteien der Mitgliedsstaaten der EG, Luxwmburg 1958.

5 Vgl. Gemeinsames Aktionsprogramm der Sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, angenommen von ihrem 5. Kongreß, in: Sozialistische Europakorrespondenz 24/1962, S. 12.

Griechenlands an die EG (1962), zu den Außenbeziehungen der EG (1964) und zur ersten Erweiterung der Gemeinschaft (1971). 1962 wurde ein Aktionsprogramm verabschiedet, in dem die Grundsätze festgehalten werden sollten,"von denen sich die sozialistischen Parteien und die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlamentes bei ihren Stellungnahmen zu den vielfältigen Problemen der europäischen Integration leiten lassen".[1] Das Programm wurde vom Verbindungsbüro erarbeitet und vor der Verabschiedung mit den nationalen Parteien, der EP-Fraktion und den Gewerkschaftsorganisationen abgestimmt. Dieses Aktionsprogramm war, wie alle anderen Entschließungen, sehr integrationsfreundlich; es forderte

- Einschränkung der Souveränität der Einzelstaaten zugunsten europäischer Institutionen;
- gesetzgebende Gewalt durch ein Parlament mit zwei Kammern;
- Ausarbeitung allgemeiner Entwicklungspläne, um regionale wirtschaftliche Benachteiligungen auszugleichen;
- verstärkten Kulturaustausch;
- gemeinsame Außenpolitik nicht nur im Bereich der Außenhandelspolitik.

Zu allen Politikbereichen wurden teilweise detaillierte Vorschläge gemacht.[2] Dieses Programm hat bis

---

zu Seite 71

6 Vgl."Für ein Soziales Europa", vom 9. Kongreß der sozialdemokratischen Parteien der EG angenommene Thesen, in: Sozialdemokratische Europakorrespondenz 2/1973, S. 15.

7 Vgl. Entschließungen des 8. Kongresses..., a.a.O., S. 1o und Entschließungen des 5. Kongresses...., a.a.O., S. 3.

1 Entschließung der 4. Konferenz der Sozialistischen Parteien der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften, in: Sozialistische Europakorrespondenz Mai 196o, S. 7.

2 Vgl. Gemeinsames Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaften, a.a.O..

heute nichts von seiner Gültigkeit verloren; seine Anregungen sind größtenteils noch nicht durchgesetzt; die gemeinsamen Beschlüsse der Parteien behielten unverbindlichen Charakter. Einmal an der Regierung,richteten die Parteien sich nicht mehr danach.[1] In vielen Fragen könnte der Bund auf die alten Programme zurückgreifen. Alle bisherigen Aussagen des heutigen Bundes der Sozialdemokraten waren in ihrem Tenor gemäßigt, schlossen zwar Verstaatlichungen nicht aus, forderten sie aber auch nicht ausdrücklich. Sie setzten sich für die Belange der Arbeitnehmer ein, für Vollbeschäftigung, Mitbestimmung, gleiches Entgelt für gleiche Arbeit und soziale Sicherung. Es handelte sich um Reformprogramme eher sozialdemokratischer als sozialistischer Provenienz.

Die EUCD beschäftigte sich nur auf einem Kongreß (1973) mit einem EG-spezifischen Thema, mit der Regionalpolitik. "Ziel der Kongreßdiskussionen war nie, gemeinsame Politikkonzepte zu entwickeln, um sie in das Gemeinschaftssystem mit seinen besonderen Bedingungen einzubringen."[2] Das Politische Bureau der EUCD, ihr Führungsgremium, verhandelte allerdings EG-relevante Themen.[3] Die EUCD rief zahlreiche Kommissionen ins Leben; einige davon befaßten sich mit der EG, mit Regionalpolitik sowie mit Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ein gemischter Arbeitskreis erarbeitete Grundpositionen zur institutionellen Weiterentwicklung der EG; seit 1969 arbeitete eine Grundsatzkommission an einem Manifest der EUCD, das aber erst 1976 verabschiedet

---

1 Vgl. Norbert Gresch, Zwischen Internationalismus..., a.a.O.,S.2oo.

2 Norbert Gresch, Transnationale Parteienkooperation... a.a.O., S. 2o5.

3 Vgl. ebenda, Gresch liefert eine ausführliche Darstellung der vom Politischen Bureau behandelten Themen.

wurde. Die Intensität und Thematik der Kommisionsarbeit zur EG korreliert mit allgemeinen Integrationsprozessen im Bereich der Gemeinschaft und verstärkt sich seit 1971, stellt Gresch fest.[1]

Das Manifest der EUCD legt die gemeinsamen Grundlagen der CD-Parteien fest, bekennt sich zum Personalismus, zum Pluralismus, zur freien Marktwirtschaft, zur atlantischen Allianz und zur europäischen Integration. Über allgemeine Grundsätze geht das Programm nicht hinaus.[2]
Die Liberalen behandelten auf den Kongressen der Liberalen Internationale regelmäßig europäische Probleme;[3] Politikkonzepte wurden jedoch nicht entwickelt. Die "Liberale Erklärung von Oxford 1967" der L.I. enthält ein Bekenntnis zur Vollendung der europäischen Einheit.[4] Entwicklungen in der EG wurden von den L.I.-Kongressen ansonsten meist nur registriert; eine Ausnahme bildete der Pariser Kongreß 1972, der die Gründung einer Parteienföderation auf EG-Ebene forderte. Es wurde ein Katalog von Sachforderungen für die Weiterentwicklung der EG aufgestellt, die sehr weit reichen: so wurde eine europäische Staatsbürgerschaft gefordert, schnelle Realisierung der Wirtschaft- und Währungsunion, die Entwicklung gemeinsamer Politiken in verschiedenen Sektoren, Stärkung der Rechte von Kommission und Parlament sowie Durchsetzung europäischer Wahlen nach einem Verhältniswahlsystem.

---

1 Vgl. Norbert Gresch, Transnationale Parteienkooperation..., a.a.O., S. 218.

2 Vgl. Europäische Union Christlicher Demokraten, Manifest der Christlichen Demokraten Europas, Paris 21. Februar 1976.

3 Vgl. Norbert Gresch, Transantionale Parteienkooperation..., a.a.O., S. 2o6.

4 in: Zusammenarbeit der Parteien..., a.a.O. .

Europäische Themen wurden auch auf den informellen Treffen der liberalen Parteiführer der L.I. angesprochen; diese hatten jedoch den Charakter eines Meinungsaustausches.[1]

Über Erfahrungen in der Erarbeitung programmatischer Aussagen im Rahmen der EG verfügen nur die Sozialdemokraten; sie konnten bereits auf die Ergebnisse ihrer Arbeit zurückgreifen und haben damit die vermeintlich beste Ausgangsposition; sie könnten an Vergangenes anknüpfen, sowohl was die Inhalte als auch die Verhandlungs- und Konfliktaustragungsmodi anbelangt.
Christdemokraten und Liberale verfügen zwar über Erfahrungen in der Erarbeitung ideologischer Grundhaltungen (EUCD-Manifest, Oxforder Erklärung), jedoch nicht im EG-Bereich. Es wird weitgehend von den beteiligten Personen abhängen, ob diese Erfahrungen für die europäische Arbeit genutzt werden können: Sofern die politischen Akteure an gemeinsame transnationale Arbeit anknüpfen können und über Verfahrensweisen bereits Konsens besteht, können auch Liberale und Christdemokraten von geleisteter Arbeit profitieren, vielleicht sogar grundsätzliche Aussagen übernehmen.

---

1 Vgl. Hans-Claudius Ficker u.a., a.a.O.,S.3o-31.

4. Die Programmatik des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG

4.1. Die Vorbereitungsphase der Plattformarbeit

Bereits vor der Entscheidung der Pariser Gipfelkonferenz im Dezember 1974, direkte Wahlen zum Europäischen Parlament 1978 durchzuführen, beschlossen die Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, ihre Zusammenarbeit zu intensivieren,[1] und zwar zunächst durch den formalen Akt der Umwandlung des Verbindungsbüros in den Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG. Auf einem Treffen der sozialdemokratischen Parteiführer und Regierungschefs in Den Haag im Dezember 1974 wurde dann die Erarbeitung einer gemeinsamen programmatischen Aussage für den Europawahlkampf initiiert.[2] Der Vorstand des Bundes beauftragte daraufhin am 14. Februar 1975 eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz Wilhelm Dröschers, der seit 1974 auch Präsident des Bundes war, mit der Ausarbeitung einer Wahlplattform.[3] Dröscher war Schatzmeister der SPD und von 1965-69 Mitglied des Europäischen Parlamentes.[4]
Bei Aufnahme der Verhandlungen einigten sich die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien in der

---

1 Vgl. Valentine Herman/Juliet Lodge, The Party System of the European Community: National, Transnational, and Supranational Perspectives, Paper for presentation to the "Political Party Systems" panel of the "Comparative Political Systems - Western Countries" Section of the American Political Science Association Annual Convention, New York, Aug.- Sept. 1978, S. 12.

2 Vgl. Wilhelm Dröscher, Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, in: Direktwahl des Europa-Parlaments, zusammengestellt von Claus Schöndube, Bonn 1977, S. 67.

3 Vgl. PS/CE/2o/75, Beschlußliste der Sitzung der Arbeitsgruppe für ein Europäisches Sozialdemokratisches Programm am 19.7.1975 in Straßburg. Weitere Mitglieder dieser Arbeitsgruppe waren G. Mammarella (PSDI), D. Mayer (PS), S. Mansholt (PvdA), B. Friedrich (SPD).

Arbeitsgruppe darauf, daß es sich bei der Plattform nur um ein "begrenztes Programm" handeln kann; "man darf dabei nicht versuchen, eine völlig abgeschlossene Philosophie zu formulieren. Statt dessen soll das Programm einige Grundzüge für konkrete Aktionen enthalten."[1] Dem Programm sollte die Funktion eines Arbeitsprogrammes für den Bund und die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlamentes zukommen; man wollte kein Grundsatzprogramm erstellen.[2] Es wurde beschlossen, mit einer "ideologischen Präambel" die gemeinsame Wahlaussage "in den Rahmen der Geschichte der sozialistischen Bewegung zu stellen."[3] Es wurde allerdings nicht ausgeschlossen, daß diese Präambel die Rolle einer Grundsatzerklärung übernehmen könnte, da seit der Wiederbelebung der Sozialistischen Internationale 1951 keine derartige Erklärung mehr zustande gekommen war.[4] Nach ersten Beratungen wurde entschieden, folgende Themenkomplexe in die Plattform aufzunehmen:

- Definition der Zuständigkeit von Gemeinschaft und Nationalstaat unter Berücksichtigung der Organe der EG;
- Stellung der Gemeinschaft in der Welt;
- Wirtschaftspolitik;
- Agrarpolitik;
- Sozialpolitik;
- Regionalpolitik sowie
- innere Sicherheit.[5]

---

zu Seite 76

4 Vgl. Peter F.Ruthmann, Wilhelm Dröscher, Die Sozialdemokraten auf dem Weg nach Europa, Bonn 1978 S. 3o.

1 Ebenda.

2 Vgl. Rudolf Hrbek, Bund der Sozialdemokratischen Parteien, in: Dokumente, 1/1977, S. 4o.

3 Vgl. PS/CE/2o/75.

4 Vgl. PS/CE/1/76, Entwurf des Berichtes über die Sitzung der Arbeitsgruppe am 17.12.1975 in Straßburg.

5 Vgl. Ebenda.

In der Vorbereitungsphase kristallisierten sich bereits zwei Probleme heraus, die später zum Scheitern der Plattform beitragen sollten:

a) die personelle Dominanz der deutschen Sozialdemokraten. An der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe nahmen zwei deutsche und jeweils ein italienischer, niederländerischer und luxemburgischer Vertreter teil. In der zweiten Sizung saßen bereits fünf deutsche Teilnehmer je einem Teilnehmer von PvdA, PSDI und zwei Vertretern der französischen Parti Socialiste gegenüber. Neben dem Vorsitzenden Dröscher waren zwei hauptamtliche Funktionäre des SPD-Parteivorstandes sowie zwei deutsche Mitglieder des Sekretariats des Bundes an der Diskussion beteiligt.[1]

b) Die britische Labour Party konnte nicht zu einer Mitarbeit bewogen werden. Sie gab anfangs finanzielle Schwierigkeiten als Grund für ihr Fernbleiben an.[2] Im weiteren wurde jedoch erkennbar, daß vor allem ihre integrationsfeindliche Haltung sie zum Fernbleiben bewog.

Bereits in der Vorbereitungsphase der konkreten Programmarbeit wurde auch das Konfliktpotential zwischen den Vertretern der einzelnen Parteien deutlich: Sicco Mansholt, Vertreter der niederländischen Partij van de Arbeid (PvdA), legte zur ersten Sitzung der Programmarbeitsgruppe eine Programmskizze vor, in der er die Ansicht vertrat, der Bund müsse in seiner Plattform eine langfristige gemeinsame Strategie, eine "Strategie der systemüberwindenden Reformen"[3] entwickeln und nicht

---

1 Vgl. PS/CE/2o/75 und PS/CE/27/75, Entwurf des Berichts über die Sitzung der Arbeitsgruppe am 24.9.1975 in Luxemburg.

2 Vgl. PS/CE/27/75.

3 PS/CE/4/75, Aufzeichnung für die Mitglieder des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, S. 5.

weiter im kapitalistischen System nach Teillösungen suchen. Wilhelm Dröscher machte daraufhin deutlich, daß die SPD nicht über das Godesberger Programm hinausgehen könne, wie alle Teilnehmer an ihre nationale Programmatik gebunden seien.[1]
Auch die unterschiedlichen Standpunkte zur weiteren Steigerung des Wirtschaftswachstums zeichneten sich bereits ab:PvdA-Vertreter Mansholt trat, allerdings in einer Außenseiter-Position, für Wachstumsverringerung der Industrienationen ein,[2] während der SPD-Vertreter Ehrenberg eindeutig wachstumsorientiert argumentierte.[3]Mansholts Skizze spielte in der weiteren Arbeit keine Rolle mehr. Man beschloß,zur Beschleunigung der weiteren Arbeit - seit dem Beschluß vom Februar 1975, eine Plattform zu erarbeiten, war fast ein Jahr mit den Vorbereitungen in der Plattformarbeitsgruppe vergangen- vier Unterarbeitsgruppen einzusetzen, und zwar zu den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Demokratie und Institutionen sowie Außenpolitik.[4] Die Parteien wurden aufgefordert, Mitglieder zu benennen sowie Experten zu entsenden.[5] Die Arbeit sollte ein Jahr vor der Wahl, d.h. 1977,beendet sein. Den Mitgliedsparteien sollte dann die Gelegenheit eingeräumt werden, den vorläufigen Programmentwurf in ihren Gliederungen zu diskutieren, um etwaige Änderungsanträge auf einem Kongreß des Bundes im Sommer 1977 einzubringen.

---

1 Vgl. PS/CE/27/75.
2 Vgl. PS/CE/4/75.
3 Vgl. PS/CE/1/76.
4 Vgl. ebenda.
5 Vgl. PS/CE/2/76.

4.2. Die Arbeit der Untergruppen

4.2.1. "Demokratie und Institutionen"

Die Untergruppen nahmen im Frühjahr 1976 ihre Arbeit auf. Den Vorsitz der Gruppe "Demokratie und Institutionen" übernahm der Niederländer Schelto Patijn, Mitglied des Europäischen Parlamentes und seit längerem mit institutionellen Fragen der Gemeinschaft befaßt.[1] Von der Hauptarbeitsgruppe war der Untergruppe ein Katalog von Problemen für die weitere Arbeit auf den Weg gegeben, die im Programmteil "Demokratie und Institutionen" angeschnitten werden sollten:

- der Tindemans-Bericht (institutionelle Fragen),
- Dezentralisierung,
- Demokratisierung,
- Machtverlagerung,
- Mit- und Selbstbestimmung,
- Bürokratie.[2]

Die Themen "Dezentralisierung" und "Bürokratie" wurden in der weiteren Diskussion nicht mehr aufgegriffen; sie fanden keinen Eingang in das Programm, ohne daß eine Begründung dafür vorgelegen hätte. In allen drei Zusammenschlüssen ist das Phänomen anzutreffen, daß ursprünglich vorgesehene Themen nicht wieder diskutiert wurden und von den Akteuren keine Ursachen dafür genannt werden konnten außer der, die Themen seien aufgrund anderer Prioritäten in Vergessenheit geraten.

---

1 Er legte 1976 einen Vertragsentwurf für direkte Wahlen zum Europäischen Parlament vor. ("Patijn-Bericht") Weitere Mitglieder der Untergruppe waren: Karel van Miert (BSP/PSB), Horst Seefeld (SPD), Jean-Pierre Cot (PS), Antonio La Pergola (PSDI), Enrico Palermo (PSI), Robert Krieps (LSAP), Liam Kavanagh (Irish Labour Party) und Ole Espersen (Socialdemokratiet). Vgl. PS/CE/6/76/rev.II.

2 Vgl. PS/CE/1/76.

Wie auch der abschließende Entwurf dieses Programmparts erkennen läßt, bildeten die institutionellen Fragen und die Demokratisierung der Gemeinschaft den Schwerpunkt der Arbeit.

a) Demokratisierung der Gemeinschaft

Unumstritten war bei allen beteiligten Parteien die Auffassung, daß die Direktwahl des Europäischen Parlamentes einen Schritt zur Demokratisierung der Gemeinschaft darstellt.[1] Konsens bestand auch darüber, daß das EP vor allem in den Bereichen Kontrollfunktionen wahrnehmen müsse , in denen den nationalen Parlamenten die demokratischen Kontrollmöglichkeiten durch Übertragung von Zuständigkeiten von der nationalen auf die europäische Ebene entzogen worden sind.[2] Kontroversen gab es um die zukünftige Rolle des Parlamentes, um die Befugnisse aller Organe der Gemeinschaft und damit auch um den Fortgang der europäischen Integration.

Die französische Parti Socialiste (PS) war zur Zeit der Programmberatungen an das Gemeinsame Regierungsprogramm mit der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) gebunden; dies durfte nicht durch die Plattformarbeit in Frage gestellt werden. Das gemeinsame Regierungsprogramm des Bundes forderte zwar eine Demokratisierung der Gemeinschaft, war jedoch sehr auf die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit Frankreichs bedacht.[3] Auch innerhalb der PS gab es starke Kräfte, die befürchteten, Kompetenzverlagerungen auf die EG könnten bei einem etwaigen Wahlsieg der französischen Linken die Realisierung

---

1 Die englische Labour Party, die als einzige Partei diese Ansicht zur damaligen Zeit nicht teilte, nahm an den Beratungen der Untergruppe nicht teil.

2 Vgl. Horst Seefeld, Das Programm des Bundes der sozialdemokratischen Parteien, in: Martin Bangemann u.a., Programme für Europa, Bonn 1978, S. 62 - 63.

3 Vgl. Gemeinsames Regierungsprogramm..., a.a.O.,S.6o

eines sozialistischen Programmes in Frankreich behindern.[1]

Dieser Sorge trug die Untergruppe Rechnung: "Die Übertragung neuer Befugnisse auf europäische Organe darf die Verwirklichung eines sozialdemokratischen Programms auf nationaler Ebene nicht behindern"[3] heißt es in der Präambel der Plattform. Die Übertragung von Zuständigkeiten auf die EG ist an zwei weitere Bedingungen geknüpft :

- Demokratische Mitbestimmung und Kontrolle in den Organen der EG müssen gewährleistet sein;
- die europäische Integration muß die Entwicklung auf ein eigenständiges demokratisch-sozialistisches Modell zulassen.

Nicht nur die französische PS, auch die dänischen Sozialdemokraten standen einer weiteren Integration über den Status quo hinaus skeptisch gegenüber. Dies wurde hauptsächlich bei der Diskussion der Befugnisse der einzelnen Organe der EG deutlich.

b. Institutionen

Das Parlament

Zu Beginn der Arbeit war man sich darüber einig, daß die Ausführungen im Tindemans-Bericht, die das Europäische Parlament betreffen, "unbefriedigend sind".[3] Der ehemalige belgische Ministerpräsident Tindemans (CVP) war im Dezember 1974 vom Europäischen Rat beauftragt worden, den Regierungschefs auf der Grundlage der Berichte der Organe sowie der Konsultationen, die er mit den Regierungen

---

1 Vgl. Paul Joachim Friedrich, Die französischen Sozialisten vor der Europafrage, in: Die Neue Gesellschaft, 2/1974, S. 138.

2 Entwurf der Wahlplattform des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, angenommen vom Büro des Bundes am 6.6.77, in: Materialien zur Europapolitik, Bd 2, Die Europäischen Parteien, Bonn 1977 I.1.4., S 13.

3 PS/CE/2o/76, Entwurf des Kurzberichtes über die Sitzung der Unterarbeitsgruppe "Demokratie und Institutionen" am 1.4.1978 in Brüssel.

und den repräsentativen Kreisen der öffentlichen Meinung in der Gemeinschaft führen wird, vor Ende 1975 einen zusammenfassenden Bericht vorzulegen."[1]
Im Dezember 1975, einige Monate vor dem Beginn der Arbeit der Gruppe "Demokratie und Institutionen", legte Tindemans seinen Bericht vor, in dem er auf die Entwicklung der Institutionen der EG , aber auch auf den Fortgang der Integration generell und auf die einzelnen Sachpolitiken der Gemeinschaft eingeht. Die Sozialdemokraten beziehen sich nur auf seine institutionellen Aussagen. Dennoch weichen die Foderungen der sozialdemokratischen Plattform lediglich bezüglich des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Rates entscheidend von den Vorstellungen Tindemans' ab. Sie gehen weitgehend auf einen Bericht zurück, den Schelto Patijn und zwei weitere PvdA-Vertreter bereits vor der Arbeit der Untergruppe ihrer Partei und der EG-Kommission vorgelegt haben.[2]
Die Plattform fordert im einzelnen:

- "Im Rahmen der Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft wird das Parlament zum Gesetzgeber. Seine Entscheidungen bedürfen der Zustimmung des Rates."[3](Tindemans will die 'legislative Funktion' nicht durch die Zustimmung des Rates eingeschränkt wissen[4]).
- "Die Kommission wird vom Rat im Einvernehmen mit dem Europäischen Parlament ernannt."[5](Der Tindemans-Bericht sieht die Wahl des Kommissionspräsidenten

---

1 Kommunique über die Konferenz der Staats und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in Paris am 9. und 1o. Dezember 1974, Ziff.13, in: Europa-Archiv 1975, S. D 43. Zu den Berichten der Organe vgl. Heinrich Schneider/ Wolfgang Wessels, Hg., Auf dem Weg zur europäischen Union? Diskusssionsbeiträge zum Tindemans-Bericht, Bonn 1977, S.27.

2 Vgl. Informatorische Aufzeichnungen von Schelto Patijn, Arie van der HEK und Leo Castelijn,PE/GS/56/76.

3 Entwurf der Wahlplattform, I.2.2.,S.13.

4 Vgl. Tindemans-Bericht an seine Kollegen im Europäischen Rat.

5 Entwurf der Wahlplattform, I.3.2.,S.13.

durch den Rat und eine Bestätigung seiner Ernennung durch das Parlament vor. Der Kommissionspräsident ernennt die Kommissare).[1] Beide Vorschläge billigen sowohl dem Parlament, als der Vertretung der europäischen Bürger, als auch dem Rat, der Vertretung der Staaten, gleichen Einfluß zu. Sie zielen beide auf ein Konkordanzsystem ab,[2] da sie Einvernehmen zwischen diesen beiden Gremien voraussetzen. Formal ist der Vorschlag der sozialdemokratischen Plattform weitreichender, da er nicht nur die Einsetzung des Kommissionspräsidenten durch Rat und Parlament, sondern auch der Kommissare vorsieht. In der Praxis ist es vorstellbar, daß die Bestätigung eines Präsidenten durch das Parlament bereits mit der Ernennung bestimmter Kommissare verknüpft wird und somit auch Tindemans' Vorschlag eine Zustimmung des Parlaments zur Ernennung der Kommissare indirekt ermöglicht.

- "Als erster Schritt der Demokratisierung der Gemeinschaft verpflichtet sich der Rat, über Initiativen und Stellungnahmen des Europäischen Parlaments zu beraten und ihm innerhalb einer verbindlichen Frist über die Verwirklichung zu berichten."[3] (Gleich dem Tindemans-Bericht billigen die Sozialdemokraten dem Parlament ein Initiativrecht zu). In einem Vorentwurf der Untergruppe wurde die Initiativfunktion noch nachdrücklicher gefordert: "Das Europäische Parlament kann alle Initiativen ergreifen, die es für sinnvoll hält."[4] Die französische PS schlug vor, den Satz wie folgt einzuschränken: "Im Rahmen der Kompetenzen, die

---

1 Vgl. Tindemans-Bericht, V.D. 2.a),b) u.c).

2 Vgl. Wolfgang Wessels, Strategie des direkt gewählten Parlaments - auf der Suche nach einer Rolle für das Europäische Parlament, in: Integration 3/1979, S. 114 u. 121.

3 Entwurf einer Wahlplattform, I.4.1., S. 13.

4 PS/CE/1o/77, Aufzeichnung für die Mitglieder der Arbeitsgruppe "Demokratie und Institutionen", Ergebnis der Sitzung am 14.12.1976 in Luxemburg.

aufgrund der Verträge bestehen, kann das Europäische Parlament...".[1] In der endgültigen Fassung formuliert man weniger entschieden (s.o.), unterstreicht aber die Forderung nach dem Initiativrecht für das Parlament durch die Verpflichtung des Rates, innerhalb einer bestimmten Frist dem Parlament über die Realisierung der Initiativen Bericht zu erstatten. Im Falle einer Nichteinhaltung dieser Frist stünde dem Parlament eine Untätigkeitsklage gemäß Art. 175 EWG-V zur Verfügung. Dies setzte allerdings die vertragliche Sanktionierung des Initiativrechts voraus (siehe Tindemans-Bericht). Die Einwände der französischen Sozialisten, die sich ansonsten in der Diskussion der Untergruppe sehr zurückgehalten haben,[2] sind ein Indiz, daß eine vertragliche Zusicherung des Initiativrechts sobald nicht durchsetzbar sein wird. Die PS ist nicht die einzige Partei im Europäischen Parlament, die eine Änderung der Römischen Verträge ablehnt.[3]

Die von den Sozialdemokraten angeregte Berichterstattung des Rates über die Umsetzung der Initiativen des Parlaments beinhaltet gleichzeitig eine Stärkung der Kontrollfunktion des Parlaments, wie sie der Tindemans-Bericht nicht ausdrücklich hervorhebt.

Die von Tindemans angesprochene Öffentlichkeitsfunktion des Europäischen Parlaments wird von den Sozialdemokraten nicht erwähnt.

---

1 PS/CE/lo/77.

2 Information der Verfasserin.

3 Vgl. PS/CE/36/78, Informationsdokument, Sozialistisches Manifest für die Europawahl, vom Parteivorstand des PS am 21.lo.1978 mit Mehrheit verabschiedet, S.14. In diesem Programm unterstreicht die PS ausdrücklich die Ablehnung von Vertragsänderungen.

Die Kommission

Die Kommission soll nach Ansicht des Bundes der Sozialdemokraten vom Rat im Einvernehmen mit dem Parlament ernannt werden (s.o.). Die Arbeitsgruppe "Demokratie und Institutionen" verknüpfte mit dieser Forderung eine bestimmte Option: "Will man eine politische Kommission, so muß sie auch politisch einheitlicher aussehen, d.h. sie muß in der Zusammensetzung der Mehrheit des Parlaments entsprechen. Damit bedeutet 'Einvernehmen...Einvernehmen mit der Mehrheit'".[1] Verleiht man dem Parlament mehr Gewicht bei der Ernennung der Kommission, und sei es durch Abstimmung mit dem Rat, wie Tindemans es vorsieht, wird das politische Kräfteverhältnis im EP eine Rolle spielen, selbst wenn keine offenen Mehrheitsverhältnisse im Parlament hergestellt werden. Jede Fraktion wird auf angemessene Repräsentation in der Kommission drängen.

Die Frage des politischen Kräfteverhältnisses in der Kommission wurde aber kontrovers diskutiert. Es wurde befürchtet, die Kommission könnte von einer Mehrheit bestimmt werden, die nicht sozialistisch wäre. Es bestanden Zweifel darüber, ob grundsätzlich Koalitionen im Parlament angestrebt werden sollten, da diese eine Schwächung der Position des gesamten Parlaments mit sich bringen könnten.[2]

Auf die Vertretung aller Mitgliedsstaaten in der Kommission waren die Sozialdemokraten nicht bereit

---

1 PS/CE/1o/77.

2 Vgl. PS/CE/2o/76. Adrian/Reif vertreten die Auffassung, daß "die Übertragung einer Wahlfunktion auf das Parlament zusätzliche Anreize für die Bildung konkurrenz- und konfliktfähiger Parteien auf europäischer Ebene schaffen", die zu einer Stärkung der Position des Parlamentes beitragen können. Vgl. Wolfgang Adrian/Karlhein Reif, Direct elections and the prospects of party government in the European Community, Papers prepared for discussions at the workshop on "Parties and European Integration", ECPR Joint Session of Workshops, 3/28 - 4/1/77, Berlin, S. 23 - 24.

zu verzichten.[1]
Die niederländische PvdA schlug in ihren Änderungsanträgen zur Plattform vor, dem Parlament bei der Ernennung der Kommission mehr Gewicht zu verleihen als dem Rat. Die Position des Parlaments gegenüber der Kommission wollte sie durch kollektive Rechenschaftspflicht der Kommission gegenüber dem Parlament sowie eine Rechenschaftspflicht des einzelnen Kommissars gestärkt wissen.[2] In der Untergruppe war auch diskutiert worden,ob das Parlament in die Lage versetzt werden soll, einzelne Kommissionsmitglieder abzuberufen;[3]ein entsprechender Passus findet sich allerdings nicht in der Plattform.

Nicht nur die Kontrolle der Kommission durch das Parlament sollte nach Auffassung der Untergruppe ausgeweitet werden, auch die Position der Kommission gegenüber dem Rat sollte gestärkt werden:
- Die Kommission soll ihre Befugnisse im Rahmen der Verträge ausschöpfen. (Auch der Tindemans-Bericht forderte die Kommission dazu auf.)
- "Sie (die Kommission, d.V.) muß mehr Spielraum erhalten, um selbstständig im Rahmen der gemeinsam festgelegten Politik der Gemeinschaft auftreten zu können. Der Rat muß zu diesem Zweck häufiger dazu übergehen, Exekutivbefugnisse auf die Kommission zu delegieren."[4] Wie Tindemans beziehen sich auch die europäischen Sozialdemokraten damit auf Art. 155 EWG-V, der dem Rat diese Möglichkeit einräumt.

---

1 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, I.3.2., S. 13.

2 Vgl. Übersicht über die Änderungsanträge der PvdA, angenommen vom Kongreß der Partei am 1o.2.1978 o.O., dt. Fassung, S. 4.

3 Vgl. PS/CE/2o/76.

4 Vgl. Entwurf der Wahlplattform..., I.3.1.,S.13.

Der Rat

Man war sich grundsätzlich darüber einig, daß der Rat Befugnisse an das Europäische Parlament verlieren müsse. Es bestanden aber unterschiedliche Auffassungen darüber, in welchem Umfang dies geschehen soll.[1]

Es wurden zwar verschiedene Modelle diskutiert (Vedel-Bericht, Modell der SPD im Papier "Sozialdemokratische Europapolitik"); man entschied sich jedoch für keines, sondern traf einige Einzelentscheidungen den Rat betreffend:

a) Der Rat entscheidet nicht mehr allein über die Entsendung der Kommissare.
b) Er wird zur Beratung der Parlamentsinitiativen verpflichtet.
c) Er wird aufgefordert, in größerem Umfang als bisher Exekutivbefugnisse an die Kommission zu delegieren.

Lediglich der erste Vorschlag schränkt seine Befugnisse tatsächlich ein. Parlamentsinitiativen kann er demnach ablehnen, wie er bisher Kommissionsinitiativen ablehnen konnte. Über die Übertragung von Exekutivbefugnissen soll er nach wie vor allein entscheiden.

Die Plattform befürwortet die Mehrheitsentscheidung im Rat; nur ausnahmsweise soll vom Mehrheitsprinzip abgewichen werden.[2] Zu der gleichen Auffassung war auch Tindemans gelangt. Dessen Vorschläge zur Sicherung der Kontinuität der Arbeit des Rates und der Schnelligkeit seiner Entscheidungsfindung wurden in der Diskussion nicht erwähnt.

---

1 Vgl. PS/CE/2o/76.

2 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, I.4.2., S. 13.

Der Europäische Gerichtshof (EUGH)

Für den EUGH fordert die Plattform:

- Erweiterung der Zuständigkeiten des EUHG, um wirksamen Grundrechtsschutz gegen Maßnahmen der Gemeinschaft zu gewährleisten;
- die Möglichkeiten des Zugangs müssen erweitert werden.[1]

Beide Vorschläge macht auch Tindemans.[2] Sie standen in der Arbeitsgruppe nie zur Disposition.

- "Der Gerichtshof hat inzwischen in seiner Rechtsprechung die 'klassischen' Grund- und Menschenrechte anerkannt. Dieselbe Entwicklung ist für die wirtschaftlichen und sozialen Rechte anzustreben."[3]

In der Arbeitsgruppe wurde die Frage gestellt,"wie Grund- und Menschenrechte in der EG zu sichern sind, nachdem sich der EUGH bisher viel zu sehr auf wirtschaftliche Fragen konzentriert hat."[4]

Bei den Grund- und Menschenrechten geht es in der Plattform um deren Wahrung und Sicherung auch in der Zukunft, während es gelte, den EUGH nicht nur zur Wahrung der Rechte in wirtschaftlichen Fragen anzurufen, sondern verstärkt wirtschaftlich-soziale Rechte - gedacht ist wohl vornehmlich an die Rechte der Arbeitnehmerschaft - geltend zu machen.

Die Forderungen nach weiterer Anerkennung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte entspricht dem Tenor der gesamten Plattform, vor allem arbeitnehmerorientiert zu argumentieren und der Wirtschafts- und Sozialpolitik Priorität einzuräumen.

---

1 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, I.4.2.,S. 13.
2 Vgl. Tindemans-Bericht, V.E.
3 Entwurf der Wahlplattform, I.5., S. 13.
4 PS/CE/2o/76.

Die Forderung nach dem Schutz der Grundrechte findet sich auch im Tindemans-Bericht.

Über den Gerichtshof fanden keine kontroversen Diskussionen zwischen den Parteivertretern statt. Die PvdA forderte in ihren Änderungsanträgen das individuelle Klagerecht[1] (wie der Tindemans-Bericht); in die Arbeit der Gruppe ließ sie diesen Vorschlag jedoch nicht einfließen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

Die sozialdemokratische Plattform strebt im Gegensatz zum Tindemans-Bericht eine Veränderung der Kräftekonstellation innerhalb des WSA an. Voraussetzung der Demokratisierung des WSA sei eine gerechtere Vertretung der Arbeitnehmerschaft - die Hälfte der Mitglieder müsse sich aus Arbeitnehmern rekrutieren - sowie eine Ausdehnung der Befugnisse des WSA. Ihm soll ein "Initiativrecht für die europäische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik übertragen werden".[2] Der Tindemans-Bericht will lediglich die "Konsultation" des WSA "in Fragen der Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, des Verbraucherschutzes und der Beseitigung der technischen Handelshemmnisse..."[3] erwirken. Er sieht keine Parität von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern vor.

Die Diskussion über den WSA machte deutlich, wie unterschiedlich die Vorstellungen der einzelnen Parteien über seine Aufgaben waren. Im Protokoll der ersten Diskussionsrunde wurde ausdrücklich betont, daß eine Reform des WSA die Berücksichtigung der Verbraucherinteressen ermöglichen müsse.[4] Im

---

1 Vgl. Änderungsanträge der PvdA, a.a.O., S. 4.
2 Entwurf der Wahlplattform, I.6.2.,S. 13.
3 Tindemans-Bericht, V.F.2.
4 Vgl. PS/CE/2o/76.

weiteren Verlauf der Arbeit war davon nicht mehr die Rede. Auch die ursprünglich aufgegriffene Forderung, daß "Sozialisten (müssen) auf Gemeinschaftsebene den nationalen gewerkschaftlichen Besitzstand erreichen"[1] müssen, wird nur indirekt in das Programm aufgenommen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) war von Schelto Patijn zu einer Stellungnahme zur Textpassage über den WSA aufgefordert worden; er ist dieser Aufforderung jedoch nicht gefolgt.[2] Die paritätische Besetzung eines zunehmend einflußreicheren WSA würde eine stärkere Position der Gewerkschaften im Organisationsgefüge der EG zur Folge haben.

Die von den Sozialdemokraten an anderer Stelle immer wieder betonte Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften als Teilen der Arbeiterbewegung wird im Programm nicht erwähnt; auch die Zusammenarbeit zwischen dem Bund der Sozialdemokraten und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) fand keine Berücksichtigung. Als Grund hierfür wurde genannt, diese Zusammenarbeit sei von den an der Plattformerarbeitung beteiligten politischen Akteuren als eine Selbstverständlichkeit aufgefaßt worden.[3]

Es entfiel in der Endfassung der Plattform der Hinweis auf die Notwendigkeit einer gerechten regionalen Vertretung im Wirtschafts- und Sozialausschuß.[4] In einem Vorentwurf wurde die Forderung erhoben, dem Ausschuß "ein Kontrollrecht über die Verwaltung des Europäischen Sozialfonds"zu über-

---

1 PS/CE/2o/76.

2 Information der Verfasserin.

3 Information der Verfasserin.

4 Vgl. PS/CE/1o/77.

5 Vgl. ebenda.

tragen. Der endgültige Entwurf schließt durch seine Formulierungen die Vorschläge, die im Laufe der Diskussion gemacht wurden, nicht unbedingt aus: eine "gerechtere" Vertretung der Arbeitnehmer kann durchaus auch regionale Aspekte einschliessen. Man hat sich für eine interpretationsfähige Fassung entschieden, die eine stärkere Berücksichtigung regionaler Besonderheiten zwar zuläßt, aber nicht zum Programmpunkt erhebt.
Die niederländische Partij van de Arbeid will die Befugnisse des WSA nicht erweitert wissen. In ihren Änderungsanträgen verlangte sie ausdrücklich eine Streichung dieser Passage. Sie räumte ihm lediglich eine beratende Funktion ein.[1] Auch in ihrem nationalen Programm für die Europawahl geht sie nicht darüber hinaus,[2] während die SPD die Aussagen der Plattform in ihr nationales Europawahlprogramm übernahm.
Alle anderen Parteien äußern sich sehr allgemein und ohne Details zum institutionellen Gefüge der Gemeinschaft.

Der Europäische Rat

In die Endfassung der Plattform wurde der Europäische Rat nicht aufgenommen. In der Diskussion der Unterguppe "Demokratie und Institutionen" spielte er jedoch eine Rolle. In Schelto Patijns Erstentwurf fand er Eingang; dies stieß aber auf Kritik. Die Arbeitsgruppe nahm wie folgt Stellung: "Der Europäische Rat ist bisher kein Gemeinschaftsorgan. Ohne Vertragsänderung kann er wohl kaum Rechtsakte der EG erlassen. Seine Existenz ge-

---

1 Vgl. Übersicht über die Änderungsanträge der PvdA, a.a.O., S. 5.

2 Vgl. Europa 7 Juni 1979, Verkiezingsprogramma van de Partij van de Arbeid voor de Europese verkiezingen, S. 7.

fährdet aber das Machtgleichgewicht in Staaten ohne Präsidialdemokratie, wo der Ministerpräsident die Regierung nicht allein verpflichten kann. Auch die geringen Rechte des Europäischen Parlaments werden durch die Schaffung des Europäischen Rates gefährdet, der niemand verantwortlich ist. National und auf Gemeinschaftsebene wird so die Demokratie geschwächt."[1]

In einem weiteren Vorentwurf wird die Tindemans'sche Formulierung, der Europäische Rat soll der Europäischen Einigung Impulse geben,[2] aufgegriffen mit dem Hinweis, der Rat dürfe "Ansätze zur Stärkung der Rechte des Europäischen Parlamentes" nicht verhindern.[3]

In den nationalen Europaprogrammen der Parteien zeigt sich, daß zwischen den elf Parteien des Bundes durchaus keine Einigkeit in der Bewertung des Europäischen Rates besteht. Die französische Parti Socialiste beurteilt die Existenz des Europäischen Rates positiv, da durch ihn "der Streit um die Supranationalität weitgehend seiner Substanz beraubt (wird, d.V.)".[4] Die Franzosen begrüßen die stärkere Betonung der nationalen Regierungen durch die Schaffung des Europäischen Rates. Auch die irische Labour Party übt keine Kritik am Europäischen Rat: sie fordert "eine direkte Verbindung (des Europäischen Parlaments,d.V.) mit dem Europäischen Rat,"[5] d.h. seine Einbindung

---

1 PS/CE/2o/76.

2 Vgl. Tindemans-Bericht, V.B. vor allem 2.

3 PS/CE/1o/77.

4 Sozialistisches Manifest der Parti Socialiste für die Europawahl, a.a.O., S. 14.

5 "Ireland and the European Community" A Summary of the Policy Statement adopted by the Administration Council on 25th May 1978, S. 16.

in das institutionelle Gefüge der Gemeinschaft. Die niederländische PvdA erwähnt den Europäischen Rat in ihren Änderungsanträgen nicht. In ihrem nationalen Europaprogramm heißt es: "Der Europäische Rat der Regierungschefs nimmt denselben Platz ein, der in den Europäischen Verträgen für den Ministerrat vorgesehen ist."[1] Letztendlich führten wohl die unterschiedlichen Auffassungen der Arbeitsgruppe zur Ausklammerung des Europäischen Rates."Entweder ist der Europäische Rat ein "Rat" im institutionellen Gefüge der Gemeinschaft; dann gilt für ihn, was über den Rat gesagt ist. Oder aber der Europäische Rat ist etwas qualitativ anderes - dann ist er kein Organ der Gemeinschaft und braucht deshalb nicht behandelt zu werden."[2] Mit dieser Begründung rechtfertigte man schließlich seine Ausklammerung.

Zwei weitere Themenkomplexe wurden in der Gruppe zwar diskutiert, fanden aber keinen Eingang in die Plattform: Die Rolle des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und die Problematik des Doppelmandats im Europäischen Parlament:"Das fakultative Doppelmandat ist zumindest für eine Übergangszeit wünschenswert,"[3] stellte die Gruppe fest, überließ diese Entscheidung jedoch endgültig den nationalen Parteien.

Der EAGFL gehörte nach Ansicht der Arbeitsgruppe eher in den wirtschaftlich-landwirtschaftlichen, als in den institutionellen Bereich der Plattform.[4]

---

1 Verkiezingsprogramma van de PvdA, a.a.O., S. 7.
2 Information der Verfasserin.
3 PS/CE/2o/76.
4 Information der Verfasserin.

Maxime der Plattform ist die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft sowohl im institutionellen als auch im gesellschaftspolitischen Bereich.[1]

Ausgangspunkt für die institutionelle Demokratisierung ist das direkt gewählte Parlament als Vertreter der Bevölkerung Europas. Das Parlament soll gegenüber dem Rat mehr Gewicht bekommen.[2] Ein klassisches Parlamentsrecht bleibt ihm jedoch verwehrt: die Wahl der Exekutive. Die Kommission soll weiterhin im Einvernehmen mit dem Rat zu wählen sein. Es bleibt sehr vage, welche Rechte dem EP in Zukunft übertragen werden sollen; es ist wohl an die Kontrolle der Eigeneinnahmen der EG, aber auch die Kontrolle der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) gedacht.[3] Mit dem Initiativrecht strebt man für das EP ein "klassisches" Parlamentsrecht an. Das Parlament kann aber nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten nie allein entscheiden, nur im Einvernehmen mit dem Rat. Die Übertragung neuer Befugnisse wird nicht uneingeschränkt befürwortet; einige Parteien befürchten nationale Souveränitätsverluste (s.o.).
Auch die Kommission soll weiterhin vom Rat abhängig bleiben; denn von ihm hängt es letztendlich ab, ob er sich entschließt, gemäß Art. 155 EWG-V Exekutivbefugnisse auf die Kommission zu übertragen.

Der Ministerrat wird nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten das mächtigste Organ der EG bleiben. Es sind allerdings Ansätze zu erkennen, daß zwischen Parlament und Rat eine Art des Zusammenspiels wie zwischen Parlament und zweiter Kammer entstehen sollen. Bislang besteht kaum initiale

---

1 Vgl. dazu Karl-Heinz Naßmacher, Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften, Bonn 1972, S.19-2o.

2 Vgl. PS/CE/2o/76.

3 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, I,1.3. und 1.4..

Kontrolle; das Übergewicht liegt beim Rat, der alle Entscheidungen des Parlaments billigen muß.[1] Dies kann auf ein Konkordanzsystem - ein sogenanntes Dualmodell - zusteuern, in dem Parlament und Rat gleichberechtigte Partner sind.[2]
Diese Entwicklung ließe auch der Tindemans-Bericht zu. Ein klassisches Parlamentarismus-Modell beruht auf Gewaltenverschränkung. Nur in einem Punkt nimmt die sozialdemokratische Plattform schon eine eindeutige Abgrenzung der Funktionen der einzelnen Organe vor, und zwar für den europäischen Gerichtshof,[3] der nach den Zielvorstellungen der Sozialdemokraten das Individuum vor den Rechtsakten der anderen Organe schützen soll.

Gemäß sozialdemokratischer Verankerung in Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaftsbewegung soll dem Wirtschafts- und Sozialausschuß in Zukunft eine besondere Rolle zukommen. Er soll zur Hälfte mit Arbeitnehmervertretern besetzt werden. Ein Initiativrecht dieses Ausschusses würde den Gewerkschaften direkten Einfluß auf die Politik der EG ermöglichen, denn zur Sozial- und Arbeitnehmerpolitik - seinem Aufgabenbereich - kann zum Beispiel auch der gesamte Bereich der Investitionen der Gemeinschaft gezählt werden.[4] Die Plattform gibt keine Auskunft darüber, wo der WSA im Organisationsgefüge der EG angesiedelt werden soll.
Die Forderung nach dem Initiativrecht sowie die Gleichstellung des WSA mit den anderen Organen der EG in der Plattform lassen die Annahme zu,

---

1 Vgl. Reimund Seidelmann, Europaparlamentarismus als Beitrag zur Demokratisierung der EG, in: Gerhard Kiersch/Reimund Seidelmann, Hg.,Eurosozialismus, Frankfurt a.M., 1979, S. 169.

2 Wessels zufolge wird dies die Kommission in ein Spannungsfeld zwischen Rat und Parlament bringen, Vgl. Wolfgang Wessels, Zur Strategie..., a.a.O. S. 114.

3 Vgl. Reimund Seidelmann, a.a.O.,S.169.

4 Vgl. ebenda, S. 175.

daß er nicht mehr wie bisher der Kommission zugeordnet werden soll.
Die institutionellen Strategien geben nur eine Tendenz zu erkennen, nämlich die, daß man prinzipiell mit dem organisatorischen Aufbau der Gemeinschaft übereinstimmt, aber im Sinne der Präambel im institutionellen Bereich stärker auf ein "Europa der Arbeitnehmer" zusteuern möchte und deshalb den Einfluß der Arbeitnehmervertreter im WSA und des WSA selbst vergrößert wissen will. Eine Machtverschiebung zugunsten des Parlaments soll die demokratische Qualität stärken und der gesamten europäischen Bevölkerung mehr Mitwirkungsmöglichkeiten einräumen. Da der Rat weiterhin einflußreichstes Organ der EG bleiben soll, wollen die Sozialdemokraten auch in Zukunft nicht auf den großen Einfluß der nationalen Regierungen verzichten. Im Unklaren bleibt, welches die nächsten Schritte sein und welche Befugnisse der EG im einzelnen übertragen werden sollen, welchen Grad an Supranationalität man für erstrebenswert hält. Die Vorschläge zum institutionellen Gefüge können zwar die demokratische Qualität, vielleicht auch die Effizienz und Transparenz erhöhen; das bedeutet aber nicht notwendigerweise ein Fortschreiten der europäischen Integration.
Allgemein galt die Plattform als stark von der integrationsfreundlichen SPD beeinflußt. Die SPD hat aber nach Aussagen politischer Akteure in dieser Untergruppe keine herausragende Rolle gespielt.
Die Zurückhaltung einiger Parteien, vor allem der Franzosen, gegenüber einer weiteren Integration ist deutlich spürbar.

4.2.2. "Wirtschafts und Sozialpolitik"

Der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in der Plattform die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Diese Schwerpunktsetzung entspricht der Intention der Präambel, ein "Europa der Arbeitnehmer" zu schaffen.

Die Untergruppe "Wirtschafts- und Sozialpolitik" tagte in zwei getrennten Diskussionsrunden, die am Ende einen gemeinsamen Entwurf vorlegten. Die Diskussion um die Wirtschaftspolitik wurde hautpsächlich zwischen zwei Parteien ausgetragen: der SPD einerseits, zumeist vertreten durch den jetzigen Arbeitsminister Ehrenberg, und der französischen Parti Socialiste andererseits, vertreten durch Michel Rocard. Michel Rocard war erst kurz vor Beginn der Plattformarbeit von der Parti Socialiste Unifié zur Parti Socialiste gestoßen. Schon damals zeichnete sich ab, daß seine wirtschaftspolitischen Konzeptionen stärker marktwirtschaftlich orientiert waren, als die Mehrheit der PS. Während der Diskussion um die Plattform wurden die Rivalitäten zwischen Rocard und Parteiführer Mitterand bereits deutlich. Das Konkurrenzverhältnis kam dann auf dem Parteitag der PS 1979 in Metz offen zum Ausdruck.[1] Es bestimmt auch weiterhin die Diskussion innerhalb der PS, vor allem in Hinblick auf die 1981 stattfindenden Präsidentschaftswahlen.[2] Die Tatsache, daß gerade Rocard in Frankreich für die Plattform verantwortlich zeichnete, trug 1978 wesentlich dazu bei, daß Mitterand mit der Mehrheit des Exekutivbüros der PS die Plattform schließlich ablehnte - ohne jede Begründung.[3]

---

1 Vgl. Lutz Krusche, Mit der Rose in der Faust sucht er Verbündete, in: Frankfurter Rundschau, 7.4.1979, S. 3.

2 Vgl. Jean-Marie Colombani, Les débats au sein de la gauche, in: Le Monde, 11.12.1979, S. 1.

3 Vgl. Philip Lemaitre, Les partis de la Communauté ont dēfini leurs "points de convergence", in: Le Monde, 26.6.1978.

Die marktwirtschaftliche Orientierung Rocards mag zwar zum Scheitern der Plattform beigetragen haben, erleichterte jedoch die Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe ebenso wie die in den vorausgegangenen Jahren insitutionalisierten bilateralen Arbeitsgruppen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen PS und SPD. In diesen Arbeitsgruppen hatte sich gezeigt, daß trotz gegensätzlicher Auffassungen Kompromisse möglich waren.[1] Die Positionen der anderen Mitgliedsparteien kamen in der Untergruppe nur wenig zum Tragen, nicht zuletzt deshalb, weil SPD und PS sehr gegensätzliche Ansichten vertraten. In Fragen der Wachstumspolitik schaltete sich die PvdA in die Diskussion ein - sie ist weniger wachstumsorientiert als die anderen Parteien des Bundes. Dem Vertreter der flämischen Sozialisten, Oscar Debunne, kam eine Vermittlerfunktion zwischen PS und SPD zu. Er selbst begründete diese Mittlerrolle mit den wenig konkretisierten europapolitischen Positionen der flämischen Sozialisten. Das Fehlen festgefügter Konzeptionen trug andererseits dazu bei, daß die flämischen Sozialisten als Partei lediglich eine Nebenrolle einnahmen.[2]
Die Sozialdemokratische Plattform geht vom Recht auf Arbeit als einem Grundrecht des Menschen aus. Im Gegensatz zur EVP war dies nie ein Streitpunkt zwischen den Parteien. Demgemäß legten die Sozialdemokraten den Schwerpunkt ihrer Politik auf die Vollbeschäftigung. Ein Hauptdiskussionspunkt war die Frage, inwieweit wirtschaftliches Wachstum zur Sicherung der Vollbeschäftigung notwendig sei. Lediglich Herbert Ehrenberg, Vertreter der deutschen Sozialdemokraten in der Untergruppe "Wirtschafts-

---

1 Vgl. Gustave Stern, Die französischen Sozialisten und die SPD, in: Die Neue Gesellschaft, 8/1977, S.644. Weitere Arbeitsgruppen tagten zu Sicherheits- und Entwicklungsfragen.

2 Information der Verfasserin.

politik", war von der Notwendigkeit steigender Wachstumsraten überzeugt. Gestützt auf die Untersuchungen des Club of Rome, vertraten die anderen Parteien die Ansicht, daß uneingeschränktes wirtschaftliches Wachstum nicht mehr vertretbar sei. Besonders deutlich wurde die Anlehnung an die Vorschläge des Club of Rome in einem Vorentwurf Sicco Mansholts (PvdA). Er forderte in einem neuerlichen Programmentwurf eine"gerechte(n) Verteilung des Wohlstandes in der Welt" sowie Konsumeinschränkungen "im reichen Teil der Welt, das heißt in Europa".[1] Er wandte sich gegen Überkonsum[2] und übernahm die Forderung des Club of Rome nach qualitativem Wachstum.[3] Mansholt schlug u.a. vor, die Energievorräte und deren Ausbeutung einer internationalen Behörde zu unterstellen, die Abfallverwertung zu fördern, ebenso die Haltbarkeit von Industrieerzeugnissen,umweltfreundliche Produktionsverfahren sowie Dienstleistungen.[4] Die Durchsetzung dieser Vorstellungen sah Mansholt im derzeitigen "Produktions- und Konsumsystem" gefährdet.[5]

Bedingungen für die Verwirklichung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die auch die Interessen der Dritten Welt sichert, sind Mansholt zufolge "eine am Gleichheitsgrundsatz orientierte Einkommensverteilungspolitik, neue Instrumente zur Lenkung der Investitionen und der technischen Neuentwicklungen, Arbeiterselbstverwaltung."[6]

---

1 Sicco Mansholt, Für ein Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, unveröffentlichtes hektographiertes Manuskript, o.O. 1976, S. 1.

2 Vgl. ebenda, S. 5.

3 Vgl. ebenda, S. 9. Vgl.: Der RIO-Bericht an den Club of Rome, Wir haben nur eine Zukunft. Leitung: Jan Tinbergen, Amsterdam 1976, dt. Ausgabe: Opladen 1977, S. 88.

4 Vgl. Sicco Mansholt, Für ein Wirtschaftsprogramm... S. 7 u. 8.

5 Vgl. ebenda, S. 1.

6 Ebenda, S. 6.

Mansholt konnte sich mit seinen Vorschlägen in der Gruppe nicht durchsetzen. Die von ihm übernommene Formel vom "qualitativen Wachstum" fand sich in einigen Vorentwürfen,[1] nicht jedoch in der endgültigen Fassung; diese spricht von "humanem und harmonischem" Wachstum. Die Erläuterungen der Plattform zu diesem Begriff versuchen eine Synthese der Positionen der in der Arbeitsgruppe vertretenen Parteien: es wird ausdrücklich betont, daß gerade auf dem tertiären Sektor noch ein erhebliches Wachstumspotential liege; der Ausbau des tertiären Sektors wurde von allen beteiligten Parteien sowie vom Club of Rome sogar als wünschenswert apostrophiert. Auf weiteres industrielles Wachstum solle dennoch laut Plattform nicht verzichtet werden - dabei müsse allerdings der Umweltschutz berücksichtigt werden.[2] (Umsweltschutz spielte auch in Mansholts Entwurf eine gewichtige Rolle). Industrielles Wachstum wurde von deutscher Seite für unverzichtbar erklärt; dem Begriff "qualitatives Wachstum" konnten die deutschen Teilnehmer nicht zustimmen, da der deutsche Wähler mit ihm Wachstumsverzicht assoziiere, sowie Umverteilung zwischen den sozialen Schichten, die letztendlich auf eine Änderung des bisherigen Wirtschaftssystems hinauslaufe.[3]

Nullwachstum durch Wachstumstransfer, verbunden mit drastischen Maßnahmen in den Industrienationen, wie Mansholt sie favorisierte, wurde von allen Parteien abgelehnt. Selbst Mansholts eigene Partei, die PvdA, unterstützte seine Vorschläge nicht, wie aus ihren Änderungsanträgen zur Plattform hervor-

---

1 Vgl. Entwurf der Untergruppe "Wirtschaftspolitik" vom 9.11.1976; unveröffentlichtes hektographiertes Manuskript, S.2.

2 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, II.1.4.,S.14.

3 Information der Verfasserin.

geht. Die niederländischen Sozialisten gehen darin nicht auf Interdependenzen zwischen weiterem wirtschaftlichem Wachstum und Vollbeschäftigung ein; sie klammerten dieses Problemfeld aus bzw. erklärten sich mit dem in der Plattform erzielten Kompromiß einverstanden. Eine Umstrukturierung der Produktion in einer Weise, die eine bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Dritten Welt gewährleistet, hielten die niederländischen Sozialisten allerdings für notwendig.[1]

In der Gruppe "Sozialpolitik", deren Entwurf mit dem der Gruppe "Wirtschaftspolitik" verschmolzen wurde, war wirtschaftliches Wachstum unumstritten.[2] Während der Diskussion über die Vollbeschäftigung wurde dort der Begriff 'Neues Wachstum' geprägt.[3] Es verbinden sich damit Vorstellungen, wie sie die Plattform wiedergibt. Die Formulierungen der Gruppe traten zugunsten der kürzeren Aussagen der Gruppe "Wirtschaft" in der Plattform zurück.

Die einhellige Befürwortung dieser Begriffsinhalte, die doch in der Gruppe "Wirtschaft" derart kontrovers waren, macht zwei Interpretationen möglich:

- die mit der Sozialpolitik befaßten Parteirepräsentanten pflegten enge gewerkschaftliche Kontakte und standen aufgrund der wachstumsorientierten Haltung vieler europäischer Gewerkschaften dem weiteren Wirtschaftswachstum von vornherein positiv gegenüber;
- die Konsensfindung auf einzelnen Sachgebieten wurde stark vom individuellen Politikverständnis der jeweiligen Parteivertreter geprägt.

Der Entwurf des Kapitels "Wirtschaftspolitik" von

---

1 Vgl. Änderungsanträge der PvdA, a.a.O., S. 6 u. 7.

2 Den Sitzungsprotokollen zufolge wurde über die Wachstumsfrage nicht einmal debattiert.

3 Vgl. PS/CE/7/77, endgültige Fassung des Arbeitsdokumentes der Arbeitsgruppe "Sozialpolitik", S. 2 u. 3.

Sicco Mansholt sah für die Durchsetzung der Politik des qualitativen Wachstums politische Strategien vor, die von weiten Teilen der deutschen Sozialdemokraten nicht akzeptiert werden, so die Überführung von Land, Banken und Versicherungen in Gemeinbesitz, Arbeiterselbstverwaltung und dirigistische Eingriffe in die Wirtschaft durch Investitionslenkung und selektive Standort- und Produktionspolitik.[1]

Die programmatischen Äußerungen der französischen Sozialisten dagegen wichen, zumindest zur Zeit des Bündnisses mit den Kommunisten, kaum von Mansholts Vorschlägen ab; auch in den Programmen z.B. der belgischen Sozialisten werden langfristig Sozialisierungen gefordert.[2] Im Programmentwurf hat man dann auf die Vorschläge Mansholts verzichtet und fordert nicht näher spezifizierte "Strukturreformen" und "vorausschauende Wirtschaftspolitik", Formulierunggen, wie sie auch in den Beschlüssen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verwendet werden [3] und die jedem Land weiten Spielraum zur Verwirklichung der eigenen nationalen Wirtschaftspolitik belassen. Jede Spezifizierung unterbleibt; es wird lediglich ausgeführt, daß konjunkturpolitische Mechanismen allein nicht genügen, um wirtschaftlichen Fehlentwicklungen zu begegnen.[4] Die Maßnahmen zur Sicherung der Vollbeschäftigung werden ausdrücklich den Nationalstaaten überlassen. Als Möglichkeiten werden genannt:

---

1 Vgl. Sicco Mansholt, Für ein Wirtschaftsprogramm... S. 1o.

2 Vgl. Programma Vlaamse Socialisten, Verkiezingen von 17 December 1978, o.O. u. o.J., S. 11.

3 Vgl. z.B. SPD, Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen 1975 - 1985, Bonn 1975, S.35 u. 37.

4 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, II.1.3., S. 14.

- die systematische Weiterentwicklung benachteiligter Regionen durch die Schaffung öffentlicher und privater Unternehmen. So wird die Sozialisierung bestimmter Produktionszweige nicht ausdrücklich gefordert, aber auch nicht ausgeschlossen.
- die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Über die Notwendigkeit der Stützung dieses Wirtschaftsbereiches bestand Konsens zwischen den sozialdemokratischen Parteien. Alle Parteien haben die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben ebenso wie die beiden anderen Parteienzusammenschlüsse in ihre Europaprogramme aufgenommen.
- Arbeitszeitverkürzung. Die Plattform zielt auf eine "sichtbare Verkürzung der Arbeitszeit"[1] und schlägt konkret eine Verlängerung des Jahresurlaubs vor.

Mansholts Entwurf sah bereits die 35-Stunden-Woche vor, die dann später in den Wahlaufruf des Bundes aufgenommen wurde. Von deutscher Seite wurden 1976/77 noch Bedenken gegen eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit laut, da man ein Anwachsen der Schwarzarbeit befürchtete. Die deutschen Teilnehmer favorisierten eine Verlängerung des Jahresurlaubs.[2] Die Arbeitsgruppe wählte schließlich eine allgemeine Formulierung für ihren Bericht, die alle Möglichkeiten offenließ. Bereits in den Ergebnissen der Untergruppe "Demokratie und Institutionen" wurde die zurückhaltende Position gegenüber der offenen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten deutlich. Diese Zurückhaltung war auch im Entwurf des Kapitels

---

1 Entwurf der Wahlplattform, II.1.5., S. 14.

2 Vgl. PS/CE/39/76, Kurzbericht über die Sitzung der Arbeitsgruppe "Sozialpolitik" vom 12.5.1976 in Straßburg, S. 3.

Wirtschaftspolitik anzutreffen. Vor allem in den ersten Diskussionen der Gruppe "Sozialpolitik" wurde von irischer Seite der Wunsch nach enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften unterstrichen.[1] Der Vertreter der französischen Sozialisten regte einen Dialog mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) über Strategie und konkrete politische Maßnahmen in Europa an. Der Vorschlag einer gemeinsamen Konferenz der Parteien des Bundes der Sozialdemokraten und Gewerkschaftsvertretern über die Inhalte der Wahlplattform wurde jedoch nicht realisiert, so wie der EGB auch zum WSA sich nicht äußerte. Auf informeller Ebene fand allerdings ein Meinungsaustausch zwischen Gewerkschaftsvertretern und Mitgliedern der Gruppe "Sozialpolitik" statt. Für die SPD vertrat Helmut Rohde die Ansicht, die Rolle der Gewerkschaften in der europäischen Politik müsse in der Plattform zur Sprache kommen. Die sozialdemokratischen Parteien streben der Plattform zufolge eine "Beteiligung der sozialen Gruppen an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung",[2] die Ausdehnung der Verhandlungsbefugnis der Gewerkschaften auf alle Betriebsbereiche im In- und Ausland des Unternehmens,[3] sowie den Abschluß von Tarifverträgen auf europäischer Ebene an,[4] trotz des Einwandes der SPD, der EGB sei nicht tariffähig.
Ziel des Bundes ist eine Ausdehnung des Einflusses der Gewerkschaften in Europa, die zwangsläufig eine Kompetenzübertragung von der nationalen gewerkschaftlichen Ebene auf die europäische

---

1 Vgl. PS/CE/18/76, Kurzbericht über die Sitzung der Arbeitsgruppe "Sozialpolitik" am 1.4.1976.

2 Entwurf der Wahlplattform, II.1.8., S. 15.

3 Vgl. ebenda, II.5.2., S. 19.

4 Vgl. ebenda, II., S. 2o.

nach sich zieht. Wie eine Beteiligung der sozialen Gruppen an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ausgestaltet werden soll, geht aus der Plattform nicht hervor. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß, mit dem vom Bund geforderten Initiativrecht ausgestattet, brächte bereits einen erheblichen Einflußzuwachs für die sozialen Gruppen.

Erhebliche Kontroversen vor allem zwischen SPD und Parti Socialiste entstanden bei der Erarbeitung der Aussagen zur Preisstabilität und zur Wirtschafts- und Währungsunion.
Im Zuge des Bundestagswahlkampfes 1976 wurde in der Bundesrepublik Stabilitätspolitik und Inflationsbekämpfung besonders betont.
So wurde von Seiten des deutschen Vertreters in der Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitik", Herbert Ehrenberg, der stabilitätsbewußten Politik der europäischen Sozialdemokraten größter Wert beigemessen. Michel Rocard trug in seinem ersten Entwurf des Kapitels dem deutschen Anliegen Rechnung. Die Priorität der Preisstabilität wurde noch dadurch unterstrichen, daß man sie an zweiter Stelle, nach der Vollbeschäftigungspolitik, in das Kapitel "Wirtschaftspolitik" aufnahm. Die Ausführungen zur Preisstabilität haben im Laufe der Diskussion erhebliche Verschiebungen in der Schwerpunktsetzung erfahren:
Als eine Inflationsursache nennt die Plattform die Preiserhöhungen, die auf Kostensteigerung und Verschuldung der Unternehmen zurückzuführen seien. Diese Preissteigerungen hätten wiederum die Arbeitnehmer zu höheren Lohnforderungen gezwungen.[1] Diese Formulierungen stellen einen Kompromiß zwischen Ehrenberg (SPD) und Rocard (PS) dar.

---

1 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, II.2.3., S. 15.

Rocard ging nicht von allgemeinen "Kostensteigerungen", sondern von einer "übertriebenen Erhöhung der Fixkosten" aus, die von den Unternehmen getragen werden müssen, die auch zu einem "gebremsten Wachstum" der Unternehmergewinne geführt hätten.[1] Ehrenberg sah dagegen als Ursache der Preissteigerung vor allem das Verhalten der Unternehmer:"Die Unternehmer nützen die insbesondere durch die schnell wachsende Geldmenge eröffneten Spielräume für die Preiserhöhungen aus. Dadurch verschärfte sich der Verteilungskampf auf nationaler und internationaler Ebene. Auch die Arbeitnehmer wurden zu immer höheren Lohnforderungen gezwungen, wenn sie keine realen Einkommensminderungen hinnehmen wollten."[2]
Einmal mehr zeigte sich, wie sehr die transnational vertretenen Positionen einer Partei von ihrem jeweiligen Repräsentanten abhängig waren: Von Seiten der französischen Parti Socialiste wurde der SPD in den letzten Jahren wiederholt vorgeworfen, zu unternehmerfreundliche Politik zu betreiben. Die PS dagegen vertrete die Arbeiterklasse und mache sich für Sozialisierung und Beschneidung überhöhter Unternehmergewinne stark. In der Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitik" war es der deutsche Vertreter, der die unternehmerfreundlichere Haltung Rocards nicht akzeptieren wollte. Man einigte sich darauf, eine neutrale Formulierung zu finden. In seinem Vorentwurf nannte Rocard "das wachsende Gewicht des für die Beamten vorgesehenen Teils des Haushalts" als eine Quelle der Inflation.[3] In der Bundesrepublik Deutschland ist das Beamtentum und

---

1 Vorentwurf der Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitik" vom 28.3.1977, S. 6.

2 Ebenda, S. 5.

3 Ebenda, S. 6.

dessen Besoldung grundgesetzlich verankert, die Kritik Rocards an den hohen Besoldungsaufwendungen konnte somit nicht von Ehrenberg als Programmpunkt akzeptiert werden. Rocard sah "das allgemeine Schwanken der Währungen" als eine Inflationsursache an.[1] Im währungspolitischen Teil trat er für feste Wechselkurse ein. Ehrenberg dagegen favorisierte flexible Wechselkurse.[2] Man einigte sich auf die wenig aussagekräftige Formulierung "realistische" Wechselkurse,[3] und unterließ jeden Hinweis darauf, wie durch Währungspolitik die Inflationsbekämpfung erfolgen soll.[4]
Auf der Ebene der Gemeinschaft gelte es, die Währungs- und Haushaltspolitik zu koordinieren. "Die europäischen Sozialdemokraten halten am Ziel einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion fest."[5] Ihre kurzfristige Realisierung wird allerdings nicht für anstrebenswert gehalten aufgrund der stark unterschiedlichen Entwicklungen in Produktivität, Inflationsraten und Zahlungsbilanzen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Der Währungssektor könne nicht "Integrationsmotor" sein; die wirtschaftliche Integration müsse der währungspolitischen vorausgehen. Die Sozialdemokraten beziehen damit eindeutig Stellung gegen eine "monetaristische" Integrationsstrategie, wie sie der Werner-Plan vorsah.[6] Ebensowenig Zustimmung fanden Tindemans' Vorschläge einer abgestuften Integration.[7] Man orientierte sich offensichtlich an

---

1 Vorentwurf der Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitik" vom 28.3.1977, S. 6.

2 Information der Verfasserin.

3 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, II.1.4., S.17.

4 Vgl. ebenda, II.2.6., S. 16.

5 Entwurf der Wahlplattform, II.1.4., S. 14.

6 Vgl. Dazu: Hans-Eckart Scharrer, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion - Pragmatismus ohne politisches Konzept, in: ders.,Hg., Europäische Wirtschaftspolitik, Programm und Realität, Bonn 1973, S. 147.

7 Vgl. Tindemans-Bericht, III. A.3.

der Anfang der siebziger Jahre offiziellen Integrationsstrategie, die dadruch gekennzeichnet ist, "daß man versucht, den Integrationsprozeß bei voller Wahrung der nationalen Autonomie durch gegenseitige Information und (unverbindliche) Konsultation und durch die Schaffung von Integrationssymbolen (Fonds, formale Wechselkursvereinbarungen usw.) weiterzubringen."[1]
In einem Kommentar zum wirtschaftspolitischen Teil der Plattform machte die niederländische PvdA unmißverständlich deutlich, daß die Wirtschafts- und Währungsunion kein Ziel an sich sei, sondern lediglich ein Weg zur Bewältigung der Probleme, die aufgrund der wirtschaftlichen Interdependenzen zwischen den Mitgliedsstaaten nur noch gemeinschaftlich gelöst werden könnten. Eine Übertragung von Befugnissen vom Nationalstaat auf die Gemeinschaft soll in der WWU nur dann erfolgen, "wenn dies unvermeidlich ist".[2] Weitgehende wirtschafts- und währungspolitische Autonomie, Kooperation und Annäherung der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen nationaler Regierungen haben zumindest mittelfristig für die sozialdemokratischen Parteien in der EG Priorität. So fanden Vorschläge für eine Parallelwährung oder Modelle zur schrittweisen Einführung einer WWU keinen Eingang in das Programm. Bis auf weiteres sollen der Gemeinschaft nur unterstützende Maßnahmen für die nationalen Volkswirtschaften überlassen bleiben; auch diese seien jedoch von den Regierungen zu beschließen.[3] Die interne Wirtschaftsstruktur bleibt gänzlich in der Kompetenz der neun Länder. Es wurden Möglichkeiten staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft eingeräumt sowie staatliche Planung und Wirtschaftsprogram-

---

1 Hans-Eckart Scharrer, a.a.O., S. 145.

2 Beitrag zum Abschnitt "Wirtschaft" des Europäischen Wahlprogramms der Partij van de Arbeid, hektographiertes unveröffentlichtes Manuskript, o.O. und o.J., S. 3.

3 Vgl.Entwurf der Wahlplattform, II.4., S. 17.

mierung, jedoch nicht zwingend vorgeschrieben; die SPD hätte sich dagegen verwahrt. Es wird dabei ausdrücklich betont, daß man im Rahmen des Gemeinschaftsrechts zu bleiben gedenkt und den "Markt funktionsfähig erhalten" will.[1] D.h., die Mehrheit der Parteien ging davon aus, daß die Funktionsfähigkeit des Marktes noch gegeben sei. Rocard, als Vertreter einer Partei, die der Marktwirtschaft kritisch gegenübersteht, stimmte dem zu. Einwände gab es lediglich von den niederländischen Sozialisten. Bereits in seinem Alternativentwurf stellte Sicco Mansholt (PvdA) fest, daß die freie Marktwirtschaft nicht mehr existiere:"Es gibt keinen freien Wettbewerb, kein absolutes Gesetz für Angebot und Nachfrage, keinen entscheidenden Einfluß des Verbrauchers."[2] Die Änderungsanträge der PvdA zielten in eine ähnliche Richtung: Sie schlugen vor, den Passus zur Funktionsfähigkeit des Marktes wie folgt zu ändern:"Die Sozialisten geben einer Politik der indikativen Planung den Vorrang vor der Aufrechterhaltung des freien Marktes in Europa. Das Gemeinschaftsrecht ist dem anzupassen."[3] Es wurden Absprachen in der EG über die Instrumente der indikativen Planung in den Mitgliedsstaaten gefordert. Die Aufnahme der Forderung nach indikativer Planung wäre für die SPD nicht akzeptabel gewesen. Zwar wird noch im Orientierungsrahmen '85 die Möglichkeit der Investitionslenkung eingeräumt - man zielte damit aber auf eine bessere Ausnutzung der bereits gegebenen Instrumente ab.[4] Einige der Forderungen der PvdA werden in der Bundesrepublik Deutschland bereits praktiziert, so gibt es verschiedene

---

1 Entwurf der Wahlplattform, II.,4.1.4., S. 17 - 18.

2 Sicco Mansholt, Für ein Wirtschaftsprogramm..., S. 3.

3 Änderungsanträge der PvdA, a.a.O.,S. 12.

4 Vgl. Politisch-ökonomischer Orientierungsrahmen..., a.a.O., S. 48.

Genehmigungssysteme für Investitionen (Bauwesen, Umweltschutznormen, Industrieansiedlungsverbote). Dennoch sind Begriffe wie Investitionslenkung und Planung in der deutschen Öffentlichkeit negativ besetzt. So wird im Europaprogramm der SPD dieser Bereich nicht mehr angesprochen.
Einigkeit zwischen den Parteien bestand darin, daß Monopolbildungen zu verhindern sind und dem Wettbewerb Geltung verschafft werden muß. Die Arbeitsgruppe "Sozialpolitik" forderte ein gemeinschaftseigenes Instrument zur Kontrolle großer Unternehmungen und des Einhaltens von Wettbewerbsregeln. Die multinationalen Unternehmen sollen verpflichtet werden, ihre Abschlüsse zu veröffentlichen; eine Präventivkontrolle bei Unternehmenszusammenschlüssen soll ermöglicht werden. Niederländische und deutsche Sozialdemokraten verliehen ihrer Befürwortung dieser Vorschläge dadurch Ausdruck, daß sie sie in ihre nationalen Europawahlprogramme einbezogen.
Im Laufe der Diskussion der Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitik" erfuhr der Abschnitt "Regionalpolitik" einige Veränderungen.
Schon bald nach der Institutionalisierung des Regionalfonds stellte sich heraus, daß seine Mittel nicht ausreichten, die regionalen Ungleichheiten innerhalb der Gemeinschaft zu beseitigen. Die Parteien berücksichtigten dies ebenso wie die Unzulänglichkeiten im Zuweisungssystem des Fonds. Die europäischen Sozialdemokraten traten dafür ein, die Zuweisungen nach dem "Gießkannenprinzip" abzulösen durch eine konzentrierte Förderung der ärmsten Regionen der EG.[1] Sie machten sich damit die

---

1 Vgl. Vorentwurf der Untergruppe "Wirtschaftspolitik" vom 9.11.1976, a.a.O..

Position der Regierung Schmidt zu zeigen, die sich schon bei der Schaffung des Fonds der französischen Regierung widersetzt hatte, vergleichsweise unterpriviligierte Gebiete aller Gemeinschaftsländer zu fördern, damit alle Staaten in den Genuß der Gelder kommen.[1]

Die Energiepolitik wurde vornehmlich unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten gesehn. Um die Bedrohung der Vollbeschäftigugn durch die Rohstoffarmut der EG-Staaten abzuwenden, wurden Maßnahmen zur Verringerung der Einfuhrabhängigkeit vorgeschlagen. Die Kernenergie fand explizit keinen Eingang in diesen Maßnahmenkatalog. Sie wird nicht befürwortet, aber auch nicht ausgeschlossen, wenn die "optimale Nutzung der in der Gemeinschaft vorhandenen Energie- und Rohstoffquellen" sowie die "Förderung der Energieforschung und Entwicklung" gefordert wird - die Kernenergie ist weitgehend eine einheimische Energiequelle, die Forschung auf dem Nuklearsektor wird in allen Ländern der Gemeinschaft forciert.

Mit der Nichtbeachtung der Kernenergie wurde eine Strategie des Ausklammerns bestimmter kontroverser Themenbereiche verfolgt. Nicht nur zwischen den einzelnen Parteien bestehen unterschiedliche Standpunkte zu dem Thema, auch in den nationalen Parteien herrscht über die Nutzung der Kernenergie bis heute Uneinigkeit. Der SPD war weniger daran gelegen, durch die transnationale Diskussion in der eigenen Partei einen Streit über die Kernenergie zu entfachen - die Meinungsbildung in der Partei war im übrigen noch nicht abgeschlossen. Auch in der

---

1 Vgl. Elke Thiel, Die Europäischen Gemeinschaften zwischen Krise und Bewährung, München 1977, S.7o.

PvdA war die Kernenergie nicht unumstritten. Sicco Mansholt sprach sich in seinem Entwurf gegen ihren weiteren Ausbau aus, "solange nicht alle Gefahren für die gegenwärtigen und zukünftigen Generationen gebannt sind";[1] in diesem Sinne äußerte sich auch die PvdA in ihren Änderungsanträgen zum Plattformentwurf.[2] Die irische Labour Party macht die Nutzung der Nuklearenergie von der öffentlichen (popular) Unterstützung abhängig.[3]
Der Kernbereich der EG, die Gemeinsame Agrarpolitik, warf bei der Konsensfindung der Parteien die größten Probleme auf. Ein Interessenkonflikt bestand zwischen den differierenden agrarpolitischen Zielsetzungen von Parti Socialiste und Sozialdemokratischer Partei Deutschlands: In der Bauernschaft im französischen Südwesten liegt ein Wählerreservoir der PS,[4] deren Einkommen die Partei nicht zuletzt durch Exporte sichern will; denn die gesamte französische Landwirtschaft ist stark exportabhängig. Die Exportmöglichkeit dieser Landwirte vor allem in Drittländer will sie in keinem Falle durch das Programm eingeschränkt wissen, da sie sich dann im Vergleich mit den anderen französischen Parteien als ein weniger engagierter Vertreter der Interessen Frankreichs vor ihren Wählern präsentieren müßte. Mit den Interessen ihrer Wählerschaft, aber auch mit der Nahrungsmittelknappheit in vielen Entwicklungsländern rechtfertigen die französischen Sozialisten ihr vehementes Eintreten für Nahrungsmittelexporte in die Dritte Welt, obwohl sie noch in ihrem entwicklungspolitischen Programm auf die

---

1 Vgl. Sicco Mansholt, Für ein Wirtschaftsprogramm.., a.a.O., S. 8.
2 Vgl. Änderungsanträge der PvdA, a.a.O., S. 12.
3 Vgl. "Ireland and the European Community", a.a.O., S. 17.
4 Siehe dazu Kap. 2.1.1..

Gefahren von Nahrungsmittelexporten hingewiesen hatten.[1] Die Parlamentswahlen im März 1978 machten offensichtlich einen Wandel dieser Position erforderlich, um ein großes Wählerpotential nicht zu brüskieren.
Die entwicklungspolitischen Konzeptionen der SPD sehen Nahrungsmittelexporte nur in äußersten Notfällen vor, und auch in den Plattformberatungen waren die deutschen Vertreter anfänglich bemüht, die Nahrungsmittelversorgung in der Dritten Welt durch Hilfe zur Selbsthilfe sicherzustellen. Im übrigen wurde unter den deutschen Teilnehmern die Ansicht vertreten, daß Transport- und Lagerhaltungskosten für kontinuierlichen Nahrungsmitteltransfer die europäischen Steuerzahler über Gebühr belaste.

Trotz der deutschen Bedenken wird dem Nahrungsmittelsektor derart breiter Raum in der Plattform gewidmet, daß er als prioritäres Anliegen sozialdemokratischer Agrarpolitik erscheint.[2] SPD und PS einigten sich auf einen Kompromiß, der zunächst einmal die französischen Bauern weiterhin begünstigt, langfristig aber eine Umstrukturierung des europäischen Agrarmarktes, auch des französischen, anstrebt, wie die SPD es für erforderlich hält: Die Nahrungsmittelhilfe für die Entwicklungsländer wird in der Plattform als Interimslösung bezeichnet, die jedoch zeitlich nicht limitiert ist.[3] Die deutschen Sozialdemokraten streben zur Verminderung der Überschußproduktion in der EG eine stärkere Eigenverantwortlichkeit der landwirtschaftlichen Erzeuger an. Eine Senkung der Subventionierung der Überschüsse durch die EG hätte Einkommensverluste für Teile der französischen Landwirte zur Folge und

---

1 Vgl. Parti Socialiste, Les Socialistes et le Tiers Monde, Paris 1977, vor allem S. 197.

2 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, II.4.4., S. 18.

3 Vgl. ebenda.

erforderte zwangsläufig Umstrukturierungen. Die PS widersetzte sich erfolgreich auch diesen Vorstellungen der SPD. In der Plattform wird lediglich auf den Mißstand der strukturellen Überschüsse hingewiesen,"auf die Dauer" könne man den Steuerzahler nicht mit unverkäuflichen Produktionsüberschüssen belasten, d.h., man legitimiert für die nähere Zukunft einerseits den Status quo, läßt sich aber erneut den Weg für Reformen offen. Der Bund äußert sich damit wesentlich zurückhaltender als die Sozialistische Fraktion im EP, die bei Produktionsüberschüssen Mengensteuerung, Beschränkung der Marktgarantie bzw. der Interventionspflicht vorschlägt.[1] Für die SPD war der Hinweis auf eine notwendige Reform der Agrarpolitik unverzichtbar. Die Aussagen der SPD zur Europawahl unterstreichen diese Haltung.[2] Da die PS die beiden Grundsatzforderungen der SPD, Reform der Agrarpolitik und damit einhergehender Abbau der Überschußproduktion, wenn auch in abgeschwächter Form und nicht als zentrale Forderungen der Agrarpolitik, akzeptierte,waren die deutschen Sozialdemokraten ihrerseits bereit, der auf Nahrungsmittelexport orientierten französischen Politik im Programm zuzustimmen. Im Gemeinsamen Regierungsprogramm von Sozialisten und Kommunisten in Frankreich wurde eine grundlegende Änderung der EG-Politik auf dem Gebiet der Preisstützung und der Marktorganisation angestrebt; es wurde aber nicht näher ausgeführt, welche Änderungen vollzogen werden sollen.[3] So bleibt festzuhalten, daß die Forderung nach einer nicht näher spezifizierten Reform der Agrarpolitik auch der PS durchaus hätte

---

1 Vgl. Stellungnahme der Sozialistischen Fraktion zur Gemeinsamen Agrarpolitik vom 6.1.1976 (Kopenhagen).

2 Vgl. SPD, Soziale Demokratie für Europa, Programm für die erste europäische Direktwahl, Bonn 1979 III.6.

3 Vgl. Gemeinsames Regierungsprogramm, a.a.O., S. 43.

entgegenkommen müssen. Mit den genannten Begründungen äußerte Rocard derart harten Widerstand gegen eine Reform der Agrarpolitik, so daß schließlich in der deutschen Delegation Verwunderung darüber herrschte, daß er dem agrarpolitischen Teil der Plattform zugestimmt hat, da dessen Realisierung für die französischen Bauern langfristig Einkommensverluste zur Folge haben soll. Im Vorfeld der französischen Parlamentswahlen im März 1978 ging es der PS vor allem darum, sich der Unterstützung ihrer Wählerschaft zu versichern. Aus dieser Perspektive wird die pragmatische, nicht an der eigenen Programmatik orientierte Verhandlungsführung Rocards im Bereich der Agrarpolitik durchaus verständlich.
Die in einem Vorentwurf des deutschen Teilnehmers Hans Beck, Vize-Kabinettchef im Kabinett des EG-Kommissars Wilhelm Haferkamp und dessen Vertreter bei der Programmarbeit, geforderte Senkung des Agrarteils am EG-Haushalt[1] fand keine Zustimmung und wurde nicht in die Plattform übernommen, trotz der vielfach geäußerten Befürchtung, die Ausgaben auf dem Agrarsektor könnten in näherer Zukunft den gesamten Haushalt in Anspruch nehmen.[2] Eine Kürzung der Agrarausgaben der Gemeinschaft hätte zweifelsohne auch eine Verminderung der Subventionen von Überschüssen zur Folge und war daher für die PS nicht erstrebenswert.
Nach Aussagen der beteiligten politischen Akteure verlief die Diskussion in der Arbeitsgruppe "Sozialpolitik" am wenigsten kontrovers: Die Parteien konnten auf ein bereits 1973 auf dem 9.

---

1 Vgl. Entwurf der Untergruppe "Wirtschaftspolitik", a.a.O., S.13.

2 Nicht zuletzt aus dieser Befürchtung lehnte das Europäische Parlament den EG-Haushalt 1980 ab. Das Parlament widersetzte sich damit der Ablehnung seiner Vorschläge u.a. zur Kürzung der Mittel für die Preisstützung am Milchmarkt, um damit den Beginn einer Agrarreform einzuleiten. Die französischen Sozialisten lehnten diese Vorschläge allerdings ab. Siehe dazu: Wird der EG-Haushalt abgelehnt? in: Stuttgarter Zeitung, 7.12.1979, S.1. und Michael Hornsby, EEC budget rejection looks certain, in: The Times, 8.12.1979, S.4.

Kongreß der Sozialdemokratischen Parteien der EG - damals noch im Verbindungsbüro organisiert - erarbeitetes Thesenpapier "Für ein soziales Europa" zurückgreifen,[1] das zur Zeit der Plattformerarbeitung von den Mitgliedsparteien formal noch akzeptiert wurde. Die Sozialpolitik sei traditionell der Politikbereich, in dem Sozialdemokraten den breitestens Konsens erzielen.[2] Der Bericht dieser Unterarbeitsgruppe unterscheidet sich grundlegend von den Ergebnissen der anderen Gruppen: Aufgrund des bereits vorliegenden Thesenpapiers zur Sozialpolitik fiel der Bericht im Vergleich erheblich ausführlicher aus. Eine Kürzung bei der Endredaktion wurde notwendig, wollte man nicht ein Übergewicht der Sozialpolitik in der Plattform in Kauf nehmen. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe waren sehr präzise und bereits auf eine Europäische Sozialunion ausgerichtet. Die Notwendigkeit einer fortschreitenden europäischen Integration war nicht strittig, selbst von Seiten des französischen Teilnehmers, Jacques Delors, gab es keine Einwände dagegen. Bereits in den Thesen "Für ein soziales Europa" hieß es:"Das föderative Europa der Zukunft muß seine gesellschaftliche Struktur auf dem Wege des sozialen Fortschritts verändern."[3] Diese Formulierung kam 1973 unter aktiver Mitarbeit der dänischen Socialdemokratiet zustande. Diese beteiligte sich allerdings trotz wiederholter Aufforderung kaum an der Diskussion der Arbeitsgruppe "Sozialpolitik". Nach den ersten Zwischenberichten der Arbeitsgruppe teilte der Generalsekretär der Partei, Christiansen, bereits mit, daß die dänischen Sozialdemokraten

---

1 Vgl. "Für ein soziales Europa", a.a.O., siehe dazu Kap.3..

2 Information der Verfasserin

3 "Für ein soziales Europa", a.a.O., S. 1.

die Ergebnisse nicht akzeptieren werden, da die Aussagen ihr zu integrationsfreundlich seien. Das läßt den Schluß zu, daß zumindest die dänischen Sozialdemokraten sehr wohl differenzierten zwischen einem Thesenpapier ohne jeden bindenden Charakter und einem Programm, das sie im Wahlkampf vor der Wählerschaft zu vertreten haben.[1] Ein auf Integration ausgerichtetes Wahlprogramm hätte die Gegensätze innerhalb der Partei nur noch deutlicher werden lassen und jeden Konsens zwischen EG-Kritikern und Befürwortern verhindert.
Den Vorsitz in der Arbeitsgruppe "Sozialpolitik" führte der Vertreter der italienischen Sozialisten (PSI), Lionello Levi-Sandri. Anfangs beteiligten sich die Vertreter der beiden italienischen Parteien rege, an der Formulierung des Textes wirkten sie jedoch nicht mit. Diese erfolgte durch die Vertreter der SPD, der PS und der LSAP, Helmut Rohde, Jacques Delors und Robert Goebbels,den Generalsekretär der LSAP. Letzterer übernahm auch die Ausarbeitung eines Diskussionspapiers, das die anfänglichen Diskussionsergebnissen der Gruppe zusammenfaßte. Goebbels verfaßte ebenfalls den endgültigen Bericht der Gruppe. Die italienischen Teilnehmer, deren starkes Engagement anfangs auf ein italienisches Übergewicht in der Gruppe schließen ließ, gaben in der Diskussion anfänglich folgenden Bereichen den Vorrang:
- der Gleichstellung der Frau [2] sowie
- der Beseitigung der Armut im Mezzogiorno, nicht zuletzt über den Weg der Vermögensbildung.

Diese Schwerpunktsetzung wurde von den anderen Parteien nur bedingt geteilt. So war zwar

---

1 Siehe dazu Kap. 2.1.1. u. Kap.3.

2 Die Europäische Gemeinschaft zur Sozialunion ausbauen, Zusammenfassung von Robert Goebbels, o.O. und o.J., S. 3.

verschiedentlich die Rede von der "Angleichung der Lebensverhältnisse",[1] aber ein Konzept zur Beseitigung der Armut wurde nicht in den Bericht der Gruppe aufgenommen; lediglich in den Ausführungen zur Regionalpolitik wird darauf eingegangen.

Die Vermögensbildung fand bei einigen SPD-Vertretern Resonanz; vornehmlich auf Betreiben deutscher Teilnehmer unterbreitete die Arbeitsgruppe in ihrem abschließendem Bericht einen Vorschlag zur Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer an den Gewinnen der großen Unternehmen:"Die gesetzlich oder im Rahmen von Tarifverträgen festzulegenden Gewinnanteile müssen an betriebsinterne Fonds eingezahlt werden, an deren Verwaltung die Arbeitnehmer und ihre Organisationen beteiligt werden müssen. Es empfiehlt sich, an die Arbeitnehmer Fonds-Anteilscheine auszugeben, die nach einer gesetzlich festgelegten oder in einem Tarifvertrag vereinbarten Frist eingelöst werden müssen, wonach die Anteile an ihre Inhaber ausgezahlt werden."[2] Diese Passage wurde wörtlich aus dem Zwischenbericht Robert Goebbels' für die Endfassung übernommen. Der Abschlußbericht regte an, die Vermögensbildung ferner durch Sparförderung der Arbeitnehmer zu verbessern. Die Intention der Italiener, mit Hilfe der Vermögensbildung zur Beseitigung der Armut beizutragen, fand keine Berücksichtigung. Bereits in den Thesen "Für ein soziales Europa" wurde auf die Notwendigkeit der Vermögensbildung zur Herstellung einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilugn hingewiesen.[3] In einigen Parteien bestanden jedoch starke Vorbehalte gegen derartige Konzepte der Vermögensbildung, da sie sozialen Konsensus implizieren und in

---

1 Vgl. PS/CE/38/76,Kurzbericht über die Sitzung der der Arbeitsgruppe"Sozialpolitik" vom 2.6.1976 in Brüssel, S. 1.

2 PS/CE/7/77, S. 7.

3 Vgl."Für ein soziales Europa, a.a.O., S. 2o ff.

der Regel nicht vom Klassencharakter der europäischen Gesellschaften ausgehen. Teile der französischen PS und die englische Labour Party lehnen sozialen Frieden, wie er in der Bundesrepublik Deutschland propagiert wird, als integrationistisch ab, da er die Arbeiterschaft in der Durchsetzung ihrer Interessen einschränke. Die Passage in Robert Goebbels' Zwischenbericht der Arbeitsgruppe ging zwar auf deutsche Sozialdemokraten zurück, es gab aber auch in der SPD Stimmen, die für einen Verzicht auf Aussagen zur Vermögensbildung plädierten, da in der eigenen Partei, der SPD, noch kein verbindliches Modell der Vermögensbildung erarbeitet wurde; die Diskussion über das Thema ist bis heute nicht abgeschlossen. In der Schlußredaktion wurde der Passus zur Vermögensbildung gestrichen.[1] Für die Umverteilung durch Transferleistungen forderte man allerdings eine stärkere Berücksichtigung sozialer und regionaler Gesichtspunkte.

Die eingebrachte Forderung der Italiener nach Gleichstellung der Frau löste ebenfalls Kontroversen aus. Der Plattformentwurf flicht die Gleichstellung der Frau lediglich in seine Aussagen zur Chancengleichheit aller im Bildungs- und Fortbildungswesen ein.[2] Auf dem Arbeitsmarkt will man den Frauen die Wiedereingliederung ins Berufsleben erleichtern.[3] Der Vertreterin der PSI ging es nicht nur um gleiche Ausbildungsmöglichkeiten, sondern auch um Lohngleichheit. Die Vertreter der SPD mahnten diesbezüglich zur Zurückhaltung, da der Kampf um gleichen Lohn ausschließlich Aufgabe der Tarifpartner sei. Diesem Einwand gab man statt. Dies bedeutete eine Rücknahme von Positionen, die

---

1 Eine Begründung ist nicht bekannt.

2 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, II.8., S. 21.

3 Vgl. ebenda, II.1.6., S. 14 - 15.

1973 erarbeitet worden waren, als man zumindest global die volle Gleichberechtigung der Frau, Chancengleichheit im Beruf und den Abbau von Diskriminierungen[1] und, wenn auch nicht ausdrücklich, Lohngleichheit forderte.
In den Beratungen der Arbeitsgruppe spielte die Vollbeschäftigung eine wichtige Rolle. Die Arbeitsmarktpolitik wurde jedoch ebenso von der Gruppe "Wirtschaftspolitik" bearbeitet, deren kürzere Formulierungen bei der Endredaktion der Vorzug gegeben wurde. Der bereits 1973 in den Thesen "Für ein soziales Europa" unterbreitete Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Zentralbehörde zur Koordinierung zwischen den mit Arbeitsfragen befaßten nationalen Stellen ("europäisches Arbeitsamt") wurde von der Gruppe "Sozialpolitik" erneut aufgegriffen. Sie wollte bis zur Institutionalisierung einer derartigen Behörde deren Aufgaben dem "Ständigen Ausschuß für Beschäftigungsfragen" übertragen.[2] Die Plattform verlangt zwar eine bessere Koordinierung auf den Arbeitsmärkten, legt sich jedoch bezüglich des instituionellen Rahmens nicht fest. Die Forderung nach größerer Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft durch den Ausbau ihrer Instrumente und Entscheidungsstrukturen wird nicht weiter präzisiert. Die Schaffung einer europäischen Arbeitsbehörde, die Koordinationsaufgaben zwischen den einzelnen nationalen Arbeitsämtern übernähme, wäre ein Schritt in Richtung einer föderativen Struktur der EG. Die Aussagen in der Plattform zur Demokratisierung der Wirtschaft gehen auf die Arbeitsgruppe "Sozialpolitik" zurück. Es wird nicht ein für alle Staaten verbindliches Modell der Demokratisierung vorgeschlagen, sondern

---

1 Vgl. "Für ein soziales Europa", a.a.O., S. 5.
2 Vgl. PS/CE/7/77, S. 4.

ausdrücklich auf die verschiedenen Konzeptionen in den Parteien hingewiesen, so daß Kontroversen zu diesem Thema von vornherein weitgehend ausgeschlossen waren.[1]

Die Arbeitsgruppe "Sozialpolitik" schlug im Sinne der Römischen Verträge eine Harmonisierung der europäischen Sozialgesetzgebung vor.[2] Dies geschah vornehmlich auf Betreiben der deutschen Vertreter. Eine solche Harmonisierung soll allerdings nicht gleiches Leistungsniveau in den neun Staaten der Gemeinschaft bedeuten, sondern beinhaltet vielmehr eine Angleichung der Leistungsarten und -spektren.[3] Für den deutschen Vertreter bestand kein Zweifel darüber, daß dies nur ein langfristiges Ziel sein könne. Von italienischer Seite gab es den Einwand, aufgrund der großen Unterschiede der sozialen Systeme an der Zielformulierung nicht festzuhalten.[4]

Eine Grundvoraussetzung für eine auf europäischer Ebene koordinierte Arbeitsmarktpolitik ist eine Erleichterung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer, "da dem Wunsch nach Schaffung von Arbeitsplätzen an Ort und Stelle, d.h. dort, wo sich ein Arbeitskräftepotential befindet," nicht immer nachgekommen werden kann.[5] Eine Harmonisierung der Sozialgesetzgebung der einzelnen Staaten, wie in der Plattform vorgeschlagen, würde nicht zuletzt die Freizügigkeit der Arbeitnehmer der Gemeinschaft erleichtern.

Neben der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer wurde besonders die Anhebung der Qualität der Arbeit hervorgehoben. Die angestrebten Maßnahmen

---

1 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, II.5.2., S. 19.

2 Vgl. EWG-Vertrag, Art. 117 - 118.

3 Von SPD-Vertretern wurde gegenüber der Verfasserin ausdrücklich daraufhin gewiesen, vgl. aber auch: Entwurf der Wahlplattform, II.6.3., S. 2o.

4 Vgl. PS/CE/38/76, S. 1 u. PS/CE/39/76, S.4.

5 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, II.,1.9., S. 15.

umfassen die Abschaffung der Fließband- und Akkordarbeit, die Verbesserung der Umweltbedingungen durch die Bekämpfung von Lärm- und Geruchsbelästigungen sowie die Verringerung der körperlichen Belastung am Arbeitsplatz, d.h. die Abschaffung gesundheitsgefährdender Arbeiten. Die Sozialdemokraten streben eine Vereinheitlichung der Normen zur Arbeitssicherheit in den neun Ländern der EG an. Diese Vereinheitlichung hätte voraussichtlich auch Wettbewerbsentzerrungen zur Folge und würde somit den Römischen Verträgen voll entsprechen.[1]

Zur Erhöhung der Lebensqualität zählte für die Teilnehmer der Arbeitsgruppe "Sozialpolitik" der lebenslange Zugang zu Aus- und Weiterbildung - darüber bestand Einigkeit. Es ging der Gruppe vor allem darum, die Weiterbildung permanent in das Arbeitsleben zu integrieren. Der einzige Diskussionspunkt auf diesem Gebiet war die Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen, wie beispielsweise des Bildungsurlaubs. Der spätere Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament, der Belgier Ernest Glinne, wandte ein, daß Sonderbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen seien[2]- die Belgier konnten bereits auf eine gewisse Erfahrung mit dem Bildungsurlaub zurückblicken, die sie den anderen Parteien weitergaben.

Im Programmentwurf verzichtete man jedoch auf derartige Detailaussagen; man ging weniger von den Möglichkeiten zur Realisierung derartiger Vorschläge aus als vielmehr von einem idealtypischen Modell eines gerechten Bildungswesens,"das dem einzelnen Chancengleichheit, Effizienz und maximale Entfaltungsmöglichkeiten bietet."[3]

---

1 Vgl.Entwurf der Wahlplattform, II.7.1., S. 2o-21.

2 Vgl. PS/CE/39/76, S. 3.

3 Entwurf der Wahlplattform, II.8., S. 21.

Die Schlußredaktion des wirtschafts- und sozialpolitischen Kapitels der sozialdemokratischen Plattform wurde nicht nur mit zwei in Form, Umfang und Stil vollkommen abweichenden Arbeitsgruppenberichten konfrontiert; auch die den Berichten zugrundeliegenden Zielvorstellungen differieren: die Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitik" beschränkte sich weitgehend auf die Bereiche, die in den Einflußbereich der Europäischen Gemeinschaft fallen, bzw. auf denen eine Zusammenarbeit der neun Staaten angestrebt wird. Die Gruppe "Sozialpolitik" griff in ihrem Bericht auch Themen auf wie beispielsweise Wohnungsbaupolitik oder Bildungspolitik, die zwar in allen europäischen Staaten der Reform bedürfen mögen, die jedoch auch in Zukunft nicht in die Kompetenz der EG fallen werden. So obliegen die in der Plattform angesprochenen Probleme des Schulsystems in der Bundesrepublik nicht einmal dem Bund, sondern fallen in die Kompetenz der Bundesländer. Die Gruppe erarbeitete Grundsatzpositionen zur Sozialpolitik; ihre Perspektive war langfristig, während die Gruppe "Wirtschaftspolitik" weitgehend kurz- bis mittelfristig zu bewältigende Probleme aufgriff.

Die Ursache für die unterschiedlichen Ansätze der beiden Gruppen liegt sicherlich nicht nur darin begründet, daß die Sozialpolitiker bereits auf ein Grundsatzpapier, die Thesen "Für ein soziales Europa", zurückgreifen konnten. Auch konnte die Gruppe mit diesen Thesen bereits auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit zurückblicken; dies hat nach Aussagen der Beteiligten die Diskussion erleichtert und beschleunigt.

Der Hauptgrund, daß Diskrepanzen in den Arbeitsergebnissen auftauchten, liegt in den jeweiligen

Zielvorstellungen begründet, die die Akteure der beiden Gruppen für die weitere Entwicklung der EG vertreten.
Der Bericht der Gruppe "Sozialpolitik" läßt Ansätze einer evolutionären Strategie erkennen; er sieht schrittweise Kompetenzausweitungen für die Gemeinschaft vor, die im Verein mit Rechtsangleichungen zu einer europäischen Sozialunion führen sollen. Rechtsangleichungen sollen vorgenommen werden in der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung, auf dem Sektor der Arbeitssicherheit und in dem Bereich der beruflichen Weiterbildung. Auf Gemeinschaftsebene sollen eine Arbeitsbehörde und ein Gremium zur Kontrolle der Tätigkeit multinationaler Konzerne eingerichtet werden. Die Kommission soll einen jährlichen Sozialbericht vorlegen; Tarifverträge sollen auf europäischer Ebene abgeschlossen werden. Man strebt eine "Konjunkturpolitik der Gemeinschaft", nicht der Länder der Gemeinschaft an.[1] Letztere Aussage wurde nicht in die Plattform aufgenommen; sie widerspricht den Diskussionsergebnissen der Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitik". Langfristig hält auch diese Gruppe an der Wirtschafts- und Währungsunion fest, jedoch müßte eine Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung vorausgehen. Die Arbeitsgruppe betont die Eigenständigkeit der neun Staaten in wirtschaftspolitischen Entscheidungen zur Konjunkturpolitik, Strukturpolitik und vor allem zur Währungspolitik. In der Diskussion dieser Sektoren traten ideologische Fragen zugunsten nationaler, tagespolitischer Opportunitäten in den Hintergrund, wie die Auseinandersetzungen zwischen deutschen und französischen Teilnehmern an Währungs- und Agrarpolitik deutlich zeigten. Nicht Integration, sonder Kooperation der Regierungen wird bis auf weiteres angestrebt.

---

1 Vgl. PS/CE/7/77, S. 4.

Die unterschiedlichen Nuancierungen für die zukünftige Zusammenarbeit in der Gemeinschaft mögen in der europäischen Orientierung der einzelnen Parteivertreter begründet liegen, sie sind sicherlich auch auf die spezifischen Sujets der Arbeitsgruppe zurückzuführen: Eine Harmonisierung der Sozialgesetzgebung, die in keinem Land zu Rückschritten führen soll, müßte immer auf der Basis des jeweils höchsten Leistungsniveaus vollzogen werden und brächte für große Teile des Adressatenkreises sozialdemokratischer Parteien, d.h. für die Arbeitnehmerschaft, Leistungsverbesserungen. Veränderungen in der Währungs- und Agrarpolitik könnten zumindest kurzfristig zu steigender Inflation und Arbeitslosigkeit und damit zu Einkommensverlusten eben dieses Adressatenkreises führen. Stimmeneinbußen für regierende sozialdemokratische und sozialistische Parteien könnten die Folge sein.
Die europäische Wahlplattform sollte zur Stimmenmaximierung aller beteiligten nationalen Parteien beitragen. Die Arbeitsgruppen hatten den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten und Erfordernissen aller neun Staaten Rechnung zu tragen. Allein diese Tatsache barg die Gefahr sich widersprechender Aussagen und Zielsetzungen in den einzelnen Politikbereichen in sich.
Bei der Endredaktion des Kapitels zur Wirtschafts- und Sozialpolitik offenbarte sich die Divergenz der beiden Abschlußberichte; auf Kritik stießen dabei vornehmlich die Vorschläge der Gruppe "Sozialpolitik", die sich vor allem auf innenpolitische Maßnahmen in den neun Staaten bezogen. Sie wurden dennoch in die Plattform einbezogen. Nach Ansicht der Beteiligten trugen diese Schwachstellen jedoch in keiner Weise zur endgültigen Ablehnung der Plattform bei.

4.2.3. "Außenpolitik"

Den Vorsitz der Arbeitsgruppe übernahm der SPD-Vertreter, der damalige stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und spätere Europabeauftragte der SPD, Bruno Friedrich.
Als ständiger Beobachter nahm der Referent Wilhelm Dröschers, Peter Ruthmann, an der Arbeit teil. Die dänische Socialdemokratiet und die irische Labour Party hatten zwar einen Vertreter benannt; beide erschienen jedoch zu keiner Sitzung, so daß die dänischen und irischen Sozialdemokraten auf diesen Teil der Plattform keinerlei Einfluß nahmen. Die italienische PSDI entsandte nur zu zwei der sechs Sitzungen ein Mitglied. Stets beteiligt waren nur SPD und LSAP. Von diesen beiden Parteien erschienen auch immer die gleichen Personen.

Tabelle 7:

Teilnahme an der Arbeitsgruppe "Außenpolitik" des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG

Parteien	1.	2.	3.	4.	5.Sitzung
BSP/PSB	x/2	x	x	-	x
SPD	x/4	x/2	x/3	x/2	x/3
PS	x	x	x	-	x
PSDI	-	-	-	x	x
PSI	x	-	-	x	x
LSAP	x	x	x	x	x/2
PvdA	x	x	-	x	-
Irish Labour	-	-	-	-	-
Socialdemokratiet	-(1)	-	-(1)	-(1)	-(1)

x = anwesend
\- = nicht anwesend
Wenn mehr als ein Teilnehmer einer Partei anwesend war, ist die Zahl der Teilnehmer angegeben.
( ) Der Däne Bengt Wigotski nahm in seiner Funktion als Sekretär des Bundes der Sozialdemokraten der EG teil.

Die unregelmäßige Teilnahme oder gar das Fernbleiben einiger Parteien zeigen, daß

a) die Parteien der Plattformarbeit eine unterschiedlich hohe Bedeutung beimaßen;
b) Socialdemokratiet und Irish Labour offensichtlich an einer Mitarbeit nicht interessiert waren. Die irische Labour Party hatte zur Zeit der Plattformarbeit noch sehr enge Bindungen zur englischen Labour Party, die die Arbeit boykottierte. Die irischen Sozialisten schlossen sich in vielen Entscheidungen der britischen Schwesterpartei an bzw. vertraten in transnationalen Gremien die Interessen der englischen Labour Party in deren Abwesenheit.[1]
c) die Einflußmöglichkeiten der deutschen Sozialdemokraten aufgrund der starken personellen Repräsentation und der kontinuierlichen Mitarbeit größer waren als die der anderen Parteien.

Diese Faktoren dürften das Scheitern der Plattform letztendlich begünstigt haben.

In den Eingangsberatungen faßte die Gruppe den Vorsatz, kein detailliertes außenpolitisches Modell zu entwickeln. Dies entsprach der Aufgabenstellung an die Plattform, kein Grundsatzprogramm auszuarbeiten.

Eine der Leitfragen, die die Diskussion der Gruppe wesentlich bestimmte, war die zukünftige Rolle Europas zwischen den Großmächten USA und UdSSR [2] und damit verbunden die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der beiden Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt. Differierende Auffassungen zu koordinieren galt es ebenfalls in der Entwicklungspolitik; die französische PS trat auch in dieser

---

1 Information der Verfasserin.

2 Vgl. PS/CE/21/76, Entwurf-Kurzbericht über die erste Sitzung der Untergruppe "Außenpolitik" am 1. April 1976 in Brüssel, S. 2.

Arbeitsgruppe vehement für Nahrungsmittelexporte ein. Die abweichenden entwicklungspolitischen Konzepte der Niederländer beschäftigten die Gruppe; einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildete die Erweiterung der EG.
Von Seiten der SPD wurde in den Verhandlungen stärker als von anderen Parteien die Verbundenheit mit den USA betont.
Die Verbundenheit mit den USA geht auch aus den 1975 veröffentlichten "Materialien zur Europapolitik" hervor, die von der SPD für die Arbeit an der Plattform herangezogen wurde. In den Materialien wurde zwar auf die bestehenden Interessenunterschiede zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten hingewiesen; das Bedürfnis nach größerer Unabhängigkeit der westeuropäischen Staaten wurde daraus aber nicht abgeleitet.[1] Nicht zuletzt Bundeskanzler Helmut Schmidt betonte immer wieder ausdrücklich die Gemeinsamkeiten der NATO-Partner, also auch der USA, in den Zielen freiheitlich-demokratisch verfaßter Gesellschaften.[2] Die Plattform stellte diese Gemeinsamkeiten nicht fest. Vor allem durch den demokratischen Sozialismus und die Arbeiterbewegung habe sich in Europa eine eigene Vostellung der sozialen Demokratie und des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit entwickelt.[3] Die französischen und italienischen Sozialisten (PSI) sind stärker auf die Unabhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten bedacht.[4] Die Position

---

1 Vgl. Sozialdemokratische Europapolitik, vorgelegt von der Europakommission der SPD, verabschiedet im Sept.1975, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Hg., Dokumente zur Europapolitik, Bonn 1978, S.46.

2 Helmut Schmidt vor der Sozialdemokratischen Fachkonferenz "Sicherheit im Bündnis" am 8/9.5.1976 in München.

3 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, III.1.2., S.22-23.

4 Vgl. Saverio Solari, I Partiti italiani e l'integrazione europea, in: Gianni Bonvicini/Saverio Solari, Hg., I partiti e le elezioni del parlamento Europeo, Rom 1979, S.45 u. 55. Sowie: Rainer W. Klaus, a.a.O..

der SPD wurde von den Verhandlungspartnern als zu 'atlantisch' eingeschätzt. Die SPD-Vertreter waren aber zu Zugeständnissen bereit, nicht zuletzt deshalb, weil sie glaubten, innerhalb der eigenen Partei eine Mehrheit für größere Unabhängigkeit von den USA und für eine langfristige Überwindung der beiden Machtblöcke hinter sich zu wissen.[1] Die SPD akzeptierte dann schließlich auch die von der Arbeitsgruppe definierte neue Rolle Europas zu den beiden Blöcken:"die europäische Gemeinschaft muß sich als eigene souveräne politische Persönlichkeit behaupten."[2] Die dominierende Stellung der USA wird in der Plattform anerkannt; Europa muß jedoch gleichberechtigter Partner sein. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Ländern Osteuropas betont. Eine Überwindung der beiden Blöcke, ein Europa als Dritte Kraft zwischen den Blöcken, wie es von den französischen Sozialisten angestrebt wird,[3] ist das langfristige Ziel der Plattform. Bei der Definition der Rolle der beiden Großmächte wird eine Gleichsetzung von UdSSR und USA vorgenommen,[4] so daß der Eindruck noch verstärkt wird, Europa müsse zwischen diesen beiden seine Identität finden. Dies könnte auf eine Vermittlerrolle Europas als Dritte Kraft zwischen den Großmächten hinauslaufen. Die Priorität der Zusammenarbeit mit den USA wird zwar anerkannt, aber auch wirtschaftspolitische Interessengegensätze werden erwähnt. Zur Zeit sei

---

1 Information der Verfasserin.

2 Entwurf der Wahlplattform, II.1.2.,S. 22-23.

3 Diese Position wird auch von Teilen der SPD getragen. Vgl. Eva Karnofsky, I partiti tedeschi e la campagna elettorale per il parlamento europeo, in: Gianni Bonvicini/Saverio Solari, Hg., a.a.O., S. 94.

4 Vgl. Reinhard Mutz, Europa in der Weltpolitik, in: Gerhard Kiersch/Reimund Seidelmann,Hg., Sicherheit und Entspannung..., a.a.O.,S.97.

jedoch die europäische Sicherheit n o c h vom atlantischen Bündnis abhängig; es sei kein Zeitpunkt abzusehen, wann sich dies ändert. Die Überwindung der Blöcke wird durch diese Einschränkung zu einem ideellen Ziel, dem man aber kaum Realisierungschancen beimißt.
Dem Bund der Sozialdemokraten wird dann auch ein "gespaltenes Europabild" vorgeworfen, da er auf der einen Seite Blocküberwindung anstrebe, aber weiterhin "atlantisch" argumentiere. Dies wird - auch wohl zu Recht - auf die unterschiedlichen Ansichten der einzelnen Parteien zurückgeführt.[1] Sicherlich ist Blocküberwindung in den Augen der französischen Sozialisten ein zeitlich eher zu realisierendes Ziel als für die SPD; sicher versteht das Gemeinsame Regierungsprogramm von PS und PCF - damals noch politisch relevant - Blocküberwindung nicht nur als eine Auflösung der Verteidigungsbündnisse NATO und Warschauer Pakt, sondern auch als eine Annäherung der politischen Systeme. FÜr die französische Linksunion sind Gegner am ehesten diejenigen Kräfte, die "den von der Linksunion beabsichtigten gesellschaftspolitischen Wandlungsprozeß bedrohen. Gefahren dieser Art werden viel eher im 'amerikanischen Imperialismus' und seinen verschiedenen Repräsentanten in Westeuropa als im 'sowjetischen Expansionsdrang' vermutet."[2] "Abrüstung und zunächst wenigstens Rüstungsbegrenzung und das Ersetzen der Militärblöcke durch ein kollektives Sicherheitssystem sind für sie die wichtigsten Elemente einer Änderung der Herrschaftsstruktur in Europa."[3] Auch die niederländischen Sozialdemo-

---

1 Vgl. ebenda, a.a.O., S. 1oo-1o2.

2 Elisabeth und Gerhard Kiersch, Demokratischer Sozialismus in Frankreich und kollektive Sicherheit in Europa: Die Strategie der Linksunion, in: Gerhard Kiersch/Reimund Seidelmann, Hg., Sicherheit und Entspannung..., a.a.O., S. 59.

3 Ebenda, S. 65. Vgl. aber auch: Jacques Huntzinger, Die außenpolitischen Konzeptionen der Sozialistischen Partei Frankreichs, in: Europa-Archiv, 3o/1975.

kraten forderten eine baldige Auflösung der Militärblöcke.[1]
In der Plattform wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Unterschied zwischen den politischen Systemen kaum zu beseitigen sei.[2] Zur Zeit der Plattformverhandlungen machte der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt unmißverständlich deutlich, daß Entspannungspolitik aus deutscher Sicht n i c h t die Auflösung der Blöcke der beiden militärischen Bündnissysteme zum Ziel hat.[3] 1979 hielt er zwar weiterhin an der engen Bindung der Bundesrepublik an die USA fest,[4] räumte jedoch (vor dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan) für den Beginn des nächsten Jahrhunderts ein: "Ich bin nicht sicher, ob sie (die Militärblöcke, d.V.) dann wirklich noch sein müssen. Ich schließe eine Änderung als einen Erfolg des Entspannungsprozesses und des auf weltweite Rüstungsbeschränkung gerichteten Prozesses keineswegs aus."[5] Öffentliche Stellungnahmen der SPD als Partei, die die Blocküberwindung propagieren, gibt es aus jüngerer Zeit nicht. Im Godesberger Programm der SPD, das nach wie vor Grundlage der Parteiarbeit ist, heißt es allerdings:"Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands (Hervorhebung durch die Verfasserin) in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder herge-

---

1 Vgl. Änderungsanträge der PvdA, a.a.O., S. 21.

2 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, III.2.1., S. 24.

3 Vgl. Helmut Schmidt, Sicherheit-Gleichheit-Entspannung, Rede vor der Sozialdemokratischen Fachkonferenz"Sicherheit im Bündnis" vom 8.-9.5.1976, a.a.O., S. 32.

4 Vgl. "Leistung liegt im Deutschen drin", Spiegel-Gespräch mit Helmut Schmidt, in:Der Spiegel,3/ 15.1.1979, S. 45.

5 Ebenda, S. 45.

stellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen."[1] Auch diese Aussagen liefen auf ein kollektives Sicherheitssystem in Westeuropa und Unabhängigkeit der mittel- und westeuropäischen Staaten von den beiden Militärbündnissen hinaus. Seit 1976 scheint erneut ein Umdenkungsprozeß im Sinne dieser Äußerung des Godesberger Programms in Gang gesetzt worden zu sein; die Jungsozialisten fordern ihn seit langem. Auf ihrem Bundeskongreß 1969 forderten sie ein kollektives Sicherheitssystem für Europa;[2] in den darauffolgenden Jahren wird dies präzisiert, nicht zuletzt durch die Forderungen nach wirtschaftlicher, politischer und militärischer Unabhängigkeit von den USA und nach einer Auflösung der Militärblöcke.[3]

Die konkreten Vorschläge, die in der Plattform zur Entspannungspolitik gemacht wurden, beziehen sich auf die nähere Zukunft: man spricht sich für Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle aus (MBFR, SALT) sowie für eine Verwirklichung der KSZE-Schlußakte.

Potentielle bewaffnete Konflikte werden jedoch nicht ausgeschlossen. Es wird auch der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß ein Scheitern der Abrüstungsverhandlungen zu neuerlichem Rüsten führt.[4] Die Vorschläge waren an der Tagespolitik, nämlich an der Entspannungspolitik, mit dem Ideal-Fern-Ziel eines organisierten Friedens, orientiert. In diesem Zusammenhang wird auf die Tatsache hingewiesen,"daß Frankreich und Großbritannien über ein nukleares Potential unter nationaler Kontrolle verfügen, (das) für die europäische Verteidigung

---

1 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg vom 13.-15.11. 1959, Kap. "Landesverteidigung".

2 Vgl. Beschlüsse des ordentlichen Bundeskongresses vom 5.-7-12-1969 in München, in: Bundesvorstand der Jungsozialisten,Hg.,Bundeskongreßbeschlüsse Jungsozialisten in der SPD 1969-1976, Bonn 1978, S. 13.

von Bedeutung (ist, d.V.),"[1] inwiefern wird jedoch nicht erläutert. Die französischen Sozialisten haben sich nach anfänglicher Ablehnung der "force de frappe" doch zu dieser bekannt und ihr einen festen Stellenwert in ihrer Landesverteidigungskonzeption zugewiesen.[2] Sie ist sicher auch ein Faktum, das Unabhängigkeit von den USA erleichtert.

In ihren Änderungsanträgen zur Wahlplattform lehnte die niederländische PvdA das Nuklearpotential Frankreichs und Großbritanniens ausdrücklich ab, da es nicht zur Sicherheit Europas beitrage. Die PvdA forderte ebenfalls die NATO auf, eine Erklärung abzugeben, nicht als erste Kernwaffen zu verwenden.[3] Inwieweit der Vertreter der Partei diese Position allerdings in die Arbeitsgruppe eingebracht hatte, kann nicht nachvollzogen werden.

Der Beitrag der Plattform zur Außen- und Sicherheitspolitik ist ein Kompromiß zwischen verschiedenen Sicherheitskonzeptionen der Parteien des Bundes: Die Überwindung der Militärblöcke hat zwar unterschiedlichen Stellenwert in den einzelnen Parteien; für PS und PvdA ist sie unverzichtbar; die SPD sieht sie weiterhin langfristiger als diese Parteien. Die Maßnahmen,die die PS zur Erreichung des kollektiven Sicherheitssystems vorschlägt, werden von allen Parteien forciert betrieben. Grundsätzlich ist die Plattform weiterhin am atlantischen Bündnis orientiert, wenn auch die SPD bezüglich der Kritik an den USA erhebliche

---

Zu Seite 134

3 Vgl. Beschlüsse des ordentlichen Bundeskongresses vom 9.-11.3.1973 in Bonn-Bad Godesberg, in: ebenda, S. 88 u. Beschlüsse des ordentlichen Bundeskongresses vom 25.-27.1. 1974 in München,in: ebenda, S. 177.

4 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, III.2.4.,S.25.

1 Ebenda, III.2.2., S.25.

2 Vgl. Jacques Huntzinger, a.a.O., S. 4o1.

3 Vgl. Änderungsanträge der PvdA, a.a.O., S. 22.

Zugeständnisse machte, vor allem an die französischen Sozialisten. Die französischen Vorstellungen, an der NATO nur noch für eine Übergangszeit festzuhalten, wurden abgelehnt; man blieb bei einem atlantischen Grundkonzept bei stärkerer Betonung der Europäischen Gemeinschaft. Eine spezifisch europäische Verteidigungspolitik, von einigen Parteien gefordert,[1] wurde in der Plattform nicht angesprochen; SPD und PvdA hatten sich dagegen verwahrt.[2] Dies hätte eine stärkere Abkehr von der NATO zur Folge gehabt und wäre erneut auf ein Europa als Dritte Kraft hinausgelaufen, wie es die SPD dann nicht mehr hätte mittragen können.

Wenn auch die europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht mehrheitsfähig war, so wurde die europäische Integration grundsätzlich bejaht als eine Chance, Abhängigkeiten und Fremdbestimmungen zu verringern. Die Abhängigkeit und Fremdbestimmung der europäischen Staaten wird zwar nicht näher definiert, aber es scheint auch in diesem Fall wieder die starke Anbindung des Westens an die USA gemeint zu sein.
Die Kritik der französischen Sozialisten an der EG wird nicht übernommen, wenn es heißt:"Sie (die EG, d.V.) entspricht unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und dem pluralistischen Charakter unserer politischen Einrichtungen."[3] Die französisichen Sozialisten kritisieren mehrheitlich den Status quo der EG als kapitalistische Organisation und streben wirtschaftliche Veränderungen an.
Der Begriff der Integration bleibt unklar. Es ist

---

1 Vgl. PS/CE/21/76, S. 2.
2 Vgl. PS/CE/21/76, S. 2.
3 Entwurf der Wahlplattform, III.1.1.,S.22.

sicherlich nicht an einen Staat "Europa" gedacht, sondern an "das durch Solidarität verbundene Handeln demokratischer Staaten nach außen,"[1] d.h. die Entscheidungen verbleiben bei den Nationalstaaten, die sich lediglich um solidarisches Handeln bemühen. Von institutioneller Zusammenarbeit ist nicht die Rede, obwohl die Arbeitsgruppe es sich ursprünglich zum Ziel gesetzt hatte, den institutionellen Rahmen der Außenpolitik der Gemeinschaft abzustecken. Dies kann nur heißen, daß man zu keinem gemeinsamen Diskussionsergebnis gelangt ist.[2]
Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), zwar kein Gemeinschaftsorgan, aber von den neun Mitgliedsländern der EG getragen, wird in diesem Teil der Plattform mit keinem Wort erwähnt. Die Arbeitsgruppe kritisierte allerdings, daß sich die Gruppe "Demokratie und Institutionen" nicht dieses Themas angenommen hätte.[3] Die niederländischen Sozialisten forderten in ihren Änderungsvorschlägen die demokratische Kontrolle der EPZ durch nationale Parlamente und Europäisches Parlament.[4]
Offensichtlich trennt die Plattform zwischen "innereuropäischen Problemen" und der politischen Zusammenarbeit zwischen den EG-Mitgliedsstaaten,[5] d.h. zwischen einer trans- bzw. supranationalen Ebene und der bi- bzw. multilateralen Zusammenarbeit der einzelnen Staaten. Dies deutet erneut daraufhin, daß die einzelnen Mitglieder in weiten Bereichen weiterhin selbstständig entscheiden sollen. Gegenüber den Großmächten soll sich allerdings,

---

1 Entwurf der Wahlplattform, III.1.1.,S.22.

2 Inwieweit eine Diskussion überhaupt stattgefunden hat, kann anhand der Sitzungsprotokolle nicht nachvollzogen werden, da es sich um formale Beschlußprotokolle handelt.

3 Vgl. PS/CE/64/76, Entwurf eines Kurzberichtes über die vierte Sitzung der Untergruppe "Außenpolitik" vom 18.11.1976, S. 3.

4 Vgl. Änderungsanträge der PvdA, a.a.O., S.79.

5 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, III.1.1., S.22.

wie schon angeführt, die EG als eigene souveräne politische Persönlichkeit behaupten.
Die Mitgliedsstaaten sollen eine Weltpolitik ausarbeiten; es ist aber nicht klar erkenntlich, inwieweit diese auch gemeinschaftliches Handeln zur Folge haben soll. Die PvdA warnte vor der Entstehung eines europäischen Superstaates, da dies in den Außenbeziehungen zu Machtkonzentration und Polarisierung führen könne.[1] Die gemeinsamen Stellungnahmen in der UNO und zur Nahostfrage werden begrüßt - diese Zusammenarbeit soll verstärkt werden.[2]
In der Zusammenarbeit mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe soll die Gemeinschaft ebenfalls aktiv werden; gleiches gilt für den Dialog mit den Entwicklungsländern.[3] Die für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern vorgeschlagenen Instrumente zielen zum großen Teil auf die Gemeinschaftspolitik als Ganzes ab (Ausweitung der Zollpräferenzen für Entwicklungsländer, Verstärkung der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe für nicht assoziierte Entwicklungsländer).
In den recht detaillierten Vorschlägen zur Entwicklungspolitik tauchte erneut ein Widerspruch auf, der bereits bei den Verhandlungen zur Agrarpolitik eine entscheidende Rolle spielte: Auf der einen Seite stand die Forderung, die "self-reliance" der Entwicklungsländer zur vergrößern[4] - diese Position wurde auch in der Gruppe "Wirtschaftspolitik" von der SPD vertreten -; andererseits wurde an das Ende des gesamten außenpolitischen Teils die Forderung nach einer Ausweitung der Nahrungsmittelhilfe der EG gestellt[5] - diese wird

---

1 Vgl. Änderungsanträge der PvdA, a.a.O., S.19.
2 Vgl. Entwurf der Wahlplattform, III.1.5.,S.23.
3 Vgl. ebenda, III.3.2. u. 3.,S.25.
4 Ebenda, III.3.6., S. 26.
5 Vgl. ebenda, III.2o., S.27.

von der französischen PS forciert. Es wird in der Plattform allerdings darauf hingewiesen, daß die Ausweitung der Nahrungsmittelhilfe unter Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer zu geschehen habe. Gleich der SPD betonten auch die holländischen Sozialdemokraten diese Haltung stärker als es in der Plattform zum Ausdruck kam;[1] die PS hat auch in dieser Arbeitsgruppe ihre nationalen Interessen wirkungsvoll vertreten.
Die Ziele der PvdA weichen in der Entwicklungspolitik in verschiedenen Punkten von der Plattform ab, obwohl das betreffende Kapitel der Plattform von dem Niederländer Steven Duursma, dem Sekretär der Arbeitsgruppe, verfaßt worden ist. Die Niederländer wollen vor allem jene Länder stützen,"die gesellschaftliche Reformen durchführen, an denen die Masse der Bevölkerung beteiligt ist."[2] In ihr nationales Europawahlprogramm haben sie diese Passage ebenfalls aufgenommen.[3] Auch das entwicklungspolitische Programm der französischen Sozialisten setzt derartige Prioritäten.[4] Die PvdA will auch Befreiungsbewegungen unterstützt wissen ; in der SPD wird dieses Thema seit längerem lebhaft diskutiert. Egon Bahr bemerkte dazu:"Wir sind nur konsequent, wenn wir Befreiungsbewegungen unterstützen, wenn sie um die Freiheit kämpfen."[5]

Im Europaprogramm der deutschen Sozialdemokraten heißt es lediglich:"Die von den Entwicklungsländern geforderte gerechtere Verteilung des Wohlstandes in weltweitem Rahmen sollte durch grundlegende innere Reformen der Entwicklungsländer unterstützt

---

1 Vgl. Änderungsanträge der PvdA, a.a.O., S.24.

2 Ebenda, S. 24.

3 Vgl. Europa 7 Juni 1979, a.a.O., S.22.

4 Vgl. Les Socialistes et le Tiers Monde, a.a.O., S. 2o4.

5 Vgl. Egon Bahr, Schlußwort auf der Fachtagung "Entwicklungspolitik der SPD" am 1.u.2.9.1977 in Wiesbaden, in: Forum, Dokumente der Fachtagung, Bonn 1977, S.2o4.

werden."[1] Die Plattform setzt keine Bedingungen für ihre Hilfe.
Die PvdA forderte bereits in ihren Änderungsanträgen, aber auch in ihrem Europaprogramm, ein Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP) für öffentliche Entwicklungshilfe ; der Wahlaufruf des Bundes nimmt diesen Vorschlag später auf; in der Plattform ist noch von o.7 Prozent des BSP die Rede.

Ein sicherlich nicht zu unterschätzendes Problem in der Arbeitsgruppe stellte die Erweiterung der Gemeinschaft dar.[2] Im Gegensatz zu den anderen Parteien des Bundes, die vor allem die politische Notwendigkeit der Aufnahme Griechenlands, Portugals und Spaniens in den Vordergrund stellten, sahen die französischen Sozialistén vor allem wirtschaftliche Nachteile durch die Erweiterung auf sich zukommen. In ihrem nationalen Europaprogramm knüpfen sie die Erweiterung daher an bestimmte Bedingungen (hautpsächlich Einkommensgarantien für die französischen Landwirte durch Umgestaltung von Agrar- und Regionalpolitik).[3] Die Plattform geht davon aus, "beitrittswilligen Ländern die bestmöglichen Bedingungen zu schaffen".[4] Sie verkennt zwar nicht die Schwierigkeiten der Erweiterung für die Gemeinschaft, geht jedoch nicht näher darauf ein. Ohne Vorbedingungen soll "ein Verfahren in Gang gesetzt werden, das es Griechenland, Portugal und Spanien ermöglicht, etappenweise immer enger assoziiert zu werden, bis hin zur schließlichen Mitgliedschaft,..."[5] Diese positive Bewertung der Erweiterung wog für die PS um so schwerer, als der innenpolitische Bündnispartner, die PCF, die

---

1 SPD, Soziale Demokratie für Europa, a.a.O., Kap. VII. 2.

2 Information der Verfasserin.

3 Vgl. Sozialistisches Manifest der Parti Socialiste für die Europawahl, a.a.O., S. 13.

4 Entwurf der Wahlplattform, III.1.4., S.23.

5 Ebenda, III.1.4., S.23.

Erweiterung gänzlich ablehnt.[1]
Der Entstehungsprozeß des Berichts der AG "Außenpolitik" konnte aufgrund der mangelnden schriftlichen Unterlagen nur ansatzweise sichtbar werden. Teilnehmer der Arbeitsgruppe machten aber deutlich, daß die Beziehungen der EG zu den Vereinigten Staaten weite Teile der Diskussion bestimmten. Erneut trafen in dieser Gruppe die gegensätzlichen Ansichten von SPD und PS aufeinander: die SPD als die am stärksten auf die USA fixierte Partei - die PS als die heftige Kritikerin der Vereinigten Staaten. Diese differierenden Haltungen liegen nicht nur in dem jeweiligen nationalen Verhältnis zu den USA begründet, sondern auch in den unterschiedlichen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Zielen der beiden Parteien. Das vorrangige außen- und sicherheitspolitische Ziel der französischen Sozialisten, die Überwindung der beiden Militärblöcke bei gleichzeitiger Errichtung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems, wurde von der Gruppe akzeptiert. Die Interpretation dieser Forderung fiel zugunsten der SPD aus: Sie ist langfristiges, ideelles Ziel, das nicht kurz- oder mittelfristig erreichbar sein wird. Bezüglich der Maßnahmen, die zu unternehmen sind, um dem Ziel näherzukommen, bestand wiederum weitgehend Einigkeit: SALT, MBFR, KSZE gelte es zu forcieren. Die von der PS forcierte innenpolitische Komponente, der Aufbau eines sozialistischen Systems und die damit verbundene Annäherung an die Länder des Warschauer Paktes, wurde nicht übernommen, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem Ostblock aber betont. Auf französischer Seite mag dieser Kompromiß die Bereitschaft zu Ablehnung

---

1 Vgl. Gianni Bonvicini/Saverio Solari, a.a.O.,S.49.

der Plattform erleichtert haben, da die baldige Blocküberwindung einen Kernpunkt ihres gemeinsamen Regierungsprogramms mit den Kommunisten ausmachte. Die Zugeständnisse im wirtschaftspolitischen Teil waren nicht derart gravierend, da sie weniger detailliert sind und an den entscheidenden Punkten jeder Partei weiten Spielraum einräumen bzw. verschiedene Problemlösungsstrategien vorsehen, während sich der außenpolitische Part auf eine gemeinsame, kompromißhafte Strategie festlegte.
Der außenpolitische Teil der Plattform betont zwar die europäische Integration, begreift Integration aber als intergouvernementale Zusammenarbeit (durch Solidarität verbundenes Handeln demokratischer Staaten). Der institutionelle Aspekt tritt in den Hintergrund; zumindest deuten die Vorschläge zur Sicherheits- und Entwicklungspolitik, was die Aufgaben der Gemeinschaftsinstitutionen dabei anbelangt, lediglich auf eine Erhaltung des Status quo hin.
Die zahlenmäßige Überlegenheit und regelmäßige Teilnahme ermöglichte es der SPD, ihre Positionen wirkungsvoll zu vertreten. Sicherlich wäre ihr eine Zustimmung zum außenpolitischen Teil der Plattform leichter gefallen als der PS. Von einer Dominanz der SPD-Positionen kann allerdings nicht die Rede sein. Die Blocküberwindung wäre kaum zum Programmpunkt geworden, sondern die Bindung an die USA stärker hervorgehoben worden.

4.3. Die Präambel

Besondere Bedeutung kommt der Präambel der Plattform zu: sie bildet den ideologischen Rahmen, legt bereits den Tenor der gesamten weiteren Ausführungen fest. Die Bearbeitung der einzelnen Politikbereiche durch verschiedene Arbeitsgruppen barg von

vornherein die Gefahr in sich, kein einheitliches politisches Konzept entstehen zu lassen, sondern vielmehr ein Konglomerat von fünf nicht abgestimmten Einzelbereichen; die bisherigen Ausführungen bestätigten dies nur. Die Aussagen der Plattform zur institutionellen Entwicklung der EG ließen die abweichenden Vorstellungen der einzelnen Parteien ebenso deutlich werden wie die Diskussion des Wirtschaftswachstums und der Außen- und Sicherheitspolitik der Gemeinschaft. Anhand der Präambel und deren Entstehungsprozeß sollen noch einmal die Probleme der Plattformarbeit, aber auch die Kongruenz der einzelnen Programmteile sowie deren allgemeiner Tenor und ideologische Grundhaltung(en) aufgezeigt werden. Die Kopplung der Untersuchung der Präambel mit einer Zusammenfassung sozialdemokratischer Plattformarbeit erscheint sinnvoll, da alle großen Themenkomplexe in der Präambel zumindest noch einmal erwähnt werden.

Im Dezember 1976 hatte der Italiener Guiseppe Mammarella einen Präambelentwurf in der Untergruppe "Demokratie und Institutionen" vorgelegt.[1] Bereits im April 1976 lag ein erster gemeinsamer Entwurf zweier Mitglieder der Gruppe "Wirtschaftspolitik" vor.[2] Anfangs war dieser Text von Hans Beck (SPD) und Michel Rocard (PS) als eine Art Einleitung des wirtschaftspolitischen Teiles vorgesehen und war auch als solche von den beiden Akteuren diskutiert worden. Ein Jahr später machte dann das Sekretariat den Vorschlag, diesen Text als Grundlage für die Präambel zu verwenden. Der im Laufe der Arbeit leicht modifizierte Text wurde mit wenigen Korrekturen als Präambel übernommen.

---

1 Vgl. PS/CE/66/77,S.1. Der Entwurf Mammarellas ist nicht mehr zugänglich und daher der Verfasserin inhaltlich nicht bekannt.

2 Vgl. Projet d'une Plate-Forme Electorale, texte élaboré par Michel Rocard et Hans Beck, unveröffentlichtes hektographiertes Manuskript,o.O., 25.5.76.

Im Sinne der ursprünglichen Intention spricht der Text vor allem den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereich an; die Außen- und Sicherheitspolitik wird nur mit einem Satz erwähnt (der Frieden ist nicht vollständig gesichert, die Bedrohung durch einen Atomkrieg noch nicht geschwunden). Diese inhaltliche Ausrichtung der Präambel, aber auch der gesamten Plattform,findet sicherlich in sozialdemokratischen Traditionen eine Begründung. Da die Endredaktion in den Händen von Hans Beck lag, wurde die wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung beibehalten.
Oberstes Anliegen der Sozialdemokraten ist die Befreiung des Menschen von Abhängigkeit und Not gleich welcher Art. "Im Interesse dieses Zieles wollen wir einen Wandel der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen unserer Länder herbeiführen."[1] Nicht näher erläuterte Strukturreformen wurden auch im wirtschaftspolitischen Teil der Plattform verlangt. Während jedoch dieser Part der Plattform hauptsächlich die nationalen Regierungen zum Handeln aufforderte und lediglich eine Koordination. bzw. "intergouvernementale" Zusammenarbeit vorschlug, heißt es in der Präambel, daß jedes Land für sich heute zu klein sei, um den Wandel der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen zu vollziehen:"Dies kann nur durch die Europäische Integration geschehen."[2]Wie in der gesamten Plattform finden sich auch in der Präambel kaum Hinweise auf ein etwaiges Leitbild von einem zukünftigen Europa. So schnell räumt man einem geeinten Europa auch noch keine Chance ein, denn die Sozialdemokraten gehen davon aus,"daß die politische Autorität...ihre

---

1 Projet d'une Plate-Forme Electorale,...a.a.O..
2 Ebenda.

Legitimität noch auf lange Zeit hinaus im nationalen Rahmen findet. Wir sind jedoch alle von der gleichen europäischen Idee beseelt, und wollen uns...für das schrittweise Zusammenwachsen unserer Länder bis hin zur Errichtung eines Europas freier und verantwortlicher Bürger einsetzen."[1] Integration soll sich also nach Ansicht der Sozialdemokraten in einem Prozeß vollziehen; unklar bleibt jedoch immer noch, welches Europa am Ende dieses Prozesses stehen soll: Zuerst soll sich eine Art gemeinsames Wirtschaftssystem entwickeln, das dann zu einer politischen Gemeinschaft führen soll. Der Weg soll also wie folgt aussehen: Annäherung der wirtschaftlichen Entwicklung - Wirtschafts- und Währungsunion - politische Gemeinschaft. Ob diese politische Gemeinschaft nun die Gestalt eines europäischen Staates oder nur die einer erweiterten EPZ annehmen soll, geht aus der Plattform wiederum nicht hervor. Zumindest soll in mehr Bereichen als bisher ein "gemeinsamer Standpunkt" der EG-Staaten festgelegt werden; die Präambel nennt hier die neue Weltwährungsordnung und die Energiekrise. Ein gemeinsamer Standpunkt führt jedoch nicht notwendigerweise zu gemeinsamen Handeln nach außen bzw. zu einer einheitlichen Politik innerhalb der EG. Im Vorentwurf wurde noch die Errichtung der Europäischen Union (im französischen Text: l'union Européene) angestrebt.[2] Man kann nur vermuten, weshalb die Sozialdemokraten sich für die Streichung dieser Formulierung entschieden; es wird damit ein zumindest staatsähnliches Gebilde assoziiert. Die Europäische Union ist es auch, die der Christdemokrat Tindemans im Ansatz in seinem Bericht konzipierte.

---

1 Projet d'une Plate-Forme Electorale..., a.a.O..

2 Vgl. Entwurf für den ersten Teil des Wirtschaftskapitels, Juni 1976, S. 4.

Sicherlich spielte für den Bund der Sozialdemokraten die Tatsache eine Rolle, daß Tindemans die führende Persönlichkeit des europäischen Wahlgegners EVP ist, von dem es gilt, sich vor dem Wähler abzuheben. Dieses Faktum kann vermutlich nicht nur für die Präambel geltend gemacht werden, sondern auch für die Beratung der institutionellen Fragen der Gemeinschaft. Die Arbeitsgruppe "Demokratie und Institutionen" übte zwar Kritik am Tindemans-Bericht, jedoch ohne sich in ihren eigenen Vorschlägen grundsätzlich von ihm zu entfernen.

Nach Tindemans Auffassung sollte Europa einen föderalistischen Weg einschlagen.[1] Ein europäischer Föderalismus wird von den französischen Sozialisten abgelehnt, sie sind auf den Erhalt nationaler Handlungsfähigkeit bedacht. Selbst wenn in der Sozialistischen Partei von einer proeuropäischen Minderheit eine Europäische Union favorisiert würde, mit Rücksicht auf ihr Wahlbündnis mit den Kommunisten, die jede weitere Integration ablehnen, konnte die PS eine Wahlaussage, die sich die Europäische Union zum Ziel setzt, nicht akzeptieren. Für ein Europa freier und verantwortlicher Bürger treten auch die beiden anderen Parteienzusammenschlüsse ein; diese Leerformel läßt sich ohne weiteres auch zur Beschreibung des europäischen Status quo verwenden. In einem Vorentwurf war es das Europa freier und verantwortlicher Bürger und Arbeitnehmer, letzteres wurde gestrichen. Das im Europawahlkampf so häufig zitierte Wort François Mitterands "Europe sera socialiste, ou ne sera pas" gibt offensichtlich nicht die Vorstellung aller Plattformautoren wieder;

---

1 Vgl. Tindemans-Bericht, Vorwort.

2 Vgl. Hans-Dieter Heumann/Eva Karnofsky, a.a.O., "Frankreich".

sie wollen zwar Europa arbeitnehmerfreundlicher gestalten, heben aber ausdrücklich hervor, ganz im Sinne der Kommentare der Oppositon auf Mitterands Äußerung, daß auch das "Europa der politischen Richtungen"[1] mehr in den Vordergrund gerückt werden muß. Die Bejahung des politischen Pluralismus für die EG findet sich ebenfalls im außenpolitischen Teil der Plattform (s.S.136).
Im Kapitel "Demokratie und Institutionen" wiederum findet sich die Forderung, daß Europa sich auf ein eigenständiges demokratisch-sozialistisches Modell hin entwickeln kann; dieses Modell wird jedoch nicht näher spezifiziert.
Mitterands Haltung und die der Plattform zum zukünftigen Europa zeigen ebenso wie die Diskussion während der Programmarbeit, daß nicht alle sozialdemokratischen Parteien in der EG "von der gleichen europäischen Idee beseelt"[2] sind, wie die Plattform vorgibt.
"Der Europäischen Gemeinschaft ist es entgegen ihrem Gründungsvertrag nicht gelungen, eine gemeinsame Politik im Bereich Währung, Steuern, soziale Sicherheit, Energie, Regionalpolitik und Verkehrswesen zu entwickeln," stellen die Sozialdemokraten offensichtlich bedauernd fest. Die Plattformarbeit läßt aber vermuten, daß selbst ausschließlich sozialdemokratische Regierungen in der EG kaum zu mehr Erfolgen auf diesem Sektor gekommen wären: Zu sehr waren und sind die Parteien in nationalen Gegebenheiten verhaftet. In der Währungspolitik gelang es den Parteivertretern nicht, sich auf flexible bzw. feste Wechselkurse zu einigen; eine gemeinsame Währungspolitik stellten sie nicht vor. Der einzige Bereich, in dem einige

---

1 Entwurf der Wahlplattform, a.a.O., Präambel.

2 Im französischen Originaltext heißt es: "nous sommes animés du même projet européen."

konkrete "europäische" Problemlösungsvorschläge erarbeitet worden waren, war die Sozialpolitik; in die Plattform wurden diese Vorschläge aber nicht übernommen. Der Agrarpolitik erkennt man Erfolge zu; diese seien jedoch gefährdet durch fehlende Politik auf anderen Gebieten: 1980 stellt sich dem Europäischen Parlament, die Sozialistische Fraktion eingeschlossen,[1] die Situation so dar, das die Agrarpolitik schon bald keinen finanziellen Spielraum mehr für die Politik in anderen Bereichen lassen wird. Für das positive Urteil zur gemeinsamen Agrarpolitik in der Präambel zeichnet ohne Zweifel einer ihrer beiden Autoren, der Franzose Rocard, verantwortlich. Von deutscher Seite war ursprünglich auch an dieser Stelle eine herbe Kritik an der gemeinsamen Agrarpolitik vorgesehen; an ihren Kosten und an den großen sozialen und regionalen Ungleichheiten, die sie fördere.[2] Die Präambel begründet sehr deutlich die Auseinandersetzung um Sachprobleme wie die Agrarpolitik in den Arbeitsgruppen: "Jede unserer Parteien trägt gegenüber allen Bürgern ihres Landes (Hervorhebung durch die Verfasserin) die Verpflichtung, die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmung aller dort lebenden Menschen zu schaffen".[3] Dem in einem Programm gerecht zu werden, stellt schon die nationalen Parteien vor Probleme, die sie dann lösen, indem sie ihren Wählern und Mitgliedern höchst allgemein gehaltene Programme präsentieren ; die sozialdemokratischen Parteien haben sich zu Volksparteien entwickelt und stellen auch an sich selbst diesen Anspruch. Die französische PS macht

---

1 Mit Ausnahme ihrer PS-Gruppe.

2 Vgl. Entwurf für den ersten Teil des Wirtschaftskapitels, a.a.O..

3 Entwurf der Wahlplattform, Präambel.

zumindest betreffend des klassenkämpferischen Vokabulars noch eine Ausnahme. An ihrem Wählerpotential gemessen ist auch sie eine Volkspartei.[1] Die klassenkämpferische Rhetorik der PS war im Vorentwurf der Präambel an einer Stelle zu erkennen, die Endfassung verzichtete darauf; "luttes sociales" wurden abgemildert zu "gesellschaftliche Auseinandersetzungen". "Soziale Kämpfe" sind für den deutschen Wähler zu eng mit Klassenkampf verbunden. Im übrigen ist die gesamte Plattform in ihrem Tenor zwar weitgehend arbeitnehmerorientiert, will aber gesellschaftliche Auseinandersetzungen sehr wohl kanalisiert wissen in den Formen, die in einer parlamentarischen Demokratie, in einem pluralistischen System,üblich sind. "Klassenkampf" vollzieht sich, wenn überhaupt, in den Tarifauseinandersetzungen.

In der Präambel wird ein weiteres"Hindernis" bei den Plattformverhandlungen angesprochen: die jeweilige nationale Bündnissituation. Die Parti Socialiste hätte zweifelsohne ihr Bündnis mit der PCF aufs Spiel gesetzt, wenn sie einem Programm zugestimmt hätte, das die baldige Schaffung eines europäischen Staates zum Ziel hat und jede staatliche Planung kategorisch ablehnt. Ebenso wenig könnte die SPD der F.D.P. ein Programm mit marxistischem Vokabular vorlegen; dies hätte vermutlich auch der deutsche Wähler nicht honoriert. Da die Parteien vorrangig in ihren Heimatländern arbeiten, mußte die Plattform ein Kompromißpapier werden, das weniger europäische Notwendigkeiten, als vielmehr nationale Empfindlichkeiten und Bedürfnisse berücksichtigt, die Präambel unterstreicht dies. Sie ist weniger eine Grundsatzerklärung - lediglich in sehr knapper Form zählt sie einige Grundwerte und Zielsetzungen sozialdemokratischer Politik auf - als

---

1 Vgl. Klaus Hänsch, a.a.O.,S.18o. Siehe auch Kap.2.1.1..

vielmehr ein Dokument, das die Hindernisse und Hemmnisse europäischer Parteienbildung, ja nur der Parteienzusammenarbeit, in ihren Grundsätzen beschreibt: Unterschiedliche Traditionen, gesellschaftliche Bedingungen und Bündnisse und die nationale Verantwortung; die Parteien müssen vorrangig nationale Wahlen gewinnen.

4.4. Das Scheitern der Plattform

Anfang Juni 1977 lag die Plattform vor; das Büro des Bundes nahm sie am 6. Juni formal an. Das Büro kann jedoch laut Geschäftsordnung nur Empfehlungen an nationale Parteien abgeben,[1] bei diesen lag das letzte Wort. Es war ursprünglich vorgesehen, daß das Ergebnis der transnationalen Beratungen in den Gliederungen der nationalen Parteien diskutiert werden soll und über Änderungsanträge aus den Parteien ein Kongreß des Bundes beschließt. Nur die niederländische PvdA hielt sich an dieses Konzept; sie legte im Februar 1978 einen Katalog von Änderungsanträgen vor, die ein nationaler Parteitag verabschiedet hatte. Der vom Büro des Bundes anvisierte Zeitplan, im Sommer 1977 den Kongreß abzuhalten, war auch damit zwar nicht eingehalten worden, die Verschiebung des Europa-Wahltermins um ein Jahr ließ jedoch diese Verzögerung zu. Keine der anderen Mitgliedsparteien ermöglichte ihren Gliederungen eine Meinungsbildung zur Plattform.
Die Briten boykottierten von vornherein die Arbeitsgruppen, um dann später die Plattform mit dem Argument abzulehnen, sie sei nicht das Produkt demokratischer Willensbildung, da nicht alle Parteien

---

1 Siehe dazu. Kap. 2.2.1..

an ihrer Erarbeitung beteiligt waren. Die Beratungen zur Parteiführererklärung und des Wahlaufrufs machten später deutlich, daß die Plattform für die integrationsfeindliche Labour Party nicht akzeptabel waren. Labour will die Kompetenzen des Europäischen Parlamentes unter keinen Umständen erweitert wissen; das gesamte Kapitel "Demokratie und Institutionen" entsprach nicht den institutionellen Leitbildern der Labour Party, die den Schwerpunkt auf stärkere nationale Kontrolle der EG legt; die Mitglieder des Ministerrates sollen durch die nationalen Parlamente kontrolliert werden; den nationalen Parlamenten muß immer Priorität vor dem Europäischen Parlament eingeräumt werden; die Kommission darf nationaler Politik nicht im Wege stehen. Die Einstellung der Labour Party zur EG ist weitaus kritischer als die der anderen Parteien des Bundes. Im Europawahlmanifest der Partei wird im Grunde der britische Betritt zur EG bedauert.[1]

Die dänische Sozialdemokratie hat nur an einer Arbeitsgruppe teilgenommen, und das nicht einmal regelmäßig. In einer zweiten war zwar ein Däne anwesend, allerdings in seiner Funktion als Sekretär des Bundes. Bereits während der Plattformberatungen signalisierten die Dänen ihr Mißfallen an den integrationsfreundlichen Aussagen der Plattform. Nach Fertigstellung der Plattform wandte sich der Parteivorsitzende Anker Jørgensen selbst in einem Brief an Willy Brandt, um ihm zu erläutern, daß die Wahlaussage für den dänischen Wähler zu proeuropäisch sei . In Dänemark existiert nach wie vor eine starke EG-Gegnerschaft, nicht zuletzt innerhalb der Sozialdemokratischen

---

1 Vgl. Labour's Manifesto for Britain, in: Labour Weekly, 2.2.1979, S. 8 - 9.

Partei selbst.[1]
Die sozialdemokratische Partei des dritten Landes, das 1973 in die Gemeinschaft aufgenommen wurde, die irische Labour Party, hatte sich an der Plattformarbeit rege beteiligt. Politischen Akteuren anderer Parteien vermittelte sich der Eindruck, die Labour Party hätte zumindest teilweise britische Interessen in die Diskussion eingebracht , ihre Verbindungen zur Labour Party waren damals recht eng. Anhand der Unterlagen läßt sich diese Vermutung nicht erhärten. Die Französischen Sozialisten lehnten die Plattform erst wenige Tage vor Zustandekommen der Parteiführererklärung ab: ohne jede Begründung. In den anderen Parteien existieren verschiedene Erklärungsmuster, weshalb die PS der Plattform letztendlich nicht zustimmen konnte:

1. Für die Plattform zeichneten von französischer Seite zwei Politiker verantwortlich, die innerhalb der Partei sehr umstritten sind. Michel Rocard ist bereits seit 1977 offener Rivale François Mitterands um das Amt des Generalsekretärs und um die Präsidentschaftskandidatur. Nicht zuletzt aufgrund dieser Rivalität benötigte Mitterand die Unterstützung des linken Flügels der PS, des CERES, der in seiner europapolitischen Einstellung der PCF nahesteht. Viele Passagen der Plattform werden von ihm nicht unterstützt, so die Erweiterung der Gemeinschaft und die Ausdehnung der Kompetenzen des EP. Einer der größten innerparteilichen Gegener des CERES wiederum war der zweite französische Vertreter in den Plattformarbeitsgruppen, Robert Pontillon. Die Ablehnung der Plattform kam also Mitterands innerparteilichen Bündnispartnern

---

1 Vgl. Hans-Dieter Heumann/Eva Karnofsky, a.a.O. u. Vagn Heiselberg, Längster Wahlkampf der Geschichte,in: Das Parlament, 9/3.3.79, S.6.

entgegen und bedeutete gleichzeitig eine Absage an seinen größten Konkurrenten Rocard.

2. Der Bündnispartner in der Linksunion, die PCF, hatte schon während der Plattformarbeit diese ständig angegriffen und der PS immer wieder innenpolitische Bündnisuntreue vorgeworfen. Die Ablehnung der Plattform konnte das Gegenteil beweisen.
3. Verschiedentlich begründete die PS ihre Ablehnung der Plattform mit ihrer frühen Veröffentlichung. Der Plattformentwurf sei schon in Teilen in l'humanité, dem Organ der PCF, abgedruckt worden, bevor die eigenen Mitglieder von ihr Kenntnis nehmen konnten. In der SPD wird diese Begründung als Vorwand bewertet.

Erstaunen über das Scheitern der Plattform herrschte vor allem bei Teilnehmern der Arbeitsgruppe "Sozialpolitik". Alle Mitglieder hätten die Arbeit mit größter Ernsthaftigkeit betrieben und seien zu einem von allen Parteien getragenen Konsens gekommen. Als einen tragfähigen Kompromiß schätzte auch die luxemburgische LSAP die Plattform ein. Sie legte sie ihren Wählern unverändert als Europawahlprogramm vor.
Verschiedentlich wurde auch das Scheitern der Plattform mit dem Tode Wilhelm Dröschers in Verbindung gebracht; er hätte ihre Annahme noch erwirken können.
Innerhalb der SPD akzeptierte man den Inhalt der Plattform im wesentlichen. Weite Passagen wurden in ihr Europawahlprogramm übernommen. Die Partei mußte sich von verschiedenen Seiten den Vorwurf gefallen lassen, sie habe in der Plattformarbeit eine dominierende Rolle gespielt. So warf l'humanité der PS vor, sich ein von deutschen Sozialdemokraten geprägtes Programm vorschreiben

zu lassen. Sicherlich hatte die SPD mehr Einfluß als die italienischen Parteien, schon durch die kontinuierliche Präsenz und die starke personelle Repräsentanz. Sie hat jedoch durchaus Zugeständnisse in wesentlichen Punkten gemacht, so in der Agrarpolitik und in Fragen des Atlantischen Bündnisses. Die Verhandlungen um die Plattform wurden in weiten Teilen getragen durch den Dialog zwischen SPD und PS; dies war vor allem in den Arbeitsgruppen "Wirtschaftspolitik" und "Außenpolitik" der Fall, weniger in den beiden anderen Gruppen. Die beiden Parteien repräsentierten jeweils die beiden äußeren Pole im Meinungsspektrum der Parteien.

Wenn die französischen Kommunisten von der Dominanz der SPD sprechen, lassen sie dabei außer Betracht, daß verschiedene Standpunkte, die die PCF als "reaktionär" qualifiziert, auch von anderen Parteien des Bundes vertreten werden, wenn auch nicht von der PS.

Die meisten Schwesterparteien verfügen weder über den Organisationsapparat noch über die finanziellen Mittel der SPD, ihr Mitgliedspotential ist erheblich schwächer. Sie beobachten daher die SPD sehr aufmerksam auf etwaige Versuche, die Arbeit des Bundes zu beherrschen. Die SPD legt sich, nach eigener Ansicht, deshalb in der transnationalen Arbeit bewußt Zurückhaltung auf. Ihr Einfluß ist aber nicht zu unterschätzen aufgrund der Finanzstärke, die des öfteren auch schon Schwesterparteien zugute kam. Sicherlich ist die Frage nach der Dominanz einer Partei aus dem sehr subjektiven Empfinden des politischen Akteurs zu beantworten; Holländer und Belgier schätzten den Einfluß der SPD auf die Plattform recht hoch ein, SPD-Vertreter

beschrieben fast durchweg ihre eigene Position als zurückhaltend. Obwohl die SPD das Beratungsergebnis inhaltlich unterstützte, gab es nur wenig Unzufriedenheit über das Scheitern der Plattform; man bedauerte es nicht, in der weiteren Europapolitik an kein detailliertes Programm gebunden zu sein.
Lediglich einige Europaspezialisten der Parteien trauerten der Chance eines Europäischen Wahlprogrammes nach. Im Parteivorstand der SPD sei es vor allem Egon Bahr gewesen, der ein engeres Zusammenwachsen der europäischen Parteien und Staaten nicht uneingeschränkt begrüßte; er setze seine Priorität weniger in der Europapolitik, als vielmehr in der Ostpolitik.[1]

4.5. Von der Wahlplattform zum Aufruf an die Wähler

4.5.1. Die Parteiführererklärung

Trotz des Scheiterns der Wahlplattform war man sich im Bund der Sozialdemokraten einig darüber, daß eine gemeinsame Wahlaussage zur Direktwahl getroffen werden muß. Nach wie vor gingen die Parteien davon aus, daß die Wähler ein transnationales Programm honorieren würden, daß Zerstrittenheit eine Gefahr für den Wahlerfolg bedeuten könnte. Das Politische Büro verständigte sich darauf, daß die beste Form eine gemeinsame Aussage der Parteiführer sei. Von einem Treffen der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteivorsitzenden, dessen Ergebnisse in einer Erklärung zur Direktwahl niedergelegt werden, versprach man sich einige Öffentlichkeitswirksamkeit. An die Partei-

---

1 Information der Verfasserin.

führererklärung knüpfte sich eine weitere Erwartung: Im Politischen Büro ging man davon aus, daß sie eine gewisse Autorität innerhalb der nationalen Parteien besitzen würde. Sie wäre dann nicht so leicht angreifbar wie eine Plattform, die hauptsächlich von Parteifunktionären, Abgeordneten und Parteimitgliedern mit weniger klangvollen Namen beraten worden ist.
Grundlage für die Parteiführererklärung war nach wie vor die Wahlplattform. Den Textentwurf übernahm Sicco Mansholt.[1] Aus der Plattform sind etliche Passagen wörtlich übernommen worden, die Erklärung ist allerdings im Umfang weit geringer als die Plattform.
Es findet sich in der Parteiführererklärung eine Reduzierung einiger in der Plattform vertretenen Positionen; dies ist vor allem im Themenbereich "Demokratie und Institutionen" der Gemeinschaft und "europäische Integration" der Fall. Benutzte die Plattform mehrmals die Vokabel "europäische Integration", ist diese in der Erklärung nicht mehr zu finden; darin ist lediglich noch von europäischer Zusammenarbeit die Rede. Es wird stärker und häufiger auf die Eigenständigkeit der einzelnen Parteien hingewiesen. Was die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlamentes anbelangt ist die Parteiführererklärung sehr zurückhaltend; sie schließt sie allerdings nicht völlig aus, wie die Labour Party es gern gesehen hätte:"das direkt gewählte Europäische Parlament wird sich zunächst im Rahmen der bestehenden Verträge entwickeln müssen." Es werden keine Vorschläge mehr gemacht, wie Kompetenzerweiterungen aussehen könnten. Es wird ausdrücklich

---

1 Vgl. Claus Schöndube, Solidarität und Ziele,in: Europäische Zeitung, Juli 1978.

anerkannt, daß die nationalen Parlamente und Regierungen jeder Kompetenzerweiterung zustimmen müssen ; hier hat man den entsprechenden Artikel des EWG-Vertrages übernommen. Die beiden Parteien, die an der Plattform gar nicht oder kaum beteiligt waren, Labour Party und Socialdemokratiet, lehnen Kompetenzerweiterungen ab. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Parteiführererklärung als Werte-Konsensus aller Parteien weitaus weniger proeuropäisch argumentiert als zuvor die Plattform.
Es ist charaketeristisch für die Erklärung, daß sie zwar eine allgemeine politische Richtung angibt, jedoch keine Lösungsmöglichkeiten aufzeigt, wie, zumindest in Ansätzen, die Plattform.
So werden im Bereich der Entwicklungspolitik lediglich die Grundprinzipien genannt wie Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse, Anerkennung der Unabhängigkeit der Entwicklungsländer u.ä.m..
In diesem Zusammenhang bringt die Erklärung ein Novum: "Mittel- und langfristig werden die reichen Länder ein langsameres Ansteigen ihres Wohlstandes akzeptieren müssen, um den Nord-Süd-Dialog zu bewältigen." Vor allem die niederländische Partij van de Arbeid (PvdA) vertrat in dieser Frage die Auffassung, daß eine weitere Wachstumsförderung in den Industrieländern zu einer zu großen Belastung der Umwelt führe und die knappen natürlichen Rohstoffquellen zu sehr in Anspruch nähme.[1]
Die deutschen Sozialdemokraten wiederum waren nach wie vor wachstumsorientiert, wenn auch nicht bedingungslos,[2] so daß die in der Erklärung gewählte Formulierung durchaus einen Kompromiß in diesem Bereich darstellt.

---

1 Joop den Uyl sprach sich in seiner Rede auf dem Kongreß des Bundes 1979 in Brüssel für eine gerechtere Verteilung des beschränkten Wachstums aus. Rede vor dem 1o. Kongreß des Bundes der sozialdemokratischen Parteien der EG in Brüssel am 1o.1.1979.

2 Vgl. SPD, Soziale Demokratie für Europa, a.a.O., S. 89.

Neu aufgenommen wurde eine Passage, die der Kernenergie nur unter der Bedingung zustimmt,"wenn durch öffentliche Kontrolle der Unternehmen gewährleistet wird, daß alle Sicherheits- und Umweltprobleme gelöst sind." Die gleiche Formulierung findet sich auch im Europaprogramm der deutschen Sozialdemokraten. Die Plattform hatte das Problem der Kernenergie völlig ausgespart.

In der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft haben die Franzosen ihre Bedenken gegen den Beitritt von weiteren 'Weinländern' zumindest versteckt in die Erklärung eingebracht, wenn es heißt, daß "Bestimmungen und Fristen für angemessene Übergangszeiten vereinbart werden, damit die legitimen Interessen aller Menschen sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch in Griechenland, Spanien und Portugal...gewahrt bleiben"(Hervorhebung durch die Verfasserin). François Mitterand soll selbst an dieser Formulierung beteiligt gewesen sein.[1]

Die meisten anderen Parteien gehen davon aus, daß aufgrund der politischen Dringlichkeit des Beitritts der genannten Länder die wirtschaftlichen Probleme zweitrangig werden.[2]
Trotz aller Veränderungen bleibt der Grundtenor der Plattform erhalten; man will im Europawahlkampf vor allem die Arbeitnehmer ansprechen.
Die Forderung nach dem Recht auf Arbeit bleibt Kern der Erklärung, ebenso die Ziele Vollbeschäftigung und Demokratisierung der Wirtschaft. Hier wird jedoch nicht mehr auf die verschiedenen Demokratisierungsmodelle hingewiesen, die die einzelnen Parteien erarbeitet haben. Es heißt lediglich, daß

---

1 Vg. Divided we stand, in: The Economist, 1.7.1978.

2 Vgl. beispielsweise SPD, Soziale Demokratie für Europa, a.a.O..

die Form der Wirtschaftsdemokratie dem jeweiligen Land entsprechen muß.
In der Parteiführererklärung wird die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und erstmals auch mit dem EGB angesprochen; auf welchen Ebenen diese Zusammenarbeit stattfinden soll - ob im Europäischen Parlament, zwischen Parteibünden und EGB oder zwischen EGB und nationalen Parteien - wird nicht ausgeführt.
Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit ist allgemeiner gefaßt als in der Plattform, die Verlängerung des Jahresurlaubes wurde fallengelassen.

Die Parteiführererklärung wurde von den Parteien auch als Aktualisierung der Plattform angekündigt; es sind jedoch relativ wenig Veränderungen in der allgemeinen politischen Zielrichtung vorgenommen worden. Neue Thesen erscheinen nur drei:
- Die Kernerergiedebatte wird aufgegriffen,
- die Zusammenarbeit mit dem EGB als Organisation,
- die Forderung nach Nichtweitergabe von Atomwaffen.

Die eigentliche Veränderung liegt wohl darin, daß man von detaillierten Forderungskatalogen Abstand genommen hat und nur noch globale Formulierungen wählte. Die Parteien sind kaum über die Präambel der Plattform hinausgegangen. Man hat die gemeinsame Identität als Arbeitnehmerparteien bestätigt und sich darüberhinaus für einen Minimalkonsens entschieden, der von allen Parteien getragen wird. Die aufgrund starker nationaler Segmentierung vorhandenen Gegensätze hat man ausgeklammert.

4.5.2. Der Aufruf an die Wähler

Die Parteiführererklärung stellte zwar einen Konsensus zwischen den elf Parteien dar, ihr fehlt jedoch die demokratische Legitimation durch einen Kongreß, d.h. durch Delegierte der nationalen Parteien. Die mangelnde Legitimation mag der Grund gewesen sein , warum die PvdA die Parteiführererklärung für sich als nicht bindend betrachtet. Die dänischen Sozialdemokraten hatten sie ebenfalls nicht angenommen.[1]
Ein Aufruf an die Wähler sollte die Konsensfähigkeit und die Geschlossenheit der Parteien, nicht nur der Parteiführer, demonstrieren.
So fand dann im Januar 1979 in Brüssel der 1o. Kongreß des Bundes der Sozialdemokraten der EG statt. Dieser Kongreß verabschiedete einstimmig ohne Diskussion ein 35-Punkte-Papier, mit dem die Parteien vor ihre Wähler treten wollten. Oscar Debunne (BSP) präsentierte den Delegierten des Kongresses lediglich die Vorlage des Büros.
Das verabschiedete Papier entspricht quantitativ in etwa der Parteiführererklärung. Mit der Formulierung war Karel van Miert, Vorsitzender der flämischen Sozialisten, betraut worden. Debunne erarbeitete für ihn einen Entwurf, der im Büro jedoch keine Zustimmung fand. Er war nicht geeignet als Wahlaufruf zu dienen. Die Wähler wurden darin persönlich angesprochen, der Stil war pathetisch. Das Vokabular entstammte eher sozialistischem als sozialdemokratischem Sprachgebrauch.
Ein Konfliktpunkt, der bereits während der Plattformarbeit eine große Rolle spielte, fand sich

---

1 Vgl. PS/CE/46/78, Entwurf eines Kurzberichtes über die Sitzung des Büros des Bundes vom 13.-14.12.1978 in Amsterdam.

in diesem ersten Entwurf Debunnes: Europäische Einigung sei "die beste Möglichkeit, um dem Übergewicht der Vereinigten Staaten zu entgehen und dem Hegemoniestreben der Sowjetunion Widerstand entgegen setzen zu können."[1] Erneut wird damit für Europa die Rolle einer Dritten Macht angesprochen und die Stellung des NATO-Partners kritisiert. An anderer Stelle wird die Kritik an den beiden Großmächten noch bekräftigt, wenn es heißt: "Das Europa das uns vorschwebt, ist auch kein neuer chauvinistischer Machtblock mit eigenen Einflußzonen und eigenen Satellitenstaaten."[2] Diese harten Formulierungen würden vom deutschen Wähler kaum akzeptiert, die SPD böte der innenpolitischen Opposition eine willkommene Angriffsfläche für den Vorwurf der Bündnisuntreue.
Der Entwurf war genau so wenig präzise in seinen Vorschlägen wie die Parteiführererklärung. Ein Modell des zukünftigen Europas fand sich hier noch weniger als in der Plattform: Europa soll gegenüber den Großmächten autonom sein,[3] um dieses Ziel zu erreichen, müsse auf eine gemeinschaftliche Außenpolitik hingearbeitet werden,"so daß Europa gegenüber anderen Ländern und internationalen Organisationen mit einer Stimme sprechen kann."[4] Im übrigen wird der Schwerpunkt auf die Demokratisierung gelegt, auf "die weitere Vertiefung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Demokratie...Dazu gehört u.a. eine größere Verantwortlichkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Unternehmen."[5] Beseitigung der Arbeitslosigkeit soll genauso bekämpft werden wie Diskriminierungen.

---

1 Aufruf an die Bürger Europas, erster Entwurf vom 19.1o.1978, hektographiertes Manuskript,o.O.,S.2.

2 Ebenda, S.2.

3 Vgl. ebenda, S.1.

4 Ebenda, S.7.

5 Ebenda, S.3.

Debunne machte den Vorschlag, die Neuformulierung des Aufrufs an die einzelnen Parteien zu delegieren; er selbst schrieb die Einleitung der neuen Fassung, mit den Bereichen Arbeitslosigkeit und Europäische Institutionen befaßten sich die französischen Sozialisten, die PvdA bearbeitete die Entwicklungspolitik, die SPD die Menschenrechte und die dänischen Sozialdemokraten die Bereiche Wirtschaftsdemokratie und Diskriminierung der Frau.
Die einzelnen Teile differierten in der Form und konnten nicht problemlos zusammengefügt werden. Wieder übernahm Debunne eine Neufassung. Diese wurde dann erstmals in englischer Sprache verfaßt, nicht etwa,um der Labour Party entgegen zu kommen, sondern weil es die einzige Sprache war, die alle Mitglieder des Büros beherrschten, so daß Korrekturen direkt am Original vorgenommen werden konnten.

Dieser zweite Entwurf war wieder mehr an die Parteiführererklärung angelehnt. Sechs Mitgliedsparteien legten dazu Änderungsanträge vor: SPD, PS, PvdA, britische und irische Labpur Party sowie die dänische Socialdemokratiet. Irish Labour Party und SPD schlugen vor, etliche Passagen aus der Parteiführererklärung zu übernehmen. Dem wurde, wie der Vergleich zeigt, weitgehend stattgegeben, wohl nicht zuletzt deshalb, weil die Partei - führererklärung bereits sprachlich ausgefeilt war. Sie stellte aber auch einen Kompromiß auf höchster Ebene dar, den man mit einigen Einschränkungen übernehmen konnte, ohne erneut innerparteiliche Differenzen heraufzubeschwören.
Uneinigkeit bestand über die Bezeichnung der Parteien des Bundes; die französischen Sozialisten wandten sich gegen die Bezeichnung "demokratische Sozialisten", die die Engländer wiederum favorisierten,[1] sie verlangten die Aufzählung "Sozialisten

---

1 Information der Verfasserin.

und Sozialdemokraten".[1] Die französischen Sozialisten schlugen vor, der Sprache des Aufrufs eine stärkere sozialistische Färbung zu geben: "Die wachsende Arbeitslosigkeit ist die Folge der Krise des Kapitalismus", formulierten sie; in dem Aufruf heißt es allerdings abgeschwächt, sie sei eine Folge der Krise der gegenwärtigen Wirtschaftssysteme.
Den großen Sektor der Gemeinschaftspolitik, die Agrarpolitik, hatte man im Entwurf des Aufrufs ausgespart, ebenso wie in der Parteiführererklärung. Schon bei der Plattformerarbeitung war dieser Bereich kontrovers aufgrund der unterschiedlichen nationalen Erwartungen und Interessen. Der Wahlaufruf übernimmt eine Passage, die auf die irische Labour Party zurückgeht.[2] Die in der Plattform so sehr hervorgehobene Nahrungsmittelhilfe für Entwicklungsländer wird wider Erwarten gar nicht erwähnt, die Vorschläge der Iren zielen vielmehr auf eine Reform der Agrarpolitik ab: Besserer Ausgleich zwischen Produktion und Verbrauch, stabilere Preise und eine angemessene Entwicklung der Einkommen der in der Landwirtschaft Beschäftigten sowie eine verbesserte Strukturpolitik.

Ein wichtiger Beweggrund der PS, die Nahrungsmittelhilfe forciert zu betreiben, war die Einkommenssicherung der französischen Landwirte; daß diese explizit zur Forderung erhoben wird, erleichterte den französischen Sozialisten sicherlich die Zustimmung zum irischen Formulierungsvorschlag.

Engländer und Dänen hatten vor allem Einwände gegen die Absätze des Entwurfs, die auf die europäische Integration und die institutionelle Entwicklung der Gemeinschaft abzielten.

---

1 Vgl. Änderungsanträge der PS Frankreichs, hektographiertes, unveröffentlichtes Manuskript, o.O. u. o.J..

2 Änderungsanträge der Labour Party Irland, hektographiertes Manuskript, o.O. u. o.J..

Die Socialdemokratiet machte in ihren Änderungsanträgen unmißverständlich klar, daß sie jede Formulierung ablehnt, "die zur Gründung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik führen könnte",[1] wenn auch im Entwurf davon nicht die Rede war. Die im Entwurf benutzte Formulierung von einer politisch zusammenwachsenden Gemeinschaft wollte die Socialdemokratiet ersetzt wissen durch die Formulierung "eine Gemeinschaft der politischen Zusammenarbeit."[2] D.h. man ist von dänischer Seite lediglich an intergouvernementaler Zusammenarbeit interessiert, nicht aber an der Bildung einer staatsähnlichen Union.
Zum Europäischen Parlament hieß es in der Parteiführererklärung, daß es sich zunächst im Rahmen der bestehenden Verträge entwickeln müsse ; die dänischen Sozialdemokraten forderten eine Übernahme dieses Passus in den Wahlaufruf, wobei "zunächst" gestrichen werden sollte.[3] Mit Ausnahme dieser Streichung wurde dem Antrag stattgegeben. Von britischer Seite wurde der Wunsch vorgebracht, nicht vom Europäischen Parlament, sondern von der "European Common Market Assembly", der Europäischen Versammlung, zu sprechen,[4] wie sie auch in den Römischen Veträgen genannt wird. Diese Forderung impliziert eine Reduzierung der Rechte des Parlaments auf die ausdrücklich in den Verträgen genannten und soll jeder weiteren Kompetenzausdehnung vorbeugen. Im übrigen wird jeder Vergleich mit einem nationalen Parlament ausgeschlossen, dem EP wird das Recht abgesprochen, Repräsentant der europäischen Bürger zu sein. Dies wird noch unterstrichen durch die Forderung nach Aufnahme

---

1 Vgl. Änderungsanträge der Socialdemokratiet zum Entwurf des Aufrufs, hektographiertes, unveröffentlichtes Manuskript, o.O. u. o.J., S.2.

2 Vgl. ebenda, S. 3.

3 Ebenda.

4 Information der Verfasserin.

eines Passus, der die Beibehaltung der Macht der nationalen Parlamente gewährleisten soll: "...die Parlamente aller Mitgliedsstaaten müssen die ganze Macht der Gesetzgebung für ihre eigenen Bürger haben..."[1] Die Frage der Kompetenzen des direkt gewählten Parlaments war weiterhin Streitpunkt in der Diskussion des Politischen Büros bei der Vorlage des endgültigen Entwurfs des Aufrufs. Die englischen Vertreter, Tony Benn und Barbara Castle, hatten vom National Executive Committee (NEC) eindeutige Richtlinien, jeden Hinweis auf Kompetenzerweiterung abzulehnen. Die Labour Party machte schließlich in der englischen Übersetzung des Aufrufs in einer Fußnote noch einmal unmißverständlich deutlich, daß sie jede Kompetenzerweiterung ablehnt. Die anderen Parteien waren darüber informiert worden.[2]

Auf das unterschiedliche Erbe der einzelnen Parteien wird im Aufruf erneut aufmerksam gemacht, es wird jedoch nicht mehr ganz so entschieden auf die Eigenständigkeit der einzelnen Parteien hingewiesen wie in der Parteiführererklärung.

Nach wie vor hielten die Sozialdemokraten an dem Ziel fest, Arbeitnehmerprobleme vorrangig im Wahlkampf zu thematisieren: Arbeitslosigkeit, Recht auf Arbeit, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen werden im Aufruf erneut aufgegriffen. Lösungsmöglichkeiten für diese Fragenkomplexe werden jedoch nicht aufgezeigt. Wenn dazu Konsens herzustellen gewesen wäre, hätte die Plattform offizielles Wahlmanifest des Bundes werden können.

Neu ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Sie stellt ein praktisches gemeinsames Ziel dar,

---

1 Änderungsanträge der Socialdemokratiet..., S.3.

2 Vgl. PS/CE/2/79, Entwurf eines Berichts über die Sitzung des Büros des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG vom 9.1.1979 in Brüssel.

das zwar kaum durch ein Europäisches Parlament durchgesetzt werden kann, sondern in die Kompetenzen der Tarifpartner fällt. Sicco Mansholt hatte sie schon für die Plattform gefordert. Die Sozialdemokraten stellen sich damit bewußt in die Tradition der internationalen Arbeiterbewegung, die von Beginn an für Arbeitszeitverkürzungen gekämpft hat. Die 35-Stunden-Woche kann als eine Art einigendes Band aller elf Parteien angesehen werden: Sie setzen sich damit obendrein für den Wähler deutlich von den Liberalen und Christdemokraten ab.

Gegenüber der Parteiführererklärung zeigt der Aufruf wieder eine leichte Tendenz nach 'links': Der Aufruf fordert zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit Strukturreformen durchzuführen, "wobei öffentliche Unternehmen in bestimmten Sektoren eine Schlüsselrolle spielen können." Wie bereits in der Plattform legt man sich auf keine verbindlichen Vorschläge fest. Wenn man sich auch nicht die französischen Vorschläge vollständig zu eigen machte, so wird doch die EG als kapitalistisches System gekennzeichnet: "Beim Aufbau der Europäischen Gemeinschaft haben Konsequenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, besonders private wirtschaftliche und finanzielle Interessen, zu lange Vorrang vor gemeinsamen sozialen und humanen Zielen gehabt."

Die Aussagen, die die Wachstumsfrage betreffen, sind nach Meinung eines PvdA-Vertreters den Niederländern nicht weitgehend genug, die anderen Parteien waren aber nicht bereit zu weiteren Konzessionen. Die gemeinsame Wahlaussage hatte dann für die PvdA Priorität vor dieser Einzelaussage. Sie brachte ihre Forderungen erst gar nicht in

die Diskussion des Aufrufs ein.
Verhältnismäßig breiter Raum wird der Beseitigung von Diskriminierungen jeglicher Art gewidmet: deutlicher als zuvor wird die Gleichberechtigung der Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, vor allem auch im Erwerbsleben,gefordert. Dies widersprach der Plattformarbeitsgruppe "Sozialpolitik", die die Frauenproblematik auf keinen Fall gesondert behandelt wissen wollte.Erstmals wird besonderer Schutz für Behinderte von den Sozialdemokraten gefordert. Auch die Diskriminierung aufgrund politischer und weltanschaulicher Überzeugung ist nicht den vorherigen programmatischen Äußerungen entnommen. Da Liberale und Christdemokraten den Wahlkampf ganz unter das Motto des Schutzes der Menschen- und Bürgerrechte stellen wollten,konnten die Sozialdemokraten in diesem Bereich keine Antwort schuldig bleiben.
Vier neue Aspekte fanden sich schließlich in dem Aufruf wieder:

1. Eindämmung des Waffenhandels, vor allem an faschistische und rassistische Regimes, dies geht auf einen Vorschlag der PvdA zurück.[1] In seinem ersten Entwurf setzte sich auch Oscar Debunne (BSP) bereits für eine Kontrolle des Waffenhandels ein. Die Dänen waren nicht damit einverstanden; ihrer Ansicht nach "führt bereits die Erwähnung einer Kontrolle des Waffenhandels zu Problemen und wird hinsichtlich einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Gemeinsamen Markt Hoffnung wecken..."[2]
2. Die öffentliche Entwicklungshilfe der Gemeinschaft soll auf 1% des Bruttosozialproduktes

---

1 Vgl. Änderungsanträge der PvdA, hektographiertes, unveröffentlichtes Manuskript,o.O. u. o.J.,S.2.

2 Änderungsanträge der Socialdemokratiet, a.a.O..

erhöht werden und nicht nur auf o,75%, wie UNO, EVP, ELD fordern und auch die Sozialdemokraten bislang gefordert haben; die SPD war allerdings dagegen.

3. Der lediglich mit politischen Überzeugungen begründete Ausschluß vom Staatsdienst wird abgelehnt; diese Passage wurde übrigens auf Initiative der SPD in den Aufruf aufgenommen, aber auch die Niederländer legten darauf ausdrücklichen Wert.[1]
4. Die EG soll ein gemeinsames Programm zur Energieversorgung ausarbeiten.

4.6. Demokratische Qualität sozialdemokratischer Programmarbeit

Dem Politischen Büro des Bundes wurde von den Parteiführern der Auftrag erteilt, eine Wahlaussage zu entwerfen. Das Büro ernannte Wilhelm Dröscher, den Präsidenten des Bundes, zum Vorsitzenden einer Arbeitsgruppe, die eine gemeinsame Wahlaussage entwickeln sollte. Auch die weiteren vier Teilnehmer der ersten Sitzung waren vom Büro eingesetzt worden. Zu diesen vier Teilnehmern gehörte als zweiter SPD-Vertreter mit Bruno Friedrich ein weiteres Mitglied des SPD-Parteivorstandes und des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion. Ferner waren vertreten die italienische PSDI durch Guiseppe Mammarella, die PvdA durch Sicco Mansholt, der sich seit langen Jahren für eine europäische Partei eingesezt hatte, sowie der Franzose Daniel Mayer.[2] Robert Pontillon, Dröschers Nachfolger im Amt des Präsidenten des Bundes, internationaler Sekretär der PS, beteiligte

---

1 Vgl. Änderungsanträge der PvdA, a.a.O..

2 Vgl. PS/CE/2o/75, S.1.

sich von der zweiten Sitzung der Gruppe an ebenfalls an der Arbeit. Von dieser Gruppe wurde anfangs der Vorschlag gemacht, Untergruppen unter der Leitung erfahrener Mitglieder der sozialistischen Fraktion zu bilden, an denen vor allem Spezialisten aus den Organen der Gemeinschaft beteiligt werden sollten.[1]

Das Büro forderte dann jedoch die Parteien auf, binnen kurzer Zeit für die vier Sachbereiche der Plattform Vertreter zu benennen, um die Arbeit zu beschleunigen.[2] Das Büro wollte sich offensichtlich auf den Vorschlag der Arbeitsgruppe nicht einlassen, wahrscheinlich, um die Parteien nicht zu übergehen. Auch für die Hauptarbeitsgruppe sollten jetzt alle Parteien Teilnehmer entsenden.[3]

Die Gruppen setzten sich zusammen aus hauptamtlichen Funktionären, Parlamentsabgeordneten sowie Mitgliedern der Parteivorstände, die beinahe ausnahmslos sich seit langem mit Europapolitik befaßten, und späteren Kandidaten für das Europäische Parlament. Auf ihre Nominierung hatten die Parteimitglieder keinerlei Einfluß. Dies ist allerdings nicht ungewöhnlich, da auch nationale Programmkommissionen durchaus nicht immer von Parteitagen eingesetzt werden.

Bis zur Vorlage des Plattformentwurfs geschah die Arbeit der Gruppen weitgehend im Verborgenen, auch Rückkopplung aus den nationalen Parteien geschah höchstens auf informeller Ebene. Parteiorganisationen (Jugend etc.) wurden nicht beteiligt. In der SPD-Parteipresse fand sich zwar gelegentlich ein Hinweis auf die europäische Arbeit, sie wurde

---

1 Vgl. PS/CE/27/75, S.3.

2 Vgl. PS/CE/2/76.

3 Nach Aufnahme der Arbeit der Untergruppen hat die Hauptarbeitsgruppe nach den Informationen der Verfasserin nicht mehr getagt.

4 Vgl. Helga Köhnen, Die Zusammenarbeit der Sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft, in: Die Neue Gesellschaft, 6/1976.

jedoch nicht systematisch verfolgt.[1] Die nationalen Parteimitglieder wurden nach Fertigstellung erstmals mit ihr konfrontiert.

Nur die niederländische PvdA entsprach dem ursprünglichen Vorhaben des Büros, die Plattform in den Gliederungen zu diskutieren und auf einem nationalen Parteitag abschließend zu beraten.

Alle anderen Parteien schlossen sich aus unterschiedlichen Gründen dem nicht an:

- Die SPD legte die Plattform zwar einem Bundesparteitag vor, jedoch nur zur Kenntnisnahme, d.h. demokratische Rückkopplungsprozesse wurden von vornherein ausgeschlossen. In der SPD wurde die These vertreten, eine Diskussion der Plattform in den Parteien hätte zuviel Zeit in Anspruch genommen; die Plattform hätte zwei Jahre zuvor vorliegen müssen. Man geht heute in der SPD davon aus, daß die intensive Beratung in allen Parteien die Plattform ebenfalls verhindert hätte.

  Beim Parteivorstand der SPD gingen dennoch etliche Änderungsanträge zur Plattform aus den Gliederungen ein, sie fanden jedoch keine Berücksichtigung; lediglich bei der Beratung des nationalen Europaprogramms wurden sie nach Aussagen des Parteivorstandes berücksichtigt.
- In der PS begründete man das Ausbleiben der Beratungen in den Gliederungen damit, daß die Plattform zu früh veröffentlicht worden sei; L'humanité habe sie bereits kommentiert, bevor sie den eigenen Mitgliedern zur Vefügung stand. Es ist jedoch eher anzunehmen, daß aufgrund der innerparteilichen Differenzen schon sehr früh feststand, die gesamte Plattform nicht zu

---

1 Für die anderen Parteien konnte nicht überprüft werden, inwieweit in ihren Publikationen die transnationale Programmarbeit berücksichtigt wurde.

akzeptieren.

- Labour Party und Socialdemokratiet waren von vornherein nicht bereit, die Plattform zu akzeptieren.
- Andere Parteien waren zu sehr in nationale Wahlkämpfe involviert, so daß die Plattform in den Hintergrund trat. Die kleineren Parteien seien aufgrund fehlender Organisationsstruktur überfordert gewesen, sich noch mit zusätzlichen Aufgaben zu befassen.[1]

Das Politische Büro hatte die Plattform angenommen. Erst Beratung und Annahme durch einen Kongreß, dessen Mitglieder von den nationalen Parteitagen nominiert worden sind, hätte der Plattform die Qualität eines verbindlichen Programms verliehen, das mit einem nationalen Wahlprogramm zu vergleichen gewesen wäre. Selbst wenn die Plattform nicht in den Gliederungen diskutiert worden ist, ein Kongreß hätte der Mitgliedschaft zumindest formal ein Mindestmaß an Mitsprache eingeräumt. Die Frage, inwieweit ein solcher Kongreß tatsächlich den Mitgliedern eine reele Chance einräumt, ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen, kann hier nicht weiter behandelt werden.[2]

Wäre die Plattform schließlich doch noch von den Parteiführungen legitimiert worden, wäre sie aufgrund der fehlenden Beteiligung der Mitgliedschaften eher einem intergouvernementalen Abkommen gleichgekommen als einem Partei- oder Wahlprogramm einer Partei.

Obwohl der Wahlaufruf von einem Kongreß aller Parteien endgültig bestätigt worden ist, mangelt

---

1 Information der Verfasserin.

2 Vgl. dazu: Jürgen Dittberner, Die Parteitage von CDU und SPD, in: Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen. Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973, S.83.

es auch ihm an demokratischer Legitimation: die Kongreßteilnehmer sind nicht etwa von nationalen Parteitagen oder aus den Gliederungen delegiert worden, sie wurden vielmehr von den Parteiführungen benannt. Die SPD-Delegation setzte sich zusammen aus den hauptamtlich mit europäischer Politik befaßten Funktionären beim Parteivorstand und der Sozialistischen Fraktion, aus ehemaligen und zukünftigen Europaparlamentariern sowie aus einigen prominenten Mitgliedern des Parteivorstandes. Vorgeschlagen wurden diese Delegierten von der Europakommission beim Parteivorstand, bestätigt vom Parteipräsidium.
Viele Teilnehmer der Plattformarbeitsgruppen, die sich auch weiterhin mit Europapolitik befassen, wohnten dem Kongreß als Delegierte bei.[1] Mit Ausnahme Willy Brandts waren alle Parteiführer anwesend. Brandt wurde durch seinen Stellvertreter Koschnik vertreten. Auch aus den anderen Parteien waren Abgeordnete, hauptamtliche Funktionäre, aber auch Minister, entsandt. Offensichtlich hatte der Kongreß mehr Werbungsfunktion für die Parteien als die Funktion der Legitimierung der gemeinsamen Wahlaussage.
Die Verfasser des Wahlaufrufs waren fast ausnahmslos gleichzeitig Delegierte. Diskutiert wurde über ihren Entwurf nicht. Oscar Debunne, der hauptsächlich für ihn verantwortlich zeichnete, stellte den Aufruf den Delegierten vor; diese stimmten per Handzeichen ab. Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Aufruf einstimmig bei einigen Enthaltungen angenommen. Bis auf einige personelle Veränderungen waren es die gleichen Akteure, die für Plattform und Wahlaufruf verantwortlich zeichnen. Ein großer Teil von ihnen war gleichzeitig Mitglied

---

1 Vgl. List of Participants des X. Kongresses des Bundes der Sozialdemokraten vom 10.-12.1.1979.

des Politischen Büros, in den Parteivorständen hauptamtlich mit Europapolitik betraut oder Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Es war ein Kreis von ca. 2lo Personen, die an der europäischen Programmarbeit in irgendeiner Form beteiligt waren, die Kongreßdelegierten eingeschlossen. Eine Gruppe von ca. 25 Personen hat kontinuierlich an der gesamten inhaltlichen Arbeit mitgewirkt und diese auch geprägt. Man kann durchaus davon sprechen, daß die Programmarbeit, ihre Kontrolle eingeschlossen, das Privileg einer kleinen Gruppe von Europaexperten geblieben ist. Zumindest diesbezüglich hat die Umwandlung des Verbindungsbüros in den Bund der Sozialdemokraten und die Ankündigung der Direktwahl wenig bewirkt. Etwaige Hoffnungen auf größere Partizipationsmöglichkeiten für die Mitglieder haben sich nicht bewahrheitet, im Gegenteil: Es ist ein weiterer Bereich hinzugetreten, der ihrer Kontrolle entzogen ist. Europäische Programmarbeit der Sozialdemokraten legitimierte sich bislang über die gleichen Reprä - sentanten der Parteien, die auch für den Inhalt der Programmarbeit zuständig waren.
Die Willensbildung innerhalb der mit der Programmarbeit betrauten Gruppen ist zwar im einzelnen nicht nachvollziehbar, sie verlief jedoch allem Anschein nach nach dem Prinzip der Konkordanz. Textpassagen wurden so oft geändert, bis sie für alle Parteivertreter zumindest akzeptabel waren. Je gegensätzlicher die Ansichten zu einem Politikbereich, desto kürzer und allgemeiner fielen die Formulierungen aus; dies wurde besonders deutlich bei den Aussagen zur Agrarpolitik. Mehrheitsentscheidungen gab es wohl keine, in einigen Fällen wurden aber Anliegen einzelner Parteien von

allen anderen Parteien abgelehnt und dann nicht aufgenommen.
Die nationale und ideologische Segmentierung zwischen den Parteien des Bundes ist derart groß, daß Werte nicht zu vereinbaren waren; in der Plattform versuchte man dies durch das Aufzählen verschiedener nationaler Lösungsmöglichkeiten für einzelne Sachpolitiken aufzufangen. Dennoch war die Plattform für einige Parteiführungen nicht zustimmungsfähig. Nicht alle Parteiführungen waren offensichtlich bereit, Lernprozesse, die die Plattformakteure durchlaufen hatten, nachzuvollziehen. Die Bereitschaft zu Kompromissen variiert in den einzelnen Parteiführungen. Der Wert eines ausführlichen Europaprogramms wurde von ihnen niedriger angesetzt als von den Europaspezialisten. Die Rückkopplung seitens einiger nationaler Parteiführungen rückte die nationalen Interessen noch stärker in den Vordergrund und machte Integrationshemmnisse deutlich, die dann letztlich zu den allgemeinen Formulierungen im Wahlaufruf führten.

5. Das Europaprogramm der Europäischen Liberalen Demokraten

5.1. Die Vorbereitungsphase der Programmarbeit

Auf dem Gründungskongreß der "Föderation der liberalen und demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft" (FLIDPEG), wie sich die ELD bis April 1977 nannte, wurde im März 1976 als erste programmatische Aussage eine Grundsatzerklärung - die Stuttgarter Erklärung - verabschiedet, die die Ziele der Föderation festlegte. Den ersten Entwurf der Stuttgarter Erklärung legte Barthold Witte, späteres F.D.P.-Mitglied in der ELD-Programmkommision,vor. Überarbeitet wurde dieser Text vom Parteivorsitzenden Genscher, F.D.P.-Generalsekretär Verheugen, dem späteren Vorsitzenden der Programmkommision, Martin Bangemann sowie dem zukünftigen ELD-Schatzmeister Friedhelm Fabers, der auch maßgeblich an der Erarbeitung der Satzung beteiligt war. Erst auf dem Stuttgarter Gründungskongreß selbst nahmen die anderen liberalen Parteien an der Ausformulierung der Erklärung teil. Besonders engagiert waren dabei die Vertreter der italienischen Liberalen (PLI) und der englischen Liberal Party, Giovanni Malagodi und David Steele.[1]
Die Stuttgarter Erklärung setzte bereits den Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit, sie maß den Menschenrechten und der Freiheit des Einzelnen besonderen Wert bei. Als Ziel der Europapolitik der Föderation wurde die Europäische Union genannt, die auf einer freiheitlich-demokratischen Verfassung beruht, in der die Gewaltenteilung und der Minderheitenschutz garantiert sind. Die

---

1 Information der Verfasserin. Gresch dagegen schreibt den Entwurf der niederländischen VVD zu. Vgl. Norbert Gresch, Transnationale Parteienzusammenarbeit,...,a.a.O., S.161.

Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums wurde bejaht, ebenso die Wirtschafts- und Währungsunion. Die EG solle sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientieren und eine gemeinsame Außenpolitik entwickeln. Der Beitritt oder die Assoziierung weiterer Staaten wurde begrüßt.[1]

Die Stuttgarter Erklärung sollte zu einem umfassenden Programm präzisiert werden. Nach dem Gründungskongreß benannte das provisorische Exekutivkomitee der ELD eine Programmkommission und beschloß die Einsetzung von sieben Arbeitsgruppen, zu denen die nationalen Parteien Vertreter entsandten. Die Gruppen arbeiteten zu den Themen: "Menschen- und Bürgerrechte", "Europäische Institutionen", "Ernährung und Landwirtschaft", "Wirtschafts- und Währungsunion", "Regionalpolitik", "Auswärtige Beziehungen und Sicherheit" sowie "Umwelt und Lebensqualität".

Aufgabe der Gruppen war es, bis zum Kongreß der Föderation in Den Haag im November1976 Texte zu den jeweiligen Themen vorzulegen, die nach der Diskussion auf dem Kongreß zur Beratung in die Parteien gehen sollten, um dann erneut den Gruppen und der Programmkommission zugeleitet zu werden.

Der Präsident der Föderation, der ehemalige luxemburgische Ministerpräsident Gaston Thorn, verhinderte eine von etlichen Delegieten geforderte Abstimmung über die Texte der Arbeitsgruppen, um der Arbeit der Programmkommission soviel Verhandlungsspielraum wie möglich zu belassen. Der Programmkommission wurden die Texte vom Kongreß zugeleitet.

Es findet sich auch die Begründung, daß Thorn jede formale Abstimmung vermeiden wollte, da die Frage der Mitgliedschaft der französischen

---

1 Vgl. Stuttgarter Erklärung, angenommen am 26. März 1976, in: Materialien zur Europapolitik, Bd. 2, a.a.O.,S. 63-65. Zu ihrer Entstehung vgl. Norbert Gresch, Transnationale Parteienzusammenarbeit..., a.a.O.,S.161-162.

Republikaner und die Uneinigkeit der Parteien darüber den gesamten Kongreß überschattet habe und formale Abstimmungen die Uneinigkeit der Parteien hätte offen zu Tage treten lassen.[1]

5.2. Die Arbeit der Programmkommission

In der Satzung der ELD ist festgelegt, daß sie ihre Arbeit auf Aktionsprogramme stützen will. Das erste Programm sollte die Funktion eines Wahlprogrammes für die Europawahl erfüllen. Für die Programmkommission ergab sich daraus die Aufgabe, zumindest mittelfristig realisierbare Vorschläge für die Politik der Gemeinschaft zu erarbeiten. Das Programm sollte als Leitlinie für die Arbeit der zukünftigen Liberalen Fraktion im EP verwendbar sein,[2] d.h. es durfte sich nicht allein auf Einzelprobleme beschränken, sondern mußte durchaus einige Grundsätze für liberale Europapolitik formulieren, die auch eine langfristige politische Planung für die Fraktion ermöglichen. Dennoch sollte kein Grundsatzprogramm entstehen, das bereits einen geschlossenen Entwurf liberaler Weltpolitik und deren idelologisch-philosophische Grundlagen liefert. Dem Programm sollte obendrein die Funktion zukommen, die programmatische Diskussion innerhalb der Föderation weiterzuführen und dabei auch Einzelheiten nicht auszuklammern.[3]

Zu Beginn ihrer Arbeit setzte sich die Programmkommission das Ziel, sich ausschließlich auf die Themenbereiche zu beschränken, die in die Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen. Sehr schnell stellte

---

1 Vgl. Martin Bangemann, Das Programm der Europäischen Liberalen Demokraten, in ders.u.a. Programme...,a.a.O., S.98.

2 Vgl. Kurzfassung der Rede von Jean Durieux, Vorsitzender der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament, in: Congress Brussels 1977, Brüssel, S. 8.

man fest, daß dies nicht durchzuhalten war aufgrund der vielfältigen politischen Verschränkungen zwischen nationaler und europäischer Kompetenz.

Der Programmkommission gehörte ein Vertreter jeder Partei an, ihr Vorsitzender war der Deutsche Martin Bangemann, MdEP. Die einzelnen Vertreter nahmen kontinuierlich an den Sitzungen teil , mit Ausnahme der Vertreter der französischen Parti Républicain (PR) Giscard d'Estaings, die wechselnde Teilnehmer entsandte, was die Mitarbeit dieser Partei erschwerte. Aufgrund ihrer Struktur als Honoratiorenpartei hat die PR der Programmarbeit noch nie große Bedeutung beigemessen.[1]
Die Kommission erarbeitete in dem Zeitraum zwischen November 1976 und Dezember 1977 in zweitägigen Sitzungen einen ersten Gesamtentwurf des Programms. Die Bearbeitung der Thesen wurde einzelnen Mitgliedern übertragen, jeder Textentwurf zweimal in der Kommission diskutiert.
Bevor die Arbeit der Programmkommission und des ELD-Kongresses zur endgültigen Verabschiedung des Programms chronologisch gemäß des Programms aufgezeigt wird, sei noch auf ein formales Hilfsmittel zur Konfliktlösung zwischen den Parteien hingewiesen: Das Programm unterscheidet zwischen Thesen und deren Erläuterungen.
Martin Bangemann erläuterte den Delegierten der F.D.P.-Bundeshauptausschußsitzung, die sich mit dem Europaprogramm befaßte, die gewählte Form: "Das ist nicht nur wegen der Lesbarkeit geschehen,

---

Zu Seite 177

3 Vgl. Martin Bangemann, Die Direktwahl zum Europäischen Parlament, Chance für die Liberalen, in: Wolfgang Mischnik,Hg.,Die Liberalen für Europa, Bonn 1977, S.37.

1 Vgl. Udo Kempf, Neuere Entwicklungstendenzen... a.a.O., S.31. Über die Mitarbeit der Franzosen war keine eindeutige Auskunft zu erhalten. Ein Mitglied der Programmkommission nannte sie rege, ein anderes wechselnd und nicht kontinuierlich.

sondern um politisch eine Unterscheidung machen zu können zwischen dem Teil des Programms, der für jedermann verbindlich sein wird, und den Erläuterungen, die in einem bestimmten nationalen Kontext unterschiedlich interpretiert werden dürfen."[1]
Die F.D.P., mit dem formalen Aufbau - Thesen und Erläuterungen - bereits vertraut, bediente sich auch in den Freiburger Thesen dieser Form.
Innerhalb der ELD schien die Verbindlichkeit der Erläuterungen nicht eindeutig zu sein, da einige ihrer Vertreter immer wieder von der Verbindlichkeit des gesamten Programms ausgingen.[2] Im Europawahlkampf arbeiteten die Mitgliedsparteien weitgehend mit dem gemeinsam erarbeiteten Programm.
Eine Ausnahme machte die französische Parti Républicain (PR), die Partei Giscard d'Estaings, die ihren Europawahlkampf innerhalb eines Parteienbündnisses, der Union pour le Démocratie Française (UDF) bestritt.[3] Auch die englische Liberal Party verfaßte ein nationales Europa-Manifest, zugeschnitten auf den Wahlkampfschwerpunkt der Partei, das englische Mehrheitswahlsystem.
Die Liberals arbeiteten auch mit dem ELD-Programm, betonten ihr europäisches Eingebundensein. F.D.P., Luxemburgische Demokratische Partei (DP), dänische Venstre und niederländische VVD stützten sich weitgehend auf das ELD-Programm, ergänzten es höchstens, wie die F.D.P., durch kurze Wahlaufrufe einige Wochen vor der Wahl.[4]

---

1 Martin Bangemann vor dem F.D.P.-Bundeshauptausschuß am 17.7.1977 in Hamburg, Protokoll, hektographiertes, unveröffentlichtes Manuskript, S.12.

2 So auch Lothar Mahling, Politische und Programmatische Einheit, Die Europäischen Liberalen Demokraten, in: Das Parlament 9/3.3.1979, S.4.

3 Der UDF gehören neben der PR das Zentrum und die Radikalsozialisten an.

4 Vgl. Hans-Dieter Heumann/Eva Karnofsky, a.a.O..

5.2.1. "Für ein demokratisches Europa"

Menschen- und Bürgerrechte

Die liberalen Parteien messen den Menschen- und Bürgerrechten vorrangige Bedeutung zu, sie machten diese auch zu einem Wahlkampfschwerpunkt. Zu Beginn der Arbeit der Kommission, vor dem Ausscheiden der dänischen Radicale Venstre aus der ELD (1977),[1] gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vertreter dieser Partei, Lannung, einem ehemaligen UN-Gesandten, und dem Vertreter der F.D.P.. Von der F.D.P. wurde der Standpunkt vertreten, die EG müsse, um die Bedeutung der Menschenrechte noch zu unterstreichen, eine eigene Konvention zu den Menschenrechten erarbeiten und nicht nur die Europarat-Konvention ratifizieren. Auch in der Stuttgarter Erklärung war bereits diese Position enthalten. Der Vertreter der Radicalen Venstre wiederum legte Wert auf eine Ratifizierung der UNO-Menschenrechtscharta,[2] deren Bedeutung er nicht durch eine europäische Konvention geschmälert wissen wollte. Die Programmkommission einigte sich auf einen Kompromiß, der darin besteht, "den bestehenden Schutz der Menschenrechte dadurch auszubauen, daß neben allen Mitgliedsländern auch die Europäische Gemeinschaft der Menschenrechtskonvention beitritt und gleichzeitig einen neuen additiv dazutretenden Grundrechtsschutz auf Gemeinschaftsebene zu schaffen."[3] Guido Brunner, liberaler EG-Kommissar, setzte auf dem Kongreß 1977 eine Frist von drei Jahren , in der ein europäischer Grundrechtskatalog erarbeitet werden soll.[4] Bangemann

---

1 Vgl. Volkmar Kallenbach, Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten, in: Aus Politik..., a.a.O., S.33.

2 Vgl. Kurzprotokoll des Kongresses der Föderation der Liberalen und demokratischen Parteien, Den Haag, 5.-7.11.1976, S.2.

3 Martin Bangemann, Das Programm der..., a.a.O., S. 1o8.

4 Vgl. Grußwort von Guido Brunner, in: ELD ,Congress..., a.a.O., S.3.

führt als weitere Gründe, die gegen einen eigenen EG-Grundrechtskatalog sprachen, die Abneigung der Briten, abgeschlossene Rechtskataloge aufzustellen sowie den Versuch der Dänen, über die Menschenrechtskonvention Nicht-EG-Länder zu berücksichtigen, an.
Kurz vor ihrem Austritt aus der Föderation auf dem ELD-Kongreß 1977 modifizierte die Radicale Venstre ihre Position und stellte den Antrag, sich weltweit insbesondere für die Ratifizierung der UN-konvention einzusetzen [1] und eine EG-Menschenrechtserklärung vor allem auf der UN-Charta basieren zu lassen. Die liberale Jugendorganisation LYMEC stellte den Antrag, das Schwergewicht weniger auf die Menschenrechte und sozialen Rechte zu legen, sondern auf einen von ihr entworfenen Katalog von Freiheitsrechten wie das Recht auf Existenz, das die Abschaffung der Todesstrafe zur Folge hat, auf Datenschutz, auf gleiche Bildung, das Recht auf freien Wohnsitz.[2] Der Kongreß folgte diesem Vorschlag nur insoweit, als die Abschaffung der Todesstrafe als ein Thema der europäischen Menschenrechtserklärung in eine These übernommen wurde. Auch die F.D.P. stellte einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe.[3] Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wurde nicht übernommen, das Recht auf Wehrdienstverweigerung wird nur in den Erläuterungen gefordert.[4]
Die ELD-Parteien wollten bewußt eine enge Anlehnung an den Tindemans-Bericht erreichen. Dies sollte auch durch die Übernahme des Ziels einer

---

1 Vgl. ELD-Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, Änderungsanträge zu den Thesen, S.9.

2 Vgl. Liberal and Radical Youth Movement of the European Community, Political Declarations, o.O. u. o.J.,S.3.

3 Vgl.ELD-Kongreß 1977, Arbeitsdokument A,a.a.O.,S.9.

4 Vgl. ebenda, S.7.

Europäischen Union (s.unten) signalisiert werden. Aus dem Tindemans-Bericht übernahmen sie die Forderung nach dem individuellen Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof. Anträge dazu kamen auf dem Programmkongreß 1977 von F.D.P., Venstre, Radicale Venstre und Französischer PR. Im Unterschied zu den Sozialdemokraten subsumieren die Liberalen das Klagerecht vor dem EUGH unter die Menschen- und Bürgerrechte, wie übrigens auch Tindemans, und nicht unter "Europäische Institutionen."Die F.D.P. beantragte die Aufnahme einer eigenständigen These, die das Asylrecht sichert. Sie konnte jedoch nur eine Aufnahme dieser Forderung in die Erläuterungen erreichen. Ihr Antrag, der den Datenschutz betraf, fand keine Berücksichtigung,[1] eine eigene These zur Europäischen Passunion setzte sich dagegen durch.

Europäische Institutionen

Die Programmdiskussion hatte sich in bewußter Anlehnung an den Tindemans-Bericht für den Terminus "Europäische Union" entschieden; darüber bestand Einigkeit zwischen den Parteienvertretern. Es ließ sich ohne weiteres kein Konsens darüber herstellen, inwieweit die Vorschläge Tindemans' nur die Grundlage für eine Entwicklung der europäischen Integration sein können. Es soll eine Rolle gespielt haben, ob Integration prozeßhaften Charakter haben soll oder nicht.[2]
Nach Aussagen von Mitgliedern der Programmkommission und Kongreßdelegierten spielte im Abstimmungsverhalten der Parteien, aber auch der einzelnen Delegierten, die Einstellung zur

---

1 In die Entschließung des ELD-Kongresses von 1980 wurde es dann aufgenommen; vgl. ELD, Entschliessung zur Ausweitung der Menschen- und Sozialrechte in der Europäischen Gemeinschaft, angenommen auf dem Kongreß in Paris, 16.2.1980, Brüssel 1980, S.2.

2 Wie die Diskussion im einzelnen verlief, welche Positionen die einzelnen Parteien bezogen, läßt sich nicht nachvollziehen.

Europäischen Integration die entscheidende Rolle.
Wie der Tindemans-Bericht gingen auch die Liberalen davon aus, daß die bestehende institutionelle Struktur der Gemeinschaft einen guten Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung biete.[1] Auf der Grundlage der Verträge sollen die Zuständigkeitsbereiche der Gemeinschaft erweitert werden. Die Parti Républicain war allerdings mit Kompetenzausdehnungen für die EG nicht einverstanden. In einem Änderungsantrag forderte sie auf dem Kongreß eine Streichung dieses Vorschlags.[2] Sie konnte sich damit genauso wenig durchsetzen wie mit ihrer Forderung, in den Erläuterungen die Passage zu streichen, die für eine Überführung von Zuständigkeiten auf die Gemeinschaftsebene plädierte, die noch nicht von den Verträgen erfaßt werden. Wie beinahe alle französischen Parteien will die Partei Giscard d'Estaings die Verträge zwar einhalten, aber nicht über sie hinausgehen. Eine Europäische Union, die die nationalen Rechte auch nur minimal einschränkt, wird von den französischen Parteien nicht akzeptiert, nur die Radikal-Sozialisten um Servan-Schreiber bilden eine Ausnahme.
Größter Kritikpunkt der ELD an der derzeitigen Organisation der Europäischen Gemeinschaft war das Kompetenzverhältnis der einzelnen Institutionen zueinander. Ziel der ELD ist es, "daß man die innere Ausgewogenheit erreicht und gleichzeitig die inneren Antriebskräfte gestärkt werden, derer es bedarf, um den Integrationsprozeß mit Schwung weiter voranzutreiben."[3] Dabei bedürfe es vor allem einer Reduzierung der Dominanz des Rates.[4] Auch diese Ansicht wurde von französischer Seite nicht

---

1 Vg. Tindemans-Bericht, V. und ELD, Programm für Europa, S.17.

2 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.12.

3 Ebenda, S.17.

4 Vgl. ebenda, S.17.

geteilt.
Während die europäischen Sozialdemokraten Europawahl und Veränderung der Machtverteilung zwischen den EG-Institutionen vor allem unter dem Aspekt der Demokratisierung und größeren Beteiligung der Bürger und Arbeitnehmer (s.WSA, S.9o)sahen, betonten die europäischen Liberalen stärker den institutionellen Aspekt der Kontrolle und des Ausgleichs. Bereits die Arbeitsgruppe, die zu den Institutionen gearbeitet hatte, machte dies auf dem Den Haager Kongreß deutlich.[1] Sie messen der Direktwahl große Bedeutung zu als "ein Meilenstein in der Weiterentwiclung der Institutionen der Gemeinschaft."[2]Dies beinhaltet den Wunsch nach stärkeren Einflußmöglichkeiten der Repräsentanten aller Bürger, d.h. des Parlaments. Den gesellschaftlichen Gruppen wird weniger Beachtung geschenkt.

Die Liberalen gehen von der Grundannahme aus, daß die Europäische Union notwendig und anstrebenswert ist; um die Realisierung der Europäischen Union zu gewährleisten, wird eine Umschichtung von Kompetenzen sowie stärkere gegenseitige Kontrolle der EG-Institutionen (checks and balances) für unumgänglich erachtet. Die innere Dynamik, ohne die der europäische Entscheidungsprozeß lahmgelegt werde, sei nur dadurch gewährleistet. Den Sozialdemokraten dagegen ging es vorrangig nicht um die europäische Einigung, sondern um die Demokratisierung.

Das Europäische Parlament

Prinzipiell sei die Funktionsverteilung zwischen Parlament, Rat, Kommission und Gerichtshof annehmbar.[3] Die Position des Parlaments müsse allerdings

---

1 Vgl. Kurzprotokoll des Haager Kongresses, a.a.O. S.2.
2 Ebenda, S. 18.
3 Vgl. Ebenda, S. 17.

gestärkt werden:

- "das Parlament sollte das letzte Wort bei der Ernennung der Kommissionmitglieder haben, damit der politische Charakter der Kommission klar herausgestellt wird." Welcher Modus der Parlamentseinflußnahme auf die Ernennung der Kommissionsmitglieder gefunden werden soll, wurde nicht präzisiert. Die französische PR schlug vor, das Parlament bei der Ernennung der Kommissare lediglich zu konsultieren.[1] Sämtliche Vorschläge, die sich mit den Aufgaben des Parlaments befassen, werden nur in den Erläuterungen gemacht. Das weist daraufhin, daß der gesamte Komplex der Kompetenzen der Institutionen innerhalb des Zusammenschlusses kontrovers war;
- "die Haushaltsbefugnisse des Parlaments müssen weiter ausgedehnt werden, so daß sie schließlich den gesamten Gemeinschaftshaushalt einschließen."[2] Gegen diese Forderung erhoben sich keine Einwände. In dem Formulierungsvorschlag der PR, der die Kompetenzen des Parlaments betraf, fehlte allerdings der zweite Halbsatz;
- "das Parlament sollte die Befugnisse zur Ratifizierung von Verträgen erhalten, die zwischen der Gemeinschaft als solcher und Drittländern abgeschlossen werden";[4]
- "in Übereinstimmung mit der auf der Pariser Konferenz der Staats- und Regierungschefs von 1974 bekundeten Absicht sollte das Parlament Mitentscheidungsbefugnisse in bezug auf die Rechtsvorschriften der Gemeinschaften erhalten, einschließlich des 'de Jure' auszuübenden Initiativrechts."[5]

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Working Document B, Amendments to the explanations, o.O. u. o.J., S.12.

2 ELD, Programmentwurf für Europa, S. 18.

3 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O., S.12.

4 ELD, Programm für Europa, S. 18.

5 Ebenda, S. 18.

Letztere Forderung findet sich sowohl bei den Sozialdemokraten als auch im Tindemans-Bericht; die Forderung nach vollem Budgetrecht geht über den Tindemans-Bericht hinaus, ebenso wie der Vorschlag, Verträge mit Drittländern vom EP ratifizieren zu lassen.
Die englische Liberal Party wollte dem Parlament im Rahmen der Verträge die alleinige Macht im Gesetzgebungsprozeß der Gemeinschaft zubilligen.[1] Dies wurde aber nicht akzeptiert. An anderer Stelle heißt es allerdings, daß die Legislativ- und Haushaltsbefugnisse in der Union in enger Zusammenarbeit von einem direkt gewählten Parlament und einem Rat der Staaten, in dem die Mitgliedsstaaten als solche vertreten sind, ausgeübt werden soll.[2] In ihren"Leitlinien liberaler Europapolitik"vertrat die F.D.P. eben diese Auffassung. An das nationale Europaprogramm in der Bundeshauptausschußsitzung der F.D.P. erinnert, wies der Vorsitzende der Programmkommssion, Martin Bangemann, daraufhin, daß die Forderung nach einem starken Parlament mit vollen parlamentarischen Befugnissen zwar weiterhin aufrecht erhalten wird, dies jedoch im Programm nicht ausdrücklich gefordert werden könne, da die Franzosen dies nicht mittragen könnten.Man setzte mit einer solchen Forderung den gemeinsamen Wahlkampf aufs Spiel. Bangemann warnte aus diesen Gründen gleichzeitig davor, auf dem Kongreß Modelle für die künftige Europäische Union zu diskutieren, da dies die Konsequenz nach sich ziehe, Details einer Verfassungsstruktur zu entwerfen.[3] So formuliert das Programm zwar eine grobe Struktur für eine europäische Verfassung, nennt jedoch keine Einzelheiten.

---

1 Vgl. ELD,Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O., S.13.
2 Vgl. ELD, Programm für Europa, S. 19.
3 Vgl. Protokoll der F.D.P.-Bundeshauptausschußsitzung vom Sept. 1977, a.a.O., S.57.

Von der Direktwahl des Europäischen Parlaments erhofften sich die Liberalen größeres Ansehen und Gewicht für das Parlament und damit Ansporn, "seinen rechtmäßigen Platz mit stärkerem Nachdruck zu beanspruchen."[1] Das Programm betont noch einmal ausdrücklich den Auftrag des EWG-Vertrages an das Parlament, ein europäisches Wahlgesetz auszuarbeiten. Die europäischen Liberalen haben sich diesbezüglich die Forderung ihrer britischen Mitgliedspartei nach einem System proportionaler Vertretung zueigen gemacht.[2]
Das englische Mehrheitswahlsystem hatte für die Liberal Party zur Folge, daß sie bei der Europawahl 1979 im Europäischen Parlament keinen Sitz errang.[3] Das System proportionaler Vertretung, bei der Europawahl von allen anderen Staaten bereits praktiziert, wurde von keiner Partei in Frage gestellt, es wurde in eine These eingebunden.

Die ELD weist dem Parlament die Aufgabe zu, "nachdrückliche Bemühungen um vernünftige Entscheidungen in Bezug auf die Dienstorte der Gemeinschaftsinstitutionen und Dienststellen, damit diese effizienter arbeiten können," zu unternehmen.[4]
Als Auftrag für das Parlament sehen die Liberalen vor, einen Vertrag zur Gründung der Europäischen Union zu entwerfen.[5]

Der Rat

"Der Rat dominiert zu stark",[6] stellt die Plattform lapidar fest. Zum Abbau dieser Dominanz wird vorgeschlagen, die Möglichkeiten der Verträge zu

---

1 Vgl. ELD, Programm für Europa, S. 18.

2 Vgl. ebenda, S. 18.

3 Vgl. Europäisches Parlament, Direktwahl '79, Ergebnisse und gewählte Mitglieder, 6.Juli 1979, S.22.

4 ELD, Programm für Europa, S.18.

5 Vgl. ebenda, S. 18.

6 Ebenda, S. 17.

nutzen, die eine bessere Ausgewogenheit zwischen den Institutionen schaffen. So soll der Rat "eine Reihe von Beschlüssen" mehrheitlich fassen, um auszuschließen, daß aufgrund der Uneinigkeit im Rat Vorschläge der Kommision gar nicht erst behandelt oder gar bis zur Unkenntlichkeit verändert werden.[1] Die Republikaner Giscard d'Estaings wandten sich gegen die Einschätzung, die Dominanz des Rates sei zu stark; lediglich mit dem Hinweis auf eine Ausgewogenheit im Rahmen der Verträge waren sie einverstanden. Auch die PR wollte jedoch die Unabhängigkeit der Kommission vom Rat gewährleistet wissen.[2] Sie trat für eine starke Position der nationalstaatlichen Regierungen ein, bei einer Schwächung des Rates würde deren Einfluß zwangsläufig geringer.
Der Rat soll zugunsten des Europäischen Parlaments "das letzte Wort bei der Ernennung der Kommission verlieren"; die geforderte Ratifizierung von Verträgen der EG mit Drittländern durch das Europäische Parlament würde ebenfalls seine Macht einschränken.

Der Europäische Rat

Im Unterschied zum Bund der Sozialdemokraten erwähnen EVP und ELD den Europäischen Rat. In den Erläuterungen lehnt sich die ELD nur teilweise an die Vorschläge Tindemans' an: Der Europäische Rat soll Impulse auf dem Weg zur Europäischen Union geben.[3] Während Tindemans dem Europäischen Rat den Charakter einer EG-Institution verleihen will, heißt es im ELD-Programm, der Rat solle den normalen Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft nicht behindern

---

1 Vgl. ELD, Programm für Europa, S. 17.

2 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O. S.13.

3 Ob der Europäische Rat diesen Anspruch erfüllen kann, ist umstritten. Vgl. z.B. Wolfgang Wessels, Die Integrationsstrategie des Tindemans-Berichts, in: Heinrich Schneider/Wolfgang Wessels, Hg., a.a.O. S. 229.

Die eigentliche Rolle des Rates bestehe darin, zusammenzutreten, "wenn es erforderlich ist, um u.a. zu einer konzertierten Aktion in Bereichen, die gegenwärtig außerhalb der Verträge liegen, zu gelangen...".[1] Die Liberalen billigen damit dem Europäischen Rat u.a. die Aufgabe zu, die die Kommission innerhalb der Verträge erfüllen soll. Es stellt sich die Frage, inwieweit der Europäische Rat gewillt sein wird, durch eigene Beschlüsse seine Machtbefugnisse einzuschränken, indem er weitere Politikbereiche in den Einflußbereich der Organe der Europäischen Gemeinschaft überführt, die bislang seiner Entscheidung unterliegen. Der Europäische Rat ist nicht Gegenstand einer These, was darauf schließen läßt, daß seine zukünftige Rolle in der ELD nicht unumstritten war. Auf dem Kongreß 1977 in Brüssel wurde nicht mehr über dieses Thema diskutiert. Die meisten Parteien hießen die Entwicklung des Europäischen Rates insofern nicht gut, als sie tendenziell wieder eine Zunahme der Befugnisse der nationalen Ebene bedeutet. Die französischen Republikaner waren dem Europäischen Rat gegenüber positiver eingestellt, da sie Souveränitätsverluste der Nationalstaaten ablehnen.[2]

Die Kommission

Die Kommission dürfe nicht zum Hilfsorgan des Rates werden; sie müsse ihre vertraglich garantierte Unabhängigkeit voll nutzen und sich, wenn notwendig, für ihre Vorschläge der Unterstützung des Parlaments versichern. Eine Stärkung des Parlaments bedeute gleichzeitig auch eine Stärkung

---

1 ELD, Programm für Europa, S. 18.
2 Information der Verfasserin.

der Kommission, da diese dem Parlament politisch verantwortlich sei.[1] Diese Vorschläge zur Kommission lehnen sich eng an die Römischen Verträge an. Die von Tindemans und dem Bund der Sozialdemokraten angestrebte stärkere Delegation von Befugnissen gemäß Art. 155 EWG-V vom Rat auf die Kommission wird nicht aufgegriffen. Sozialdemokraten und Liberale sind sich aber darin einig, daß der politische Charakter der Kommission gestärkt werden müsse. Nach Ansicht der Liberalen geschehe dies, wenn das Parlament das letzte Wort bei der Ernennung der Kommissionsmitglieder habe. Die Sozialdemokraten sähen dies gegeben im Falle der häufigeren Anwendung von Art. 155 EWG-V.
Die vorherige Abstimmung von Initiativen mit dem Europäischen Parlament kann zwar schon jetzt politischen Druck auf den Rat ausüben, vor allem, wenn Haushaltsfragen betroffen sind, denn das Parlament hat dem Haushalt zuzustimmen.[2] Eine Koordination zwischen Parlament und Kommission wird aber erst dann seine volle Wirksamkeit zeitigen, wenn hinter dem Parlament die Öffentlichkeit steht und es dadurch mehr Macht erhält oder aber, wenn es legislative Funktionen wahrnimmt, wenn z.B. Verträge mit Drittländern von seiner Ratifizierung abhängig sind, wie es eben von den ELD-Parteien gefordert wird.
Die anderen Institutionen der Gemeinschaft, Europäischer Gerichtshof, Wirtschafts- und Sozialausschuß sowie Europäischer Rechnungshof werden ebenfalls im Programm angesprochen. Ein Vorschlag zur Änderung des Status quo wird allerdings nur zum EUGH und zum Europäischen Rechnungshof gemacht;

---

1 Vgl. ELD, Programm für Europa, S.18.

2 Vgl. Edouard Poullet / Gerard Deprez, Struktur und Macht der EG-Kommission, Bonn 1976, S.158.

das Parlament soll zukünftig mehr Einfluß auf die Ernennung seiner Mitglieder nehmen. Vor dem EUGH soll das individuelle Klagerecht eingeführt werden. Die ELD beendete ihre Ausführungen zu den europäischen Institutionen mit einem Modell, wie sie sich das Institutionsgefüge der Europäischen Union vorstellt. Das Modell ist ein Vorschlag der ELD an das Europäische Parlament, dessen Auftrag es sein soll, einen Vertrag für die Europäische Union auszuarbeiten. Dies stieß allerdings auf den Widerstand der Parti Républicain, wie es Bangemann schon auf der Bundeshauptausschußsitzung der F.D.P. im Septmeber 1977 angedeutet hatte. Dieses Modell geht auf die "Leitlinien liberaler Europapolitik" der F.D.P. zurück und fand eine Mehrheit unter den Parteien. Der Auftrag an das Europäische Parlament wurde in eine These gekleidet, das Zielmodell ist allerdings eine Erläuterung.

Nicht nur die Bedenken der französischen Republikaner gegen die Festschreibung eines institutionellen Modells war der Grund für die Entscheidung, dieses Modell nur in den Erläuterungen vorzustellen. Die Entwicklung der Institutionen wurde als ein offener Prozeß begriffen und man wollte weder den Status quo noch eine Entwicklung festschreiben, die sich schon bald als überholt herausstellen kann. Im übrigen wollte man eine Detaildiskussion während der Programmarbeit vermeiden, die von Verfassungsexperten hätte geführt werden müssen.[1]

Grundannahme für diese zukünftige Struktur der Gemeinschaft sind

- die Ablösung der Kommission durch die
- Europäische Regierung und
- die Ablösung des Rates durch den Rat der Staaten,

---

1 Information der Verfasserin.

in dem alle Mitgliedsstaaten vertreten sein sollen.

Die Europäische Regierung soll dann von diesem Rat vorgeschlagen werden und sich vom Parlament bestätigen lassen. Parlament und Rat beraten entweder aus eigener Initiative oder auch auf der Grundlage von Vorschlägen der Regierung. In Fällen von Uneinigkeit soll ein Schlichtungsverfahren zwischen den drei Gremien in Gang gebracht werden.

Der WSA behält seine bisherige Rolle; andernfalls würde er in die Funktion der anderen Institutionen eingreifen. Noch in der Stuttgarter Erklärung sollte der WSA in größtmöglichem Umfang herangezogen werden zur Gewährleistung der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Unternehmensführung, an der Kontrolle und an den Gewinnen der Unternehmen auf der Ebene der Gemeinschaft.[1]

Dies macht erneut deutlich, daß die Liberalen den Einfluß der gesellschaftspolitischen Gruppierungen, vor allem der Arbeitnehmer, auf die Politik der Gemeinschaft im Unterschied zu den Sozialdemokraten nicht gestärkt wissen wollen. Die gesellschaftlichen Gruppen werden d u r c h das Parlament vertreten und nicht durch auf EG-Ebene n e b e n den drei genannten Institutionen angesiedelte Vertretungen. Seitens der Programmkommission werden die Unterschiede zwischen Stuttgarter Erklärung und Programm damit erklärt, über den Wirtschafts- und Sozialausschuß sei nicht diskutiert worden, man habe ihn nur der Vollständigkeit halber mit einem Satz erwähnt, jede Abweichung von der Stuttgarter Erklärung sei zufällig.

---

1 Vgl. Stuttgarter Erklärung, a.a.O., S.64.

Institutionelle Innovationsvorschläge des Programms

Das Programm ist klar an der bestehenden Struktur der Gemeinschaft orientiert, bedeutsamer Änderungsvorschlag ist der, der zur einer Machtverschiebung zwischen den Organen zugunsten der vom Bürger gewählten Körperschaft führen soll. Den Bürgern werde zum erstenmal das Recht auf Beteiligung in der Gemeinschaft eingeräumt , dies sind die einzigen Hinweise der ELD auf das ansonsten so vielbeachtete Demokratiedefizit der Gemeinschaft. Was die Rolle der Kommission anbetrifft, schließt das Programm die Übertragung von Exekutivbefugnissen gemäß Art. 155 EWG-V zwar nicht ausdrücklich aus - die Forderung nach einer "politischeren" Kommission kann durchaus dahingehend interpretiert werden - fordert sie aber nicht ausdrücklich wie Tindemans und europäische Sozialdemokraten. Diese Übertragung von Exekutivbefugnissen könnte "eine wesentliche Entlastung der verstopften Beschlußmaschinerie des Rates" ermöglichen.[1] Sämtliche Vorschläge, die sich mit künftigen Kompetenzerweiterungen des Parlaments befassen (Initiativrecht, Vertragsratifizierung, Vertragsentwurf für die Europäische Union), sind nur in den Erläuterungen angesprochen; die Thesen geben nur allgemein zu verstehen, daß Parlament und Kommission zu stärken seien.
Wenn das bisherige Institutionengefüge Grundlage der weiteren Entwicklung bleiben und eine schrittweise Machtverschiebung zwischen den Organen stattfinden soll, verstehen die Liberalen weitere Integration als prozeßhaft und 'evolutionär'. Sie sehen jedoch auch einen "qualitativen Sprung" vor: das Parlament soll einen Vertrag zur Gründung einer Europäischen Union ausarbeiten. Das Parlament

---

1 Christoph Sasse, Zur Verfassung der Europäischen Union, in: Heinrich Schneider/Wofgang Wessels, Hg., a.a.O. S.21o.

würde demnach zur Konstituanten.[1]
Dies kann die prozeßhafte Integration beenden, vom Tage des Inkrafttretens dieses Unions-Vertrages existiert dann nach den Vorstellungen der ELD eine Art europäisches föderalistisches Regierungssystem, wie es die ELD in groben Zügen vorstellt. Aufgrund der vagen Aussagen, welches Ziel dieser Vertrag beschreiben, welche Politikbereiche er umfassen soll, kann es sich bei diesem Vertrag ebenso um eine Festschreibung des Status quo handeln. Auch über die Befugnisse der Europäischen Regierung und des Rates der Staaten ist nichts zu erfahren. Sollten die Befugnisse nur die sein, die die ELD für die Vorgänger,nämlich Kommission und Ministerrat,fordert, handelte es sich um eine bloße Namensänderung, die beim Wähler ungerechtfertigterweise Assoziationen an einen Nationalstaat weckt. Man erfährt auch nichts darüber, wann dieser qualitative Sprung zur Europäischen Union stattfinden soll, wann es angezeigt ist, von der evolutionären Integrationsstrategie, wie sie auch von Tindemans und den beiden anderen Zusammenschlüssen vorgesehen ist, auf eine 'revolutionäre' Strategie überzugehen.
Über die Notwendigkeit, das Intitiativrecht für das Parlament sowie eine volle Wahrnehmung der Haushaltsbefugnisse anzustreben, sind sich die Parteienzusammenschlüsse einig. Die Liberalen fordern Unabhängigkeit der Kommission von den Mitgliedsstaaten, was im Extremfall auch heißen könnte, daß nicht alle Staaten in der Kommission vertreten sein müssen. Das letzte Wort bei der Ernennung der Kommissionsmitglieder soll dem Parlament zukommen; das bedeutete größeren Einfluß für das Parlament und entspräche der Ernennung einer Regierung durch das Parlament.

5.2.2. "Für eine liberale Gesellschaft"

Sozialpolitik

Die Sozialpolitik gehörte wohl zu den am wenigsten umstrittenen Bereichen des Programms.[1] Keiner der Anträge auf dem Brüsseler Kongreß zu diesem Thema sah eine wesentliche Änderung des sozialpolitischen Konzepts der europäischen Liberalen vor, selbst die Details betreffenden Anträge sind nicht so zahlreich wie auf anderen Gebieten.
Grundlage der liberalen Sozialpolitik ist die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen und die Solidarität der Gesellschaft mit denen, die sich nicht aus eigener Kraft versorgen können. Diese Betonung des Individuums bei gleichzeitiger Verantwortlichkeit der Gesamtgesellschaft für Schwache war bei allen Parteien unumstritten.
Die Freiheit des Einzelnen ist ein Leitmotiv des Programms, an dem sich sowohl Wirtschafts- und Sozialpolitik, als auch die Aussagen zu Menschen- und Bürgerrechten orientieren. Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Demokratisierung werden sowohl unter dem Aspekt der Selbstbestimmung, wie man

---

Zu Seite 194

1 Einem solchen Asatz werden von der Integrationsforschung geringe Realisierungschancen zugebilligt; aus zwei Gründen:"Aufgrund mangelnder interner Kohäsion werden sich keine deutlichen Parlamentsmehrheiten bilden, die einen ausreichenden Konsens zu den institutionellen, ordnungs- und gesellschaftspolitischen Grundfragen einer Europäischen Union und zur Aufgabenteilung zwischen Nationalstaat und Gemeinschaft tragen. Die Durchsetzungsfähigkeit des Parlaments ist ebenfalls gering einzuschätzen. Die Parlamentskräfte werden nicht über genügend Macht verfügen um ein Ratifizierungsverfahren einzuleiten und die nationalen Parlamente oder Bevölkerungen zur Annahme zu bewegen." Wolfgang Wessels, Zur Strategie..., a.a.O., S.117.

1 Auch Martin Bangemann zählt sie nicht zur den "Stolpersteinen"der Programmarbeit. Vgl. Martin Bangemann,u.a., Programme..., a.a.O., S.1o6-116.

es bei den Sozialdemokraten findet, als auch unter dem Aspekt der sozialen Verantwortung gesehen. Mitbestimmung wird dann auch unter das Kapitel Sozialpolitik subsumiert und nicht etwa, wie in der Sozialdemokratischen Plattform, unter die Wirtschaftspolitik. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Wirtschaftsprozeß zur Kontrolle des Kapitals spielt keine Rolle, da die Liberalen nicht von einem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgehen.
Die nur bruchstückhaften Aussagen des liberalen Programms zur Mitbestimmung stießen auf die Kritik der Jugendorganisation, der LYMEC. Der Vorsitzende Kallenbach warf der ELD vor, hinter den Mitbestimmungsaussagen der Freiburger Thesen der F.D.P. zurückgeblieben zu sein.[1] Die Freiburger Thesen setzen sich weitaus ausführlicher mit der Mitbestimmungsproblematik auseinander als das ELD-Programm, das die Realisierung des Freiburger Mitbestimmungsmodells durchaus zuläßt.[2] Die LYMEC befürwortet das Mitbestimmungsmodell, das das Europäische Parlament für die Europäische Aktiengesellschaft beschlossen hat.

Die Liberale Fraktion hatte diesem Modell seinerzeit nicht zugestimmt, da es eine Drittelparität vorsieht, so daß auch Betriebsfremde in den Aufsichtsräten säßen. Auch die F.D.P. lehnt aus diesem Grunde das europäische Modell ab.[3]
Die Ausführungen des Programmes zur Mitbestimmung waren einer der Gründe der LYMEC, dem Programm auf dem abschließenden Kongreß in Brüssel nicht zuzustimmen, sondern sich der Stimme zu enthalten.

---

1 Vgl. Protokoll der Sitzung des Bundeshauptausschusses der F.D.P. vom 17.9.1977, a.a.O., S.165.

2 Vgl. F.D.P., Die Freiburger Thesen a.a.O., S.51ff.

3 Vgl. Protokoll der Bundeshauptausschussitzung der F.D.P. vom 17.9.1977, a.a.O., S.165.

Die LYMEC-Vertreter waren auch nicht mit den Aussagen des Programms zu den Gewerkschaften einverstanden.[1] Wie sie deren Vertretung in den Aussichtsräten befürworteten , wandten sie sich auch gegen den Vorwurf des Programms, der Einzelne sei gegen deren Übermacht zu schützen.[2] Der Sekretär der ELD, Florus Wijsenbeek, erklärte diese Haltung aller ELD-Parteien - lediglich die französische Parti Républicain wollte "Gewerkschaften" durch "Kollektive Organisationen" ersetzt wissen, um von vornherein die Unternehmerverbände einzuschliessen - damit, daß die Liberalen sich noch nie als Bündnispartner der Gewerkschaften verstanden hätten. Die Äußerung der Plattform "Es muß Aufgabe der Regierungen sein, die Einzelperson vor übermächtigen Gewerkschaften zu schützen"[3] beziehe sich vornehmlich auf den politischen Einfluß der Gewerkschaften. Die ELD wolle Einzelpersonen ansprechen, nicht kollektive Organisationen.[4]

Die Einstellung der Liberalen zum Einfluß gesellschaftlich organisierter Gruppen auf die Entscheidungsfindung von Parlamenten wird im sozialpolitischen Teil des Programms erneut deutlich. Dreier-Konferenzen (Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Regierungen) sollten in ihrem Einfluß begrenzt sein, wichtigstes beratendes Gremium sollte der Wirtschafts- und Sozialausschuß bleiben. Das Europäische Parlament als Interessenvertreter der "Allgemeinheit" müsse dagegen ein Mitspracherecht in der europäischen Sozialgesetzgebung erhalten, "damit sichergestellt wird, daß sowohl die Interessen der Allgemeinheit als auch die Ansichten

---

1 Information der Verfasserin.

2 Vgl. ELD, Programm für Europa, S. 23.

3 Ebenda, S. 23.

4 Information der Verfasserin.

der Sozialpartner berücksichtigt werden...".[1]

Die Erhaltung der Vollbeschäftigung ist für die Liberalen zugleich wirtschafts- und sozialpolitisches Ziel. Innerhalb des sozialpolitischen Sektors wird Arbeitslosigkeit vornehmlich als ein Problem der Ausbildung gesehen. Den Jugendlichen müsse eine angemessene Berufsausbildung und Möglichkeiten der Fortbildung gewährleistet werden. Man wendet sich gegen staatliche Hilfsprogamme und will durch Ausbildungs- und Reformmaßnahmen die Eigeninitiative der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt fördern. Erreicht werden sollen Flexibilität und soziale Mobilität. Auf deren Mangel wird offensichtlich Jugendarbeitslosigkeit zurückgeführt; ein Mangel an Ausbildungsplätzen wird nicht festgestellt. Als unabdingbar für Vollbeschäftigung wird wirtschaftliches Wachstum angesehen. Wirtschaftswachstum stand innerhalb der ELD als Prinzip nie zur Disposition.
Wie die sozialdemokratische Arbeitsgruppe "Sozialpolitik" ein europäisches Arbeitsamt forderte, forderte die ELD auf europäischer Ebene eine Reform und Angleichung der für die erneute Beschäftigung der Arbeitslosen geltenden Bestimmungen. Was im einzelnen darunter zu verstehen ist, etwa größere Mobilität der Arbeitskräfte auch über die Grenzen hinweg oder eine Herabsetzung der Zumutbarkeitsgrenzen für Arbeitslose, wird nicht erklärt.
Die Bewegungsfreiheit innerhalb der Gemeinschaft wird ebenfalls unter die Sozialpolitik subsumiert, da die Gemeinschaft sich derjenigen annehmen müsse, die außerhalb ihres Heimatlandes arbeiten. Das impliziert sowohl soziale Sicherheit als auch das Wahlrecht innerhalb der gesamten Gemeinschaft.

---

1 ELD, Programm für Europa, S.23.

Letzteres stieß offensichtlich auf den Widerstand der Franzosen.[1]
Nicht nur die Garantie der sozialen Sicherheit innerhalb der Gemeinschaft wird angestrebt, auch eine stärkere Harmonisierung der Sozialsysteme. Es soll nicht ein einheitliches System geschaffen werden, sondern lediglich darauf verzichtet werden von Seiten der Nationalstaaten, die einzelnen Systeme immer stärker zu differenzieren. Es sollen jedoch auch "europäische" Maßnahmen zur sozialen Sicherheit getroffen werden. Woran dabei gedacht ist, wird nicht erläutert.
Auf Betreiben der niederländischen VVD wurde ein Passus eingefügt,[2] der nicht nur eine Beseitigung der Diskriminierung der Frau fordert, wie man es auch bei den Sozialdemokraten findet, sondern eine Neuverteilung der Rollen von Mann und Frau, aus der sich auch eine Neuverteilung der Verantwortlichkeit ergeben müsse , besonders in der Kindererziehung und den häuslichen Pflichten.
Durch Erziehung und Bildung müßten herkömmliche Rollenerwartungen aufgebrochen werden; jede gesetzliche Diskriminierung der Frau gelte es zu beseitigen. Die F.D.P. hatte einen Änderungsantrag vorgelegt, der Chancengleichheit in der Bildung und "in sozialer, beruflicher und bürgerrechtlicher Hinsicht" vorsieht.[3] Dieser Antrag sei von Martin Bangemann ad-hoc und ohne vorherige Diskussion eingebracht worden. In die Erläuterungen wird zu diesem Thema auch der Schwangerschaftsabbruch "in bestimmten, klar definierten Fällen" einbezogen.
Die F.D.P. hatte auf ihrer Bundeshauptausschuß

---

1 Vgl. ELD-Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O., S. 67.

2 Vgl. ELD-Kongreß, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.54.

3 Vgl. ebenda, S.54.

sitzung eine Aufnahme des Schwangerschaftsabbruches in das Programm abgelehnt,[1] obwohl sie im nationalen Rahmen an der Neuregelung des § 218 mitgewirkt hat. Da dem Programmkongreß zu diesem Thema keine Änderungsanträge mehr vorlagen, kann man davon ausgehen, daß die doch recht auslegungsfähige Formulierung Konsens fand.

Bildungs- und Kulturpolitik

Die Bildungs- und Kulturpolitik spielte eine noch geringere Rolle bei der Programmarbeit als die Sozialpolitik. Sie stellt auch nur einen kleinen Teil des Programmes dar. Die Liberalen betrachten Bildung als ein Grundrecht; jedermann sollte ein Leben lang Zugang dazu haben.
Wichtigster Diskussionspunkt war die nationale Zuständigkeit für die Bildungspolitik. Für die Erläuterungen hatte die Programmkommission einen Hinweis darauf vorgesehen, daß die Bildungspolitik weiterhin im einzelstaatlichen bzw. regionalen Zuständigkeitsbereich verbleiben soll. Die dänische Venstre beantragte auf dem Kongreß die Übernahme dieser Forderung in eine These.[2] Die englische Liberal Party machte in ihrem Antrag zum Verbleib der Zuständigkeiten im Bildunssektor im nationalen Bereich deutlich, wo sie die Aufgaben der Gemeinschaft im Bildungsbereich ansiedelt: "Wir glauben, daß die Gemeinschaft einen besonderen Beitrag leisten kann auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung (life-time-education), vor allem in den Bereichen, für die die Gemeinschaft direkt verantwortlich zeichnet, z.B. in der Industrieausbildung und -entwicklung, in der Landwirtschaft und in der Sozialpolitik."[3] Dieser Vorschlag der

---

1 Vgl. Protokoll der F.D.P.-Bundeshauptausschußsitzung am 17.9.77, a.a.O., S.172.

2 Vgl. ELD-Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.58.

3 ELD-Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O., S. 69.

britischen Liberalen, der eine eigenverantwortliche Bildungspolitik der EG auf bestimmten Gebieten vorsah, wurde nicht akzeptiert. Das Programm fordert lediglich eine europäische Bildungspolitik, die die nationalen Behörden unterstützt, um ein besseres Verständnis zwischen den Bürgern Europas zu erreichen. Ganz in diesem Sinne wird Kulturaustausch über Hochschulen, Schulen, über die Medien, befürwortet.
Auch in der Bildungspolitik legen die Liberalen vor allem Wert auf die Entfaltungsmöglichkeit des Individuums eben durch lebenslange Bildung, aber auch durch den Schutz regionalen Kulturgutes, z.B. durch den Erhalt von Minderheitssprachen.
Sowohl im Bildungs- als auch im Sportbereich sollen lediglich gemeinschaftliche Koordinierungen vorgenommen werden; eigenständige Gemeinschaftspolitiken sehen die Liberalen nicht vor. Gemeinschaftspolitik soll sich offensichtlich auf diesen Sektoren nur intergouvernemental vollziehen, d.h. die theoretische Zielprojektion , die im institutionellen Programmteil entworfen wird - Europäische Regierung, Staaten-Rat - wird in den Kapiteln, die die politische Praxis behandeln, nicht nachvollzogen. Es gibt auch keine Hinweise, wie sich auf der transnationalen Ebene der Übergang zur Europäischen Union vollziehen soll, an welcher Stelle europäische Institutionen mehr als nur Koordinationsfunktion zukommen soll.

Umweltpolitik

In die Umweltpolitik fällt einer der größten Streitpunkte der liberalen Programmarbeit, die Kernenergiefrage.[1] Bereits auf dem Den Haager

---

1 Sowohl im Umweltschutz - als auch im Energiepolitikkapitel findet sich je eine These zur Kernenergie. An dieser Stelle werden beide Thesen einbezogen, um ein geschlossenes Bild zu liefern.

Kongreß 1976 wurde die Problematik dieses Themas deutlich. Die Arbeitsgruppe "Energiepolitik" hatte sich für eine Nutzung der Kernenergie ausgesprochen, "Schnelle Brüter" jedoch abgelehnt.[1] Während der Kongreßberatungen entstand eine Fassung, die die Genehmigung neuer Kernkraftwerke generell ablehnte, solange keine glaubwürdige Garantie vorliegt, daß Umweltschäden und Gesundheitsgefährdungen auch für zukünftige Generationen ausgeschlossen sind. Die unterschiedlichen Standpunkte, die auf dem Haager Kongreß zur Kernenergie vorgetragen wurden, gaben Anlaß, erneut eine Arbeitsgruppe mit der Aufarbeitung der Problematik zu betrauen. Diese Gruppe wiederum optierte für die Kernenergie mit dem Argument, die Abhängigkeit von öl- und gasimportierenden Ländern zu verringern. Sie geht sogar davon aus, daß gegen Ende des Jahrhunderts 5o Prozent des Energiebedarfs mit Kernkraft gedeckt werden kann. Den Umweltschutz betreffend forderte sie gründliche Studien.[2]

Diese beinahe uneingeschränkt positive Haltung zur Kernenergie konnte die Programmkommission nicht übernehmen.

Die Vertreter der englischen Liberalen hegten große Bedenken gegen die Kernenergie. Die entschiedenste Gegnerschaft fand sich bei dem liberalen Jugendverband. Die LYMEC stellte den weitestgehenden Antrag auf dem Brüsseler Kongreß. Sie lehnte die weitere Errichtung von Kernkraftwerken und Anreicherungsanlagen ab.[3] Der später gefundene Kompromiß reichte der LYMEC nicht aus; Volkmar Kallenbach nannte in seiner Begründung der Stimmenthaltung vor dem Kongreß die Thesen

---

1 Vgl. Martin Bangemann, Das Programm..., a.a.O., S. 112.

2 Vgl. ebenda, S. 112 -113.

3 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.52.

zur Kernenergie als eine Ursache.[1]
Am positivsten standen der Nuklearenergie die französische Parti Républicain und die dänische Venstre gegenüber. Die PR schlug vor, nicht von Gefahren dieser Energiequelle zu sprechen, sondern lediglich von Risiken. Die Venstre wollte diesen Satz ganz gestrichen wissen.[2]
Die belgische PVV wollte die Erforschung alternativer Energiequellen sowie absolut sicherer und umweltfreundlicher Formen der Kernenergie in den Vordergrund des Antrages stellen. Teile ihres Antrages wurden dann mit dem ursprünglichen Vorschlag der Programmkommission und dem Antrag der F.D.P. verschmolzen. So sind die Bedingungen, die für die Nutzung der Nuklearenergie gestellt werden, dem Antrag der F.D.P. entnommen: Erst ist die sicher beherrschbare Endlagerung radioaktiven Mülls und die sichere und technisch bedenkenlose Zwischenlagerung zu gewährleisten. Die Schließung bereits arbeitender Kernkraftwerke wird ausdrücklich ausgeschlossen. Die Liberalen wollen die Kernkraft grundsätzlich nur zur Restbedarfsdekkung einsetzen; auch dies geht auf die F.D.P. zurück.[3]
Parti Républicain und Venstre waren sich einig darüber, daß die Kernenergie eine gewisse Unabhängigkeit für Europa bedeuten kann. Diese Einschätzung wurde in die Erläuterungen mit aufgenommen. Die skandinavischen Staaten und auch Frankreich sind immer mehr als andere EG-Staaten auf Unabhängigkeit, vor allem auch nationale, bedacht. Die Franzosen sind im Bau von Kernkraftwerken im übrigen schon sehr weit fortgeschritten,

---

1 Nach Aussagen von Volkmar Kallenbach selbst.
2 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O. S. 5o.
3 Vgl. ebenda, S. 51.

so daß der Parti Républicain Giscards sicherlich sehr daran gelegen hat, Programmaussagen zu erhalten, die ihre Nuklearpolitik zumindest nicht völlig ausschließen.
Die Bedenken der englischen Liberalen gegen die Kernkraft haben z.T. ebenfalls nationale Hintergründe; der englische Antrag will die Nutzung der Kernenergie von der Sicherheit vor dem Terrorismus abhängig machen. Dafür sind sicherlich die immer wiederkehrenden Terroranschläge der Irish Republican Army/provisionals in England verantwortlich.

Im Umweltschutzteil der Plattform wird nochmals deutlich gemacht, daß andere Energiequellen Priorität vor der Kernenergie haben sollen. Die europäischen Institutionen sollen die Konsultationen über die Standortfrage forcieren, wenn es um Kernkraftwerke in Grenzgebieten geht. An eine Planung auf Gemeinschaftsebene, wie sie immer wieder gefordert wird,[1] ist allerdings nicht gedacht. Von Seiten der PR schien es keine Einwände gegen die geforderten Konsultationen gegeben zu haben, obwohl gerade Frankreich in jüngerer Zeit wegen seiner eigenmächtigen Planung eines Atomkraftwerkes an der deutsch-luxemburgischen Grenze in die Kritik geraten war.[2] Die Gemeinschaft sollte Mindeststandards für die Umweltqualität setzen. Auf diese Forderung, die auch Wettbewerbsverzerrungen vermeidet, konnten die Parteien sich einigen. Sie fand sich einmal in den Erläuterungen, aber auch als These[3] wieder. Die VVD machte den Vorschlag, in der These ausdrücklich auf die Bedeutung der Mindestnormen für einen ausgewogenen Wettbewerb hinzuweisen,[4] konnte sich jedoch nicht

---

1 I Vgl. z.B. Harald H. Bungarten, Umweltpolitik in Westeuropa, Bonn 1978, S.232.

2 Vgl. Saarbrücker Zeitung, "In Cattenom kein Harrisburg-Reaktor" 14.7.198o.

3 Vgl. ELD, Programm für Europa, S. 26 u. S.28.

4 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O. S. 39.

durchsetzen.
Das Verursacher-Prinzip wird ausdrücklich nur in den Erläuterungen verlangt, es wird jedoch faktisch gefordert, wenn es heißt: "Wer die Umwelt verschmutzt, soll für die Wiedergutmachung des Schadens zahlen."[1] Diese Formulierung stammte von der F.D.P., aber auch anderen Parteien war an der Durchsetzung des Verursacher-Prinzips gelegen, so der englischen Liberal Party und der niederländischen VVD.[2] Erstere nahm diese Forderung auch in ihren nationalen Aufruf zur Europawahl auf.[3]
In etlichen Gemeinschaftsländern findet das Verursacher-Prinzip, wenn auch teilweise modifiziert, bereits Anwendung, so in Belgien, Dänemark und den Niederlanden.[4]
Europäische Umweltpolitik soll sich nach den Vorstellungen der ELD-Parteien um grenzüberschreitende Umweltverschmutzung kümmern. Hauptsächlich die niederländischen Liberalen drängten darauf, insbesondere auf die Reinerhaltung der Gewässer. Die niederländischen Gewässer sind besonders betroffen von der Verunreinigung des Rheines durch Frankreich und die Bundesrepublik.
Auf Betreiben der F.D.P. - unwidersprochen von den anderen Parteien - wird im umweltpolitischen Teil der Plattform darauf hingewiesen, daß Wachstum nicht Selbstzweck sein darf, sondern ökologische Gesichtspunkte zu berücksichtigen seien.

Regionalpolitik

Zu zwölf Thesen gab es nur vier Anträge auf dem Brüsseler Kongreß. Regionalpolitik ist kein kontroverses Thema innerhalb der ELD.
Gänzlich abgelehnt wurde ein Antrag der englischen

---

1 ELD, Programm für Europa, S.27.

2 Vgl. ebenda und ELD, Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O., S.49.

3 Vgl. Liberal Party Manifesto, in: Financial Times 11.4.79, S.14.

4 Vgl. Harald Bungarten, a.a.O., S.22,37 u.77.

Liberalen, die gemeinsame Agrarpolitik umzugestalten, damit sie die Regionalpolitik nicht behindert, sondern unterstützt.[1] Die von den englischen Liberalen vorgeschlagene und von den beiden anderen Zusammenschlüssen ebenfalls aufgenommene Verknüpfung von Regionalfonds mit anderen Gemeinschaftsfonds wird weder im regional- noch im agrarpolitischen Teil der Plattform nachvollzogen. Auch der Tindemans-Bericht hatte den engen Zusammenhang der einzelnen Sektoren mit der Regionalpolitik konstatiert.[2]
Einwände gegen eine Erläuterung gab es von der Parti Républicain:[3] Die Plattform schlägt vor, stärkere Dezentralisierung auch durch die Schaffung von Regionalregierungsebenen verschiedener Art zu fördern. Frankreich ist ein weitgehend zentral verwaltetes Land und als eine seiner Regierungsparteien ist der PR Dezentralisierung nicht willkommen, da sie eine Schmälerung der Macht der Zentralregierung nach sich ziehen könnte.

Das Programm bezeichnet die gegenwärtige Regionalpolitik der Gemeinschaft als unbefriedigend. Die Gemeinschaft müsse in die Lage versetzt werden, in allen Mitgliedsländern regionalpolitische Maßnahmen zu fördern. Aus den Erläuterungen geht dann hervor, daß eine Aufstockung der Gemeinschaftsmittel für Regionalpolitik notwendig sei; von einer Aufstockung des Regionalfondes wird jedoch nicht ausdrücklich gesprochen. Dies könnte natürlich bedeuten, daß auch Sozial- und Agrarfonds weiterhin eine Rolle in der Regionalpolitik spielen sollen. Bis zur Schaffung des Regionalfonds 1974 waren sie mit der Europäischen Investitionsbank und den EGKS-Mitteln nach Art. 56 EGKS-V die tragenden Säulen der EG-Regionalpolitik.[4]

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.25.
2 Vgl. Tindemans-Bericht, III.C.2..
3 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O., S.31.

Die regionalpolitischen Aussagen des Programms enthalten nur wenig globale Optionen für die Arbeit der Gemeinschaft, obwohl die ELD-Parteien sie in ihrer jetzigen Form für unbefriedigend halten; den Regionen soll, wenn sie es für erforderlich halten, durch Dezentralisierung größere Selbständigkeit eingeräumt werden; die Mittel müßten erhöht werden; Projekte werden nicht genannt. Konsens über die Mittelverteilung herzustellen gehörte schon immer zu den Problemen der Regionalpolitik. Ferner soll Chancengleichheit für die einzelnen Regionen bestehen und die Grenzbeschränkungen innerhalb der EG sollen vermindert werden, sei es für grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit, sei es, um die Freizügigkeit aller Bürger, und nicht nur der arbeitenden Bevölkerung, zu gewährleisten.
Mitglieder der Programmkommission bezeichneten den regionalpolitischen Teil der Plattform als eine der geschlossensten und gelungensten Passagen des gesamten Programmes.

5.2.3. "Für eine liberale Wirtschaft"

Wirtschaftspolitische Grundsätze

Alle liberalen Parteien bejahten eine marktwirtschaftliche Ordnung, so daß das Problem der grundsätzlichen Orientierung nicht zur Disposition stand. Dennoch existieren in der ELD terminologische Unterschiede;zumindest die F.D.P. vertritt ein Konzept der 'Sozialen Marktwirtschaft'.[1] Im ELD-Programm ist von freier und moderner Marktwirtschaft die Rede, in seiner Präambel von 'Sozialer Marktwirtschaft'. Dabei ist nicht an einen

---

Zu Seite 2o6

4 Vgl. Klaus Boeck, Regionalpolitik - Eine Zukunftsaufgabe für die Gemeinschaft, in: Hans Eckart Scharrer, Hg., a.a.O., S.236.

1 Vgl. z.B. F.D.P., Leitlinien liberaler Europa-Politik, a.a.O., S.24.

Laissez-faire - Liberalismus gedacht; staatliches Eingreifen in den Wirtschaftsprozeß ist durchaus eingeplant und zwar zur Sicherung des freien Wettbewerbs gegen Kartelle und Monopole; die soziale Komponente wird zwar nicht so hervorgehoben wie bei den deutschen Liberalen, dem Staat fällt jedoch die Aufgabe zu, "Recht und Gerechtigkeit... unter Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen herzustellen."[1] Einigen ELD-Vertretern zufolge sei über den Terminus 'Soziale Marktwirtschaft' nie diskutiert worden, über die Marktwirtschaft hätten überhaupt keine Auseinandersetzungen stattgefunden. Im übrigen gebe es auch in der F.D.P. Stimmen, die davon ausgehen, eine Marktwirtschaft sei immer frei. Die von anderer Seite vertretene Ansicht, man habe im wirtschaftspolitischen Teil bewußt den Begriff 'Soziale Marktwirtschaft' vermieden, da man an liberale Traditionen anknüpfen und sich nicht auf den deutschen Terminus festlegen wollte, beruhe auf einem - nicht näher spezifizierten - Mißverständnis.[2]

Massive Einwände während der gesamten Programmdiskussion gab es gegen die Lohn- und Preisleitlinien. Schärfster Gegner derartiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen waren F.D.P. und PR. Auf der Bundeshauptausschußsitzung der deutschen Liberalen wurde ein Antrag auf Streichung beschlossen; es wurde die Kompromißformulierung "flexible Planung einschließlich Preise und Löhne" vorgeschlagen.[3]

Auf dem Kongreß der ELD 1977 in Brüssel versuchte Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff vergeblich, noch die Beschlüsse zu Lohn- und Preisleitlinien

---

1 ELD, Programm für Europa, S.33.

2 Information der Verfasserin.

3 Vgl. Protokoll der F.D.P.-Bundeshauptausschußsitzung am 17.9.1977, a.a.O.,S.33.

zu verhindern. Die französische Parti Républicain hatte ebenfalls beantragt, diese Passage zu streichen.[1] Die italienische Partito Repubblicano Italiano hatte sie initiiert. Die liberale Jugendorganisation stützte sie.[2] Aus dem nationalen britischen Programm geht hervor, daß auch die Liberal Party Lohn- und Preisleitlinien begrüßt.[3] Der Kompromißvorschlag der F.D.P. wurde zwar berücksichtigt bei der endgültigen Formulierung "Flexible Planung unter Mitwirkung beider Sozialpartner unter Einbeziehung von Lohn- und Preisleitlinien..."[4], an der Forderung nach Leitlinien wurde jedoch ausdrücklich festgehalten.

Auch über das Hauptziel liberaler Wirtschaftspolitik bestanden anfangs unterschiedliche Auffassungen. Die F.D.P. gab der Vollbeschäftigung Priorität, die dänische Venstre der "Sicherstellung des sozialen Fortschritts und der sozialen Sicherheit." Die Programmkommission hatte "beständiges und ausgewogenes Wachstum" vorgeschlagen.[5] In ihren nationalen Europaaussagen sieht die Venstre Wachstum als Voraussetzung für höheren Wohlstand und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten.[6] Man einigte sich darauf, Wachstum und Vollbeschäftigung gleichrangige Priorität zu verleihen, gefolgt von der Lebensqualität und den Verbraucherinteressen.

Die F.D.P. drängte darauf, den Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit in eine weitere These aufzunehmen; die Programmkommission übernahm

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.18.

2 Information der Verfasserin.

3 "We would introduce a sustained prices and income policy," Liberal Party Manifesto, a.a.O.

4 ELD, Programm für Europa, S.33.

5 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.17.

6 Vgl. Europa går til valg, liberal, Holte o.J., S.55.

ihren Antrag; es gab keine Einwände seitens anderer Parteien.[1]

Ein weiteres Mal wenden sich die Liberalen in ihrem Europaprogramm gegen die Vertretung von Gruppeninteressen: "Die Liberalen und Demokraten stehen auf Seiten derer, die ihr Augenmerk auf das Allgemeininteresse richten - im Gegensatz zu denjenigen, die sich zum Opfer von Klasseninteressen machen lassen..."[2] Die französischen Republikaner plädierten vergeblich gegen diesen Passus. Die ELD-Parteien gehen davon aus, daß ein Allgemeinwohl existiert.

Die F.D.P. wollte in den allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen die Vermögensbildung verankert wissen:"Die Liberalen fordern eine gerechtere Vermögensverteilung durch gezielte und breit angelegte Vermögenspolitik sowie einen Abbau des Wohlstandsgefälles in Europa."[3] In der Plattform heißt es lediglich:"Wir streben eine Neuverteilung des Wohlstandes in Europa an."[4] Vermutlich entschloß man sich für die globalere Formulierung, weil sie noch keine politischen Maßnahmen nennt, die zum Ziel der Neuverteilung des Wohlstandes führen. Zumindest die britischen Liberalen sehen in ihrem Europa-Wahlmanifest Möglichkeiten der Vermögensbildung vor ;[5] sie legten dem Kongreß der ELD 1977 aber keinen Antrag zu diesem Themenkomplex vor.

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.19.

2 ELD, Programm für Europa, S.34.

3 ELD, , Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.18.

4 Eld, Programm für Europa, S.34.

5 Die britische Liberal Party sieht eine Änderung des Steuersystems vor, die eine breitere Vermögensverteilung zuläßt; ferner schlägt sie betriebliche Gewinnbeteiligung vor. Vgl. Liberal Party Manifesto, a.a.O..

Im allgemein-wirtschaftspolitischen Teil des Programms findet sich bereits ein Vorgriff auf das entwicklungspolitische Kapitel: die ELD strebt die Neuverteilung der Reichtümer der Welt an. Die niederländischen Liberalen (VVD) verlangten die Streichung dieser These. In der hier geäußerten Absolutheit wird sie durch das entwicklungspolitische Kapitel auch nicht gerechtfertigt.

In den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen finden sich Hinweise auf die Überzeugung der Liberalen, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr auf nationaler Ebene verwirklicht werden können. Auch der technologische Fortschritt mache europäische Zusammenarbeit erforderlich. Daher müßten politische und wirtschaftliche Einigung einander ergänzen.

Diese Äußerung bedeutet zunächst einmal eine Absage an einen monetaristischen Integrationsansatz.[1] Politische und wirtschaftliche Integration sind komplementär. Auch den Weg, über weitere wirtschaftliche Integration allmählich die politische Integration zu erreichen, lehnt man ab. Der politischen Einigung wird damit der gleiche Stellenwert eingeräumt wie der wirtschaftlichen. Technokratische Integrationsmodelle wie sie beispielsweise Haas formuliert,[2] werden ebenfalls ausgeschlossen. Über den EWG-Vertrag weist man damit hinaus und trägt auch z.B. der EPZ Rechnung. Hinter der Forderung steht sicherlich die weitverbreitete Erkenntnis, daß Wirtschaftsintegration an den politischen Strukturen scheitern kann.[3]

---

1 Vgl. dazu: Hans-Eckart Scharrer, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion..., a.a.O.,S.147.

2 Vgl. Die Zusammenfassung von Haas' Aufsatz in: Rudolf Hrbek, Eine neue politische Infrastruktur?...a.a.O., S.353 - 355.

3 Vgl. z.B. Ulrich Everling, Die europäische Integration nach den Gipfelkonferenzen, in: Integration 4/1978, S.133.

Diese These wurde auf Betreiben der niederländischen VVD in das Programm aufgenommen mit Billigung der Programmkommission.[1]

Wirtschafts- und Währungsunion

Teil der Europäischen Union soll nach Auffassung der Liberalen die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sein. Bereits 1975 legte die F.D.P. in ihren Leitlinien zur Europapolitik erste Vorschläge fest, die sich in weiten Teilen im ELD-Programm wiederfinden. So sind die Kernpunkte der Währungspolitik im europäischen Programm nur erläutert worden und in einem wesentlichen Punkt ergänzt, an dessen Durchsetzung für das Programm die F.D.P. allerdings auch sehr interessiert war: die Beibehaltung flexibler Wechselkurse bis zur Einführung einer europäischen Standardwährung. In der F.D.P. hat sich vor allem Graf Lambsdorff dafür stark gemacht ; auf der F.D.P.-Bundeshauptausschußsitzung wurde ein entsprechender Antrag für den Brüsseler Kongreß verabschiedet.[2] Auf dieser Sitzung wurde der Antrag gestellt, nicht die Beibehaltung flexibler Wechselkurse, sondern die Schaffung von Bandbreiten dem ELD-Kongreß vorzuschlagen. Lambsdorff erläuterte seine Option, die Beibehaltung flexibler Wechselkurse, in dem er darauf hinwies, daß die Schaffung von Bandbreiten sehr desintegrierend wirkte .[3] Im ELD-Programm wird die Möglichkeit der Bandbreiten dennoch eingeräumt, allerdings mit dem ausdrücklichen Hinweis, sie sei möglichst zu vermeiden. Die französische PR wollte ausdrücklich vermerkt wissen, daß jede Regierung, wenn es ihr notwendig erscheint, die

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.2o.

2 Vgl. Protokoll der F.D.P.-Bundeshauptausschußsitzung vom 17.9.77., S.117.

3 Vgl. ebenda, S.117.

Grenzen der Bandbreiten ausweiten kann, d.h. die nationalen Interessen sollen weiterhin im Vordergrund stehen.
Wie Lambsdorff schätzt auch die dänische Venstre die Chance einer baldigen Schaffung einer europäischen Währung als sehr gering ein, hält sie auch nicht für wünschenswert. Die dänische Venstre vertrat nämlich einen in der Tendenz ökonomistischen Standpunkt:"Eine gemeinsame europäische Währung (Hervorhebung durch die Verfasserin) ist erst dann möglich, wenn die Wirtschaftsentwicklung in allen Ländern parallel verläuft und die wirtschaftliche Integration im weitesten Sinne des Begriffs verwirklicht ist."[2] Diese Formulierung wurde dann auch beinahe wörtlich in die Erläuterungen des Programms aufgenommen.[3]
Eine neue europäische Währungsordnung über das EWS hinaus als Voraussetzung für eine effektivere Wirtschaftspolitik streben die Dänen auch an.[4] Es wird allerdings nicht deutlich, inwieweit diese über das EWS hinausgehen soll.
Als weitere Forderungen aus dem F.D.P.-Programm von 1975 wurde die teilweise Zusammenlegung der Reserven der Gemeinschaftsstaaten in das Europaprogramm übernommen; die F.D.P. sprach von einem schrittweisen Aufbau einer gemeinsamen Währungsreserve.[5] Diese Einschränkung geht auf die niederländischen Liberalen zurück. Die Forderung nach verstärkter Kreditgewährung der Gemeinschaftsländer untereinander entstammt nicht den F.D.P.-Leitlinien. In der F.D.P. legt man jedoch besonderen Wert darauf, daß sie bereits 1975 die

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O. S.21.
2 ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O. S.29.
3 Vgl. ELD, Programm für Europa, S.36.
4 Vgl. Europa går til valg, a.a.O., S.76.
5 Vgl. Leitlinien liberaler Europapolitik, a.a.O., S. 24.

Schaffung einer Parallelwährung vorgeschlagen hatte. Innerhalb der ELD war dieser Vorschlag konsensfähig, es gab zumindest auf dem Kongreß keine Einwände.[1]

Die Aussagen des Programmes zur Parallelwährung sind detailliert, über Art und Umfang ihrer Verwendung bestehen bereits genaue Konzepte, so wie viele Äußerungen zur WWU konkreter sind als andere Teile des Programms; die Liberalen setzten zur Wirtschafts- und Währungsunion bereits eine Richtlinie für die Politik der EP-Fraktion, während sie beispielsweise in der Regionalpolitik vergleichsweise allgemein blieben. (Die unterschiedliche Einschätzung von Programmfunktionen wird daran deutlich, daß dieses regionalpolitische Kapitel von einigen Parteivertretern als besonders gelungen und brauchbar gewertet wurde, s.S.2o7)

In ihren konkreten Vorschlägen zur Währungsunion unterscheidet sich die ELD von den beiden anderen Parteienzusammenschlüssen. Vom Tindemans-Bericht weicht sie ebenfalls ab. Sein Vorschlag einer abgestuften wirtschafts- und währungspolitischen Integration fand bei den Liberalen keinen Widerhall.

Obwohl vor allem die republikanische Partei Giscard d'Estaings häufig auf die Wahrung des nationalen Spielraums drang, hatte sie keine Einwände auf dem Kongreß gegen die These, die Gemeinschaft solle in Wirtschafts- und Währungsfragen mit einer Stimme sprechen. Die Programmkommission hatte ursprünglich vorgeschlagen, die WWU solle mit einer Stimme sprechen. Auf dem Kongreß wurde jedoch beschlossen,diese Forderung auf die Gegenwart zu beziehen.[2]

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A,a.a.O., S.23.

2 Vgl. ebenda, S.23.

Zur Wirtschaftspolitik sind die Aussagen des Programms allgemeiner gehalten als zur Währungspolitik. Eine Ursache dafür mag im politischen Umfeld der Jahre 1976 - 77 liegen: die Währungspolitik der Gemeinschaft wurde zur Zeit der Plattformerarbeitung in der EG heftig diskutiert. Im Oktober/November 1977, zur Zeit des Kongresses, trat Kommissionspräsident Roy Jenkins mit seinen Vorschlägen zur WWU an die Öffentlichkeit, auch er befaßte sich vorrangig mit der Währungspolitik; im April 1976, zu Beginn der Plattformarbeit, waren die Ergebnisse der OPTICA-Gruppe publiziert worden.[1]

Nur mit Hilfe der Wirtschafts- und Währungsunion sei man in Europa in der Lage, die wirtschaftliche und soziale Krise zu meistern. Was die ELD-Parteien im einzelnen als Ausdruck dieser wirtschaftlichen und sozialen Krise verstehen, wird nicht näher beschrieben. Gefordert werden Anstrengungen, eine parallele Wirtschaftsentwicklung zu erreichen.

Neben der Währungspolitik werden Harmonisierungen im Bereich des Wettbewerbs, der Wirtschaft, der Steuern, Finanzen sowie der Sozialpolitik angestrebt.[2] Diesen Harmonisierungsvorschlägen der F.D.P. setzten die anderen Parteien keinen Widerstand entgegen.[3] Begründet wird die Notwendigkeit der Harmonisierungen damit, daß "die bereits vorhandenen Spannungen, die besonders im mangelnden Gleichgewicht der Zahlungsbilanzen der Mitgliedsstaaten deutlich werden, die Mitgliedsstaaten dazu veranlassen, eine protektionistische und nationalistische Politik zu führen."[4]

---

1 Vgl. die Zusammenfassung von Jenkins' Thesen in: Hans-Eckart Scharrer, Währungsintegration und Wechselkurssteuerung in der Gemeinschaft, in: Integration 4/1978, S.153.

2 Vgl. ELD, Programm für Europa, S.37.

3 Vgl., ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O. S. 24.

4 ELD, Programm für Europa, S.37.

Die weiteren Begründungen, weshalb eine WWU unumgänglich sei, stammen aus der Feder der dänischen Venstre: Wachstum sei nur in größeren als nationalstaatlichen Rahmen möglich, großzügigeres Wirtschaften, Rationalisierungen, Ressourcenverteilung ebenfalls. Venstre konstatierte die Unabdingbarkeit wirtschaftlicher Integration, obwohl sie in der These zu diesen Erläuterungen lediglich von enger Zusammenarbeit, nicht aber von Integration sprechen wollte.
Auf das unterschiedliche Verständnis des Begriffs Integration war von ELD-Vertretern hingewiesen worden, darin können die beiden differierenden Aussagen begründet liegen.
Die Gemeinschaft soll verstärkt beteiligt werden bei der Erhebung und Verteilung ihrer Eigeneinnahmen. So ist an eine Harmonisierung der Mehrwertsteuersätze gedacht, um bestehende Handelshemmnisse abzubauen. Sogar die Parti Républicain unterstützte die Forderung nach größerem Einfluß der Gemeinschaft bei den Verteilungsverfahren.
Die ELD-Parteien legten sich jedoch nicht fest, bei welchen Institutionen die Entscheidung über die Verteilung angesiedelt werden soll. Die niederländischen Liberalen verlangten, die Kommission müßte in bestimmten Grenzen Anleihen auf dem Kapitalmarkt machen können.[1] Die anderen Parteien stimmten mit dieser Ansicht nicht überein. Derartige Kompetenzen verliehen der EG immer mehr die Möglichkeiten eines Nationalstaates.
Die englischen Liberalen erreichten auf dem Kongreß 1977 in Brüssel die Streichung der letzten von der Programmkommission vorgesehenen These des Kapitels zur Wirtschafts- und Währungsunion. "Die Errichtung einer WWU ist die Rechtfertigung einer modernen freien Marktwirtschaft."[2] Die

---

1 Vgl. Eld, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.23.
2 Ebenda, S.24.

englische Liberal Party bekennt sich zwar auch zur Marktwirtschaft, unterstreicht aber auch die Notwendigkeit von Produktionsgenossenschaften. Sie wendet sich in ihrem nationalen Europaprogramm gegen Reprivatisierung in der Industrie.[1] Die F.D.P. wollte von der freien und sozial verpflichteten Marktwirtschaft sprechen.[2] Die englischen Liberalen setzten sich durch.
Die Vorstellungen der F.D.P. prägten die Ausführungen zur WWU. Der Grund ist wohl darin zu sehen, daß sie bereits auf ein Europaprogramm zurückgreifen konnte. Auf die Vorschläge Tindemans' zur WWU ging man nicht ein. Tindemans' Modell ist gegenwartsbezogener als der Ansatz der ELD-Parteien, der für die unmittelbare Gegenwart nur die Beibehaltung flexibler Wechselkurse vorsieht und auch keine Aussagen darüber macht, welche Schritte als nächste unternommen werden sollen. Das Europäische Währungssystem (EWS) sei ein wichtiger Schritt zu weiterer Integration, kommentierte die ELD nach seinem Inkrafttreten.[3] Interimslösungen wie das EWS bietet das ELD-Programm selbst jedoch keine an. Das EWS müsse, so stellte man 1978 fest, die Möglichkeit einer Entwicklung zur Parallelwährung offenlassen; d.h. man hielt an der Option des Programms auch weiterhin fest.

Energiepolitik

Die Energiepolitik stand im Zeichen der Kernenergiedebatte. Erstes Bestreben der Energiepolitik der ELD soll es sein, die Energieversorgung der Gemeinschaft zu sichern. Der Gemeinschaft soll

---

1 Vgl. Liberal Party Manifesto, a.a.O.

2 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.24.

3 Vgl. ELD, Resolution on European Monetary Sytem, London 3.12.1978, S.1.

vor allem in der Erforschung neuer Energiequellen eine entscheidende Rolle zukommen. Den englischen Liberalen erschien es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Energiesituation in den einzelnen Ländern der EG unterschiedlich verlaufen werde.[1] Inwieweit dies nur ein Hinweis auf das englische Nordseeöl oder aber eine Absage an eine gemeinsame Forschungs- und Energiepolitik sein sollte, die auch ein Austausch von technischem know-how bedingt, kann nicht abschließend geklärt werden. Energiepolitik spielt im Europawahlmanifest der englischen liberalen Partei keine Rolle. Der Kernenergie steht sie nicht sehr wohlwollend gegenüber. Sie setzt auf andere Energien und Einsparungen: Viele verschiedene Möglichkeiten der Energiegewinnung müßten miteinander kombiniert werden.[2] Die englischen Liberalen konnten sich mit ihren energiepolitischen Ansichten nicht durchsetzen.

Auch die niederländische Partij voor Vrijheid en Democratie legte besonderen Wert auf Energieeinsparungen. Die Abhängigkeit von Drittländern müsse abgebaut werden. Die VVD setzte durch, daß in einer These der praktische Vorschlag der besseren Wärmeisolierung von Gebäuden aufgenommen wurde.[3] Wie an vielen Stellen des Programms stehen auch hier neben sehr allgemeinen Optionen ganz konkrete Einzelvorschläge.
Wenn der Hinweis der englischen Liberal Party auf die unterschiedliche Energiesituation der einzelnen EG-Länder anklingen ließ, daß nicht unter allen Umständen Zusammenarbeit der Gemeinschaftsländer gepflegt werden soll und konkrete Einzelvorschläge

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A , a.a.O., S.46.

2 Vgl. ELD Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O., S.55.

3 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O.,S.49.

zur Rolle der Gemeinschaftsinstitutionen bei einer energiepolitischen Zusammenarbeit fehlen, so setzte sich die F.D.P. dennoch mit ihrer Forderung nach Solidarität im Energiebereich durch.[1] Diese Solidarität soll andere Verbraucher- und Erzeugerländer einschließen. Die Programmkommission wollte außerhalb der EG lediglich demokratische Länder einbeziehen. Dies hätte jedoch vorallem Erzeugerländer ausgeschlossen, so daß man auf das Demokratie-Postulat verzichtete. Das Verständnis dieser Solidarität wird erläutert: Es müsse eine ständige Konzertierung zwischen EG und den wichtigsten Verbraucherländern stattfinden. Inwieweit hier die EG als ein Verhandlungspartner agieren soll oder ob die EG hier nur als Synonym für die neun Mitgliedsstaaten benutzt wird, ist nicht ersichtlich.[2] Alle EG-Staaten mit Ausnahme Frankreichs sind bereits Mitglieder der Internationalen Energieagentur (IEA), deren Ziele u.a. auch die sind, die die ELD in der energiepolitischen Zusammenarbeit anstrebt.[3] Die IEA wird jedoch mit keinem Wort erwähnt; die Nichtmitgliedschaft der Franzosen mag ein Grund dafür sein. Von französischer Seite kam der Vorschlag, eine europäische Investitionspolitik zur Finanzierung neuer Energieträger festzulegen.[4] Dies könnte z.B. auf den Bau gemeinsamer Kraftwerke hinauslaufen. Wie "europäisch" in diesem Zusammenhang zu verstehen ist, als multilaterale Kooperation von Nationalstaaten oder als Initiative der Gemeinschaft, d.h. als Projekt, das in den alleinigen Kompetenzbereich der EG-institutionen fällt,wird offengelassen.

---

1 Vgl. ELD,Kongreß 1977, Arbeitsdokument A,a.a.O., S.49.

2 Vgl. ELD, Programm für Europa, S.38.

3 Vgl. Jean-Pierre Blancpain, Wegweiser im Wirrwarr der Weltwirtschaft, Ein Kompendium internationaler Wirtschaftsorganisationen, Zürich 1975, S.7o - 71.

4 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Working Document B,a.a.O. S.57.

Zusammenfassend beinhaltet der energiepolitische Teil des ELD-Programms eine Option für die Kernenergie zur Restbedarfsdeckung, wobei man sich der Risiken dieser Option durchaus bewußt war. Man nahm jedoch diese Gefahren in Kauf, sowie man auch Einsparungen und andere Alternativenergien forcieren wollte, da man durch zu teure oder gar mangelnde Energieversorgung die Grundlage der Demokratie bedroht sah.[1] Grundsätzlich wurde die Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit erkannt, wobei den europäischen Institutionen bislang nur auf dem Forschungssektor von den Liberalen ein festumrissenes Aufgabenfeld zugewiesen wurde. Welche Ebenen der Kooperation gefunden werden sollen, wurde nicht ausdrücklich festgelegt.

Kleine und mittlere Unternehmen

Alle drei Parteienzusammenschlüsse haben den kleinen und mittleren Unternehmen eigene Kapitel ihres Programmes gewidmet. Bereits in der ELD-Programmkommission hatte man festgestellt, die kleinen und mittleren Unternehmen gehörten "zu den Eckpfeilern des Wirtschaftssystems der demokratischen Industriestaaten."[2] Die F.D.P. schlug vor, diese Formulierung abzuschwächen, und davon zu sprechen, die kleineren und mittleren Unternehmen seien wichtige Bestandteile des Wirtschaftslebens hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit und ihres Beschäftigungseffektes. Die F.D.P. konnte sich mit Aussagen über die Organisationsform dieser Unternehmen und die Arbeitnehmerbeteiligung nicht durchsetzen.[3] Sie schlug vor, Genossenschaftsformen für solche Unternehmen zu befürworten. Die

---

1 Vgl. ELD, Programm für Europa, S.38. Welche Grundlagen der Demokratie gemeint sind, wird nicht erläutert.

2 ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O, S.43.

3 Vgl. ebenda, S. 43.

englischen Liberalen unterstützten ausdrücklich genossenschaftliche Organisationsformen. Ihr Vorsitzender David Steel verdeutlichte dies vor dem Brüsseler Kongreß.[1] Im liberalen Manifest seiner Partei wird es ebenfalls vermerkt.[2] Gleiches gilt für die betriebliche Mitbestimmung. Die europäische Jugendorganisation LYMEC forderte auch für die kleinen und mittleren Unternehmen Betriebsräte,"Aufteilung der Gewinne auf alle Arbeitnehmer des Unternehmens mit Ausnahme des wieder angelegten Kapitals " sowie die "Förderung von Arbeitnehmerzusammenschlüssen durch Banken und staatliche bzw. regionale Behörden".[3] Die LYMEC begründete ihre Enthaltung bei der Abstimmung des Programms mit der fehlenden Mitbestimmungsmöglichkeit für Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen.

Hauptsächlich mit der stabilen Beschäftigungslage in kleinen und mittleren Unternehmen werden die Vorteile, die diesen zukommen sollen, begründet. Die Bevorzugung dieser Unternehmen gegenüber großen sollen liegen in der Kreditvergabe, im leichteren Zugang zur Forschung sowie in der Exportförderung für diese Unternehmen. Gerade für diese Unternehmen sei die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion von besonderem Interesse, da sie auf eine stabile Währungslage angewiesen seien. Um die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen auf europäischer Ebene bei allen zu treffenden Maßnahmen zum Tragen kommen zu lassen,"muß die Europäische Kommission ein Mitglied mit diesen Integrationsaufgaben betrauen."[4] Die kleinen und mittleren Unternehmen

---

1 Vgl. David Steel vor dem Kongreß 1977 in Brüssel, in: ELD Congress Brussels 1977,18-19-2o Novembre, Brüssel o.J., S.24.

2 Vgl. Liberal Manifesto,a.a.O.

3 ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A,a.a.O.,S.44.

4 ELD, Programm für Europa, S.4o.

sollten im WSA proportional vertreten sein, desgleichen in anderen Gemeinschaftsorganen. Dieser Vorschlag geht auf die niederländische VVD zurück, die auch in ihrem Europawahlkampf besonders auf die Wirtschaftskraft der kleinen und mittleren Unternehmen gesetzt hatte. Der Vorschlag der Programmkommission ging ursprünglich nicht so weit, er sprach auch nicht von Integrationsaufgaben des zu benennenden Kommissionmitgliedes, erwähnte die Zusammensetzung des WSA nicht, sondern wollte lediglich den Mitarbeiterstab der Abteilung "kleinere und mittlere Unternehmen und Handwerk" im Generaldirektorium für Industrie und Technologie vergrößern, um so die intergouvernementale Zusammenarbeit zu unterstützen.[1] Selbst das stieß bereits auf den Widerstand der Parti Républicain. Die Republikaner um Giscard d'Estaing verstehen sich eher als Vertreter der großen finanzstarken Unternehmen sowie der modernen Unternehmerschaft,[2] weniger der kleinen Unternehmen. Die Programmkommission hatte vorgeschlagen, die EG-Kommission solle sich mit der Harmonisierung nationaler Wirtschaftsprogramme beschäftigen, da diese zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnten. Die PR war mit diesem Vorschlag einverstanden, sie setzte sich jedoch für eine Streichung des zweiten Teils der Programmkommissionsvorlage ein, die die EG-Kommission gleichzeitig mit der Integration der nationalen Politiken beauftragte. Giscard d'Estaing hat immer deutlich gemacht, daß er zwar an einer Koordination interessiert sei, nicht jedoch an Kompetenzerweiterungen für die europäischen Institutionen.[3]

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O. S.51.

2 Vgl. Udo Kempf, Die Parteien der Majorité, in: Der Bürger im Staat, 1/1978, S.17.

3 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Giscard gegen Mutmaßungen über deutsche Dominanz-Absichten, 23.11.1978, S.1.

Die Programmkommission hatte zur Transportpolitik keinerlei Vorschläge gemacht. Die niederländische VVD schlug dann vor, eine These zu diesem Bereich dem Part über kleine und mittlere Unternehmen anzugliedern, da Verkehrspolitik Einfluß auf den Wettbewerb hat, dessen Erhalt für kleine und mittlere Unternehmen besonders von Bedeutung sei.[1] Die VVD war an den Aussagen zur Verkehrspolitik interessiert, da die Niederlande als Transitland von der Verkehrspolitik stark betroffen sind.[2] Auf Betreiben der englischen Liberal Party wurde die Transportpolitik zu einem selbständigen Gliederungspunkt. Von Seiten anderer Parteien hätten sich zwar Widerstände dagegen erhoben, die Liberals hätten sich aber mit dem Hinweis darauf, sie hätten den agrarpolitischen Teil akzeptiert, durchgesetzt.[3] In ihrem Europawahl-Manifest legten die englischen Liberalen ebenfalls Wert auf die Verkehrspolitik, allerdings ohne den Wettbewerbsgesichtspunkt anzusprechen. Gefordert wurde ein Eisenbahntunnel unter dem Kanal, der u.a. aus EG-Mitteln finanziert werden soll; neben Verbesserungsvorschlägen für die britische Infrastruktur wird auch gefordert, nicht nur London in das internationale Flugnetz einzubeziehen.[4] All diese Forderungen finden sich jedoch nicht im ELD-Programm. Auf dem Kongreß vor der Europa-Wahl in London 1978 wurde dann die Tranportpolitik diskutiert und ein Beschluß dazu gefaßt. Dieser Beschluß stellte die Wettbewerbsbedingungen erneut in den Vordergrund, forderte aber im britischen Sinne eine Infrastruktur, die nicht nur die Zentren der Gemeinschaft

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O. S.43.
2 Information der Verfasserin.
3 Information der Verfasserin.
4 Vgl. Liberal Manifesto, a.a.O..

miteinander verbindet, sondern auch die Randgebiete einbezieht. Der britischen Insellage wurde ebenso Rechnung getragen. "Um sicherzustellen, das die Bevölkerung von Inseln und gewissen Halbinseln nicht durch Infrastrukturinvestitionen und Preispolitik benachteiligt werden, sind Maßnahmen zu treffen, damit ein genau zu bestimmender Anteil der Betriebskosten von Flug- und Schifffahrtslinien nach solchen Gebieten mit Infrastrukturkosten gleichgestellt werden."[1]

Agrarpolitik

Das ELD-Programm stimmt der Gemeinsamen Agrarpolitik in ihren Grundlagen zu. Mit Ausnahme der Liberal Party wird diese Zustimmung von allen Parteien getragen. Dies hatte zur Folge, daß zu diesem Kernbereich der Gemeinschaftspolitik nur verhältnismäßig wenig Änderungsanträge vorlagen. Die ansonsten sehr antragsfreudige Parti Républicain hielt sich stark zurück; im Unterschied zum Bund der Sozialdemokraten waren die Liberalen gewillt, das Subventionswesen in der Gemeinschaft, das den Franzosen Vorteile gewährt, grundsätzlich beizubehalten.
Grundsätzliche Kritik erfolgte nur von der englischen Mitgliedspartei der ELD. Schon in der Programmkommission soll ein Alternativentwurf der Liberal Party vorgelegt worden sein, der dann mit dem Entwurf der Programmkommssion verschmolzen wurde.[2] Trotz des Einflusses der englischen Liberalen auf die Kongreßvorlage der Programmkommission waren sie mit ihr nicht einverstanden und stellten Änderungsanträge. Sie setzten sich jedoch an keiner Stelle durch. Beinahe alle Änderungsanträge

---

1 Verkehrspolitik, angenommen auf dem ELD-Kongreß 2.-3. Dezember 1978 London, hektographiertes Manuskript, S.3.

2 Information der Verfasserin, der Alternativentwurf der Liberal Party ist nicht zugänglich.

zu den Thesen kamen von der Liberal Party, zu den Erläuterungen machten auch andere Parteien Vorschläge.[1]

Die Liberal Party brachte erneut ein Thema ins Spiel, das bereits beim britischen EG-Beitritt eine Rolle spielte: Die billigeren Agrarprodukte aus Drittländern, gedacht ist wohl vor allem an die Commonwealth-Länder.[2] Die Lücke zwischen den Agrarpreisen in Europa und den Preisen, zu denen die Erzeugnisse leistungsfähiger Hersteller in anderen Teilen der Welt angeboten werden, müsse allmählich geschlossen werden.[3] Im englischen Europawahlkampf waren die Agrarpreise ein zentrales Thema, vor allem für Labour und Konservative; die Liberalen beschäftigten sich um ihres eigenen Überlebens willen vorwiegend mit dem britischen Wahlsystem.[4] Sie traten im Wahlkampf jedoch auch für eine fundamentale Reform der gesamten Agrarpolitik ein,"to produce competitive prices, avoid structural food surpluses and encourage efficient farming... "[5] Der letzte der angesprochenen Punkte wurde auf Antrag der Liberals von der Programmkommission übernommen: "Die gemeinsame Agrarpolitik muß den Landwirten bei der Modernisierung ihrer Betriebe und der Steigerung ihrer Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit helfen."[6] Auch der Antrag der Briten, Harmonisierung von Qualitätsnormen dürften den freien Warenverkehr nicht gefährden, fand Eingang in das Programm, wenn auch nicht, wie gefordert, als These.

Die Forderung der Engländer nach Abbau der

---

1 Auch die Liberale und Demokratische Fraktion legte zur ersten These einen Alternativentwurf vor, der jedoch nichtin das Arbeitspapier aufgenommen worden ist.

2 Vgl. Helmut Strizek/Gisela Hammers-Strizek, Europäische Einigung, Bilanz und Perspektive, Bonn 1978, S.34.

3 Vgl. ELD Kongreß 1977, Arbeitsdokument A,a.a.O

4 Vgl. Hans-Dieter Heumann/Eva Karnofsky,a.a.O.; S.15. "Großbritannien".

strukturbedingten Überschüsse findet sich in keiner These. Die Erzeuger selbst müßten voübergehend an den Kosten in diesen Bereichen beteiligt werden, bis das Marktgleichgewicht wieder hergestellt sei, heißt es in den Erläuterungen. Dies stieß auf den Widerstand der Franzosen,[1] obwohl auch sie in ihren Parteitagsbeschlüssen auf das Problem der Überschüsse hingewiesen haben.[2] Die niederländische VVD hatte Einwände gegen eine Änderung der gegenwärtigen Preispolitik. Die Programmkommission hatte vorgeschlagen, ein flexibleres Verfahren für die Marktintervention einzuführen, da das gegenwärtig angewandte System aufgrund seiner Unbeweglichkeit Überschüsse und damit steigende Ausgaben gefördert habe. Die VVD wollte diese Passagen aus den Erläuterungen gestrichen wissen. Die englischen Liberalen befürworteten ausdrücklich diese Ausführungen.[3] Die niederländische VVD schlug vor, eine Passage zur Forstpolitik aufzunehmen; die EG müsse die Interessen der Holzproduzenten mit dem Allgemeininteresse an den bewaldeten Gebieten koordinieren.[4]
Die englischen Liberalen hatten ebenfalls Einwände gegen These und Erläuterungen zur Fischereipolitik. Sie beantragten die ersatzlose Streichung des Paragraphen, d.h. sie wollten auf eine Aussage zur Fischereipolitik im Programm gänzlich verzichten. In ihrem Europamanifest forderten sie eine radikale Reform der Fischereipolitik,

---

Zu Seite 225

5 Liberal Manifesto, a.a.O.

6 ELD, Programm für Europa, S. 42.

1 Vgl., ELD, Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O., S. 2o.

2 Vgl. Conseil National du Parti Republicain, 3.2.1979,o.O., Bericht der Kommission N°1, L'Europe: une nouvelle chance pour l'économie française.

3 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Working Document B,a.a.O. S.21.

4 Vgl. ebenda, S. 21.

eine Bewahrung der Fischgründe und eine 5o-Meilen-Zone zur ausschließlichen Nutzung für jeden Mitgliedsstaat der EG.[1] Eine gemeinsame Fischereipolitik ist bei derartig restriktiver Auslegung der Fischereirechte kaum durchführbar. Die englische Forderung nach der Bewahrung der Fischgründe ist auch im ELD-Programm enthalten. Die Frage der Fischereigrenzen hat schon verschiedentlich zu Konflikten zwischen Großbritannien und den übrigen EG-Staaten geführt; die liberalen Forderungen finden sich auch bei den beiden anderen englischen Parteien im Europawahlkampf wieder.[2]

5.2.4. "Europa und die Welt"

Außen- und Sicherheitspolitik

Der Einfluß der F.D.P. war beim außen- und sicherheitspolitischen Teil des Wahlprogramms recht gravierend, zumindest läßt die Zahl der vom Kongreß akzeptierten F.D.P.-Änderungsanträge darauf schließen. Die strittigsten Punkte in diesem Bereich waren die Erweiterung der Gemeinschaft um Portugal, Spanien und Griechenland sowie die Haltung der Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Bereits in der Programmkommission hatte sich eine unterschiedliche Haltung der einzelnen Parteien zu den USA herauskristallisiert. Das hat dazu geführt, daß das Verhältnis der EG zum wichtigsten Bündnispartner nur mit einem Satz in den Erläuterungen definiert wurde: "Die Europäische Union, die USA und Kanada haben ein starkes gemeinsames Interesse an der

---

1 Vgl. Liberal Manifesto, a.a.O..

2 Vgl. Hans-Dieter Heumann/Eva Karnofsky, a.a.O. "Großbritannien".

Erhaltung der Demokratie, der Respektierung der Menschenrechte,den Währungsfragen und an einer Weltwirtschaftsordnung, die mehr Stabilität und Gerechtigkeit garantiert."[1]
Nach Auskunft von F.D.P.-Vertretern hat man hier die Erläuterungen dazu benutzt, ein umstrittenes Thema in das Programm aufzunehmen, ohne die Einmütigkeit aller Parteien erzielt zu haben. Aus den Kongreßanträgen wird nicht ersichtlich, daß das Verhältnis zu den USA ein Kernpunkt der Auseinandersetzung war.[2] Seitens Frankreich besteht seit jeher die Tendenz zur Unabhängigkeit von den USA, obwohl die UDF, der PR und Radikalsozialisten angehören, 1980 in einer Verteidigungskommission des Bündnisses ausdrücklich auf die Abhängigkeit Europas in der Verteidigung von den USA hingewiesen hat.[3] Auch die Dänen sind nicht derart eng an die USA gebunden wie gerade die Bundesrepublik Deutschland. Die britischen Liberalen bekräftigten in ihrem Europaprogramm ihre enge Bindung an die Vereinigten Staaten.[4] Das ELD-Programm strebt für die Europäische Union einen gewissen Grad an Selbständigkeit an: Die Stellung der Union innerhalb der Allianz müsse gestärkt werden.[5] Die französische Parti Républicain erwirkte die Aufnahme einer Erläuterung, die ebenfalls darauf abzielt: die fortschreitende Integration führe zu verstärkter Partnerschaft und Gleichberechtigung im Bündnis,[6] d.h. die Europäische Union

---

1 ELD, Programm für Europa, S.48.

2 Das heißt, es können Konfliktpunkte zwischen den Parteien, die sich nicht in den Anträgen wiederspiegeln und von denen die Mitglieder der Programmkommission keine Kenntnis geben, in dieser Arbeit völlig unberücksichtigt bleiben.

3 Vgl. Le Monde, 26.4.1980.

4 Vgl. Liberal Manifesto, a.a.O..

5 Vgl. ELD, Programm für Europa, S. 48.

6 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O., S.36.

solle zu einem stärkeren Einfluß der Europäer im Bündnis führen, ihre Rolle gegenüber den Amerikanern solle gestärkt werden. Die PR plädierte allerdings für die Streichung des Satzes "Die Europäische Union... muß dazu beitragen, das Atlantische Bündnis und ihre eigene Stellung darin zu stärken."[1] Die Briten befürworteten in ihrem Manifest, trotz ihres Bekenntnisses zu engen Bindungen an die USA, eine größere Integration auf dem Verteidigungssektor.[2] Ähnlich argumentiert auch das Europaprogramm der F.D.P.: Viele Interessen der Europäer und der USA seien identisch, das Bündnis müsse aufrecht erhalten werden, die Europäische Union müsse aber in zunehmendem Maße eine eigene Sicherheitspolitik entwickeln.[3] Die derzeitige Politik des liberalen Außenministers Genscher ist jedoch mehr auf die Solidarität mit den USA angelegt, weniger auf stärkere Kooperation und Unabhängigkeit der europäischen Verbündeten. Genscher wehrte sich vor allem in jüngerer Zeit immer gegen eine Vermittlerrolle Europas, wie sie das ELD-Programm noch vorsieht.[4] Kurz nach seiner Amtsübernahme, vor dem Beginn der europäischen Programmverhandlungen, wurde von Genscher die Stärkung der EG innerhalb des Bündnisses durch die europäische Einigung hervorgehoben, auch zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit Europas sei sie notwendig.[5] Von Teilen der F.D.P. wird zumindest insgeheim noch an der Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft festgehalten. Eine Überwindung der Blöcke wie sie von einigen sozialdemokratischen Parteien angestrebt wird, will nur die liberale Jugendorganisation erreichen. Auf dem Kongreß in Brüssel brachte die LYMEC ihre Position nicht ein.

---

1 ELD, Programm für Europa, S.48.

2 Vgl. Liberal Manifesto, a.a.O..

3 Vgl. Leitlinien liberaler Europapolitik, a.a.O.,S.28.

4 Vgl. z.B. Genscher-Interview der Westfälischen Rundschau am 7.5.1980.

5 Vgl. Genscher-Interview in: Bonner Perspektiven, ZDF, 31.3.75, 19.30 Uhr.

Die gemeinsame Außenpolitik soll vorrangig dem Ziel der Friedenssicherung dienen, sie soll aber auch zur Sicherung der europäischen Rohstoffversorgung beitragen. Seitens der F.D.P. wurde an diese gemeinsame Außenpolitik ein moralisches Postulat gestellt: Europa soll sich für die Erhaltung der Demokratie, der Freiheit und der Selbstbestimmung, der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit einsetzen. Im außenpolitischen Teil spielt erneut der Menschenrechtsappell eine große Rolle: Europa als Garant der Menschenrechte. Die niederländische VVD wirkte daraufhin, daß eine These aufgenommen wurde,[1] die die Ernennung eines Hohen Kommissars der Menschenrechte bei den Vereinten Nationen vorsieht, um auf diesem Wege eine Durchsetzung der Menschenrechte in der Welt zu forcieren. Zusammenarbeit im westlichen Bünnis, Entspannung zwischen Ost und West und der Nord-Süd-Dialog seien die vordringlichen Aufgaben der Außenpolitik: alle diese Aufgaben werden als gleichrangig angesehen.
Der Fortsetzung der Entspannungspolitik wird eine eigene These gewidmet: Die Programmkommission hatte in ihrem Formulierungsvorschlag Rüstungskontrolle und KSZE nicht aufgenommen. F.D.P. und LYMEC legten dann Anträge zu dem Themenkomplex vor, die mit Abänderungen in das Programm aufgenommen wurden. Die F.D.P. beantragte, auf der Grundlage der KSZE-Schlußakte Abrüstungsinitiativen zu unternehmen.[2] In diesem Zusammenhang wird zwar eine gleichgewichtige Truppenreduzierung angesprochen, von den MBFR-Verhandlungen in Wien ist allerdings nicht ausdrücklich die Rede, auch im Antrag der LYMEC nicht, obwohl zur Zeit der Programmarbeit der ELD, im Juni 1976, die Sowjetunion einen neuen Verhandlungsvorschlag vorgelegt hatte und die MBFR-Verhandlungen noch mehr im Fluß waren als 198o.[3] Die MBFR Verhandlungen seien jedoch nicht bewußt ausgeklammert

---

1 Vgl. ELD Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.33.
2 Vgl. ebenda, S.3o.

worden.[1] Die LYMEC forderte unterdessen den Ausfuhrstop für Waffen in Spannungs- oder potentielle Konfliktgebiete, ein Postulat, daß von der Bundesrepublik Deutschland ohnehin eingehalten wird. In Frankreich jedoch spielt der Waffenexport eine große Rolle[2] und die Parti Républicain wird sicherlich Einwände gegen einen Waffenausfuhrstop gemacht haben. Die LYMEC ging sogar so weit, Wirtschaftsboykotte gegen waffenexportierende Länder verhängen zu wollen. Sie strebte ein erweitertes SALT-Abkommen an, das sämtliche Länder umfassen soll, die Waffen ausführen.[3] Die SALT-Verhandlungen zwischen den Großmächten werden mit keinem Wort erwähnt; sie betreffen auch nicht die Gemeinschaft unmittelbar.

Daß sich bei der Diskussion um die bevorstehende Erweiterung der Gemeinschaft durch Griechenland, Portugal und Spanien Probleme einstellten, ist schon daraus ersichtlich, daß man sich in einer These zwar grundsätzlich zu Erweiterungen der Gemeinschaft bekennt, die Aufnahme der drei Aspiranten aber nur in den Erläuterungen gutheißt, entgegen dem Antrag der F.D.P.,[4] die die Beitrittsverhandlungen zügig und wohlwollend abgewickelt wissen wollte. Dieser Antrag der Deutschen Jungdemokraten auf der Bundeshauptausschußsitzung der Partei zur Beratung und Beschlußfassung über das ELD-Programm wurde von der F.D.P. übernommen. Hinter der Skepsis einiger Parteien gegen die Erweiterung stand die Angst, der Beitritt dieser Länder könne die Entwicklung der Gemeinschaft behindern; das wird auch in der These angesprochen.

Zu Seite 23o

3 Vgl. Gerhard Wettig, MBFR, in: Wichard Woyke, Hg., Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 1977 S.2o8.

1 Information der Verfasserin.

2 Die Franzosen beliefern 11% des Weltmarktes, ohne weiteres auch in Krisengebiete. Vgl.Wirtschaftswoche, 3.4.198o.

3 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A,a.a.O.,S.3o.

4 Vgl. ebenda, S.32 u. Protokoll der F.D.P. Bundeshauptausschußsitzung am 17.9.1977, a.a.O.,S.89.

Eine Erleichterung der Erweiterung sei erst dann möglich, wenn Europa "fest und sicher" vereinigt sei. Obwohl gerade die Franzosen Probleme im landwirtschaftlichen Bereich nach der Erweiterung um drei agrarisch strukturierte Länder erwarten können,[1] begrüßte die PR 1979 die Erweiterung aus politischen Gründen.[2] Offensichtlich hatte sich die französische Einstellung gewandelt. Nicht nur die Franzosen, alle Parteien der "romanischen" Länder hatten 1976, zur Zeit der Arbeit in der Programmkommission, Bedenken wirtschaftlicher Natur. Die Parteien, die besonders integrationsorientiert waren, befürchteten Störungen in der Arbeit der Institutionen.[3] Vorbehaltlos sei lediglich die F.D.P. gewesen, da sie diese Probleme für lösbar hielt.[4] Wie die französische Haltung zur Erweiterung 1979 positiver ausfiel, war auch die Stellungnahme des ELD-Kongresses Ende 1978 in London weitaus erweiterungsfreundlicher. Die Befürchtungen, die Beitritte könnten Wirtschaft und Institutionengefüge der Gemeinschaft schwächen, wurden zwar nach wie vor offen ausgesprochen, aber es wurden bereits Lösungsmöglichkeiten gesehen, sogar wirtschaftliche Vorteile.[5]

Über die institutionelle Seite der europäischen Außenpolitik findet sich nur in den Erläuterungen ein Absatz. Die Außenpolitik soll sich nicht an den in den Römischen Verträgen vorgegebenen Rahmen halten, die Zusammenarbeit zwischen den Außenministern soll intensiviert werden. Die Europäische Union soll nach und nach in Drittländern und bei internationalen Organisationen von einer gemeinsamen Vertretung repräsentiert

---

1 Die Franzosen befürchteten bei Wein, Früchten und Frühgemüsen einen Verdrängungswettbewerb ihrer Erzeugnisse, da die Agrarprodukte der drei beitrittswilligen Länder wettbewerbsfähiger sein würden. Vgl. Hajo Hasenpflug, Industrie- und Agrarpolitische Probleme der Beitrittskandidaten, in: ders./Beate Kohler, Die Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, Hamburg 1977, S.115 u. 116.

2 Conseil National du Parti Républicain, a.a.O..

3 Zu den entstehenden institutionellen Problemen vgl. z.B. Karl-Hermann Buck, Griechenland und die Europäische Gemeinschaft, Bonn 1978, S.2o3-2o6.

werden.[1] Inwieweit über diese Vorschläge bei den Parteien Übereinstimmung erzielt wurde, kann nicht festgestellt werden. Man kann nur vermuten, daß die französische PR zumindest mit einer Nichtbeachtung der Verträge nicht einverstanden war, denn im Europa-Wahlkampf wandte sie sich vehement gegen die Überschreitung der Verträge. Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) ist allerdings kein Element der Römischen Verträge[2] und sie hat auch bislang ihr Betätigungsfeld stark ausgedehnt, vielleicht sogar erreicht.[3] Quantitative Ausdehnung bedeutet aber noch nicht, daß eine neue Qualitätsstufe erreicht ist.[4]
Die EPZ wird im ELD-Programm nicht erwähnt.
Die institutionelle Trennung zwischen EG-Außenpolitik und EPZ wird von den Liberalen als überholt betrachtet.[5]
In der Stuttgarter Erklärung, deren Konkretisierung das Programm sein sollte, heißt es dagegen noch: "Die Europäische Union braucht eine gemeinsame Außenpolitik, die sowohl die Außenbeziehungen der EG, als auch die Europäische Politische Zusammenarbeit umfaßt...".[6]

Zu Seite 232

4 Information der Verfasserin.

5 Vgl. Enlargement of the European Community, as adopted at the ELD/LDE Congress 2nd/3rd December 1978, London. Im Juni 1980 äußerte Giscard d'Estaing wieder Bedenken gegen die Erweiterung.

1 Vgl. ELD, Programm für Europa, S.47.

2 Vgl. Wolfgang Wessels, Die EPZ - Ein neuer Ansatz europäischer Außenpolitik, in: ders./Reinhardt Rummel, Hg., Die Europäische Politische Zusammenarbeit, Bonn 1978, S.18.

3 Vgl. Reinhardt Rummel, Zwischen Diplomatenclub und Gemeinsamem Entscheidungsprozeß: Zur Zukunft der EPZ, in: Wolfgang Wessels/Reinhardt Rummel, Hg., a.a.O. S.302.

4 Vgl. ebenda, S. 328.

5 Information der Verfasserin.

6 Stuttgarter Erklärung, a.a.O..

Die Erwähnung der EPZ in der Stuttgarter Erklärung ist auch auf die berufliche Bindung ihres Verfassers, Barthold Witte, an die Außenpolitik zurückzuführen. Das Europäische Parlament, anläßlich dessen Wahl das ELD-Programm erarbeitet wurde, soll seine außenpolitische Rolle in der Ratifizierung von Verträgen mit Drittländern finden. Durch das Initiativrecht könnte sich das Parlament ebenfalls in die Außenpolitik der Gemeinschaft einschalten.

Kooperations- und Entwicklungspolitik

Für diesen Teil der Plattform lassen sich von vornherein zwei Fakten festhalten:
- er war kaum kontrovers, zumindest läßt die Antragslage auf dem Brüsseler Kongreß darauf schließen,
- die F.D.P. nahm großen Einfluß auf den Inhalt.

Die Formulierungen des Kapitels sind auf den Vorsitzenden der Programmkommission, Martin Bangemann, zurückzuführen. Sie beruhen auf den Thesen zur Dritte-Welt-Politik der F.D.P., die gleichzeitig mit dem ELD-Programm von der F.D.P. in einer Arbeitsgruppe erarbeitet wurden, deren Vorsitzender der deutsche Vertreter in der Programmkommission, Barthold Witte, war. Die Ausführungen im ELD-Programm sind zwar weniger ausführlich als das F.D.P.-Programm, wörtliche Übernahmen sind ebenfalls selten, inhaltliche Abweichungen gibt es jedoch nur marginaler Art.
In der Programmkommission wurde keine Grundsatzdiskussion über die Entwicklungspolitik geführt, viele Fragen wurden dort gar nicht angesprochen, so wurde z.B. der in den F.D.P.-Thesen vorgeschlagene gemeinsame Fonds zur Sicherung der Rohstoffpreise[1] nicht einmal erwähnt. Die Programmkommission hatte sich zu

---

1 Vgl. F.D.P., Thesen zur Dritte-Welt-Politik, Beschluß des Bundeshauptausschusses der F.D.P. in Frankfurt 11.3.1978 und des Bundesvorstandes der F.D.P., S.15.

allgemeinen Formulierungen entschlossen, da die internationale Diskussion in der Entwicklungspolitik noch zu sehr im Fluß gewesen sei (UNCTAD-Konferenzen, Lomé-Abkommen, Brandt-Kommission zum Nord-Süd-Dialog) und das Programm nicht binnen kurzem schon wieder inaktuell werden sollte.[1]
Die nur ansatzweise Diskussion des Themas in der Programmkommission und die wenigen Anträge (drei zu den acht Thesen, zwei zu den Erläuterungen), sowie die fehlenden Aussagen in den nationalen Parteiprogrammatiken der einzelnen liberalen Parteien bestätigt, daß bisher die Entwicklungspolitik nicht Schwerpunkt liberaler Parteiarbeit war. Die englischen Liberalen erwähnen die Entwicklungspolitik mit einem Satz,[2] der Europakongreß der PR beschäftigte sich gar nicht mit dem Thema, im sonst sehr ausführlichen Regierungsprogramm der luxemburgischen Demokratischen Partei wird es nicht einmal erwähnt.[3]
Die F.D.P. war die einzige Partei, die bereits eine Grundlage zur Entwicklungspolitik geschaffen hatte.

Anfänglich sollte das Kapitel unter die Außen- und Sicherheitspolitik subsumiert werden, dann entschied sich die Programmkommission für die Überschrift "Neue Weltwirtschaftsordnung und Nord-Süd-Dialog",[4] nach dem Kogreß in Brüssel entschied man sich für "Kooperations- und Entwicklungspolitik" und kehrte damit zum alten Terminus Entwicklungspolitik zurück. Einziger Konfliktpunkt von Belang war der Prozentsatz des Bruttosozialproduktes, der von Ländern der EG jährlich gewährt werden soll. Die liberale europäische Jugendorganisation beantragte, bis 1983 eine Unterstützung in Höhe von o,7% des BSP zu gewähren und diesen Satz bis 1986 auf 1% ansteigen

---

1 Information der Verfasserin.

2 Vgl. Liberal Manifesto,a.a.O..

3 Vgl.Demokratische Partei, Wahlprogramm 1979, Positionen und Analysen, beschlossen am 31. März 1979 auf dem außerordentlichen Nationalkongreß.

4 Vgl. ELD,Kongreß 1977, Arbeitsdokument A,a,a,O., S.34.

zu lassen.[1] Der deutsche Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff war der heftigste Gegner dieser Forderung. Die LYMEC konnte sich nicht durchsetzen, man einigte sich auf o,7 % des BSP. In der Begründung für die Stimmenthaltung der Jugendorganisation bei der Endabstimmung über das Programm erwähnte LYMEC-Vorsitzender Kallenbach auch diesen Punkt.[2]
Die englische Liberal Party schlug vor, in den Erläuterungen das Verhalten vieler multinationaler Konzerne in den Entwicklungsländern anzuprangern: "Mit Beunruhigung stellen wir fest, daß multinationale Konzerne häufig das traditionelle Handwerk durch den Import zu weit forgeschrittener Technologie zerstören. Das hat oft einen Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge. Ferner sind solche Entwicklungen gewöhnlich auf die städtischen Gebiete konzentriert; so wird die Landflucht verstärkt und zu bedrohlichem Wachstum der Vorstädte beigetragen."[3] Im Programmtext wird lediglich ein Verhaltenskodex für die Aktivitäten multinationaler Konzerne gefordert, auch dieser geht auf die F.D.P.-Thesen zurück.[4]
Die luxemburgische Demokratische Partei ,die sich ansonsten sehr stark zurückgehalten hat in der Programmarbeit, schlug vor, mit Billigung der Programmkommission, Entwicklungshilfe als eine Möglichkeit zur Schaffung demokratischer Systeme zu betrachten.[5] Diese Ansicht konnte sich jedoch nicht durchsetzen, man einigte sich schließlich darauf, Regimes nicht zu unterstützen, die eklatant gegen die Menschenrechte verstoßen.[6] Hier hat sich die F.D.P.-Meinung durchgesetzt, Entwicklungshilfe dürfe nicht auf die

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A , a.a.O., S.3o.
2 Information der Verfasserin.
3 ELD, Kongreß 1977, Working Document B,a.a.O., S.4o.
4 Vgl. F.D.P.,Thesen zur Dritte-Welt-Politik, a.a.O., S.13.
5 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S.36.
6 Vgl. ELD, Programm für Europa, S.5o.

Veränderung oder Beibehaltung des politischen Systems der Empfängerländer hinwirken.[1] In den Erläuterungen heißt es dann auch:"Die Entwicklungshilfe sollte... nicht von ideologischen Gesichtspunkten oder von der Regierungsform abhängig gemacht werden."[2] Das Fehlen einer Aussage dazu in den Thesen und die Aufnahme in die Erläuterungen ist ein Indiz, daß keine endgültige Einigung hergestellt werden konnte.

Für den Einfluß der F.D.P. könnten noch viele Beispiele sowohl aus den Thesen als auch aus den Erläuterungen aufgeführt werden. So wurden die Zielsetzungen zur Rohstoffpolitik wörtlich von der F.D.P. übernommen.[3]
Entwicklungspolitik könne auf bilateraler Ebene der EG vonstatten gehen, obwohl eine gemeinsame Politik vorzuziehen wäre.[4] Das Lomé-Abkommen sei ein Schritt in die richtige Richtung.
Über die institutionellen Zuständigkeiten für die Enwicklungspolitik wird nichts ausgesagt.

5.2.5. Die Präambel - globale Zielsetzungen der ELD

Es gibt zwar keinen Hinweis darauf, daß die Präambel als Zusammenfassung des Programms zum Ende der Arbeit geschrieben worden ist, sie stellt jedoch weitgehend einen inhaltlichen Zusammenschnitt der programmatischen Aussagen dar. Da zum Entstehungsprozeß der Präambel selbst kaum Informationen vorliegen, soll sie, wie die sozialdemokratische Plattform-Präambel, am Schluß der Untersuchung der Programmentstehung als Zusammenfassung behandelt werden. Anhand der

---

1 Vgl. F.D.P., Thesen zur Dritte-Welt-Politik, a.a.O., S.4.
2 ELD, Programm für Europa, S.5o.
3 Vgl. ebenda, S. 15 und S.51.
4 Vgl. ELD, Programme pour l'Europe, S.51. Es mußte bei der These 8 auf die französische Fassung zurückgegriffen werden, da in der deutschen Fassung ein Druckfehler vorliegt.

Präambel sollen noch einmal die wesentlichen Schwerpunkte, aber auch die Hauptkonfliktlinien zwischen den Parteien aufgezeigt werden.
In der Programmkommission existierten anfänglich zwei Vorschläge für die Konzipierung der Präambel:

1. dem Programm wird eine kurze Einleitung vorangestellt;
2. es wird ein Text vorangestellt, der bereits den Inhalt des Programms zusammenfaßt, und wie das Programm in Thesen und Erläuterungen unterteilt ist.

Auf dem Brüsseler Kongreß lagen Thesen und Erläuterungen zur Diskussion vor.[1] Die Thesen waren größtenteils wörtlich aus der Stuttgarter Erklärung übernommen. Man entschied sich dann dafür, nur die Erläuterungen in die Präambel aufzunehmen. Streng genommen gehört sie zu den Erläuterungen und damit nicht zum verbindlichen Teil des Programms. Änderungsanträge gab es dazu nur von der französischen Parti Républicain. Diese zielten jedoch nur auf Formulierungsänderungen ab.[2]
In der Präambel bekennen sich die Liberalen zur Freiheit des Einzelnen und zur Chancengleichheit zur vollen Entfaltung des Individuums:"Der Liberalismus ist vor allem ein politischer Ansatz. Wir betrachten die politischen und sozialen Insitutionen oder Wirtschaftssysteme nicht als Selbstzweck, sondern als Instrumente, die der Freiheit und der Chancengleichheit im Hinblick auf die volle Entfaltung des Individuums und der Gemeinschaft, in der es lebt, dienen müssen."[3]
Auch in der Präambel spricht man sich für eine pluralistische Gesellschaft aus, gemeint ist jedoch nicht ein Pluralismus, der im gesellschaftlichen Kampf der Interessengruppen seinen Ausdruck findet, sondern es

---

1 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, a.a.O., S. 3 - 9.
2 Vgl. ELD, Kongreß 1977, Working Document B, a.a.O., S.2 - 5.
3 ELD, Programm für Europa , S.9.

kommt dem Parlament eine hervorragende Stellung zu. Im Parlament sollen die wichtigen Entscheidungen getroffen werden und miteinander kollidierende Forderungen und Interessen dem Allgemeinwohl untergeordnet werden.[1] Wie im Programm wenden sich die Liberalen auch in der Präambel gegen zu mächtige Interessengruppen. Die Parteien waren sich darüber einig, die Jugendorganisation LYMEC kritisierte die gewerkschaftsfeindliche Einstellung der ELD. Auch auf europäischer Ebene hat man sich für eine parlamentarische Demokratie entschieden und mißt daher dem EP große Bedeutung zu.

"Bei der Verwendung der Vokabel 'Parlamentarismus' ist zwischen einem allgemeinen und einem speziellen Parlamentarismusbegriff zu unterscheiden. Parlamentarismus im allgemeinen, undifferenzierten Sinne dient als Sammelbezeichnung für all die Repräsentationssysteme, in denen eine Versammlung oder parlamentarische Körperschaft im politischen Prozeß...eine wie auch immer geartete Rolle spielt."[2] Die Liberalen lassen in ihrer Präambel den Eindruck entstehen, als hingen sie diesem allgemeinen Parlamentarismusverständnis für die EG an; im institutionellen Part des Programms entschieden sie sich in den Erläuterungen für den speziellen, erweiterten Parlamentarismusbegriff, der gekennzeichnet ist durch "die prinzipielle Kompetenz des Parlaments, die Regierung (im europäischen Fall die Kommission, d.V.) - zumindest den Regierungschef - abberufen und auch wählen können."[3] Offensichtlich ließ man aufgrund der dezidierten französischen Haltung bewußt beide Begriffe in das Programm einfließen, wobei die Mehrheit der Parteien die Anwendung des speziellen Parlamentarismusverständnisses für die EG favorisierte. Die englischen Liberalen verlangten eine vollständige

---

1 Vgl. ELD, Programm für Europa, S.11. Wörtliche Zitate im folgenden Kapitel ohne besondere Kennzeichnung sind sämtlich der Präambel entnommen.

2 Winfried Steffani, a.a.O., S.118-119.

3 Ebenda, S.119-12o.

Übernahme der Gesetzgebung durch das Parlament, dem gaben Programmkommission und Brüsseler Kongreß jedoch nicht statt. Nur ansatzweise soll laut Programm das Parlament an der Gesetzgebung teilnehmen: durch Ratifizierungen von Verträgen mit Drittländern und durch Mitentscheidungsbefugnisse in bezug auf europäische Rechtsvorschriften. Gemäß der Präambel soll dem Parlament Kontrollfunktion zukommen; dem institutionellen Teil der Plattform zufolge ist darunter beispielsweise die Beschlußfassung über den Haushalt zu subsumieren. Über die Kritik an dem internen Kräfteverhältnis der Institutionen wird nichts gesagt. Wie im institutionellen Part, bleibt auch die Präambel zur zukünftigen Befugnisverteilung in der EG vage. Daß außerdem sämtliche Vorschläge, die sich damit befassen, nur in den Erläuterungen zu finden sind, kann als ein Indiz für die konsequente Haltung der französischen PR gewertet werden, nicht über die Verträge hinauszugehen. Sie hatten Zurückhaltung zur Vorbedingung eines gemeinsamen Programmes und Wahlkampfes gemacht. Sie waren auch die einzigen, die für eine starke Stellung des Europäischen Rates plädierten und damit für eine starke Position der Nationalstaaten eintraten.
Die Parti Républicain, eine Partei, die dem 'rechten', konservativen Spektrum der ELD zugerechnet werden kann,[1] fand bei den übrigen vergleichsweise konservativen Parteien des Bündnisses keine Unterstützung für ihre Haltung zur europäischen Integration. Dies stützt die Aussage von verschiedenen ELD-Vertretern, auf dem Kongreß in Brüssel und in der Programmkommission habe ein 'rechts - links' - Gegensatz gar keine Rolle gespielt; Konflikte habe es vielmehr zwischen mehr und weniger integrationsfreundlichen Parteien

---

1 Vgl. Derek Hearl, A Possible Model of the European Alignment Process, University of Essex 1977, S.62.

gegeben. Die Haltung zur Integration habe auch das Abstimmungsverhalten auf dem Kongreß bestimmt. En bloc hätten lediglich die Delegierten der Parti Républicain abgestimmt; in den Delegationen der anderen Parteien hätte auch die Einstellung zur europäischen Integration das Abstimmungsverhalten geprägt.[1]

Bei den Liberalen wiederholte sich ein Phänomen, das die sozialdemokratische Plattformarbeit erheblich beeinflußt hatte: die exponierte Stellung der französischen Mitgliedspartei. Auch die PR betonte besonders die nationalstaatliche Souveränität. Neben der Einschätzung des Europäischen Rates spiegelte sich dies noch in etlichen anderen Bereichen wieder. Die PR wandte sich gegen ein europäisches Wahlrecht und sie setzte sich in der Währungspolitik für einen breiteren Spielraum nationaler Regierungen ein.

Grundsätzlich standen hinter den meisten Einwänden und Protesten nationale Interessen; nur sehen die meisten Parteien die Verwirklichung derer eher in einem supranationalen Europa, die PR aber nur über die intergouvernementale europäische Zusammenarbeit gewährleistet, d.h., das Verständnis von der Europäischen Union differiert durchaus innerhalb des Parteienzusammenschlusses. Die Präambel macht noch einmal klar, daß die Europäische Union in den Bereichen gemeinsame europäische Entscheidung treffen soll," in denen ein einzelstaatliches Vorgehen nicht mehr genügt".Diese Formulierung wird auch von den Sozialdemokraten benutzt. Dem widerspricht jedoch die vorhergehende Äußerung der Präambel:"Für uns, die europäischen Liberalen und Demokraten, bedeutet die

---

1 Information der Verfasserin. Über die Abstimmungsergebnisse im einzelnen lassen sich keine Aussagen machen, da kein Protokoll des Brüsseler Kongresses einzusehen war.

Valentine Herman/Juliet Lodge, a.a.O., S.12, stellen allerdings anhand ihrer Kongreßbeobachtung fest, auch die VVD habe geschlossen abgestimmt.

europäische Einigung mehr als nur Abmachungen zwischen nationalen Regierungen in Bereichen, in denen gemeinsame Interessen vorhanden sind. Für uns impliziert sie ein Neu-Überdenken der Rolle des Nationalstaates im Lichte der heutigen Erfordernisse und Zwänge." Der gesamte Tenor des Beschlusses zur Europapolitik der PR, aber auch ihre Wahlkampfführung, lassen nur die erstgenannte Funktion der Europäischen Union zu; Europa dient dem Nationalstaat, wenn dessen Lösungsmöglichkeiten nicht mehr ausreichen. Ein Überdenken der Rolle des Nationalstaates ist von Seiten der französischen Republikaner nicht angestrebt. So kraß wie die PR vertrat diese Position keine andere Partei, d.h. nach Untersuchung der Programmarbeit erstaunten die anfänglichen Bedenken einiger Parteien gegen die Zugehörigkeit dieser Partei zum ELD-Bündnis nicht.[1]

Anhand ihrer Anträge entsteht nur selten der Eindruck, daß sie aufgrund ihrer konservativen Grundeinstellung außerhalb des Bündnisses stünde, sondern vielmehr wegen ihrer europapolitischen Einstellung.

In der Präambel des Programmes kommt ein weiterer Punkt nicht zur Sprache, bei dem die Giscardianer von der Linie der Mehrheit der Parteien abweichen. In der Präambel ist ein Absatz der Rolle Europas in der Welt gewidmet; es wird jedoch das Verhältnis zu den USA auch hier ausgespart, nicht einmal die Atlantische Allianz findet Erwähnung, d.h., ein weiterer Konfliktbereich, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, wird ausgespart.

Wie im außenpolitischen Bereich nur global die Notwendigkeit der politischen Union angesprochen wird, wird für den Energiesektor in der Präambel lediglich konstatiert, daß er neue Gefahren in sich birgt, eine Andeutung auf zukünftige Lösungsansätze gibt es in

---

1 Vgl.z.B. dazu: Volkmar Kallenbach, Die Föderation der Liberalen und demokratischen Parteien, in: Dokumente, a.a.O., S.45. Siehe auch Kap. 2.1.2.

diesem Hauptkonfliktbereich des Programms in der Präambel noch keine.
Der Kernbereich der Europäischen Gemeinschaft, die Agrarpolitik, wird in der Präambel nicht einmal erwähnt, obwohl die Präambel in den meisten Politikbereichen zumindest die Problemlage kurz skizziert. Gegen die Agrarpolitik gab es nur von Seiten der Engländer Einwände, sonst war sie kaum kontrovers.

Die Agrarpolitik war im übrigen der einzige Bereich, an dem die englischen Liberalen wesentliche Kritik übten; sie gehören zu den proeuropäischsten Parteien der ELD; sie wünschten mehr Befugnisse für das Europäische Parlament, europäische Kompetenzen im Bildungsbereich und traten nie durch gegen die Integration gerichtete Vorschläge in Erscheinung. Sie zählen zu den Parteien, die im Spektrum der ELD eher 'links' einzuordnen sind aufgrund ihrer Einstellung zur Mitbestimmung, zu Lohn- und Preisleitlinien, Reprivatisierungen u.ä.m. (Kallenbach nennt sie 'sozialreformerisch').[1] Die englischen Liberalen legten besonderen Wert auf die Beibehaltung des Wettbewerbs, ebenso die niederländische VVD (s. Transportpolitik, Qualitätsnormen, Agrarpolitik). Wettbewerb und Marktwirtschaft gehören zu den grundsätzlichen Postulaten der Liberalen, wie sie auch in der Präambel bereits klar darlegen. Dies bedeutet nicht, daß an "laissez-faire"-Konzeptionen festgehalten werden soll. Diese hätten die "gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer ermutigt, den freien Marktmechanismus zum Schutze ihrer Interessen zu nutzen...".[2]
"Die kollektivistische Linke ist völlig inkonsequent: sie wendet sich weiterhin gegen den freien Markt, während ein großer Teil ihrer Sprecher einen völlig freien Lohnmarkt fordern."[3]

---

1 Vgl. Volkmar Kallenbach, Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten, in: Aus Politik..., a.a.O., S. 39.

2 ELD, Programm für Europa, S.1o.

3 Ebenda, S.1o.

An diesem Zitat und seinem Kontext zeigen sich deutlich Konfliktpunkte liberaler Programmarbeit: Man grenzt sich vom 'völlig freien Lohnmarkt' ab und fordert "Lohn- und Preisleitlinien". In der Präambel hat sich erneut die Gruppe ihrer Befürworter durchgesetzt, man hat aber eine Form gewählt, die allen Parteien eine Zustimmung ermöglicht, da sie interpretierbar ist. Dem Staat wird die Berechtigung zugesprochen, in die Lohnpolitik einzugreifen. In der Plattform wird ausdrücklich die Rolle des Staates angesprochen, der zur Sicherung des Wettbewerbs in den Markt eingreifen soll. Die Staatsfunktionen waren umstritten,[1] so daß man lediglich seine soziale Funktion in der Präambel ansprach, um hier einen breiten Konsens herzustellen.
In der Präambel ist von "Sozialer Marktwirtschaft" die Rede, obwohl einige Bedenken gegen diesen deutschen Terminus bestanden hatten, ihn in den Wirtschaftsteil des Programms aufzunehmen.
Im Wesentlichen stellt die Präambel einen Ausblick auf Schwerpunkte des Programms dar, wobei man sehr allgemein geblieben ist und weitgehend nur die Problembereiche aufgenommen hat, die allgemein konsensfähig sind, so wie die Thesen des Programms. Die Leitlinien des Liberalismus-Verständnisses werden aufgezeichnet, ausgehend von der Freiheit des Individuums und der Menschenwürde.[2] Der politische Ansatz geht davon aus, diese Grundwerte zu verwirklichen, aus ihnen leiten sich sowohl die Menschenrechtsforderungen, als auch die Wirtschaftspolitik der ELD ab.

In die Erläuterungen wurden viele Themenbereiche oder Teilbereiche aufgenommen, die kontrovers waren. Das heißt jedoch nicht, daß die Erläuterungen nur dazu dienten, Konfliktpotential aus dem verbindlichen

---

1 Information der Verfasserin.

2 Zu diesem Schluß kommen auch E.R. Wiehn u.a., Die Programmatik der europäischen Parteienföderationen, Werte und Leitbilder in Europa, Eine Inhaltsanalyse, Konstanz 1979, S. 222.

Programmteil auszuklammern, es finden sich auf weiten Strecken durchaus Erklärungen und nähere Ausführungen, die nur dem besseren Verständnis der vorangehenden Thesen dienen. Zu leugnen ist jedoch nicht, daß die ELD-Parteien durch die formale Gliederung ihre Programms sich die Möglichkeit schufen, dem Wähler Detailaussagen zu präsentieren, die zwar in einem europäischen Programm gemacht werden, aber doch nicht von allen Parteien getragen werden. Innerhalb der ELD konnte damit sicherlich ein stabilisierender Effekt erzielt werden, die Schwelle des Scheiterns der Verhandlungen war von vornherein höher gesetzt, nicht konsensfähige Aussagen brauchten nicht unbedingt ausgeklammert zu werden,wenn sie einer Partei unverzichtbar erschienen. Die Parteien hatten sich die Möglichkeit geschaffen, Homogenität zu demonstrieren.Die Präambel enthält eine kurze Einführung in das Liberalismus-Konzept der ELD. Sie gibt die globalen, langfristigen Zielrichtungen, die von allen Parteien getragen werden, sozusagen den 'konfliktfreien' Bereich der programmatischen Aussagen der liberalen Parteiföderation wieder, dem lediglich die liberale Jugendorganisation nicht uneingeschränkt zustimmt.

5.3. Demokratische Qualität liberaler Programmarbeit

Es gilt zu überprüfen, ob die Formulierung des Europaprogramms weitgehend den Europaspezialisten der ELD-Parteien vorbehalten war[1] und inwieweit Rückkopplungsprozesse die Programmarbeit beeinflußten. Die Parteien der ELD differieren in ihrer Größe und ihrer Struktur von den Mitgliedsparteien der beiden anderen Zusammenschlüsse.[2] Ein kleiner Mitgliederstamm erleichtert eine zügige Diskussion eines Programmes in möglichst breiten Teilen der Mitgliedschaft; eine lockere Parteiorganisation steht dem wiederum entgegen, da die Mitglieder schwer zu erreichen sind.

Im Gegensatz zu den beiden anderen Parteienzusammenschlüssen war aufgrund des kleineren Personenkreises, der sich seit Jahren mit Europapolitik beschäftigt, die Programmarbeit keine Phase des Kennenlernens für die politischen Akteure. Die beteiligten Personen waren bereits durch Mitarbeit in Regierungen, durch die Arbeit der Liberalen Internationale und durch bilaterale Parteikontakte an Zusammenarbeit gewöhnt.[3] War bei den Sozialdemokraten ein größerer Personenkreis gelegentlich an der europäischen Arbeit beteiligt und ein "harter Kern" unausgesetzt, ist bei den Liberalen eine Kontinuität der beteiligten Akteure festzustellen.

Auffallend sind die starken Verschränkungen zwischen Exekutivkomitee und Programmkommission der ELD und zwischen nationalen Parteivorständen und Führungsgremien im Europaparlament. Von den elf Mitgliedern

---

1 Geoffrey Pridham/Pippa Pridham, Towards Transnational Parties in the European Community, London 1979, S.21.

2 Siehe dazu Kap. 2.1.2..

3 Nach Aussagen aller Befragten.

der Programmkommission[1] gehörten sieben dem Exekutivkomitee der ELD an, mit einer Ausnahme waren sie alle Delegierte auf dem Brüsseler Kongreß, mindestens vier gehörten den vom Stuttgarter Gründungskongreß mit der Programmvorbereitung betrauten Arbeitsgruppen, fünf dem Europäischen Parlament an. Zwei Parteivorsitzende waren an der Arbeit beteiligt (Malagodi/PLI und Steed/Liberal Party, vgl. auch Tabelle 8). Unter den 154 Teilnehmern des Brüsseler Kongresses waren neun Parteivorsitzende und sechs Minister; 28 Delegierte gehörten dem Europäischen Parlament an.[2] Der Vorsitzende der Programmkommission, Martin Bangemann, war und ist Mitglied des Europaparlaments und inzwischen Vorsitzender der Liberalen und Demokratischen Fraktion des EP. Die starke Beteiligung von EP-Abgeordneten läßt darauf schließen, daß die Liberale und Demokratische Fraktion ihre Interessen in die Programmarbeit hat einfließen lassen. Mindestens 25 Direktwahlkandidaten nahmen an der Programmarbeit teil. Insgesamt auf europäischer Ebene mit der Programmarbeit direkt betraut waren 165 Personen: die Mitglieder der Programmkommission und die Delegierten des Brüsselser Kongresses 1977. Nicht feststeht die Zahl der persönlichen Referenten und Parteifunktionäre, die an der Arbeit teilnahmen.[3] Nach Aussagen von Beteiligten war ihre Rolle sehr gering. Der Programmkommission gehörte kein einziger hauptamtlicher Parteifunktionär an. Selbst wenn man davon ausgeht, daß persönliche Referenten und Funktionäre mit der Formulierung einzelner Textpassagen beauftragt waren, wäre die Zahl der mit der Programm-

---

1 Es gibt keine offizielle Liste der Kommissionsmitglieder. Die Anzahl der Personen ergibt sich aus den Interviews der Verfasserin und ist aus den Kongreßdelegiertenlisten zu entnehmen. Vgl. ELD, Congress Brussels 1977, a.a.O., S. 27 - 3o.

2 Vgl. ebenda, S. 28 - 3o.

3 Durch die Sitzungsprotokolle war für den Bund der Sozialdemokraten weitgehend festzustellen, wer an der Arbeit im einzelnen teilgenommen hatte, nicht so für die Liberalen.

arbeit beschäftigten Personen nicht höher als 18o. Bezieht man die Mitglieder der sieben Arbeitsgruppen, die die Arbeit der Programmkommission vorbereiteten, ein, kommt man selbst in dem Falle,daß alle namentlich nicht bekannten Mitglieder dieser Arbeitsgruppen weder Kongreßdelegierte noch Mitglieder der Programmkommission waren, nur auf eine Zahl von etwa 25o Akteuren. Der "harte Kern" umfaßt 15 Personen,die Programmkommission und den Generalsekretär, die mit Ausnahme des Generalsekretärs von einem gewählten europäischen Gremium, dem Exekutivkomitee , eingesetzt worden sind und beinahe ausnahmslos diesem auch angehörten.

Im Unterschied zu den beiden anderen Parteienzusammenschlüssen ist das Programm der ELD in den Mitgliedsparteien diskutiert worden. Die Bundesfachausschüsse der F.D.P. haben das Programm beraten, sie haben ständig am Diskussionsprozeß partizipiert und mit den Arbeitsgruppenvertretern der F.D.P. bzw. den F.D.P.-Mitgliedern der Programmkommission abgesprochen.[1] Diese Rückkopplungsprozesse eher informeller Art lassen sich inhaltlich in keiner Weise nachvollziehen. Etliche Kreisverbände der F.D.P. haben Änderungsanträge zum Programmentwurf vorgelegt (z.B. der Kreisverband Bonn zur Außenpolitik). Diese wurden dann im höchsten Gremium zwischen den Parteitagen, dem Bundeshauptausschuß, diskutiert und beschlossen bzw. abgelehnt. Die beschlossenen Änderungsanträge reichte die F.D.P. beim Brüsseler Kongreß ein. Diese Instanz, zumindest teilweise nach dem Delegationsprinzip gewählt, befand dann abschließend über das Programm. Es wurde schließlich einstimmig angenommen. Lediglich die LYMEC-Vertreter

---

1 Vgl. Martin Bangemann, Das Programm...,a.a.O.,S.1o5.

Tabelle 8: Die Mitglieder der ELD-Programmkommission

Name/Partei	Brüsseler Kongreß	Exekutiv-komitee	MdEP bis 1979	Partei-vorsitz	Mitglieder einer der sieben Arbeitsgruppen[1]
Cabuy/PL	X	X	-	-	
Guldberg/V	X	X	X	-	X
Bangemann/F.D.P.	X	X	X	-	X
Witte/F.D.P.	X	X	-	-	X
Dorē/PR	X	X	-	-	
Malagodi/PLI	X	X	X	X	X
Battaglia/PRI	X	X	X	-	
Weber/DP	-	-	-	-	
Nord/VVD	X	-	X	-	
Steed/Lib	X	-	-	X	

Der Generalsekretär der ELD, Florus Wijsenbeek, nahm nach eigenen Angabe an den Sitzungen der Programmkommission teil.

1 Es wird lediglich vermerkt, ob ein Akteur nachweislich teilgenommen hat; Teilnehmerlisten der Arbeitsgruppen lagen nicht vor, so daß die Teilnehme der anderen Akteure nicht endgültig ausgeschlossen werden kann.

enthielten sich der Stimme. Die Mitglieder der Programmkommission trugen zwar als Kongreßdelegierte zur Legitimierung ihres eigenen Produktes bei, sie machten jedoch nur einen kleinen Teil der Delegierten aus, der größte Teil kam aus den Parteien. Alle Parteien legten Änderungsanträge vor, hatten also das Programm diskutiert. Jede Partei hatte auf dem Brüsseler Kongreß noch einmal die Chance, auf das Programm Einfluß zu nehmen.

Die Delegierten des Den Haager Kongresses 1976 seien gewählt, nicht entsandt worden. Das gleiche gelte für die nachfolgenden ELD-Kongresse. Nach Aussagen des Generalsekretärs variierten allerdings die Wahlgremien für die Delegierten zum Brüsseler Kongreß in den einzelnen Parteien. In der F.D.P. wurde die Hälfte der Vertreter von der Landesebene delegiert, die andere Hälfte vom Bundesvorstand, d.h. man trug dem föderalistischen Aufbau der Partei Rechnung. Mitgliedern aus den Parteigliederungen wurde die Möglichkeit zur Mitarbeit eingeräumt. Die englischen Delegierten waren ebenfalls in den Regionen gewählt worden. Die Luxemburger DP als kleinste Partei benannte ihre wenigen Delegierten durch den Vorstand. Die Liberalen verfuhren zwar nicht durchgängig nach dem national üblichen Delegationsprinzip, sie ermöglichten aber alle den Gliederungen Mitwirkungsmöglichkeiten und überließen nicht den Parteivorständen allein die Auswahl der Delegierten.[1]
In der Programmkommission sollen die Vertreter aller Parteien gleichermaßen viel Engagement gezeigt haben; lediglich die Beteiligung der französischen Republikaner war weniger kontinuierlich, sie soll wechselnde Vertreter entsandt haben. Auf dem Kongreß

---

1 Die Wahlmodi im einzelnen sind nicht bekannt. Daß demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten gegeben waren, kann als gesichert angesehen werden.

stellten sie sehr viele Anträge, denen allerdings nur selten stattgegeben wurde. Die PR kann man als Außenseiter im Zusammenschluß bezeichnen, der allerdings die Antragslage und damit den Brüsseler Kongreß mitgeprägt hat. Den größten Einfluß hatte die F.D.P., zumindest vermitteln die Fakten den Eindruck: sie stellte den Vorsitzenden der Programmkommission; die Sitzungen der Programmkommission fanden in der Theodor-Heuss-Akademie statt, diese trug auch die Fahrtkosten. Die F.D.P. ist die bestorganisierte, finanzstärkste Partei der Föderation. Die Anträge der F.D.P. auf dem Kongreß fanden sehr häufig die Billigung der anderen Parteien, so zu den flexiblen Wechselkursen, wie überhaupt zur Währungspolitik, zur Kernenergie, zur Abschaffung der Todesstrafe, zur Paßunion. Ihr institutionelles Modell, ihr Einfluß auf die Außen- und Sicherheitspolitik wurden für das Europaprogramm übernommen. Sie mußte jedoch auch Kompromisse eingehen: bis zuletzt hatte sie sich gegen Lohn- und Preisleitlinien zur Wehr gesetzt, sie plädierte für Tarifautonomie. Der doch beachtliche inhaltliche Einfluß der F.D.P. kann mehrere Ursachen haben:

- die F.D.P. konnte auf ein Europaprogramm und auch sonst auf recht ausführliche Programmatik zurückgreifen,
- sie nahm eine Vermittlerfunktion wahr, ihre Positionen waren kompromißfähig.

Die F.D.P.-Vertreter beschreiben so die Rolle ihrer Partei. Sie seien bereit gewesen, um der Sache willen programmatische Abstriche zu machen; sie gaben dem Programmvorhaben Priorität vor einzelnen Sachaussagen. Ihre Organisations- und Finanzstärke mögen diese Mittlerrolle erleichtert haben. Auf dem

Kongreß spielte die Rechts-Links-Polarisierung zwar nur eine Nebenrolle, man kann die F.D.P. jedoch in der Mitte des Spektrums ansiedeln.[1] Dieses kann natürlich eine Vermittlung vereinfachen.

Die Willensbildung in der ELD vollzog sich sowohl nach konkordanz-, als auch nach konkurrenzdemokratischen Mechanismen. In der Programmkommission wurde immer die Übereinstimmung gesucht, Mehrheitsentscheidungen gab es keine. Erleichtert wurde den Parteien die Konsensfindung durch die Möglichkeit, strittige Punkte in die Erläuterungen aufzunehmen. Auf dem Brüsseler Kongreß wurde dann allerdings über die einzelnen Thesen per Mehrheitsentscheidung abgestimmt. Die Parteien waren bereit, sich diesen Mehrheitsbeschlüssen zu unterwerfen. Da eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, war es auch auf dem Kongreß häufig notwendig,Kompromisse aus verschiedenen Anträgen zu formulieren, um Mehrheiten zu sichern. Die geringe ideologische Segmentierung in grundsätzlichen Fragen vereinfachte diese Kompromißfindung; sie erleichterte aber auch die Bereitschaft der Parteien, die nur in Nuancen abweichenden Positionen einer anderen Partei für die eigene Programmatik anzuerkennen.

In der ELD hat man zumindest versucht, vom sonst üblichen "intergouvernementalen Procedere auf Gemeinschaftsebene"[2] in Ansätzen abzurücken. Die Programmkommission setzte sich aus wenigen Europaspezialisten zusammen; im Gegensatz zu den anderen Parteien diskutierten aber die einzelnen Mitgliedsparteien das Programm in ihren Gliederungen, so

---

1 Vgl. Derek Heart, a.a.O., S. 62.

2 Rudolf Hrbek, Parteibünde: Unterbau der EP-Fraktion..., a.a.O., S.182.

daß eine breitere Mitgliedschaft mit der europäischen Thematik konfrontiert wurde. Nach Aussagen von F.D.P.-Vertretern konnte dieser neue Bereich Mitglieder zur Mitarbeit aktivieren. Lernprozesse der Europaspezialisten wurden so der Mitgliedschaft vermittelt, sie konnten daran teilhaben, ihrerseits aber auch die Arbeit der Spezialisten beeinflußen. Mehr Mitglieder konnten in die Arbeit der Partei integriert werden. Die Chance der Identifikation mit der transnationalen Ebene wurde zumindest erhöht. In der ELD war man ernsthaft bestrebt, den Willensbildungsprozeß demokratisch zu gestalten und durch Beteiligung der Mitgliedschaft die Spezialisten zu kontrollieren.

6. Die Programmatik der Europäischen Volkspartei

6.1. Die Vorbereitungsphase der Programmarbeit

Innerhalb der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) existierte seit 1971 ein Politisches Komitee der EUCD-Parteien aus EG-Ländern. Diesem Komitee gehörten neben den EG-Vertretern des EUCD-Büros die Mitglieder des Büros der CD-Fraktion des EP an.[1] Ihm kam bei der Gründung der EVP ebenso eine Rolle zu wie der christdemokratischen Fraktion, der sowohl an der europäischen Parteiengründung als auch an einem Wahlkampfprogramm sehr gelegen war.[2] Sowohl Parteigründung als auch Programm wurden von verschiedenen Seiten seit 1971 betrieben. Bereits vor der offiziellen Gründung der EVP am 19. April 1976[3] gab es erste Entwürfe für ein Programm der Europäischen Partei von einer kleinen informellen CDU-Arbeitsgruppe. Die Vorarbeiten für das EVP-Programm wurden erleichtert durch die Tatsache, daß die EUCD ein eigenes Manifest erarbeitete. Dieses Manifest war von acht Arbeitsgruppen,"denen führende Mitglieder der nationalen Parteien und der CD-Fraktion des Europäischen Parlaments angehören",[4] vorbereitet worden. Es hatte zum Ziel,"in den wichtigsten Bereichen europäischer Politik Leitlinien für ein einheitliches Vorgehen zu erarbeiten."[5] Diese Zielsetzung stand auch hinter der Gründung der EVP und , untrennbar damit verbunden, der Erarbeitung eines EVP-Programmes. Die Zielsetzungen der Parteien galt es für einen europäischen Wahlkampf zu harmonisieren. Für die

---

1 Vgl. Claus Schöndube, Die Europäische Volkspartei, in: Dokumente, 1/77, S.32.

2 Vgl. Alfred Bertrand, in: cd-Europa, bulletin, 4/April 1976, S.3.

3 Vgl. Paul-H. Claeys/Nicole Loeb-Mayer, a.a.O.,S.25/26

4 Josef Müller, Vorgeschichte und Gründung der Europäischen Volkspartei, Brüssel 1977, S.4.

5 Ebenda, S.4.

Beschleunigung der Arbeit an der Gründung der EVP und des Programms spielten die Beschlüsse von Sozialdemokraten und Liberalen, Wahlplattformen auszuarbeiten, eine Rolle.[1]
Während bei Sozialdemokraten und Liberalen der Programmarbeit die Gründung des jeweiligen Zusammenschlusses vorausgegangen war und die Führungsgremien der neu gegründeten Zusammenschlüsse dann die Programmarbeit beschlossen, wurde im Falle der EVP die Notwendigkeit des Programms bereits vor ihrer Gründung konstatiert und mit der Arbeit durch ein anderes europäisches Gremium, die EUCD, begonnen. Es wurde innerhalb der EUCD eine Arbeitsgruppe "Europäische Partei" eingesetzt, die sich hauptsächlich mit dem Statut der EVP befassen sollte. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe wurden aber schon damit beauftragt, den von der Gruppe von CDU-Funktionären erarbeiteten ersten Programmentwurf den nationalen Parteien vorzulegen und Stellungnahmen dazu einzuholen.[2]
Italienische, belgische und niederländische Christdemokraten lehnten diesen Entwurf mit der Begründung "zuviel Marktwirtschaft und zuwenig christlicher Sozialismus" ab.[3]

---

1 Vgl. EUCD, Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der politischen Mitte in einer Europäischen Volkspartei, Brüssel 31.5.1975. S.1.

2 Vgl. Wolfgang Ettmüller, Die transnationale Kooperation und Organisation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, Universität Mannheim, 1977, S.95. Ettmüllers Aussagen basieren auf Gesprächen mit Hans Herbert Holzamer, Stellvertreter von Heinrich Böx im Büro für Auswärtige Beziehungen der CDU.

3 Den Vorsitz hatte Heinrich Böx, Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU, Mitglieder: Meinhard Ade (Referent von Heiner Geißler), Hans Herbert Holzamer (Stellvertreter Böx), Thomas Jansen (persönlicher Referent von Rainer Barzel) sowie von der CSU: Hubertus Dessloch und Obermeyer (Beamte der bayerischen Landesvertretung in Bonn).

Ab Juli 1976, drei Monate nach der Gründung der EVP, arbeitete eine Kommission an einem Entwurf für das Programm. Über die Funktionen, die diesem Programm zukommen sollten und die auch seine Inhalte bestimmen würden, bestand zwischen den Parteien nur teilweise Einmütigkeit: Für den Wahlkampf sollte eine Harmonisierung der Leitlinien stattfinden. Die CDU wünschte ursprünglich ein Grundsatzprogramm und einen Aktionsplan für mittelfristige Zielprojektionen.[1] Die CSU-Akteure in der Programmkommission erwarteten kein Grundsatzprogramm, sondern eine politische Klammer, einen Rahmen; sie strebten ein Arbeits- und Positionsprogramm für die CD-Fraktion an.[2] Von Seiten der belgischen Christdemokraten wurde kein konkretes Programm erwartet, sondern eine politische Richtlinie.[3]
Die Programmkommission wählte den späteren belgischen Ministerpräsidenten Wilfried Martens zu ihrem Vorsitzenden, den CSU-Vertreter und ehemaligen Vorsitzenden der Christdemokratischen Fraktion des EP, Hans-August Lücker, zu ihrem Berichterstatter. Diese beiden beauftragten das Studieninstitut der belgischen Mitgliedspartei CVP, CEPESS, mit einem ersten Entwurf.

---

1 Information der Verfasserin.
2 Information der Verfasserin.
3 Information der Verfasserin.

6.2. Die Programmarbeit

6.2.1. "Unsere Leitlinien für Europa"

Zu Beginn des Programms bekennt sich die EVP ausdrücklich zum "Europäischen Manifest" der EUCD und zum "Weltmanifest" der Christlichen Weltunion. Dieses Bekenntnis zur christdemokratischen Bewegung einerseits und zum christlichen Menschenbild andererseits wurde besonders von den belgischen, italienischen und niederländischen Christdemokraten verlangt. Die europäische Partei müsse eine eigenständige christdemokratische Identität haben, die bereits aus dem Namen ersichtlich sei. Diese Parteien hatten bezüglich des Namens Zugeständnisse machen müssen; die Niederländer versuchten während der Programmarbeit das Problem der Namensgebung erneut zu diskutieren. CDU/CSU schlugen den Namen "Europäische Volkspartei" vor. Den deutschen Christdemokraten ging es darum, anderen Parteien, vor allem den englischen Konservativen,den Beitritt zu dieser europäischen Partei zu ermöglichen. Es sollten auch künftige Koalitionsstrukturen im Europäischen Parlament vorgezeichnet werden. CDU/CSU schwebte eine Koalition als "Sammlung der Mitte" aus Christdemokraten, Liberalen, Konservativen und Fortschrittsdemokraten vor.[2] Um die Europäische Union zu erreichen,sah man in der CDU/CSU die Notwendigkeit,die "christlich-demokratischen, konservativen und nahestehenden Parteien der Länder der Europäischen Gemeinschaft zu einer aktionsfähigen Organisation zusammenzufügen."[3]
Zu diesem Zweck betrieben CDU/CSU seit 1975 neben der Arbeit in der EVP die Gründung einer Vereinigung europäischer christdemokratischer und konservativer Parteien, der nicht nur Parteien aus EG-Ländern

---

1 Vgl. Josef Müller, a.a.O., S.7.
2 Information der Verfasserin.
3 Josef Müller, a.a.O., S.7.

angehören sollten. Ziele dieser Vereinigung, der Europäischen Demokratischen Union (EDU), sind die organisatorische Verbindung christdemokratischer und konservativer Kräfte und die Harmonisierung ihrer Politiken. Die italienischen Christdemokraten sowie die Parteien der Benelux-Länder schlossen sich der EDU, deren Vorgänger die von den britischen Konservativen initiierten interparty conferences waren, nicht an. Die CDU-Sozialausschüsse standen der EDU-Gründung im April 1978 eher skeptisch gegenüber, während den konservativen Kräften in der CDU und der CSU als langfristiges Ziel der EDU ein christdemokratisch-konservativer Weltverband als Gegengewicht zum Sozialismus vorschwebte. Die EDU wurde nach Aussagen von CSU-Vertretern aber auch "als ein Netz unter dem Seil der EVP" gegründet, da die ordnungspolitische Diskussion in der EVP Formen annehmen könnte, die für die CSU nicht mehr tragbar wären. Die EDU ist nicht nur in Konkurrenz zur EVP zu sehen, sondern auch zur EUCD; nur vier EUCD-Mitglieder gehören der EDU an.[1] Die Gründung der EDU macht einmal mehr deutlich, daß die Christdemokraten der EG noch keine homogene Partei sind und die deutschen Parteien eine Außenseiterrolle in der EVP einnehmen. Als Kompromiß in der Frage der Namensgebung wurde schließlich ein Vorschlag von CDU/CSU akzeptiert: Europäische Volkspartei, Untertitel: Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft. In der CDU/CSU war man sich, als man diese Lösung vorschlug, durchaus der Tatsache bewußt, daß der Untertitel schnell in Vergessenheit geraten würde.[2]

Die niederländische Anti-Revolutionaire Partij (ARP),

---

1 Die Aussagen zur EDU stammen von Vertretern aus CDU und CSU. Vgl. aber auch: Ernst Kuper, Sicherheitspolitische Modellvorstellungen europäischer Parteibünde, in: Thomas Ellwein, Hg, a.a.O., S.185 ff.

2 Information der Verfasserin.

eine der drei Mitgliedsparteien des christdemokratischen Parteienbündnisses CDA, schlug vor, sich im EVP-Programm auf das Evangelium zu beziehen. Für sie ist christliche Politik in Teilen gleichzusetzen mit einem Christianisierungsprogramm, d.h. ihr Selbstverständnis weicht von dem der CDU durchaus ab. Die CDU ist die einzige Partei der EVP mit einem überkonfessionellen Selbstverständnis.[1] Die Niederländer schlugen vor, im Text des Programms die EVP als Christdemokraten zu bezeichnen: "wir, die christlichen Demokraten...". Eine Zustimmung der englischen Konservativen zum Programm würde somit verhindert. Die Bedenken der englischen Konservativen gegenüber der EVP und ihrem Programm liegen weniger in Sachaussagen begründet als vielmehr in der christlichen Verankerung des Bündnisses.[2] Den eindeutig christlich orientierten Parteien des Bündnisses, vor allen den Belgiern, aber auch den Holländern und Italienern, lag wenig daran, durch die Mitgliedschaft der englischen Partei mit dem Terminus "konservativ" beschrieben zu werden, der ihrem Selbstverständnis widerspricht.[3] Sie sehen konservative Parteien als Gegner an.

Die von der ARP vertretene Einstellung zum Verhältnis von Christentum und Politik wird auch im EUCD-Manifest, bei dessen Formulierung keine Rücksichtnahme auf nicht-christdemokratische Parteien zu üben war, nicht nachvollzogen. Die Aussagen von EUCD-Manifest und EVP-Programm sind dem Inhalt nach identisch und sehr der Aussage des CDU-Grundsatzprogrammes ähnlich:

---

1 Vgl. Präambel des Grundsatzprogrammes der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, beschlossen vom Bundesparteitag in Ludwigshafen 23.-25.Oktober 1978,S.5: "Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich."Siehe auch Kap. 2.1.3.

2 Nach Aussagen eines Vertreters der britischen Konservativen.

3 Alfred Bertrand, Die Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer, in: Christlich-demokratisches Panorama, 2-3/1978, S.78.

"Wir bestimmen unsere Politik aus einem Menschenbild, das von christlichen Grundwerten geprägt ist. Es findet seinen Ausdruck in der unveräußerlichen und unantastbaren Würde, Freiheit und Verantwortlichkeit des Menschen."[1]

Der erste vorliegende Programmentwurf der CDU, entstanden vor der offiziellen EVP-Gründung, macht gar keine Aussagen zur Verankerung der Föderation im Christentum; er bestimmt nur vage den Standpunkt der EVP als einen Zusammenschluß der politischen Kräfte der Mitte.[2] Dieser Entwurf war vorgelegt worden von Funktionären von CDU/CSU; von einem Vertreter der CSU in dieser Gruppe wurde aber betont, daß gerade das christliche Selbstverständnis im EVP-Programm ein für die CSU wesentliches Element sei.[3] Eine inhaltliche Trennung zwischen CDU und CSU gab es nicht, es wurde vielmehr arbeitsteilig verfahren. In den Inhalten habe es keine Differenzen zwischen den deutschen Schwester-Parteien gegeben, höchstens unterschiedliche Akzentsetzungen.[4] Selbst ein Vorentwurf vom Juli 1977, vorgelegt ein Jahr nach Beginn der Programmarbeit auf europäischer Ebene, sah die Äußerungen zum christlichen Menschenbild der Föderation noch nicht vor;[5] d.h. die Auseinandersetzungen über das Verhältnis der EVP zum Christentum haben sich über den gesamten Zeitraum der EVP-Arbeit bis zur Verabschiedung des Programms im März 1978 hingezogen. Für die deutschen Christdemokraten war dies eine Frage der zukünftigen Koalitionen im Europäischen Parlament, eine Frage der

---

1 Politisches Programm der Europäischen Volkspartei, herausgegeben von der CDU, Bonn 1978, S.3., im weiteren als EVP-Programm zitiert.

2 Vgl. Die Europäische Volkspartei, Programmentwurf, Fassung vom 6.11.1975, hektographiertes, unveröffentlichtes Manuskript, S.1.

3 Information der Verfasserin.

4 Information der Verfasserin.

5 Vgl. EVP, Entwurf des Politischen Programms vom 15.7.1977,o.O..

Strategie zur Erringung der Macht.
Der Vorentwurf vom 15.Juli 1977[1] war um einiges ausführlicher als das endgültige Programm. Das erste Kapitel hatte stärker als im Programm den Charakter einer Einleitung. Einige Aussagen dieses ersten Kapitels des Vorentwurfs finden sich später im Programm wieder, sie wurden in die entsprechenden Passagen integriert, so das Bekenntnis zum Tindemans-Bericht im institutionellen Teil. Die Direktwahlen werden zu Beginn des Programms nur mit einem Satz erwähnt, während der Vorentwurf einen Wahlaufruf enthielt.[2]
Das Programm plädiert für einen föderalistischen Aufbau Europas "als die Form, in der Europa seine Einheit gewinnt und seine Vielfalt bewahrt."[3] Diese Formulierung geht auf einen CDU-Funktionär zurück, nachdem zu Beginn der Arbeit seitens des französischen Centre des Démocrates Sociaux (CDS), einer Partei der Regierungsmehrheit, Bedenken bestanden, die nationale Identität könnte verloren gehen. Die Zugehörigkeit zur Regierungsmehrheit war es, die das CDS in allen Fragen der institutionellen Ausgestaltung der EG anfangs zögern ließ: die Zugehörigkeit zur Majorité durfte unter keinen Umständen aufs Spiel gesetzt werden. Die Partei selbst sei kein Gegner der Europäischen Union gewesen. An allen Verhandlungen über die Institutionen der EG nahm der CDS-Vorsitzende Lecanuet selbst teil; die übrigen Beratungen wurden auf französischer Seite vom Generalsekretät Deligent geführt.[4]
Im ersten Kapitel des Programms widersetzen sich die EVP-Parteien dem Anspruch François Mitterands,

---

1 Es folgte ihm noch ein weiterer Vorentwurf bis zur endgültigen Fassung des Programms. Der letzte Vorentwurf war der Verfasserin nicht zugänglich.

2 Vgl. EVP-Entwurf vom 15.7.1977, S.1.

3 EVP-Programm, S.2.

4 Information der Verfasserin.

"Europe sera socialiste ou ne sera pas." "Die Europäische Union soll ein Gemeinwesen sein, das alle demokratischen Kräfte mitgestalten und in dem sie sich frei entfalten können. Deshalb darf keine politische Richtung Europa für sich allein beanspruchen, um ihr Modell der Gesellschaft durchzusetzen."[1] Im Vorentwurf vom Juli 1977 wurden die Sozialisten in diesem Zusammenhang noch namentlich angesprochen.[2] Im Europa-Wahlkampf nahmen die EVP-Parteien diese Argumentation auf.

Wie die ELD befaßt sich auch die EVP in ihrem Programm mit Menschenrechten und Grundfreiheiten. Die EVP beruft sich auf die Europäische Menschenrechtskonvention und die nationalen Verfassungen der einzelnen Länder. Eine eigene europäische Menschenrechtscharta der EG als Institution wird nicht vorgeschlagen. Zur Bekräftigung der Menschenrechtskonvention erfolgt eine Aufzählung der wichtigsten Menschenrechte.

Das Recht auf ein Mindesteinkommen wurde aus dieser Aufzählung durch einen neuen Unterpunkt herausgehoben, genauso wie das Recht auf Behandlung im Krankheitsfall, das Recht auf Arbeit und Streik, auf gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit, auf gesunde Umwelt, auf Wohnung sowie auf Zugang zu den Bildungseinrichtungen und auf objektive Informationen.[3] Die Aufnahme dieses zusätzlichen Kataloges war nicht unumstritten. Von deutscher Seite hatte man auf der sichtbaren Trennung zwischen zwei Kategorien von Grundrechten bestanden: die einklagbaren (Recht auf Leben usw.) und die nichteinklagbaren, wie das Recht auf Arbeit. Auch übernationales Recht wollte man aus dem Grundrechtskatalog herausgehoben wissen (Recht auf gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit). Das Recht auf ein

---

1 EVP-Programm, S.2.

2 Vgl. EVP, Programmentwurf von 15.7.1977, a.a.O., S.1.

3 Vgl. EVP-Programm, S.4.

Mindesteinkommen sowie auch das Recht auf gleiche Entlohnung unterliegen der Tarifhoheit, in die man nicht eingreifen wollte. Große Auseinandersetzungen gab es um das Recht auf Arbeit. Von deutscher Seite war man anfangs nicht bereit, dieses in das Programm aufzunehmen. Die Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) und die beiden belgischen Mitgliedsparteien haben sich dann schließlich durchgesetzt. Die EUCDA war vertreten bei den Programmverhandlungen durch den Belgier Alfred Bertrand und den ehemaligen Arbeitsminister Hans Katzer (CDU). Die EUCDA spricht zwar in ihrem eigenen Manifest nicht vom Recht auf Arbeit, räumt aber der Würde des Menschen und der Arbeit den Vorrang vor allen anderen Werten und Maßstäben ein.[1] Die belgischen Parteien sind, im Gegensatz zu den deutschen, in der belgischen katholischen Gewerkschaftsbewegung - verwurzelt; vor allem die flämische CVP ist zu weiten Teilen eine Arbeiterpartei [2] und versteht sich auch als solche. Aus diser Verbindung resultierte ihr vehementes Eintreten für die Verankerung des Rechts auf Arbeit im EVP-Programm.[3] CDU/CSU waren sich mit den anderen Parteien zwar einig über die Priorität der Bereitstellung von Arbeitsplätzen, ihrer Ansicht nach kann ein Arbeitsplatz jedoch nicht gerichtlich erstritten werden wie die Erhaltung der Grundrechte. Ein einklagbares Recht auf Arbeit könnte nur dann existieren, wenn der Staat als Unternehmer fungiere. Das Recht auf Arbeit sei daher ein sekundäres Menschenrecht.[4] CDU/CSU fanden schließlich Verständnis für die deutsche Rechtssituation der Einklagbarkeit von Grundrechten. Die belgischen Parteien bestanden aber

---

1 Vgl. Gründungsdokument der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA), verabschiedet auf der Sitzung des Initiativausschusses der EUCDA am 21.1.1976 in Brüssel, S.2.

2 Vgl. Jürgen Hartmann, Belgien, a.a.O.,S.5o.Siehe dazu Kap.2.1.3.

3 Information der Verfasserin.

4 Information der Verfasserin.

darauf, vom Recht auf Arbeit zu sprechen, so daß man als Kompromiß die Trennung zwischen einklagbaren und nicht einklagbaren Grundrechten vornahm. Aus dem Programm wird zwar die Unterscheidung sichtbar, der Grund dieser Differenzierung aber wird nicht erkennbar, zumal Recht auf Arbeit, Streikrecht usw. sogar noch als Grundrechte und Grundfreiheiten bezeichnet werden. Auch das Streikrecht war ein besonderes belgisches Anliegen. Das Recht auf Arbeit erscheint in der Form des EVP-Programms auch im Grundsatzprogramm der CDU. Hier habe eine Rückkopplung der europäischen auf die nationale Programmarbeit der CDU stattgefunden.[1]

Die Aussagen zur gesellschaftlichen Solidarität wurden von den EUCDA-Vertretern forciert. Insbesondere der Bekämpfung von Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Armut und der Ungleichheit zwischen sozialen Gruppen, Regionen und Ländern maß die EUCDA Wert bei. Sie sollen"durch eine europäische Politik der Solidarität und einen Wandel der Strukturen"[2]gelöst werden. Der Begriff des Strukturwandels bleibt jedoch unerläutert. Der CSU lag sehr an der Betonung des Subsidiaritätsprinzip in der Gesellschafts- und Sozialpolitik. Darin findet auch die personale Orientierung des gesamten Programms ihren Ausdruck.[3]Das Subsidiaritätsprinzip soll auch angewandt werden,um eine Dezentralisierung der politischen Macht zu erreichen, d.h. Gemeinden und Regionen sollen die Entscheidungen über die Bereiche übernehmen, die sie besser entscheiden, ausführen und kontrollieren können. Wie die ELD-Parteien tritt auch die EVP für eine Verstärkung der Rechte der Parlamente ein, um die wachsende Macht der Regierungen zu kontrollieren. Die Mitwirkung

---

1 Vgl. Grundsatzprogramm der CDU,a.a.O., S.2o. Ein Funktionär berief sich bei dieser Aussage auf Richard v. Weizäcker, der an der Formulierung des CDU-Grundsatzprogrammes beteiligt war.

2 EVP-Programm, S.4.

3 Information der Verfasserin.

der gesellschaftlichen Gruppen soll gestärkt werden; hier unterscheidet sich die EVP von der ELD im Verständnis von der pluralistischen Demokratie. Zumindest legt sie die Gruppen nicht so eindeutig auf ihre beratende Funktion fest und betont auch nicht die Notwendigkeit der Alleinentscheidung der Parlamente, obwohl auch die EVP sich zur repräsentativen Demokratie bekennt.
Die Rolle der Parteien im repräsentativen System wird hervorgehoben. Wahlsysteme sollen die Bildung größerer Parteien fördern, "um stabile und handlungsfähige Regierungen zu gewährleisten."[1] Vor allem Belgiern und Italienern war dieser Passus wichtig. Der niederländische CDA hatte vorgeschlagen, eine fünf-Prozent-Klausel für die Wahlsysteme der Mitgliedsstaaten im Programm anzuregen, da in den Niederlanden die Vielzahl kleiner Parteien die großen Parteien Stimmen kostet. Einmal mehr wird an dieser Stelle deutlich, daß das Europaprogramm der einzelnen Parteien auch dazu dient, Lösungen für nationale Probleme erneut dem Wähler vorzutragen. Sowohl in Italien als auch in Belgien ist es aufgrund des Parteiensystems schwierig, solide Regierungsmehrheiten zu bilden. Dies schmälert den Einfluß der jeweiligen Parteien, DC in Italien und CVP/PSC in Belgien, sie sind immer auf einen oder mehrere Koalititonspartner angewiesen, da sie alleine nie die erforderliche Stimmenzahl erreichen, um die Regierung zu bilden.
Im ersten Kapitel bereits sprechen die EVP-Parteien die Kultur als Fundament europäischer Identität an. Sie soll zum einen die Grundlage bilden für ein Zusammenwirken der europäischen Völker im geeinten Europa, sie soll zum anderen zur Weiterentwicklung der christlichen und personalen Werte beitragen.[2]

---

1 EVP-Programm , S.5.

2 Vgl. ebenda, S.5.

Die Kultur soll aber auch marxistischer Ideologisierung entgegenwirken, wozu auch außerschulische Erziehung und Weiterbildung unentbehrlich seien. Erneut wird hier ein Wahlkampfthema, der Kampf gegen marxistische Ideologisierung, angesprochen, worauf vor allem die deutschen Parteien Wert legten. Im Vorentwurf von Juli 1977 war dieser Aspekt noch nicht in die kulturpolitischen Aussagen des Programms einbezogen. Das Näherrücken des Europawahlkampfes hat sicherlich dazu beigetragen, den Kampf gegen marxistische Ideologie, die einige EVP-Parteien dem politischen Gegner, den Sozialdemokraten, unterstellen, deutlicher in das Programm einzubeziehen. Die Passage zur Kulturpolitik wurde, mit einigen Erweiterungen, beinahe wörtlich aus dem EUCD-Manifest übernommen,[1] wobei der Vorentwurf vom Juli 1977 die Erweiterungen noch nicht enthielt:[2] in das EVP-Programm wurden Forderungen nach der Anerkennung von Bildungsabschlüssen in allen Ländern der Gemeinschaft, nach angepaßten Lehrplänen, nach Förderung privater kultureller Organisationen und nach Unterstützung für die von Tindemans geforderte "Europäische Stiftung" eingefügt, d.h. man ergänzte die theoretischen Aussagen um einige konkrete Vorschläge zur europäischen Kulturpolitik. Im Vorentwurf war die Kulturpolitik in das Kapitel zu den einzelnen Politiken der Gemeinschaft eingegliedert, man hat sich erst später entschieden, es herauszuheben aus dieser Auflistung und ihm eine gewisse Priorität beizumessen.

---

1 Vgl. Manifest der Christlichen Demokraten Europas, Paris 21.2.1976, S.7.

2 Vgl. EVP, Programmentwurf vom 15.7.1977,a.a.O.,S.9.

6.2.2. "Europa in der Welt"

Die Leitgedanken dieses Kapitels sind größtenteils aus dem EUCD-Manifest übernommen, wurden jedoch für die Endfassung des EVP-Programms um weitere Politikbereiche und um Details erweitert.
Hauptanliegen dieses Teils des Programms ist die Rolle, die einem vereinigten Europa in der Entwicklungspolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik und in internationalen Organisationen zukommen soll. Zu Beginn der Programmarbeit hegte man Zweifel , ob die Sicherheitspolitik überhaupt in das Programm einbezogen werden soll, da sie bislang nicht in den Kompetenzbereich der Gemeinschaft gehörte. Man entschied sich dafür, sie aufzunehmen, um nicht nur gegenwartsbezogen zu arbeiten, sondern auch Bereiche anzuschneiden, die man zukünftig im Einflußbereich der Gemeinschaft wissen möchte.[1]
Die EVP geht davon aus, daß Europa nur vereint eine wirksame Position in der Welt einnehmen kann, um sich für seine eigenen Interessen, aber auch für eine neue Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und Frieden einzusetzen.
Die Europäische Volkspartei begrüßt die Europäische Politische Zusammenarbeit als einen ermutigenden Schritt; es gelte, sie auszubauen und die Außenpolitik, wie im Tindemans-Bericht vorgesehen, zu einer Gemeinschaftsaufgabe zu machen und ein außenpolitisches Entscheidungszentrum einzurichten. Europa müsse immer mehr mit einer Stimme sprechen; auch dies ist eine Anregung des Tindemans-Berichts.[2] Der Tindemans-Bericht wird an verschiedenen Stellen des Programms angeführt, in institutionellen Fragen ist er weitgehend Vorbild der EVP. Auch im Aufbau des Programms und in den Kapitelüberschriften hat man

---

1 Information der Verfasserin.
2 Vgl. Tindemans-Bericht, I.A.1..

sich ihm angenähert.
Zum außenpolitischen Entscheidungszentrum äußert sich der Tindemans-Bericht sehr ausführlich, die EVP übernimmt in ihr Programm nur die globale Forderung danach, unterstützt aber auch seine Ausführungen dazu ganz global und macht damit den Tindemans-Bericht zu einer Erläuterung des Programms in diesem Punkt. Die enge Anlehnung an den Bericht liegt sicher nicht zuletzt in der Tatsache begründet, daß Tindemans Präsident der EVP ist. Im Europa-Wahlkampf ist er zu einem Symbol für die Europäische Einigung geworden.[1]
Im EVP-Programm sind Aussagen enthalten, die auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik hindeuten, wenn es heißt,"Nur ein geeintes Europa ist stark genug,... sich gegen die militärische Bedrohung zu behaupten und seine Existenz in Unabhängigkeit und Freiheit zu suchen."[2]An anderer Stelle in diesem Kapitel: "Wir müssen... unsere Bereitschaft zu gemeinsamer Selbstbehauptung deutlich machen."[3]Es wird zwar nicht ausgeführt, welche institutionelle Form die gemeinsame Verteidigung annehmen und welche Aufgaben sie übernehmen soll, aber "Die Europäische Union bleibt unvollständig, solange sie nicht im Rahmen des atlantischen Bündnisses eine gemeinsame Verteidigungspolitik besitzt." Dies müsse den europäischen Pfeiler des Bündnisses stärken und dabei auf Standardisierung der Waffensysteme und Ko-Produktion,auf gut gerüstete konventionelle Streitkräfte gerichtet sein. Ihre Schlagkraft bedinge den Einsatz atomarer Gefechtswaffen. [4]Ob hier von der englischen und französischen Atomstreitmacht, den in Europa stationierten amerikanischen Atomwaffen oder gar von eigenen europäischen

---

1 Vgl. Hans-Dieter Heumann/Eva Karnofsky,a.a.O.,Kap.11.
2 EVP-Programm, S.7.
3 Ebenda, S.8.
4 Ebenda, S.9.

die Rede ist, wird nicht ersichtlich. Der Entwurf vom 12. Juli 1977 war kaum deutlicher formuliert: "Die Verstärkung des europäischen Wehrpfeilers schließt die Standardisierung der Waffensysteme, gut ausgerüstete konventionelle Verbände sowie ein Mindestmaß an nuklearer Abschreckung im Rahmen des Bündnisses ein."[1] Im Programmentwurf der CDU-Arbeitsgruppe von 1975 ist die atomare Bewaffnung in Europa genausowenig erwähnt wie im EUCD-Programm, das auf "eine wirksame Organisation des europäischen Verteidigungsbeitrages" drängt.[2] Das CDU-Programm sagt dazu nichts aus, fordert lediglich gemeinsame Streitkräfte innerhalb der Allianz.[3] Der Abschnitt über die Sicherheitspolitik ist durch eine Fußnote gekennzeichnet, die dessen Gültigkeit nur für die NATO-Mitglieder der EVP anzeigt. Nichtmitglied der NATO ist Irland, in der EVP durch die Fine Gael vertreten. Die Franzosen gehören zwar der politischen Organisation der NATO an, sind jedoch militärisch nicht integriert. Das CDS würde eine integrierte gemeinsame europäische Streitmacht nicht unterstützen, lediglich eine Verstärkung der Abstimmung der europäischen NATO-Mitglieder ist erwünscht.[4] Diskussionen über die Sicherheitspolitik der Gemeinschaft hat es kaum gegeben; auch das Verhältnis zu den USA, das die Verhandlungen der beiden anderen Bündnisse belastete, war in der EVP unumstritten. Nicht nur die Unabdingbarkeit amerikanischer Präsenz in Europa war anerkannt, auch weitgehende Übereinstimmung der Wertvorstellungen und der politischen Zielsetzungen wurde konstatiert. Nicht so unstrittig wie die Sicherheitspolitik war die Entspannungspolitik.

---

1 EVP, Programmentwurf vom 15.7.1977, a.a.O.

2 Manifest der Christlichen Demokraten Europas, a.a.O. S.8.

3 Vgl. Grundsatzprogramm der CDU, a.a.O., S.56.

4 Vgl. Bernhard Stasi, geschäftsführender Vorsitzender des CDS, Zur französischen Verteidigungspolitik, RTL - Französisch 14.5.1980, 18.00 Uhr, in: Kommentarübersicht des Bundespresseamtes, 16.5.1980, S.16.

Für die deutschen Parteien war es wichtig, daß die Berlin-Frage im Programm zur Sprache kam. Anfänglich bestand hauptsächlich bei den Belgiern Skepsis dagegen,[1] sie in das Programm aufzunehmen. Die Programmarbeit habe einen Lernprozeß initiiert. Den belgischen Parteien war die direkte Konfrontation mit dem Ostblock fremd, Kommunismus spielt in Belgien gar keine Rolle. CDU/CSU haben die Möglichkeit genutzt, die anderen Parteien über die deutsche Teilung und ihre Implikationen zu informieren;[2] dies habe dazu geführt, daß der Hinweis, Berlin bleibe Prüfstein für wirkliche Entspannung in Europa und es sei Teil der EG, schließlich unumstritten war.[3] Die Einigung muß bereits zu Beginn der Diskussion erreicht worden sein, da der Entwurf vom Juli 1977 diesen Passus bereits enthielt.[4]
Ein CDU-Vertreter wies daraufhin, daß die NATO-Mitglieder in der EVP ohnehin im NATO-Vertrag anerkannt hätten, daß Berlin Teil der EG sei.[5]
CDU/CSU erreichten auch einen ausdrücklichen Hinweis auf "das Recht auf Selbstbestimmung aller europäischen Völker, einschließlich des deutschen Volkes."[6] Die Spaltung Europas solle in Frieden überwunden werden. Ursprünglich sah die CDU vor, den Wunsch nach Widervereinigung des deutschen Volkes an dieser Stelle in das Programm aufzunehmen, sie konnte sich damit jedoch nicht durchsetzen.
Diskutiert worden ist auch über MBFR und KSZE. Seitens der CSU bestanden große Bedenken gegen Programmaussagen zu KSZE und MBFR. In ihrem Grundsatzprogramm führt sie an: "Mit dem Instrumentarium der Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit

---

1 Information der Verfasserin.
2 Information der Verfasserin.
3 Vgl. EVP-Programm, S.9.
4 Vgl. EVP, Programmentwurf vom 15.7.1977, a.a.O., S.15.
5 Der CDU-Vertreter bezieht sich auf Art.6, NATO-Vertrag.
6 EVP-Programm, S.7.

in Europa (KSZE) und über Truppenabbau (MBFR) will Moskau seinen Einfluß auf Westeuropa ausdehnen."[1] Die CSU lehne nicht die KSZE ab, sondern das Schlußdokument, dieses sei zwar nicht identisch mit den Zielsetzungen der UDSSR auf der KSZE, dennoch seien die Bedenken der CSU gegen die Aussagen zur KSZE größer als es im EVP-Programm zum Ausdruck käme. Von anderen Parteien, hauptsächlich Regierungsparteien, habe es in der Programmdiskussion sehr positive Stellungnahmen zur KSZE gegeben. Oppositionsparteien seien durchgängig ihr gegenüber skeptischer gewesen als Regierungsparteien.[2] CDU/CSU haben erreicht, daß die Formulierungen zur KSZE sehr vorsichtig ausgefallen sind: "Die Schlußakte von Helsinki kann (Hervorhebung durch die Verfasserin) einen großen Schritt in Richtung auf Entspannung zwischen Ost und West bedeuten... Die Verwirklichung ihrer Bestimmungen wäre eine bedeutende Etappe für die Humanisierung der Lebensbedingungen der Völker in Osteuropa."[3] CDU/CSU wirkten auch darauf hin, auf die Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa in diesem Zusammenhang hin - zuweisen. An anderer Stelle wird moralische und menschliche Verantwortung für die Länder Osteuropas konstatiert. Hans-August Lücker, CSU-Mitglied und Berichterstatter der Programmkommission, und damit für die kontinuierliche Überarbeitung des Programms während der einzelnen Diskussionsrunden zuständig, hat nach eigenen Aussagen seine Partei gedrängt, sich bezüglich der KSZE von der Oppositionsrolle zu lösen und der Passage zuzustimmen. Die Programmkommission hatte sich schließlich gegen eine Aussage zu den MBFR-Verhandlungen entschieden, da man sie für festgefahren hielt.[4]

---

1 Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union, München 1978, S.69.

2 Information der Verfasserin.

3 EVP-Programm, S.9.

4 Information der Verfasserin.

Im gesamten Programm werden Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten Osteuropas nicht erwähnt, die Beziehungen zu diesen Staaten werden nur im Rahmen der Entspannungspolitik definiert. Hierin unterscheiden sich die Christdemokraten von den beiden anderen Parteienzusammenschlüssen.
Unumstritten war innerhalb der EVP die Erweiterung der Gemeinschaft, die man aus politischen Gründen für notwendig hielt. Europa müsse Verantwortung für die Dritte Welt auf sich nehmen und mitarbeiten an einem besseren Interessenausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im Sinne einer gerechten Wirtschaftsordnung. Wie diese Wirtschaftsordnung gestaltet werden soll, wird im EVP-Programm nicht erläutert. Ein CSU-Funktionär definiert sie so: Das Prinzip der Tüchtigkeit soll vorrangig werden und das Marktprinzip muß gewahrt bleiben.[1]
Die Entwicklungshilfe soll in verstärktem Maße von den Nationalstaaten auf die Gemeinschaft übertragen werden; die Gemeinschaftsorgane sollen die Entwicklungshilfe der Mitgliedsstaaten koordinieren. Die Gemeinschaft soll die entwicklungspolitische Tätigkeit regierungsunabhängiger Organisationen in wachsendem Maße unterstützen,wie der privaten Entwicklungshilfe generell zur stetigen Steigerung verholfen werden soll. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich multinationale Unternehmen sinnvoll in nationale Entwicklungsprogramme einordnen müßten. Die öffentliche Entwicklungshilfe soll o,7 Prozent des Bruttosozialproduktes betragen, wie es auch die UNO und in Anlehnung an sie auch die beiden anderen Parteienzusammenschlüsse fordern, bzw. forderten.
Das EVP-Programm geht davon aus, daß Wachstum eine Grundvoraussetzung für die Entwicklungspolitik ist. Der niederländische CDA vertrat allerdings nicht

---

1 Information der Verfasserin.

diese Ansicht. Die CDA-Parteien wurden jedoch per Mehrheitsbeschluß überstimmt. Mehrheitsentscheidungen gab es nur sehr wenige; gewöhnlich wurden für alle Parteien tragbare Kompromisse gefunden.[1]
Die CDU wirft in der innenpolitischen Debatte der SPD vor, nicht ausschließlich demokratisch strukturierte Länder mit ihrer Entwicklungshilfe zu unterstützen. Auch in ihrem Grundsatzprogramm stellt die CDU fest, daß sie sich in ihren auswärtigen Beziehungen für ihre Werte einsetzen will.[2]
Eine solche Einschränkung findet sich im EVP-Programm nicht; man legte Wert darauf, daß die öffentlichen Mittel vorrangig den ärmsten Ländern zufließen. Im Vorentwurf war noch die Forderung enthalten, die auch der Bund der Sozialdemokraten in seiner Plattform aufstellte: die wirtschaftliche Entwicklung der armen Länder solle in erster Linie den Bedürfnissen der großen Masse der Bevölkerung genügen.[3] Besondere Programme für bestimmte Regionen werden nicht ausgeschlossen; so wird das Lomé-Abkommen als modellhaft dargestellt. Gerade mit den außereuropäischen Völkern, "mit denen uns vielfältige geistige und kulturelle Beziehungen verbinden,"[4] sollen enge Beziehungen gepflegt werden, vor allem mit den Ländern Lateinamerikas. Mit christdemokratischen Parteien in Lateinamerika pflegen die EVP-Parteien in der Weltunion Christlicher Demokraten Kontakt, in den anderen Erdteilen sind Christdemokraten nicht so stark vertreten.[5]
Die UNO soll ein Gremium werden, in dem Sachentscheidungen zwischen Industrienationen und Dritte-Welt-Staaten koordiniert werden. Probleme von weltweiter

---

1 Information der Verfasserin.

2 Vgl. Grundsatzprogramm der CDU, a.a.O., S.59.

3 Vgl , EVP, Programmentwurf vom 15.7.1977,a.a.O.,S.16.

4 EVP-Programm, S.1o.

5 Vgl. Karl Josef Hahn/Friedrich Fugmann,a.a.O.,S.264.

Bedeutung - Umweltverschmutzung, Verteidigung der Menschenrechte usw. - soll sie, im Rahmen einer internationalen Rechtsordnung, in Angriff nehmen.[1]

Den Auskünften der Beteiligten, dem Textvergleich der Vorentwürfe und dem Programm zufolge enthielt die Entwicklungspolitik keinen besonderen Konfliktstoff, sieht man von den Vorschlägen des CDA ab.

6.2.3. "Die Politik der Europäischen Gemeinschaft"

Bei diesem Kapitel handelt es sich um den umfassendsten Teil des Programms; er spricht die einzelnen Politikbereiche der EG an. Die wirtschaftliche und soziale Integration soll zunächst Vorrang haben, sie könne aber nur gelingen, wenn mit ihr auch der politische Einigungsprozeß fortschreite. Damit wird der wirtschaftlichen und sozialen Integration Priorität verliehen, sie wird aber mit der politischen gekoppelt. Währungsintegration soll der letzte Schritt sein. Man entscheidet sich gegen einen monetaristischen Integrationsansatz.[2] Der wirtschaftspolitische Teil des Programms beinhaltet den schwierigsten Punkt der Diskussion: die 'Soziale Marktwirtschaft'. Eingebracht wurde dieser Begriff von CDU/CSU, Einwände kamen anfänglich von den Franzosen, die mit der 'Sozialen Marktwirtschaft' ein spezifisch deutsches Wirtschaftssystem verbanden. Von den Vertretern einiger Parteien wurde die 'Soziale Marktwirtschaft' mit einem laissez-faire-Liberalismus verbunden. Die CDU hatte die Gelegenheit, ihr Konzept der 'Sozialen Marktwirtschaft' zu erläutern.

---

1 Vgl. EVP-Programm, S.12.

2 Vgl. ebenda, S.21.

Die CDU selbst sieht in der Möglichkeit des Kennenlernens der Positionen, der innenpolitischen Bedingungen und Probleme der Parteien der EVP untereinander eins der größten Verdienste der europäischen Programmarbeit. Nach Meinung der CDU-Akteure konnten die anderen Parteien-Vertreter feststellen, daß das deutsche Konzept der 'Sozialen Marktwirtschaft' weitgehend ihren eigenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen entsprach. Die flämische CVP stellte allerdings im nachhinein fest, daß sie selbst das Kapitel über die Marktwirtschaft mehr aus Arbeitnehmerperspektive geschrieben hätte. Dagegen habe sich Widerstand von deutscher Seite erhoben, allerdings nicht von allen Teilnehmern; die deutschen Arbeitnehmer-Vertreter hätten der CVP durchaus zugestimmt.[1] Den deutschen CDA-Vertretern kam es hauptsächlich darauf an, Mitbestimmung und Solidarität im Passus zur Marktwirtschaft erwähnt zu finden. Hauptkriterien der 'Sozialen Marktwirtschaft' sind im Grundsatzprogramm der CDU und im EVP-Progromm identisch: Freiheit, Initiative des Einzelnen, Wettbewerb, Solidarität und soziale Verantwortung, Mitverantwortung, Eigentum und Wohlstand. Im EVP-Programm ist 'Soziale Marktwitschaft' obendrein eng verknüpft mit Vollbeschäftigung, angemessener Verteilung von Entscheidungsgewalt und Eigentum sowie Mitbestimmung.[2] Es sind also durchaus Zugeständnisse an die belgischen Parteien gemacht worden. In der CDU wurde die Übernahme der 'Sozialen Marktwirtschaft' als ein Beweis für die starke Position der eigenen Partei innerhalb des Zusammenschlusses gewertet.[3]
Nach Aussagen deutscher Akteure gab es bei der Übersetzung des Terminus 'Soziale Marktwirtschaft' in die Sprachen der beteiligten Parteien Probleme. Die

---

1 Information der Verfasserin.

2 Vgl. EVP-Programm, S.21.

3 Information der Verfasserin.

Ansichten darüber, ob die Übersetzungen dazu benützt wurden, inhaltliche Nuancenverschiebungen vorzunehmen, differieren unter den Beteiligten. Die ELD-Parteien übersetzten 'Soziale Marktwirtschaft' im Französischen mit 'l'économie sociale de marché'. Diese Formulierung findet sich in der französischen Fassung des EVP-Programms nicht. Es existiert kein Terminus Technicus, der Begriff wird umschrieben, und zwar nicht immer gleich: einmal ist nur von einem "système économique et sociale"(Wirtschafts- und Sozialsystem) die Rede,[1] an anderer Stelle spricht man nur von einem 'système économique'. Allerdings gleicht die anschließende Beschreibung dieses Systems exakt der deutschen. Das gleiche wie für die französische Fassung gilt für die italienische.[2] In der flämischen Übersetzung ist die Rede von der "democratisch geordende markteconomie",[3] der 'demokratisch organisierten Marktwirtschaft'.
Die zweite Passage spricht auch nur neutral vom "Wirtschaftssystem"[4]. Im englischen Text wird mit "social market economy" wörtlich übersetzt.[5] Inwieweit die differierenden Übersetzungen auf Interpretationen oder auf fehlender Idiomatik beruhen, kann nicht abschließend geklärt werden. Übersetzungsprobleme dieses Ursprungs habe es weiter keine gegeben.[6]

Im Manifest der EUCD wird von "freier Marktwirtschaft" gesprochen; diese müsse mit den Interessen der Gesellschaft und den sozialen Grundrechten in Einklang gebracht werden.[7] Im Manifest der EUCDA wird die Frage des Wirtschaftssystems weitgehend offengelassen, es wird nicht genau definiert. Wesentliche Merkmale

---

1 EVP, Programme Politique, S.1o.
2 EVP, Programma politico del Partito Populare Europe, S.15.
3 EVP, Politiet Programma, S.15.
4 Ebenda, S.16.
5 EVP, Political Programme, S.1o.
6 Information der Verfasserin.
7 Vgl. Manifest der EUCD, a.a.O.,S.5.

dieses Systems sollen Partnerschaft und Solidarität sein.[1]
Innerhalb der 'Sozialen Marktwirtschaft' gilt den kleinen und mittleren Unternehmen besondere Beachtung. In deren Bedeutung waren sich die drei europäischen Parteienzusammenschlüsse einig.
Divergierende Auffassungen unter den Parteien gab es auch zur Rolle des Staates im Wirtschaftssystem, inwieweit er in den Markt eingreifen soll.[2] Im Programm der EVP ist den einzelnen Parteien sehr viel Interpretationspielraum gelassen: "Es ist Aufgabe des Staates, in einer Planung der Rahmenbedingungen die großen wirtschaftlichen und sozialen Leitlinien zu setzen, die durch das Parlament zu beschließen sind."[3] Danach können sogar Lohn- und Preisleitlinien vom Staat gesetzt werden. Der Staat muß zur Sicherung des Wettbewerbs aktiv werden und Wettbewerbshemmnisse abbauen. CDU/CSU wollten diesem Passus anfänglich nicht zustimmen, mußten jedoch zugestehen, daß auch in den deutschen Markt der Staat eingreift. Sie gaben schließlich der Democrazia Christiana und den Benelux-Parteien nach.[4]
Auf europäischer Ebene müssen Steuerrecht, Sozialgesetze, Arbeits- und Berufsrecht harmonisiert werden. Innerhalb der Gemeinschaft müsse aufgrund der wirtschaftspolitischen Erfordernisse ohnehin gemeinsames Handeln erreicht und gemeinsame Ziele gesetzt werden. Als Ziele werden genannt: Vollbeschäftigung, Beseitigung der Inflation, Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas, Erleichterung des notwendigen Strukturwandels der Sektoren, Förderung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Förderung der Energie- und Forschungspolitik, Förderung der Struktur-

---

1 Gründungsdokument der EUCDA, a.a.O.,S.5-6.
2 Information der Verfasserin.
3 EVP-Programm, S.22.
4 Information der Verfasserin.

und Regionalpolitik,[1] begleitet von einer harmonisierten und aktiven Sozialpolitik. Zukünftig soll die Erfüllung dieser Ziele mehr durch gemeinschaftliche Maßnahmen erreicht werden als bisher, durch die Schaffung des auch von Tindemans angesprochenen gemeinschaftlichen Entscheidungszentrums. Welche Maßnahmen dann von diesem Gemeinschaftsorgan zur Erreichung der gesteckten Ziele ergriffen werden sollen, wird an dieser Stelle des Programms nicht aufgeführt, teilweise sind sie aus den Ausführungen zu den einzelnen Politikbereichen zu entnehmen.

Die Wirtschafts- und Währungsunion wird als notwendig für die weitere Entwicklung der Gemeinschaft angesehen (Die EVP-Parteien stimmen den Vorschlägen Tindemans'zur WWU zu). Bis zum Inkrafttreten der WWU gelte es, die Wirtschaftspolitik bereits als Gemeinschaftspolitik einzuführen und die einzelnen Politikbereiche (Regional und Sozialpolitik usw.) aufeinander abzustimmen. Ferner gelte es,die Währungsschlange beizubehalten. Auf Tindemans' Ansatz zur abgestuften Integration wird mit keinem Wort eingegangen, man stimmt jedoch "neue(n) gemeinschaftliche(n) Anstrengungen und Anpassungsmaßnahmen" zu.[2] Nur die Kernthesen des Tindemans-Berichtes werden angesprochen. Zur Zeit der Programmarbeit (Februar 1978) existierte das Europäische Währungssystem (EWS) noch nicht, so daß das Programm in der Währungspolitik nicht auf dem neuesten Aktualitätsstand ist.

Auf dem Kongreß der EVP im Februar 1978 wurde eine kurze Wahlplattform beschlossen, weitgehend eine Kurzform des Programms. Einige Parteien, z.B. die irische Fine Gael und die belgische Parti Social Chrétien arbeiteten im Wahlkampf auch mit dieser Plattform. Für die CDU/CSU stand von vornherein fest,

---

1 Vgl. EVP-Programm, S.22.

2 Ebenda, S.22.

daß sie sie kaum im Wahlkampf verwenden würde.[1]
Diese Plattform spricht davon, daß "through the creation of a European monetary system can advance to Economic, Monetary and Social Union and, finally to European Political Union."[2]
Sowohl das Programm selbst als auch die Plattform widersprechen dem eingangs formulierten Postulat; wirtschaftliche und soziale Integration müßten Vorrang haben. Das Programm läßt durch seine sonstigen Vorschläge eher den Eindruck entstehen, eine gleichzeitig auf allen Sektoren stattfindende Integration sei angestrebt, an deren Ende eine europäische Währung und die Europäische Union stehen soll. Aus der Plattform kann man sogar entnehmen, daß erst einmal ein europäisches Währungssystem zum Integrationsmotor werden soll, über das dann wirtschaftliche, soziale und politische Union erreicht werden sollen.
Dem Aufbau des Programmes zufolge spielt der soziale Friede für die wirtschaftliche Integration eine wesentliche Rolle, da dem wirtschafts- und währungspolitischen Teil des Programms die Forderung nach wachsender Übereinstimmung der Sozialpartner angeschlossen ist.[3]"Die Dreierkonferenz, der Ständige Ausschuß für Beschäftigungsfragen und der Wirtschafts- und Sozialauschuß können hierzu einen nützlichen Beitrag leisten."[4]
Die belgische CVP wollte in dieser Passage die Gewerkschaften ausdrücklich erwähnen, dies wurde jedoch von den deutschen Parteien abgelehnt.[5]Begründet wurde diese Ablehnung von deutscher Seite mit zwei Argumenten: hätte man die Gewerkschaften ausdrücklich

---

1 Information der Verfasserin. Gründe hierfür sind nicht bekannt.

2 EVP-Wahlplattform, engl. Fassung der Fine Gael, in: EVP-Reisepass, Brüssel o.J.,S.3.

3 Vgl. EVP-Programm, S.23.

4 Ebenda, S.23.

5 Information der Verfasserin.

erwähnt, hätte man auch weitere Interessengruppen ansprechen müssen.[1] Das Verhältnis einiger christdemokratischer Parteien zu ihren nationalen Gewerkschaften sei ohnehin gestört.[2]
Die EUCDA dagegen bekräftigt in ihrem Gründungsdokument ausdrücklich die Notwendigkeit starker Gewerkschaften und den Willen zur Zusammenarbeit. Sie will sich mit eigenen Beiträgen an der Arbeit des EGB beteiligen. Zwischen Parteien und EGB sei eine wechselseitige Kommunikations- und Informationsbasis anzustreben.[3]
Welche Funktion die genannten Gremien, Dreierkonferenz, Ständiger Ausschuß und WSA, im einzelnen leisten sollen, ob nur der Status quo beschrieben wird oder ob deren Funktionen und Aufgabenbereiche innerhalb der Gemeinschaftsorganisationen vergrössert werden sollen, geht aus dem Programm nur ansatzweise hervor: im institutionellen Teil wird darauf hingewiesen, die Rolle des WSA als Beratungsorgan solle gestärkt werden.[4] Die wallonische Parti Social Chrétien will die Sozialpartner nicht nur in Beratungsfunktionen sehen, sondern fordert in ihrem eigenen Manifest zur Europawahl "die regelmäßige und systematische Konzertierung der Sozialpartner über die Ausarbeitung, Realisierung und Kontrolle der Gemeinschaftspolitiken und über die Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitiken der Mitgliedsstaaten."[5]
Die wallonischen Christdemokraten erklären, weshalb sie sich zur Vorlage eines eigenen Manifestes entschlossen haben: das Manifest versteht sich als Erläuterung und Umsetzung des EVP-Programmes für Wallonien und Brüssel[6]. Etliche Passagen wurden aus

---

1 Information der Verfasserin.
2 Information der Verfasserin. Siehe Kap.2.1.3..
3 Vgl. Gründungsdokument der EUCDA, a.a.O., S.3-4.
4 Vgl. EVP-Programm, S.32.
5 PSC-PPE, manifeste lo juin 1979, Brüssel o.J., S.lo.
6 Vgl. ebenda, S.2.

dem EVP-Programm zitiert, andere wurden neu formuliert, wie die Ausführungen zur Rolle der Sozialpartner in der EG.

Die Sozialpolitik der Europäischen Gemeinschaft soll die Sozialpolitiken der einzelnen Mitgliedsstaaten ergänzen, koordiniern und harmonisieren. Die Sozialpolitik der EG ist dazu bestimmt, "eigene Kräfte der Menschen, der sozialen Gruppen und der Regionen zu wecken,"[1] d.h., ihr soll hauptsächlich Initiativfunktion zukommen.
CDU/CSU maßen der sog. "Neuen Sozialen Frage" besondere Bedeutung bei. Sie wird direkt zu Beginn der sozialpolitischen Passage des Programms angeschnitten. Die "Neue Soziale Frage" stellt sich durch die "schwächsten, nichtorganisiierten Gruppen der Bevölkerung".[2] "Zu dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit sind Konflikte zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen, Erwerbstätigen und nicht im Berufsleben Stehenden, Mehrheiten und Minderheiten getreten."[3] Der demokratische Staat laufe Gefahr, sich nur nach den organisierten Interessen zu richten.[4] Die belgischen Parteien, die stark in der katholischen Gewerkschaftsbewegung verankert sind, befürchteten Konflikte mit ihren Gewerkschaften, wenn sie die "Neue Soziale Frage" in den Mittelpunkt ihrer Sozialpolitik stellen. Sie stimmten der CDU schließlich doch zu; in dem Programm der PSC allerdings wird der "Neuen Sozialen Frage" nicht die Priorität eingeräumt wie im EVP-Programm; arbeitnehmerorientierte Sozialpolitik hat den Vorrang.[5]

Die EUCDA legte besonderen Wert auf die Betonung von Partnerschaft und Solidarität in der Sozialpolitik.

---

1 EVP-Programm, S.23.

2 Ebenda, S.23.

3 Grundsatzprogramm der CDU, a.a.O., S.37.

4 Vgl. ebenda, S.38.

5 Vgl. PSC-PPE, a.a.O., S.lo-ll.

Weiter setzte sie sich ein für die Schaffung einer Charta der Rechte der Arbeitnehmer, für die Mitbestimmung sowie für die Vermögensbildung.[1]

Im EUCDA-Gründungsdokument wird zwar keine Charta der Rechte der Arbeitnehmer aufgestellt, im EVP-Programm findet sich auch keine nähere Bestimmung, es ist jedoch anzunehmen, daß es sich dabei um die im Menschenrechtsteil des Programms angesprochenen Rechte handelt, wie Recht auf Arbeit, auf Streik usw. (s.S.262).
Über die Mitbestimmung konnte kein Konsens erzielt werden, deshalb findet sich auch nur ein Satz dazu im Programm. Über die angestrebte Mitbestimmungsform wird nichts ausgesagt. Die einzelnen Parteien hätten mit dem Begriff Mitbestimmung sehr unterschiedliche Inhalte verbunden, die sich nicht für das Programm hätten kombinieren lassen. Der Vorentwurf vom Juli 1977 orientierte sich an den Beschlüssen des Europäischen Parlaments: "Wir wollen...fördern die Teilnahme der Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz, im Betrieb und im Unternehmen, besonders durch eine ausgewogene Repräsentation im Aufsichtsrat und im Betriebsrat, in den Kapitalgesellschaften, entsprechend den Vorschlägen des Europäischen Parlaments."[2] Die CD-Fraktion im Europäischen Parlament hatte die Drittel-Parität beschlossen, diese aber war für CDU und CSU nicht tragbar. Die Diskussion um die Mitbestimmung begann sich zur Zeit der Programmarbeit in den einzelnen Parteien zu entwickeln; nicht allen Parteien lagen abschließende Ergebnisse vor.[3]
Im Programm der EUCD heißt es zur Mitbestimmung: "In den Unternehmen sind geeignete Formen der Teilnahme einzuführen, so daß Eigentümer, Arbeitnehmer und

---

1 Information der Verfasserin.
2 EVP, Programmentwurf vom 15.7.1977,a.a.O., S.8.
3 Information der Verfasserin.

Unternehmensführungen das gemeinsame Werk partnerschaftlich tragen. Den Berufsorganisationen kommt dabei erhöhte Verantwortung zu."[1] Ein konkretes Modell bietet auch das EUCD-Manifest nicht an.

Über die Vermögensbildung konnte ebenfalls keine Einigung erzielt werden. Die EUCDA erwirkte die Aufnahme eines Kapitels zur Humanisierung der Arbeitswelt in das Programm. Im Vorentwurf war noch darauf hingewiesen worden, daß Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt nach Gemeinschaftskriterien vorzunehmen sind, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Auf diesen Hinweis hat man schließlich verzichtet.

EUCDA-Vertreter erreichten die Aufnahme eines Kapitels zur Familienpolitik, ein Thema, das zumindest von der deutschen Christdemokratie immer sehr beachtet wurde. Im Rahmen der Familienpolitik wird auch die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau aufgenommen. Von Seiten des Berichterstatters, Hans-August Lücker, erhoben sich zuerst Bedenken dagegen, da dies ein Thema sei, das ausdrücklich in nationaler Kompetenz läge. Im Entwurf vom Juli 1977 war es noch nicht enthalten.
Der Regional- und Strukturpolitische Part des Programms stieß auf besonderes Interesse der italienischen Democrazia Christiana, die sich sonst nur sehr schwach an der Arbeit beteiligte. Sie war zu sehr in nationale Probleme verwickelt. Das Europaprogramm der EVP fordert eine erhebliche Aufstockung der Mittel und eine Verfeinerung der Instrumente im Haushalt für regionalpolitische Maßnahmen.[2] Im Entwurf vom Juli 1977 wurden diese Forderungen noch nicht gestellt. Wie die Sozialpolitik soll die Regionalpolitik gemäß dem Prinzip der Subsidiarität auf EG-Ebene koordiniert, ergänzt und angeregt werden,

---

1 EUCD-Manifest, a.a.O., S.5.

2 Vgl. EVP-Programm, S.15.

ihr eine Orientierung verliehen werden. Auch in der Regionalpolitik optiert die EVP für Privatinitiative. Die Regionalpolitik war genauso wenig strittig unter den Parteien wie Verkehrs- Agrar- Energie- und Umweltschutzpolitik. Die Verkehrspolitik wurde erst im Laufe der Programmarbeit eingefügt. Der Leitgedanke des verkehrspolitischen Teils ist die Vermeidung und Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen, auch durch die Staatshandelsländer. Alle Transportarten müßten kostendeckend arbeiten. Die Verkehrspolitik soll Regional-und Strukturpolitik ergänzen.[1]

Der Streitpunkt der beiden anderen Parteienzusammenschlüsse, die Agrar- und Fischereipolitik, war in der EVP konsensfähig. Die Christdemokraten hatten sich nicht, wie die beiden anderen Zusammenschlüsse, mit einer englischen Partei auseinanderzusetzen. Alle englischen Parteien stehen der gegenwärtigen Gemeinsamen Agrarpolitik sehr skeptisch gegenüber. Im Vorentwurf des Programms wurde "der bislang einzige Bereich in dem es der Europäischen Gemeinschaft gelungen ist, eine gemeinsame Politik in allen Mitgliedsstaaten durchzusetzen",[2] ausführlicher behandelt als im Programm selbst. Teilweise ist dies auf die jeweilige Formulierung zurückzuführen. Im Programm wird der Abbau währungspolitischer Hemmnisse für notwendig erachtet, der Vorentwurf geht darauf ein, wird aber noch detaillierter: "Die neue, de facto durch die Währungsschwierigkeiten bedingte Übergangsperiode darf nur so kurz wie möglich andauern, da nicht auszuschließen ist, daß das gegenwärtige Währungsgefälle die gemeinsame Agrarpolitik zum Scheitern bringt und damit ernste Gefahren für den inneren Zusammenhalt der Gemeinschaft herauf-

---

1 Vgl. EVP-Programm, S.25-26.

2 Ebenda, S.26.

beschört."[1] Die Streichung dieser Aussage kann verschiedene Gründe haben: man wollte in einem Programm, das auf die Zukunft gerichtet ist, nicht vom Scheitern der Gemeinschaft sprechen. Die Aussage hätte die EVP und die CD-Fraktion im EP auf eine bestimmte Politik festgelegt; Alternativen zum Grenzausgleich konnte man noch keine anbieten. Im Programm fehlt das Postulat nach Verwirklichung eines einheitlichen Marktes im wahren Sinn des Wortes; es wird nur gefordert, die Agrarpolitik auf Grundlage der Verträge weiter auszubauen. Der Programmentwurf fordert "die Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt, für die Europa einen großen Absatzmarkt darstellt..."[2] Diese Aussage kann als eine generelle Öffnung des europäischen Marktes für Produkte aus der Dritten Welt interpretiert werden, die den Absatz der eigenen Produkte erschweren könnte. Das EVP-Programm formuliert daher globaler, läßt mehr Spielraum für die Interessen der EG-Länder: "Die Agrarmarktordnung muß das Ziel einer leistungsfähigen Landwirtschaft in der Gemeinschaft mit den Interessen der Entwicklungsländer verbinden."[3]

Neu in das EVP-Programm aufgenommen wurde die Unterstützung des modernen landwirtschaftlichen Familienbetriebes. Dies ist aus EVP-Sicht nur konsequent, da die EVP die Bedeutung der Familie besonders herausstreicht und kleine und mittlere Unternehmen für besonders förderungswürdig hält.

Gar keinen Dissens gab es offensichtlich über die Fischereipolitik. Vorentwurf und endgültiges Programm unterscheiden sich nur an wenigen Stellen in der Wortwahl.

Die Industriepolitik gehörte auch nicht zu den Streitpunkten der Parteien. Der Vorentwurf wurde

---

1 EVP, Programmentwurf vom 15.7.1977, a.a.O., S.1o.

2 Ebenda, S.1o.

3 EVP-Programm, S.26.

allerdings einiger kleiner Änderungen unterzogen. So wurde ein Absatz über kleine und mittlere Unternehmen eingefügt: "Gerade sie sind es, die durch Leistungswillen und Risikobereitschaft in beachtlichem Maß zum Wettbewerb und damit zu einer dynamischen Wirtschaft und einem leistungsfähigen Sozialsystem beitragen."[1] Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit ist der Schlüsselbegriff christdemokratischer Industriepolitik. Im Vorentwurf ging man davon aus, daß die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Erhaltung der Beschäftigungsmöglichkeiten einer gemeinsamen und vorausschauenden Industriepolitik bedürfe. Die Vokabel "vorausschauend" wird von Sozialdemokraten und Sozialisten benutzt für eine indikative Investitionslenkung. Dies mag ein Grund für die Streichung des Begriffs sein. Das Programm wurde ergänzt durch die Forderung nach aktiver Forschungspolitik zur Entwicklung neuer Technologien.

Zwischen den Parteien der beiden anderen Zusammenschlüsse war die Energiepolitik, soweit sie die Kernenergie anbelangt, sehr kontrovers, nicht so in der EVP. Die Nutzung der Kernenergie war von Anfang an unumstritten. Es sind dabei "alle erforderlichen Sicherheits- und Kontrollvorkehrungen zum Schutz von Leben und Umwelt zu treffen."[2] Wie die ELD fordern auch die Christdemokraten eine Verringerung der Abhängigkeit von Drittländern durch verstärkte Selbstversorgung und durch sparsame Nutzung aller Energieträger.[3]

Dem Umweltschutz wird "hohe Priorität" eingeräumt. Schwerpunkte der europäischen Umweltschutzpolitik sollen bilden der Erlaß von Mindestnormen für Emissionen und Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedstaaten zur Lösung der Umweltprobleme. Mindestnormen seien

---

1 EVP-Programm, S.27.

2 Ebenda, S.28.

3 Vgl. ebenda, S.27-28.

wichtig zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen. In einigen Vorentwürfen seien detaillierte Vorschläge zum Umweltschutz gemacht worden, diese habe man jedoch gestrichen, um der CD-Fraktion mehr Handlungsspielraum zu belassen.[1]

Ein kontroverser Politikbereich war der Verbraucherschutz. Im Vorentwurf vom Juli 1977 war er noch nicht enthalten. Strittig waren hauptsächlich die Aussagen zur Werbung. Einige Parteien, vor allem die Niederländer, wollten eine Begrenzung der Werbung erreichen. Dies stieß auf erheblichen Widerstand der CDU. Dies hatte seine Ursache darin, daß die deutschen Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb restriktivere Forderungen stellen,als die Niederländer überhaupt in das Programm aufnehmen wollten.

Häufig stellten sich Probleme bei der Programmarbeit dadurch ein, daß Gesetzgebung und Praxis in einem Land schon sehr viel weiter fortgeschritten waren als in anderen Ländern und die Forderungen letzterer für dieses eine Land einen Rückschritt bedeutet hätten.[2] So fordert das Programm auch eine Harmonisierung geltender einzelstaatlicher Rechtsvorschriften auf dem Niveau der wirksamsten einzelstaatlichen Gesetzgebung.[3] Auf Wunsch der CD-Fraktion wurden dennoch einige Aussagen zur Werbung in das Programm aufgenommen. Die Kommission sollte damit aufgefordert werden, auf diesem Gebiet forciert zu arbeiten.[4] Dies war einer der wenigen Themenbereiche, in dem das Programm gezielt nach den Wünschen der Fraktion konzipiert wurde.

---

1 Information der Verfasserin.

2 Information der Verfasserin.

3 Vgl. EVP-Programm, S.28.

4 Information der Verfasserin.

6.2.4. "Die institutionelle Dynamik der Gemeinschaft"

Erklärtes Ziel der EVP ist die europäische Einigung, die über die Europäische Union, wie sie Tindemans beschreibt, hinausgeht. Die Europäische Union soll eine bedeutende Etappe sein auf dem Weg zu einem demokratisch verfaßten Bundesstaat. Die Europäische Einigung wird als evolutionärer Prozeß verstanden. Eine neue Phase sollte durch die Direktwahl eingeleitet werden. Vom Parlament werden "konstitutionelle und institutionelle Impulse für die Verwirklichung der Europäischen Union" erwartet, d.h., das Europäische Parlament soll als Konstituante wirken. Das muß aber nicht notwendig eine Staatsverfassung wie das Grundgesetz zum Ziel haben. Auch das bereits bestehende europäische Vertragswerk kann als Verfassung begriffen werden.[1] Um seine Aufgaben zu erfüllen, soll das Parlament uneingeschränkte Haushalts- und Kontrollrechte und zunehmend legislative Rechte erhalten.[2] Die Kommission soll durch das Parlament ihre Investitur erhalten, und zwar nach einer Aussprache über ihr Programm. Der Kommissionspräsident soll allerdings nach Anhörung des Parlaments ernannt werden, d.h. nur auf die Besetzung des Präsidentenamtes soll formal der Einfluß des Parlaments begrenzt sein. Eine Investitur kann ebenfalls auf eine Mitentscheidung bei der gesamten personellen Besetzung hinauslaufen. Der Ratspräsident soll dem Parlament regelmäßig Bericht erstatten, das Konzertierungsverfahren zwischen Parlament und Rat auf den gesamten Wirkungsbereich des Rats ausgedehnt werden; wenn der Rat sich nach Abschluß des Konzertierungsverfahrens zweimal weigert zu entscheiden, fällt das Recht auf Entscheidung dem Parlament zu.[3] Dies wird so konkret nicht im Tindemans-Bericht vorgeschlagen, er ließe diese Entscheidungsübertragung

---

1 Grabitz und Läufer gehen von dieser Sichtweise aus. Vgl. Eberhard Grabitz/Thomas Läufer, Das Europäische Parlament, Bonn 1980, S.219.

2 Vgl. EVP-Programm, S.30.

3 Vgl. ebenda, S.31.

aber durchaus zu als Erweiterung der geforderten legislativen Funktionen des Parlaments. Ein Initiativrecht wird von der EVP nicht ausdrücklich gefordert."Die Befugnisse müssen mindestens in dem Maße verstärkt werden, wie sie den nationalen Parlamenten durch Kompentenzübertragung auf die Gemeinschaft verlorengehen."[1]Diese Formulierung war ein Zugeständnis an das französische CDS, daß auf Zurückhaltung drängte,was die Forderungen für die erste Legislaturperiode des direkt gewählten Europäischen Parlaments anbelangte.[2]

Die Kommission soll treibende Kraft in der europäischen Einigung werden, Impulse geben sollen jedoch auch der Europäische Rat und das Parlament. Die Kommission soll - und diese Komponente geht über den Tindemans-Bericht hinaus - stärker das politische Kräfteverhältnis wiederspiegeln. Die EVP-Parteien erhoffen sich durch die Investitur eine Einflußnahme zumindest auf die politische Kräftekonstellation, denn nationale Regierungen würden sich kaum nach dem politischen Stärkeverhältnis im EP bei der Benennung der Kommissare richten. Das Parlament soll über die Vorschläge der Kommission abstimmen und die Kommission soll die Vorschläge des Parlaments übernehmen. Der Kommission sollten, wie auch Tindemans und der Bund der Sozialdemokraten vorschlagen, vom Rat die Ausführung gemeinsamer Politiken in Einzelheiten überlassen bleiben.

Der Ministerrat dagegen soll seine Durchsetzungskraft und Legitimation verstärken. Er soll, wie auch Tindemans es anregt, die "spezialisierten Räte" einschließlich des außenpolitischen, koordinieren, Mehrheitsentscheidungen fällen und sich mehr seiner gesetzgeberischen Funktion widmen.[3]

---

1 EVP-Programm ,S.3o.

2 Information der Verfasserin.

3 Vgl. EVP-Programm, S.31.

Die Tindemans'schen Anregungen zur Kontinuität der Ratsarbeit werden nicht angesprochen, wie die Aussagen zu den einzelnen Organen sehr knapp fomuliert sind und sich auf Kernaussagen beschränken.

Wie der Tindemans-Bericht gehen die Christdemokraten auch auf den Europäischen Rat ein. Ihm soll eine dominierende Rolle zukommen:"er soll die zu erreichenden Etappen der Europäischen Einigung festlegen und die Bereiche definieren, die neu in die Politik und das Recht der Gemeinschaft einbezogen werden sollen."[1] Damit verbleibt die Europäische Union weiterhin in das Ermessen der nationalen Regierungen gestellt. Die EVP gesteht damit dem Europäischen Rat eine stärkere Rolle zu als Tindemans, der ihm nur die "allgemeine kohärente Orientierung"[2] zuweist. Tindemans sieht vor, daß sich der Europäische Rat nach den Bestimmungen des EG-Vertrages für den Ministerrat richtet und damit als ein Rat agiert. Die EVP stellt den Europäischen Rat über den Ministerrat:"seine Beschlüsse sollen in genaue Durchführungsanweisungen an die Organe der Gemeinschaft (also auch an den Ministerrat, d.V.) münden."[3] Damit würde der Europäische Rat zur EG-Institution, und zwar zur mächtigsten. Die Forderung nach legislativen Rechten für das Europäische Parlament auf der einen Seite und nach Durchführungsanweisungen vom Europäischen Rat kann als widersprüchlich interpretiert werden[4], zumindest solange keine Vorschläge für klare Kompetenzabgrenzungen zwischen beiden Organen vorliegen.

Dem Europäischen Gerichtshof weisen die Christdemokraten die gleichen Befugnisse zu wie Tindemans: Er hat über den "Rechtsstaat" (Tindemans) zu wachen,

---

1 EVP-Programm, S.3o.

2 Tindemans-Bericht, Kap.V.B.1.

3 EVP-Programm, S.3o.

4 Vgl. Roland Bieber, Vergleich der wichtigsten Programmaussagen, in: Martin Bangemann u.a., Programme für Europa, a.a.O., S.53.

er soll "Hüter der Verfassung der Europäischen Union" (EVP) werden. Jeder Bürger soll ihn anrufen können; seine Zuständigkeiten müssen auf alle Befugnisse der EG ausgedehnt werden.[1]
Der Europäische Rechnungshof müsse als Kontrollorgan eng mit Exekutive und Parlament zusammenarbeiten. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß soll in seinem Aufgabenbereich unverändert bleiben, seine Rolle als Beratungsorgan aber gestärkt werden, wie, bleibt offen. Seine Zusammensetzung ändert sich nicht. Die Belgier wollten auch an dieser Stelle einige Ausführungen zur Zusammenarbeit mit Gewerkschaften machen, stießen aber erneut auf den Widerstand der deutschen Parteien.
In den meisten Fällen hat sich die EVP sehr eng an den Tindemans-Bericht angelehnt bzw. seine Vorschläge in verkürzter Form übernommen. Tindemans selbst hat sich zwar an der Programmarbeit nicht beteiligt, er hat sie lediglich im Politischen Bureau gefördert. Als Präsident der EVP ist er unumstritten; auch der Wahlkampf hat gezeigt, daß die einzelnen EVP-Parteien sein europapolitisches Renommée gern für sich reklamierten. Der Tindemans-Bericht, unter den christdemokratischen Parteien weitgehend unumstritten, hat die Ausarbeitung des institutionellen Parts sicher erheblich erleichtert. Die Akteure bestätigten, daß es keinen Dissens über die institutionellen Fragen gab. Nur das französische CDS war aus innenpolitischen Gründen skeptisch gegenüber Aussagen, die eine baldige Einigung Europas zum Ziel haben. Die Bedenken des CDS hinderten die Christdemokraten jedoch nicht daran, wie die ELD-Parteien am Schluß ihres Programms eine Zukunftsvision des Modells von Europa zu entwerfen, das sie favorisieren. Sie streben einen europäischen Bundesstaat an mit

---

1 Vgl. EVP-Programm, S.31.

einer europäischen Regierung, eine Kammer der Staaten und einem direkt gewählten Europäischen Parlament. Über die Kräfterelationen dieser Organe untereinander erfährt man nichts, auch nicht , ob die jetzige Kommission Vorläufer der Regierung und der Rat Vorläufer der Staatenkammer sind.

6.3. Die Wahlplattform der EVP

Auf ihrem zweiten Kongreß im Februar 1979 in Brüssel verabschiedete die EVP eine Wahlplattform. Diese Wahlplattform sollte zwar die Kernpunkte des Programms enthalten, aber viel kürzer sein. Es sollte auch sprachlich mehr auf den Wahlkampf ausgerichtet, pathetischer formuliert sein. Den Entwurf fertigte der deutsche Generalsekretär der EVP, Josef Müller, an. Die anderen Parteien waren mit diesem Entwurf nicht einverstanden, nicht zuletzt, weil er allein unter deutscher Federführung entstanden war. Wilfried Martens (CVP), der sehr aktiv an der Programmarbeit beteiligt gewesen war und häufig vermittelt hatte, konnte sich aufgrund des belgischen Wahlkampfs nicht mehr an der Plattformarbeit beteiligen. Aus den einzelnen Parteien gingen bei der Antragskommission sehr viele Änderungsanträge ein, einige davon wählte die Programmkommission der EVP aus und legte sie dem Kongreß in Brüssel vor zur Abstimmung.[1] Die ausgewählten sechs Änderungen bezogen sich auf den Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mehrere Veränderungen wurden vom ehemaligen deutschen Arbeitsminister Hans Katzer (CDU) angeregt, der wohl mehr im Auftrag der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) als im Auftrag der CDU/CSU vor den Kongreß trat. Hans Katzer wies eindringlich auf die Notwendigkeit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hin. Hieß es im Vorentwurf noch, "Wir wollen ein Europa des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, das mit Hilfe des funktionstüchtigen Systems der Sozialen Marktwirtschaft dem Menschen hilft, seine Lebensbedingungen zu verbessern,"[2] heißt es in der endgültigen Fassung: "Wir wollen ein Europa des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und der

---

1 Information der Verfasserin. Die Änderungsanträge liegen leider nicht vor.

2 EVP, Wahlplattform, Entwurf vom 14.2.1979,o.O.,S.3.

Vollbeschäftigung, das ausgerichtet ist auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Armut, das mit Hilfe des funktionstüchtigen..."[1] Die 'Soziale Marktwirtschaft' war inzwischen nicht mehr strittig.

Katzer forderte in seiner Rede, die Wahlplattform müsse Aussagen machen zu den Gastarbeitern, zur Teilzeitarbeit und zur Rolle der Frau;[2] im letzteren wurde er von der europäischen christdemokratischen Frauenorganisation unterstützt. Katzer erreichte die Aufnahme eines Passus, der gleiche Rechte und Pflichten für Gastarbeiter und eine Ausschaltung ihrer Diskriminierung fordert.
Neu eingefügt wurde eine Aussage, die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Familie und Beruf, Ausbildung und im politischen und kulturellen Leben vorsieht.[4]
Katzer ist in seinen Äußerungen auch auf Arbeitszeitverkürzungen eingegangen. Er hielt sie für notwendig, sprach sich aber gegen die sozialdemokratische Forderung nach der 35-Stunden-Woche aus, die einen Eingriff in die Tarifautonomie bedeutete.[5] In der Wahlplattform wird dann vorgeschlagen, europäische Tarifverträge könnten beitragen "zur Anpassung der Arbeitszeit und damit zur besseren Verteilung der verfügbaren Arbeit...".[6]
Katzer wies daraufhin, daß die Verbindung zwischen Arbeitslosigkeit und Ausbildung mehr als bisher gesehen werden müsse; in der Plattform findet sich ein diesbezüglicher Passus. Weitere Änderungen am Entwurf waren, daß nicht nur die Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik, sondern auch ihre grundlegenden

---

1 EVP, Wahlplattform, Vorläufige Fassung vor der sprachlichen Überarbeitung, 22-23.2.1979, S.3.

2 Vgl. Rede des ehem. Arbeitsministers Hans Katzer, II.Kongreß der EVP, Brüssel 22.-23.Februar 1979, S. 3 u. 4.

3 Vgl. EVP-Wahlplattform, Vorläufige Fassung..., a.a.O., S.3.

4 Vgl. ebenda, S.3.

5 Vgl. Rede von Hans Katzer, a.a.O., S.4.

6 EVP, Wahlplattform, Vorläufige Fassung..., a.a.O. S.3.

Prinzipien von der EVP bekräftigt werden.[1] Abgemildert wurde das Bekenntnis zu kleinen und mittleren Unternehmen: im Entwurf war ihr Schutz und ihre Förderung vorgesehen, in der Plattform war dann nur noch von Förderung die Rede.[2] Die Änderungsanträge der belgischen CVP, vorgetragen durch Paul de Keersmaeker, fanden kein Gehör. Keersmaeker schlug vor, die Gemeinschaft solle die Europäische Menschenrechtskonvention ratifizieren; die Erweiterung der Gemeinschaft müsse mit einer Stärkung der Institutionen einhergehen, damit der Fortgang der Integration nicht gehemmt werde. Der Rat müsse wieder mehr als Gemeinschaftsorgan wirken denn als intergouvernementales Gremium. Das Europäische Währungssystem (EWS) solle ausdrücklich begrüßt werden als erster Schritt zur WWU.[3] Eine uneingeschränkte Befürwortung des EWS auf europäischer Ebene wäre für CDU/CSU nicht akzeptabel gewesen, da sie innenpolitisch als Oppositionspartei zwar nicht grundsätzlich das EWS abgelehnt, aber doch Bedenken angemeldet hatte.

Die Plattform sollte eine Kurzfassung des Programms sein, sie enthielt aber auch einige neue Argumente, so die Forderung nach europäischen Tarifverträgen und nach Bekämpfung des Terrorismus. Josef Müller, der Autor des Plattformentwurfs, hatte bereits während der Programmarbeit vorgeschlagen, Aussagen zum Terrorismus zu machen. Dies war abgelehnt worden mit der Begründung, Terrorismus sei ein vorübergehendes, kurzlebiges Phänomen, das Programm hingegen solle längerfristig seine Gültigkeit behalten. Die Gastarbeiter werden erstmalig als solche bezeichnet; im Programm war von Wanderarbeitern die Rede. Die Ausschaltung jeder Diskriminierung war

---

1 Vgl. EVP, Wahlplattform, Vorläufige Fassung...,a.a.O. S.4.

2 Vgl. ebenda, S.4.

3 Vgl. EVP, Kongreß, Toespraak van de heer Paul de Keersmaeker, Brüssel 1979, S.2 u. 3.

auch nicht angesprochen.[1]
Neu sind die Vorschläge, eine europäische Charta der Arbeitnehmer anzunehmen, eine Anpassung der Arbeitszeit und bessere Verteilung der verfügbaren Arbeit vorzunehmen. Die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzungen war auch erst nach Vollendung des Programms entbrannt.
CDU/CSU maßen der Plattform von vornherein wenig Bedeutung bei, verwandten sie kaum als Wahlkampfpublikation. Im einzelnen konnte die Verbreitung von Programm und Wahlplattform nicht untersucht werden.[2]

---

1 Vgl. EVP-Programm, S.24.

2 Die irische Fine Gael schickte als einzige Partei auf Anforderung der europapolitischen Aussagen zur Direktwahl die Plattform und nicht das Programm.

6.4. Zusammenfassung

Europäische Programmarbeit der EVP war in weiten Bereichen geprägt von zwei Dokumenten: dem Tindemans-Bericht und dem EUCD-Manifest. Mit dem Tindemans-Bericht legte man eine Konzeption zugrunde, die nicht nur in christdemokratischen Parteien, sondern von europäischen Regierungen beachtet, wenn auch kaum befolgt worden ist. Vor allem im institutionellen Bereich haben sich die Christdemokraten sehr eng an Tindemans' Aussagen angelehnt. Sie haben die Kernaussagen weitgehend übernommen. Das EVP-Programm ist weit weniger ausführlich als Tindemans' Bericht, so daß keine Details aufgegriffen wurden. Auch im Aufbau des Programms hatte man sich nach dem Tindemans-Bericht gerichtet. Nicht ausdrücklich übernommen wurden Tindemans' Vorstellungen von einer abgestuften Integration. Während Tindemans sich um neue Lösungsansätze im Bereich der Institutionen und der Weiterentwicklung der Union bemühte, definierte die EVP in diesem Bereich vor allem ihre Ziele; im Bereich der Sachpolitiken wird häufig die EVP konkreter als der Tindemans-Bericht. Im übrigen hat Tindemans seinen Bericht in seiner Funktion als Regierungschef und nicht als Parteipolitiker vorgelegt. Dies zeitigt notwendigerweise Unterschiede

Das EUCD-Manifest bildet den programmatischen Hintergrund auch für Nicht-EG-Parteien, so daß durch den Bezugsrahmen schon eine inhaltliche Beschränkung gegeben ist. Auf das EUCD-Manifest konnte man sich also nur in grundsätzlichen, ideologischen Fragen beziehen. Das Manifest hat nicht, wie das Programm der EVP, den Charakter einer Arbeitsgrundlage für eine Körperschaft wie die CD-Fraktion im Europäischen Parlament und wurde auch nicht im Vorfeld einer Wahl

erarbeitet, so daß das EVP-Programm doch erheblich über das EUCD-Manifest hinausgehen mußte.
Das EVP-Programm ist kürzer als die Grundsatzprogramme von CDU und CSU, die einzelnen Sachbereiche beschränken sich auf wesentliche, meist globale Aussagen, nur in einzelnen Fällen werden Handlungsanweisungen formuliert, z.B. Verbraucherschutz, Mindestnormen für den Umweltschutz, die die CD-Fraktion in der ersten Amtszeit des EP aufgreifen kann. Die Ziele sind mittel- bis langfristig gesteckt, nur sehr wenige Optionen sind direkt als kurzfristige Arbeitsaufträge an die europäische Institutionen gerichtet.
Das Programm leistet eine kurze ideologische Standortbestimmung der EVP und kennzeichnet sie als einen Zusammenschluß,der

- "die Werte der politisch-kulturellen Tradition der Christlichen Demokratie"[1] verfolgt. Daraus leitet sich ein Demokratieverständnis ab, das auf die Achtung des Menschen und auf Werte ausgerichtet ist. Die christdemokratische Tradition beinhaltet auch den kulturellen, sozialen und politischen Pluralismus.[2] Im Subsidiaritätsprinzip findet sie ebenso ihren Ausdruck. Die EVP stellt sich bewußt in die Tradition der christlichen Demokratie, beruft sich auf Weltunion und EUCD.
- den christlichen Personalismus zur Grundlage seiner politischen Aussagen macht.

Im übrigen bekennt sich das Programm zu einem föderalistischen Europa und erläutert die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationsprizipien des Parteienzusammenschlusses. Es setzt den ideologischen Rahmen für die eigene Arbeit und die der CD-Fraktion, auch in den einzelnen europäischen Politik-

---

1 Roberto Papini,Für eine Doktrin der EVP, in: Christlich-demokratisches Panorama,2.3 1978, S.46.

2 Vgl. ebenda, S.46.

bereichen. Daß man nicht ausschließlich ein Wahlprogramm für die breite Öffentlichkeit vorlegen wollte, sondern auch die ideologischen Grundlagen des Zusammenschlusses zur Identitätsfindung festschreiben wollte, ist daraus ersichtlich, daß vor der Wahl noch zusätzlich eine Wahlplattform erarbeitet wurde. Der Beschluß, ein Programm zu erarbeiten, war wohl im wesentlichen auf den bevorstehenden Wahlkampf zurückzuführen; im Laufe der Arbeit erkannten die beteiligten Akteure den Wert der gemeinsamen Arbeit an einem konkreten Projekt - über Konsultationen hinaus - für das Verständnis und die Kenntnis der befreundeten Parteien. So hatten hauptsächlich die deutschen Parteien die Chance, ihr Konzept der 'Sozialen Marktwirtschaft' ausführlich zu erläutern und Mißverständnisse aufzuklären. Mit allerletzter Sicherheit kann allerdings nicht festgestellt werden, ob tatsächlich alle Parteien das deutsche Konzept inzwischen akzeptieren, wie CDU/CSU annehmen; nicht in allen Übersetzungen des Programms wird ein gleicher Terminus verwandt. Dies kann allein linguistische Gründe haben, kann aber auch darin begründet liegen, daß die anderen Parteien das CDU/CSU-Modell nicht bis zur letzten Konsequenz übernehmen wollten. Festzuhalten bleibt, daß die Belgier die 'Soziale Marktwirtschaft' mehr aus der Sicht der Arbeitnehmerschaft interpretieren als die deutschen Parteien.

Die Verankerung der belgischen Parteien in der Arbeitnehmerschaft führte mehrfach zu Gegensätzlichkeiten mit den beiden deutschen Parteien, so in der Frage der Zusammenarbeit der EVP mit Gewerkschaften, bei der Definition der Rolle des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie bei den Aussagen zum Recht auf Arbeit und auf Streik. Die meisten Kontroversen in der Programmarbeit entzündeten sich bei diesem Themenbereich zwischen Belgiern und Deutschen, wobei die EUCDA den Belgiern zur Seite stand, ebenso der deutsche CDA-Vertreter. Die Belgier waren es auch

hauptsächlich, die gegen eine Herausstellung der deutschen Teilung und des Berlin-Problems opponierten. CDU/CSU konnten aber auch in dieser Frage Verständnis für ihre spezifische Situation wecken.
Ein Kompromiß wurde erzielt bei der Behandlung der KSZE. Die CSU stand dem Schlußdokument von Helsinki sehr skeptisch gegenüber, andere Parteien, vor allem Regierungsparteien, beurteilten dies sehr positiv. Die Passage zur KSZE wurde in das Programm aufgenommen, aber zurückhaltend formuliert.
Das französische CDS, selbst zwar integrationsfreundlich, mußte aus innenpolitischen Gründen auf Zurückhaltung bei der Formulierung der institutionellen Zielsetzungen für die erste Legislaturperiode des direkt gewählten Europäischen Parlaments drängen; man kam ihm entgegen.
Die Programmarbeit der Christdemokraten war zwar konfliktreich, sie drohte aber nie zu scheitern. Die Parteien waren sich der Notwendigkeit einer gemeinsamen Aussage im Wahlkampf bewußt. Die Kontroversen waren zwar vorhanden, aber die Standpunkte lagen nicht so weit auseinander, als das kein Kompromiß möglich gewesen wäre. Die Stärke von CDU/CSU trug sicher dazu bei, Konflikte zu lösen. Sie hatte den bürokratischen Apparat, das Programm gründlich überarbeiten zu lassen, neue Formulierungen zu finden.
Von den Akteuren wird aber auch der Integrationskraft des belgischen CVP-Vorsitzenden und derzeitigen Ministerpräsidenten Wilfried Martens großer Wert zugesprochen. Martens ist dem progressiven Flügel seiner Partei zuzurechnen,er hatte eine gewisse Autorität bei den Parteien, die weniger konservativ eingestellt sind als CDU/CSU.
Das EVP-Programm bleibt in vielen Punkten sehr allgemein, man beschränkt sich zumeist auf globale Ziele, so z.B. in der Sozialpolitik, in der

Wirtschafts- und Währungspolitik, Agrarpolitik. Wie bestimmte Ziele erreicht werden sollen, wird fast nie angesprochen. Wie kontrovers derartige Details geworden wären, bleibt daher offen. Die Parteien brachten ihre spezifischen nationalen Interessen in die Arbeit ein, ein spezifisches europäisches Interesse hat sich insoweit entwickelt, als man sich einig war, daß das Programm zustande kommen mußte. Das Ziel, die Europäische Einigung, war allen gemeinsam, die Sachpolitiken aber wurden aus jeweiliger nationaler Perspektive diskutiert.

6.5. Demokratische Qualität christdemokratischer Programmarbeit

Begonnen wurde die Programmarbeit der EVP in einem transnationalen Gremium, der EUCD, das nicht den Anspruch stellt, eine Partei zu sein und das transnationale Parteienzusammenarbeit intergouvernementaler Natur pflegt.[1] Die kleine Gruppe von CDU/CSU-Akteuren, die parallel zur EUCD-Arbeit 1975 einen ersten Programmentwurf anfertigte, hatte sich informell auf Betreiben des Leiters des Büros für Internationale Beziehungen der CDU, Heinrich Böx, konstituiert. Ein halbes Jahr nach der Konstituierung der EVP durch die zwölf Mitgliedsparteien des Politischen Komitees der EUCD im April 1976 nahm eine vom EVP-Präsidium eingesetzte Programmkommission ihre Arbeit auf. Diese Programmkommission wählte aus ihrer Mitte Vorsitzenden und Berichterstatter, Wilfried Martens (CVP) und Hans-August Lücker (CSU). Beide hatten diese Funktion bereits bei der Erarbeitung der Satzung der EVP im Rahmen der EUCD inne. Martens und Lücker arbeiteten gleichzeitig im Politischen Komitee der EUCD mit,[2] wie auch der Schatzmeister der EVP, Alfred Bertrand (CVP), der die EUCDA vom Tag ihrer Gründung im Juli 1976 zusammen mit Hans Katzer in der EVP-Programmkommission vertrat.
Noch weitere Mitglieder der Programmkommission hatten bereits in der EUCD gearbeitet, so auch die Internationalen Sekretäre und die Generalsekretäre der Parteien, die weitgehend mit der EVP-Programmarbeit betraut wurden.[3] Die CDU entsandte sowohl hauptamtliche

---

1 Die Vertreter der einzelnen Parteien in der EUCD werden von den Parteivorständen entsandt.

2 Vgl. EUCD, Niederschrift der Sitzung des Politischen Büros am 2o.-21.12.1979 in Paris, S.1.

3 Eine vollständige Liste der Teilnehmer der Programmkommission war nicht zu erhalten. Nach Auskunft des Pressereferenten der EVP, Roger Peeters, wurde die CVP durch Raf Chanterie, Generalsekretär seiner Partei und Wilfried Martens vertreten, PSC durch Gérard Deprez, CDS durch Jacques Mallet, Fine Gael

als auch politische Vertreter. Die CSU wurde vertreten durch den Vorsitzenden ihres außenpolitischen Arbeitskreises, Franz Ludwig Graf Stauffenberg. Er wurde auf Präsidiumsbeschluß vom Generalsekretär beauftragt. Hans-August Lücker war nicht Vertreter der CSU, sondern der DC-Fraktion.Die CDU-Vertreter waren Philipp v. Bismarck im Auftrag des Präsidiums und die beiden hauptamtlichen Funktionäre Ade und Wegener. Ade gehörte bereits dem CDU/CSU-Kreis an, der den ersten Programmentwurf erarbeitet hatte. CDU/CSU nahmen immer mit großen Delegationen an den Sitzungen der Programmkommission teil und konnten dadurch den Verlauf der Diskussion besser beeinflußen als andere Parteien, die z.T. nicht einmal regelmäßig teilnahmen. Es wurde von den CDU-Akteuren beklagt, daß die personelle Fluktuation in den Delegationen der anderen Parteien die Arbeit erschwert habe.
Christdemokratische Frauen- und Jugendorganisationen hatten gar keinen Einfluß auf die Programmverhandlungen, wohl aber auf die Erarbeitung der Wahlplattform. Für die CDU waren nur der Wirtschaftsrat durch Philipp v.Bismarck und die Arbeitnehmer durch Hans Katzer an der Arbeit beteiligt.[1]Die Christdemokratische Fraktion des Europäischen Parlaments war durch Hans-August Lücker vertreten.
Das Programm wurde durch das Politische Büreau der EVP angenommen und dann vom ersten Kongreß der EVP im März 1978 verabschiedet.[2]Bevor es dem Kongreß vorgelegt wurde, ist es nur im Politischen Bureau der EVP

Zu Seite 3o2

durch Peter Prendergast (Generalsekretär), CDA durch Herrn Vostländer und die CSV durch Alois Scholtes. Der Vertreter der italienischen Democrazia Christiana ist nicht bekannt.

1 Inwieweit die anderen Parteien ihre Unterorganisationen beteiligten, konnte nicht festgestellt werden.

2 Vgl. Hubertus Dessloch, Die Europäische Volkspartei, EVP, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14/79, 7.4.1979, S.12.

diskutiert und den Parteivorständen vorgelegt, nicht aber zur Diskussion in die Gliederungen der Parteien gegeben worden.
Dies wurde damit begründet, ein mühsam erarbeiteter Kompromiß könne nicht durch die Diskussion in den Gliederungen wieder in Frage gestellt werden. Die Willensbildung erfolgte nur ein Mal durch Abstimmung, Außenseiterpositionen wurden allerdings gelegentlich von allen Parteien abgelehnt, und die betroffene Partei mußte sich der Mehrheit unterordnen. In weiten Teilen der Programmarbeit wurde die Entscheidungsfindung durch Kompromißformeln herbeigeführt. In einigen Fällen wurden nach Diskussion die Positionen einer einzelnen Partei - meist der CDU - akzeptiert und in das Programm aufgenommen, package-deals habe es dabei keine gegeben.
Seitens der Parteigliederungen wäre nach Ansicht der Führung erneut versucht worden, nationale Positionen im Programm festzuschreiben.
Phillip v. Bismarck, der politische Vertreter der CDU in der Programmkommission, hat vor der endgültigen Abstimmung über das Programm im Politischen Bureau das Programm dem Bundesvorstand der CDU vorgestellt, dieser hat ihm dann zugestimmt. Mit Detailproblemen hat sich der Bundesvorstand während der gesamten Programmarbeit nicht beschäftigt. Er habe allerdings den Verhandlungen hohen Wert beigemessen; in einer schwierigen Verhandlungsphase habe er CDU-Generalsekretär Geißler beauftragt, in die Verhandlungen einzugreifen.[1] Von anderer Seite wurde dem CDU-Vorsitzenden Kohl vorgeworfen, zu wenig Interesse an der europäischen Programmarbeit gezeigt zu haben, im Gegensatz zum CSU-Vorsitzenden Strauß, der von Beginn an die europäische Arbeit unterstützt und Verständnis für notwendige Kompromisse gezeigt hätte.

---

1 Welche Verhandlungen damit angesprochen sind, war nicht zu erfahren.

Der Vorsitzende der CSU-Programmkommission, Theo Weigl, hat den endgültigen Programmentwurf auf Vertretbarkeit für die CSU geprüft. Die CSU-Landesleitung nahm den Entwurf zur Kenntnis und beauftragte sachkompetente Personen (vor allem Landesminister), Stellungnahmen zum Entwurf abzugeben. Ergebnis dieser Prüfung war, daß die CSU eine andere Kapitelreihenfolge und einen anderen Sprachstil favorisiert hätte. Es bestand aber Einsicht in die Notwendigkeit von Kompromissen bei einem übernationalen Programm.
Auch nicht in den Gliederungen der anderen Parteien der EVP ist das Programm diskutiert worden.
Einerseits stellt die EVP zumindest ihrem Namen nach den Anspruch, bereits eine europäische Partei zu sein, (einige CDU-Vertreter gehen sogar so weit, die CDU als einen Landesverband der EVP zu bezeichnen) andererseits wird das Programm als übernationales Abkommen verstanden und auch so behandelt. Selbst auf dem Kongreß der EVP, der das Programm legitimieren sollte, hatten die Parteimitglieder keinerlei Einfluß. Die Delegierten wurden von den Parteivorständen ernannt, die Mitglieder der Programmkommission waren ebenfalls delegiert und legitimierten damit ihre eigene Arbeit. Die demokratische Qualität der europäischen Arbeit nach der Gründung der europäischen Partei hat sich kaum geändert, die Mitgliedschaft wurde in keiner Form an der Arbeit beteiligt. Sie war im wesentlichen Aufgabe der Internationalen Sekretäre und Generalsekretäre der Parteien sowie einiger Europaspezialisten aus EUCD und CD-Fraktion,für die sich die transnationale Arbeit um eine Ebene erweitert hat.
Der an der Programmarbeit kontinuierlich beteiligte "harte Kern" der Akteure mag ein Kreis von 25 - 35

Personen gewesen sein, wenn man pro Partei zwei bis drei Vertreter in der Programmkommission zugrundelegt.
Am stärksten beeinflußt wurde die Arbeit durch die deutschen und die belgischen Parteien. Ihre Vertreter zeigten das größte Engagement. CDU/CSU haben alle Anliegen beinahe ausnahmslos durchsetzen können, wenn auch manchmal erst nach harten Auseinandersetzungen. Einige Kompromisse mußten sie allerdings eingehen, so in der Frage der Einschätzung der KSZE. Mehrere Parteien hatten in ihrer Funktion als Regierungsparteien an den KSZE-Verhandlungen teilgenommen und konnten kein Interesse daran haben, ihre außenpolitische Arbeit im Nachhinein abzuqualifizieren. Ihr Modell von der Marktwirtschaft setzten CDU/CSU durch; sie erreichten zwar keine gänzliche Streichung des Rechts auf Arbeit, verhinderten aber dessen Aufnahme in den Grundrechtskatalog. Die Berlin-Frage wurde nach eingehender Information der anderen Parteien akzeptiert. Die CDU war sich ihrer starken Position durchaus bewußt, behauptete aber, sie nicht ausgenutzt zu haben. Nach Aussagen von CDU-Vertretern hätten CDU und italienische Christdemokraten durch ihr Veto die gesamten Verhandlungen zum Scheitern bringen können. DC und CDU zahlten zusammen immerhin achtzig Prozent der Mitgliedsbeiträge der EVP. Einige kleine Parteien seien nicht einmal in der Lage, ihren geringen finanziellen Anteil zu tragen. Nicht nur die finanzielle Stärke, auch der hohe Organisationsgrad und die ausgebaute Parteibürokratie haben es der CDU erlaubt, eine starke Rolle in den Verhandlungen zu spielen. Sie war personell dazu fähig, Entwürfe zu überarbeiten, Kompromißvorschläge zu suchen und regelmäßig an den Verhandlungen teilzunehmen. Nach eigener Einschätzung der CDU-Akteure wären die Verhandlungen gescheitert,

hätte die CDU nicht ihre Kapazität zur Verfügung gestellt.
Nach der CDU den größten Einfluß auf den Verlauf der Verhandlungen, etwas weniger auf deren Ergebnisse, hatten die Belgier. Der erste Entwurf des Programms stammte von ihrem Studieninstitut CEPESS, auch auf ihren Apparat griff man zurück. Die Belgier setzten den Vorschlägen von CDU/CSU wohl meist den härtesten Widerstand entgegen. Einige Male konnten sie, häufig im Verein mit der Arbeitnehmerschaft oder anderen Parteien, CDU/CSU Kompromisse abringen; so verhinderte sie die Streichung des Rechts auf Arbeit. Kompromisse wurden gefunden zur Problematik der Staatsintervention in den Markt und bezüglich der KSZE. Nach Aussagen eines CVP-Vertreters erübrigte sich der anfängliche Widerstand seiner Partei gegen einige Anträge der CDU nach Darlegung der Sachlage, so in der Berlin-Frage.
Das französische CDS schaltete sich hauptsächlich in institutionellen Fragen in die Diskussion ein.
Der niederländische CDA konnte sich weder mit seinem Hauptanliegen, der christlichen Orientierung der EVP durchsetzten - hier scheiterte er vornehmlich an den deutschen Parteien - noch erreichte er ausführliche Aussagen zur Entwicklungspolitik.
Die mitgliederstarke italienische Regierungspartei Democrazia Christiana griff nur wenig in die Diskussion ein; die innenpolitische Situation in Italien ließ ihr wenig Spielraum, sich auf europäische Programmarbeit zu konzentrieren. Nach den Aussagen der Akteure zu schließen, spielten die irischen Fine Gael und die luxemburgische CSV keine Rolle, zumindest brachten sie keine eigenen Vorschläge ein, die nicht für alle Parteien konsensfähig gewesen wären,und sie beteiligten sich auch nicht durch starken Widerstand gegen Vorschläge

anderer Parteien an der Diskussion. Die CDU ist zweifelsohne die Partei, die das EVP-Programm am eindeutigsten geprägt hat; in für sie elementaren Fragen machte sie kaum Abstriche.

7. Schlußbemerkungen

Die europäischen Parteien haben zwar schon vor der Ankündigung der Europawahl im Dezember 1974 verschiedentlich den Willen bekundet, auf EG-Ebene programmatisch zu arbeiten, aber erst im Vorfeld der Direktwahlen setzten sie diese Vorhaben um. So waren auch alle Programme von den Parteien und den Akteuren in den Parteizusammenschlüssen als Wahlaussagen konzipiert, wenn auch nicht ausschließlich. EVP- und ELD-Programm legen einerseits die Grundsätze der Zusammenschlüsse fest und grenzen sich dadurch voneinander ab (Profilfunktion). Sie können die Sachauseinandersetzung des Wahlkampfes vorstrukturieren, zur Agitation sind die Programme aber nicht geeignet, dazu sind sie zu ausführlich und zu sachlich in Sprache und Inhalt. Der Wahlaufruf der Sozialdemokraten sollte nur die Funktion einer Wahlaussage übernehmen, so geht er auch über die Vorstellung globaler Ziele nicht hinaus.
Die Fraktionen des Europäischen Parlaments, in allen drei Zusammenschlüssen personell an der Programmarbeit beteiligt, bekundeten übereinstimmend Interesse an programmatischen Aussagen, die sie als Arbeitsrahmen für die erste Legislaturperiode des direkt gewählten Parlaments verwenden können. Nicht zuletzt, um den Fraktionen Handlungsspielraum zu lassen, entschloß man sich zu allgemeinen Formulierungen und hat nicht etwa, wie man vermuten könnte, Details festgeschrieben. Lediglich in sehr wenigen Fällen traten bei EVP und ELD die Fraktionen mit bestimmten Detailwünschen an die Programmkommission heran; da sie über die laufende Arbeit informiert waren, kann man davon ausgehen, daß sie schließlich doch weniger an Aktionsprogrammen, als vielmehr an einer ideologischen Klammer interessiert

waren, um nicht immer wieder Grundsatzdiskussionen führen zu müssen.[1] Bei allen Zusammenschlüssen fällt gerade die Agrarpolitik, die den größten Teil des EG-Haushaltes beansprucht, besonders allgemein aus. Seit geraumer Zeit ist die Agrarpolitik in die Kritik des Europäischen Parlamentes geraten.[2] Für ihr weiteres Handeln in diesem Sektor bekamen die EP-Fraktionen nur Grundpositionen ihrer Parteienzusammenschlüsse an die Hand. Alle Programme stellen Einzelforderungen, die in der ersten Legislaturperiode des EP verwirklicht werden könnten, nur vereinzelt in Randbereichen auf; häufig kommt ihnen wohl mehr Symbolcharakter zu, sie demonstrieren dem Wähler den Willen zur europäischen Einigung und die Fähigkeit der Zusammenschlüsse, sich auf konkrete Ziele zu einigen (Beispiele: Europäischer Paß, Europäische Stiftung, Anerkennung von Diplomen). Innerhalb der Zusammenschlüsse können derartige Einzelziele zur Identifikation mit der transnationalen Ebene beitragen. Sie lassen die europäische Einigung den Parteimitgliedern und dem Wähler konkret werden. Integrations- und Wählerwirkung zeitigt auch die Forderung der Sozialdemokraten nach der 35-Stunden-Woche; sie bekräftigen damit ihren Anspruch, die Arbeitnehmerschaft zu vertreten und bestätigen ihre Nähe zur Gewerkschaftsbewegung.
In den meisten Politikfeldern geben die Programme hauptsächlich politische Grundsatzerklärungen ab, die insofern notwendig waren, als die Parteienzusammenschlüsse in ihrer jetzigen Organisationsform noch keine programmatischen Aussagen vorgelegt hatten. Die Programme werden so zu einer Art "Existenzbeweis"

---

1 Vgl. Rudolf Hrbek, Parteienbünde:Unterbau...,a.a.O. S.188.

2 Bisheriger Höhepunkt dieser Entwicklung war die Ablehnung des EG-Haushaltes 198o durch das Europäische Parlament. Vgl. Claus Schödube, Das Europäische Parlament ein halbes Jahr nach seiner Wahl, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9/198o, S.23ff.

der Zusammenschlüsse für nationale Parteien und Wähler. Die Parteien verzichteten gänzlich auf die in nationalen Wahlaussagen üblichen direkten Angriffe auf den politischen Gegner ; es gab nicht einmal den Versuch einzelner Parteien, während der Programmarbeit Vorwürfe oder Anschuldigungen gegen die anderen Parteienfamilien, einzelne Parteien oder EP-Fraktionen in die Programme aufzunehmen. Die unterschiedlichen nationalen Koalitions- und Bündnisstrukturen sprachen dagegen, die Parteienfamilien haben sich noch nicht durch Handlungen profiliert, die man hätte aufgreifen können. Den EP-Fraktionen beließ man so breitesten Handlungsspielraum für Bündnisse je nach politischer Opportunität. Nicht einmal die Zusammenarbeit mit Kommunisten wurde ausdrücklich für die EP-Fraktionen ausgeschlossen.

Die Sozialdemokraten haben diesen Problembereich weder in ihrer Plattform noch in ihrem Wahlaufruf angesprochen;[1] die nationalen Parteien vertreten in dieser Frage sehr gegensätzliche Positionen, die zur Zeit der Programmgenese nicht vereinbar waren.[2]

Es gibt keine Anzeichen, daß die einzelnen Zusammenschlüsse bei ihrer Arbeit die Programme der jeweils gegenerischen Zusammenschlüsse brücksichtigt haben, der einzige Hinweis darauf findet sich im Wahlaufruf der Sozialdemokraten, der, nach Kenntnis der beiden anderen Programme, Menschen- und Bürgerrechte mit in seine Argumentation aufnahm. Erhärtet werden könnte die Vermutung nicht, daß dies ein Ergebnis eines Rückkopplungsprozesses war.
Große Bedeutung kommt nach Aussagen vieler Akteure vor allem von Sozialdemokraten und EVP der

---

1 Vgl. Wilfried Dzieyk, Programme und Satzungen der Parteienbünde in der EG, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/1978, S.186.

2 Inzwischen ist das französische Linksbündnis gescheitert und der Flügel der Partei um Rocard erstarkt, der durchaus auch andere Wege zur Macht für möglich hält und nicht um jeden Preis an der Linksunion festhalten will. Vgl. Udo Kempf, Neuere Entwicklungstendenzen...,a.a.O.,S.33.

Zusammenschluß-internen Integrationsfunktion der Programme zu. Die Programmarbeit zwang die Parteien dazu, einander die nationalen Bedingungen im Regierungs- und Parteiensystem, aber auch die programmatischen Ziele zu erläutern. Dies habe die Kommunikationsbedingungen für künftige Zusammenarbeit verbessert und die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der gemeinsamen Arbeit deutlich werden lassen; Mißverständnisse und Vorurteile konnten ausgeräumt werden. Integrierend wirkte die Programmarbeit aber hauptsächlich bei den an ihr beteiligten Akteuren, lediglich in der ELD konnten Mitglieder aus den Gliederungen für die europäische Arbeit gewonnen werden.[1]

Die Grenzen der Zusammenarbeit werden nach wie vor durch nationale Interessen gesteckt. Nur sehr bedingt sind die Parteien bereit, nationale Positionen um der europäischen Parteienzusammenarbeit willen zu modifizieren oder gar aufzugeben, umgekehrt war aber auch die Schwelle des Scheiterns der Programmarbeit bei EVP und ELD sehr hoch: Lediglich die französischen Liberalen hatten wissen lassen, daß sie aus innenpolitischen Gründen ein Europäisches Parlament mit vollen parlamentarischen Befugnissen als Forderung im Programm nicht tolerieren könnten, sowie auch die französischen Parteien der beiden anderen Zusammenschlüsse in diesem Punkt um Zurückhaltung nachsuchten.

Die Willensbildung und Entscheidungsfindung innerhalb der Bündnisse war so angelegt, daß alle Parteien ihre nationalen Zwänge darlegen konnten und diese auch weitgehend Berücksichtigung fanden: Mehrheitsentscheidungen gab es in den Programmkommissionen nur vereinzelt, die Liberalen stimmten allerdings auf ihrem Programm-Kongreß über die

---

1 Nach Aussage von F.D.P.-Funktionären.

eingeganenen Anträge ab. Der weitaus größte Teil der Entscheidungen in den Programmkommissionen wurde durch Konsensfindung gefällt. Package-deals bildeten ebenfalls die Ausnahme. Die Entscheidungsfindung in den einzelnen Zusammenschlüssen ist zwar nicht bis ins Detail nachzuvollziehen, es ist jedoch auszuschließen, daß sie nach festen Proporzsystemen vonstatten ging. Zumeist wurden Passagen so lange diskutiert und verändert, bis eine für alle Parteien akzeptable Lösung gefunden wurde. Dies schließt nicht aus, daß nicht für einzelne Parteien unverzichtbare Programmelemente auch dann aufgenommen wurden, wenn Schwesterparteien diese nicht favorisierten; in diesen Fällen führte meist die Erläuterung der Gründe für die Unverzichtbarkeit dazu, daß alle Parteien zustimmten, zumindest dann, wenn ihre unmittelbare Interessen nicht berührt wurden.

Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Interessen von Regierungsparteien größere Berücksichtigung fanden als die von Oppositionsparteien.[1] Bemerkenswert ist der große Einfluß der deutschen Parteien. Die deutschen Parteien stellten in ELD und Bund der Sozialdemokraten die Vorsitzenden der Programmkommission, in der EVP den Berichterstatter. Sie entsandten die stärksten Delegationen in die Programmkommissionen (auch in der ELD stellte die F.D.P. neben dem Vorsitzenden einen weiteren Vertreter), sie nahmen kontinuierlich an der Arbeit teil, weil sie personell und finanziell dazu in der Lage waren. Die starke personelle Beteiligung trug zu einem starken Gewicht in den Diskussionen von Sozialdemokraten und EVP bei. In der ELD und im Bund der Sozialdemokraten hatten F.D.P. und SPD in

---

1 Lediglich in der EVP schienen in der Haltung zur KSZE die Regierungsparteien auf eine positive Beurteilung im Programm zu drängen und konnten CDU/CSU von ihren Interessen als Regierungsparteien weitgehend überzeugen.

einigen Bereichen einen Vorteil durch bereits vorliegende Programme oder Expertisen, die als Diskussionsgrundlage dienen konnten. Die Mitarbeit anderer Parteien war zum einen aus personellen und finanziellen Gründen weniger intensiv, sie war aber auch von anderen nationalen Faktoren abhängig; die italienischen Parteien,mit Ausnahme der Liberalen, begründeten ihr geringes Interesse mit der instabilen Situation im nationalen Parteien- und Regierungssystem. Die Democrazia Christiana, stärkste Partei der EVP, ist im übrigen keine Programmpartei und mißt Programmarbeit daher keinen hohen Stellenwert bei.
Im Programm der EVP konnten sich CDU/CSU in sehr vielen Bereichen durchsetzen, zu den genannten Ursachen für ihre starke Position mag noch hinzukommen, daß die CDU erheblich zur Finanzierung der Arbeit der EVP beitrug, finanzielle Unterstützung anderer Mitgliedsparteien soll sie ebenfalls geleistet haben, dies kann jedoch nicht bewiesen werden.
In der ELD hat die bereits geleistete Programmarbeit der F.D.P. dazu beigetragen, daß sie ihre Vorstellungen in etlichen Punkten im Programm realisieren konnte. Das politische Gewicht des Vorsitzenden der Programmkommission, Martin Bangemann, mag ebenfalls in einigen strittigen Punkten den Ausschlag gegeben haben.[1]
Im Bund der Sozialdemokraten konnte die SPD Einfluß bei der Erarbeitung der Plattform geltend machen. Ihr stärkster Widersacher waren die französischen Sozialisten, von denen es hieß, sie würden durch die SPD finanziell unterstützt. Ihr Einfluß war sicher kaum geringer als der der SPD. Diese beiden Parteien schienen zu weiten Teilen die Diskussion allein zu bestreiten; dies resultierte nicht zuletzt

---

1 Information der Verfasserin.

aus den ideologischen Gegensätze dieser beiden Parteien, die es galt, in einem Programm zu verschmelzen und die zumindest im außen- und sicherheitspolitischen Bereich der Plattform dazu führten, daß kein eindeutiges Konzept entstand. Einige Parteien nannten den starken Einfluß der SPD und die daraus resultierende integrationsfreundliche Haltung der Plattform als einen Grund für deren Scheitern. Im Wahlaufruf hatte sich diese Dominanz nach Aussagen von Vertretern anderer Parteien neutralisiert.

Die ausgeprägte Segmentierung und die damit einhergehende Form der Meinungsbildung führte in allen drei Zusammenschlüssen dazu, daß die Programme in vielen Punkten allgemein bleiben, weil Details nicht konsensfähig waren. Sie führten in verschiedenen Bereichen auch zur Ausklammerung bestimmter Themen oder Teilbereiche. Der Wahlaufruf der Sozialdemokraten ist nicht zuletzt ein Beispiel für die Ausklammerung aller Details bis auf die 35-Stunden-Woche. Die ELD hat als Strategie der Konfliktlösung ein Modell gewählt, bei dem nur allgemeine Thesen verbindlich, d.h. notwendig konsensfähig für alle Parteien sind. Die Erläuterungen zu diesen Thesen, die Detailvorschläge und Lösungsansätze für politische Probleme anbieten, sind für die Parteien fakultativ und interpretationsfähig. Dies erleichterte die Willensbildung; einige Problemfelder wurden nur in die Erläuterungen aufgenommen; den Parteien, die mit einem ausführlichen Programm vor ihre Wähler treten wollten, wurde man ebenso gerecht wie den Parteien, denen zwar an einer gemeinsamen Aussage lag, die aber keine Konflikte im nationalen System wecken wollten.

Die Ausklammerung von Themen war weitgehend ein Signal für fehlende Werte-Konsonanz: Die Sozialdemokraten sind demnach der Zusammenschluß mit der

geringsten Werte-Konsonanz, da sie nur mit einem kurzen Wahlaufruf vor die Wähler traten. Sicherlich sind sie der am stärksten segmentierte Zusammenschluß: Im Bund vereinigen sich EG-Gegner mit EG-Befürwortern, ein Phänomen, das in den beiden anderen Zusammenschlüssen keine Rolle spielte. Auch über die wirtschaftlichen Ordnungsprinzipien herrschten unterschiedliche Meinungen, die sich allerdings in jüngster Zeit, seit dem endgültigen Zerfall des Bündnisses zwsichen Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, stärker annähern.[1] Das Koaltitionsspektrum der Sozialdemokraten ist breit gefächert, was die Parteien in ihrem programmatischen Spielraum einschränkte. Den Sozialdemokraten gelang es kaum, gemeinsame Problemlösungsstrategien zu erarbeiten. Fortgang und Ausgestaltung der Europäischen Integration sind umstritten, damit einhergehend die Kompetenzfrage der Institutionen; die Konzepte zur Wirtschafts- und Währungspolitik, zur Agrarpolitik, zur Außen- und Sicherheitspolitik sind nur schwer zu vereinbaren. Lediglich in der Zielrichtung, sich mehr für die Arbeitnehmer in der EG einzusetzen, bestand Konsens. Die Sozialdemokraten knüpften mit ihrer Plattform an die Arbeit bis 1973 zumindest in Teilen an, die Vorschläge der Plattform waren aber tendenziell weniger konkretisiert,und man war der weiteren Integration gegenüber etwas zurückhaltender als vor 1973. Mehrere Faktoren begünstigten diese Entwicklung:

- In einigen Parteien, der französischen Parti Socialiste und der niederländischen Partij van de Arbeid haben sich Anfang der siebziger Jahre Wandlungen nach links vollzogen; sie wurden der europäischen Integration gegenüber skeptischer, weil sie in der EG eine Institution sahen, die primär Kapitalinteressen begünstigte.[2]

---

1 Vgl. Udo Kempf, Neuere Entwicklungstendenzen..., a.a.O., S.34.

2 Vgl. Joachim Raschke, Hg., a.a.O., S.34.

- In der englischen Labour Party und der dänischen Socialdemokratiet gibt es starke Stimmen gegen die EG. Bis 1973 gehörten diese beiden Parteien nicht zum Bund der Sozialdemokraten. Je näher die Europawahl heranrückte, desto stärker formierte sich in der dänischen Partei dieser Flügel.[1]
- Erstmalig galt es, ein Programm zu erarbeiten, das über die EP-Fraktion und die Parteiführung hinaus an die Öffentlichkeit gelangen sollte, das als Wahlprogramm bis zu einem gewissen Grad auch die Europapolitik der nationalen Parteien beeinflußen sollte. Das Programm ging über den Rahmen des Unverbindlichen hinaus und unterschied sich darin grundlegend von der bisherigen programmatischen Arbeit der Sozialdemokraten seit 1957.

Die Wählerschaft der sozialdemokratischen Parteien ist vergleichsweise homogen strukturiert; zwar sind die Parteien keine reinen Arbeiterparteien mehr, der weitaus größte Teil ihrer Wähler sind aber abhängig Beschäftigte. Verbandliche Verflechtungen bestehen daher auch fast ausschließlich zu den Gewerkschaften; auf die Arbeit des europäischen Zusammenschlusses waren diese Bindungen allerdings nur von indirektem Einfluß.

Seitens des EGB bestand offensichtlich kein Interesse, direkten Einfluß auf die Programmarbeit zu nehmen. Der Bund hat mehrfach Kontakt gesucht, stieß jedoch von Seiten des EGB auf keine Resonanz. Direkter Einfluß von Verbänden konnte für keinen Zusammenschluß festgestellt werden.

Die Arbeitnehmerorientierung in den Parteien ist historisch begründet, war unstrittig und konsensfähig, ebenso die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie.

Die Parti Socialiste, ihren Forderungen und ihrer

---

1 Vgl. Hans-Dieter Heumann/Eva Karnofsky, a.a.O., "Dänemark".

Diktion nach eine sozialistische Partei, zählt als einzige Partei Teile der Bauernschaft zu ihren Anhängern; diese Bindung führte zu den wohl schärfsten Kontroversen während der Plattformarbeit und zu sehr vorsichtigen agrarpolitischen Aussagen im Wahlaufruf.

Die Segmentierung hinsichtlich der verbandlichen Orientierung ist in der EVP erheblich ausgeprägter, was nicht unerheblich für den Verlauf der Programmdiskussion war. Die Parteien der Benelux-Länder und nicht ganz so ausgeprägt die Democrazia Christiana verfügen über fest Bindungen an die katholische Gewerkschaftsbewegung der einzelnen Länder. Diese Bindungen prägen die Politik dieser Parteien. Andere Parteien wiederum pflegen engere Bindungen an die Industrie- oder auch Bauernverbände ihres Landes, so die deutschen Parteien, die Fine Gael und das französische Centre des Démocrates Sociaux. Diese Bindungen korrelieren mit der Struktur der Wählerschaft und der allgemeinen programmatischen Tendenz. Letztgenannte Parteien sind konservativ ausgerichtet; ihre unterschiedliche Rolle in den nationalen Parteiensystemen führte zu Diskussionen über die Funktion des Staates im marktwirtschaftlich strukturierten Wirtschaftssystem, über die Notwendigkeit der programmatischen Festschreibung des Rechts auf Arbeit, über die Rolle der Gewerkschaften auf europäischer Ebene.
Der größte Streitpunkt innerhalb der EVP war die Verankerung der 'Sozialen Marktwirtschaft' im europäischen Programm. Für die deutschen Parteien war dieser Terminus unverzichtbar,und es gelang ihnen, die Inhalte dieses Begriffs zu vermitteln, Vorurteile dagegen auszuräumen und schließlich seine Übernahme in das EVP-Programm zu erwirken, wobei die belgischen Parteien seine soziale Komponente gern hätten stärker

betonen wollen. Inwieweit 'Soziale Marktwirtschaft' von allen Parteien tatsächlich akzeptiert ist und einen von allen getragenen Wert darstellt, läßt sich nicht mit letzter Sicherheit feststellen; zukünftige nationale und europäische Programmarbeit werden daraufhin zu untersuchen sein.
Der zweite Diskussionpunkt resultierte aus den konfessionellen Bindungen sowie der unterschiedlichen Bewertung dieser Bindungen. Mit Ausnahme der beiden deutschen Parteien sind alle Parteien konfessionelle Parteien.
Benelux-Parteien und italienische DC identifizieren sich bewußt mit dem Christentum und waren anfangs nicht bereit, diese Identität zu leugnen. CDU/CSU lag dagegen mehr daran, diese Identität nicht zu betonen, um konservativen Parteien den Weg zur EVP-Mitgliedschaft zu ebnen; CDU/CSU setzten sich weitgehend durch, dies manifestierte sich im Namen des Zusammenschlusses, aber auch im Programmtext, in dem nur in der Präambel Bezüge zum Christentum und zur christlichen Identität der Parteien hergestellt sind. Aus welchen Gründen genau die anderen Parteien schließlich bereit waren, die deutsche Außenseiterposition zu akzeptieren, ob gar finanzielle Gründe eine Rolle spielten, konnte nicht geklärt werden. Vor allem die belgischen Parteien können diese Namensgebung nur schwer den ihnen nahestehenden Organisationen gegenüber vertreten.
Den meisten Widerstand erfuhren CDU/CSU von den belgischen Parteien, zwei Parteien, die wie die CDU über einen gut funktionierenden Apparat verfügen. Der organisatorische Hintergrund, das starke Engagement einer vergleichsweise großen Gruppe von CDU/CSU-Akteuren und das geringe Interesse an Inhalten seitens

der Democrazia Christiana machten CDU/CSU zur dominierenden Partei des Bündnisses,und das, obwohl sie in verschiedener Hinsicht eine Außenseiterposition einnehmen.
In EVP und ELD stand die Notwendigkeit der europäischen Einigung nie zur Disposition, ein wesentlicher Unterschied zu den Sozialdemokraten, der im übrigen auch die Zusammenarbeit erheblich erleichterte.

Auch in der ELD entstanden während der Programmarbeit Probleme, im Vergleich ist sie jedoch geringer segmentiert als die beiden anderen Zusammenschlüsse. Grundsätzliche ideologische Differenzen existieren keine, in Einzelfragen sind die Parteien jedoch auf die politischen Lösungen des jeweiligen nationalen Systems fixiert. So traten während der Programmarbeit auch nur Differenzen zu politischen Einzelproblemen auf, nicht aber zu Grundhaltungen der ELD. Einige Themen, bei denen aufgrund der nationalen Positionen Diskussionen zu erwarten waren, stellten sich in der Arbeit als unproblematisch heraus, so der gesamte Sektor der Sozialpoltik; allerdings bestand von vornherein offenbar Konsens darüber, die Mitbestimmung nicht näher zu erläutern, sie auszuklammern und sich nur allgemein für sie auszusprechen.

Größter Konfliktpunkt war die Kernenergie. Hier kam man zu einem Kompromiß, in dem man sich für einen Mittelweg zwischen den Standpunkten entschied. Differenzen gab es auch über die Ausgestaltung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik. Der Konflikt um die Lohn-und Preisleitlinien wurde erst per Mehrheitsentscheidung auf dem Brüsseler Programmkongreß gelöst. Auf dem Programmkongreß wurden auch per Mehrheitsentscheid die agrarpolitischen Anträge der englischen Liberalen abgelehnt. Abweichend von den beiden anderen Zusammenschlüssen, die

allerdings ihre Kontroversen nur in der Programmkommission und nicht auf Kongressen austrugen, implizierte die abschließende konkurrenzdemokratische Entscheidung die Bereitschaft der Mitgliedsparteien, politische Aussagen vor der nationalen Wählerschaft zu vertreten, obwohl deren Ablehnung voraussehbar war. Die englischen Liberalen traten dann auch mit einem eigenen Manifest vor die Wähler, dessen agrarpolitischer Teil vom ELD-Programm erheblich abwich. Gleichzeitig benutzten sie aber auch das gemeinsame Programm, vor allem, um ihre europäische Einbindung zu demonstrieren und sich von den beiden anderen englischen Parteien durch eine positive Grundhaltung zu Europa abzusetzen.[1] Die französischen Parteien benutzten das Europaprogramm der ELD nicht oder kaum, alle anderen Parteien bestritten damit ihren Wahlkampf, teilweise ergänzt durch kurze nationale Aufrufe (so die F.D.P.).

Eine Außenseiterposition in der ELD nahm die Jugendorganisation LYMEC ein. Sie war in der Programmkommission zumindest anfänglich von der Meinungsbildung ausgeschlossen,[2] auf dem Kongreß trat sie durch eine Vielzahl von Anträgen in Erscheinung. In einigen Fällen fand sie Bündnispartner auf dem Kongreß, in anderen wurde sie überstimmt. Sie verweigerte dem Programm die abschließende Zustimmung, weil sie sich einigen aus Abstimmungen hervorgegangenen Passagen nicht unterwerfen wollte. Sie profilierte sich auf dem linken Spektrum der ELD. Bei den Sozialdemokraten nahmen zwar Vertreter der Jungen Sozialisten an der Programmarbeit teil, aber nicht von Beginn an, nicht regelmäßig und nur mit beratender Stimme. Auf einem Kongreß konnten sie ihre Interessen nicht einbringen, ebensowenig die christdemokratische Jugend, die nach Aussagen von Akteuren

---

1 Vgl. Hans-Dieter Heumann/Eva Karnofsky, a.a.O., "Großbritannien".

2 Information der Verfasserin.

kein Interesse an Rückkopplungsprozessen zum europäischen Zusammenschluß zeigten. Andere Gruppierungen, europäische Arbeitnehmer und europäische Frauenorganisationen,waren in der EVP zumindest teilweise durch die Teilnahme von Vertretern an der Programmarbeit beteiligt, nicht so im Bund der Sozialdemokraten. Die SPD schickte zwar mit Helmut Rohde den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen zu den Verhandlungen, die anderen Parteien entsandten jedoch meist nur einen Vertreter, so daß hier nicht das gesamte Meinungsspektrum vertreten sein konnte. Nicht alle Vertreter der EVP-Programmkommission sind namentlich bekannt, so daß nicht nachvollzogen werden kann, ob unterschiedliche Strömungen repräsentiert waren. Die CDU entsandte zumindest einen Teilnehmer des Wirtschaftsrates, gleichzeitig beteiligten sich auch Vertreter der Christlich Demokratischen Arbeitnehmer. Die Rückkopplungsprozesse von Parteiunterorganisationen, Verbänden und nationalen Parteien waren in keinem Zusammenschluß ausgeprägt. Die Programmkommissionen, im Falle der Sozialdemokraten und Liberalen von den Führungsgremien des Zusammenschlusses, im Falle der EVP von einer anderen transnationalen Organisation, der EUCD, benannt, arbeiteten selbstständig, Rückkopplung fand während der laufenden Arbeit nur mit den Führungen der Zusammenschlüsse selbst statt. Erst nach Beendigung der Arbeit der Programmkommission setzten Rückkopplungsprozesse zu den nationalen Parteien ein, diese differierten jedoch sowohl zwischen den Zusammenschlüssen als auch zwischen den nationalen Parteien eines Zusammenschlusses. Die Plattform des Bundes der Sozialdemokraten scheiterte erst im Rückkopplungsprozeß; die Parteivorstände von Dänen und Franzosen lehnten die Plattform ab. Hatten die Akteure der Plattform zumindest ansatzweise ein gemeinsames europäisches Interesse an der Ausarbeitung

der Plattform entwickelt, sei es, weil sie die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aussage zur Europawahl für die Stimmenmaximierung oder für die Arbeit des EP erkannten, sei es, weil die europäische Arbeit selbst einen gewissen "Erziehungseffekt" ausgeübt hat oder ohnehin nur tendenziell proeuropäische Akteure an der Plattformarbeit beteiligt waren. Die genannten nationalen Parteien lehnten die Plattform ab, weil sie nationalen Interessen entgegenstand. Nicht einmal alle Gründe für die Ablehnung lagen in dem Plattformtext selbst begründet, sie war auch nicht unabhängig von den politischen Akteuren, die die Partei selbst entsandt hatte. Die nationalen Parteien entwickelten Integrationshemmnisse, die nur begrenzt vorhersehbar waren und denen die Akteure nicht hätten begegnen können. Von Seiten einiger Parteiführungen war das Interesse an europäischer Parteienkooperation gering, zumindest waren sie nicht bereit, nationale parteiinterne machtpolitische Interessen der europäischen Zusammenarbeit unterzuordnen. Den sozialdemokratischen Parteien, die in Ländern agieren, in denen das politische Klima nicht integrationsfreundlich ist, fehlten Anreize zur europäischen Parteienzusammenarbeit. Einzig die niederländische PvdA diskutierte die Plattform in den Parteigliederungen, unterwarf sich damit Mehrheitsentscheidungen und wurde den ursprünglich von allen Parteien gestellten Anforderungen nach demokratischer Sanktionierung der Plattformarbeit gerecht. Die PvdA signalisierte damit auch die Bereitschaft, sich auf einem europäischen Kongreß Mehrheitsentscheidungen zu beugen und die Plattform auch dann zu akzeptieren, wenn in der Programmkommission ausgehandelte Kompromisse durch Mehrheitsentscheidungen revidiert worden wären. Die Bereitschaft zu europäischer Zusammenarbeit und zu Kompromissen steht

im Gegensatz zu der in jüngerer Zeit von der PvdA gezeigten Zurückhaltung gegenüber einem weiteren Ausbau der Gemeinschaft und liegt aber z.T. im Demokratieverständnis der Partei begründet; sie mißt Mitgliederbeteiligung an der Willensbildung großen Wert zu. Während der Arbeit am Wahlaufruf hätten die PvdA-Vertreter sich immer wieder der Unterstützung ihrer Gliederungen versichern müssen.[1]
Alle anderen Parteien des Bundes waren nur zu "intergouvernementaler" Zusammenarbeit bereit, da sie fürchteten, die Plattform könnte untragbar werden. Der Wahlkampf wurde zwar auf einem Kongreß verabschiedet, jedoch ohne seinen Inhalt auch nur in geringster Weise zu gefährden. Sowohl die Auswahl der Delegierten als auch das Abstimmungsverfahren bestätigten die "intergouvernementale" Struktur der Zusammenarbeit. Diese Aussage gilt auch für die EVP.

Die EVP hatte allerdings nie den Anspruch gestellt, das Programm durch Diskussion in den Parteigliederungen und anschließende Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip legitimieren zu lassen. Von Beginn an wurde in der EVP die Ansicht vertreten, mühsam ausgehandelte Kompromisse würden durch dieses Verfahren aufs Spiel gesetzt, da die nationalen Parteigliederungen wieder versuchen würden, nationale Positionen, die in der Programmkommission bereits überwunden wurden, doch noch wieder durchzusetzen. So konnten die Gliederungen, wie bei den sozialdemokratischen Parteien, auch nicht an der Auswahl der Delegierten für den abschließenden legitimierenden Kongreß partizipieren. Dieser Kongreß hatte bei EVP und Sozialdemokraten die Funktion, die Programmaussagen durch Parteiführungen und Parteibürokratien sanktionieren zu lassen. Diese Repräsentanten der Parteien sollten den Programmen Legitimation verschaffen

---

1 Information der Verfasserin.

und gleichzeitig die Programme der Öffentlichkeit vorstellen. Von der Kongreßteilnahme der Parteiführungen erwartete man eine gewisse Publizität für die europäischen Zusammenschlüsse.[1]
Auch auf dem Programmkongreß der Liberalen waren alle Parteiführer anwesend, zumindest waren aber die Hälfte der Delegierten von Gliederungen entsandt. In der ELD wurde das Programm den Gliederungen zur Diskussion vorgelegt, die Änderungsanträge aus den nationalen Parteien wurden auf dem abschließenden Kongreß diskutiert und abgestimmt. Die ELD bemühte sich am stärksten um Beteiligung der Mitgliedschaften, um nicht ein "intergouvernementales" Programm auszuhandeln, mit dem die Mitglieder sich nicht würden identifizieren können. Man bemühte sich, der europäischen Arbeit eine neue Qualität zu verleihen, bereits parteiähnliche Diskussionsstrukturen einzuführen und durch die Arbeit Lernprozesse in der Mitgliedschaft zu initiieren. Man kombinierte konkordanzdemokratische und konkurrenzdemokratische Willensbildung. Eine Ursache für diese Entscheidung kann die geringere Segmentierung der ELD sein. Je stärker die Segmentierung in den Zusammenschlüssen ausgeprägt war, desto ausgeprägter war auch die Konsensfindung durch konkordanzdemokratische Prinzipien strukturiert. Auch der Wille zur europäischen Parteibildung und zur Integration der nationalen Parteien in dem Zusammenschluß sowie die grundsätzliche Bejahung der europäischen Einigung kann eine Rolle gespielt haben. Diese Bejahung ist zwar in der EVP ebenfalls anzutreffen, aber die stärkere Segmentierung erschwert die Herausbildung von Parteistrukturen. Im Bund der Sozialdemokraten sind die Vorstellungen über den Fortgang der Integration unterschiedlich. Der Bund stellte nie den Anspruch, eine

---

1 Information der Verfasserin.

europäische Partei zu sein oder werden zu wollen.
In der Arbeit der Zusammenschlüsse wurde deutlich, daß bestimmte nationale Optionen alle Parteien eines Landes beeinflussen und sie dann nicht ihren europäischen Bündnispartnern, sondern ihren nationalen Konkurrenten näherstehen. Die nationale Situation prägt in vielen Fragen entscheidender als die Zugehörigkeit zu einer politischen Richtung. Nationale Parallelen in der Konsonanz der Werte wurden erkennbar bei der Zurückhaltung aller französischen Parteien mit Ausnahme der Radikalsozialisten gegenüber mehr Kompetenzen für die europäische Ebene, vor allem für das Parlament. Parti Républicain und Sozialisten zeigten Skepsis gegenüber zu enger Bindung an die USA. Die niederländischen Mitgliedsparteien des Bundes der Sozialdemokraten und der EVP engagierten sich besonders in der Entwicklungspolitik, sie unterschieden sich dadurch von ihren Bündnispartnern. Alle deutschen Parteien propagierten, wenn auch in unterschiedlichen Nuancierungen, die 'Soziale Marktwirtschaft'. Alle irischen Parteien lehnten die Abtreibung ab. Die beiden englischen Parteien forderten eine radikale Änderung der Agrar- und Fischereipolitik der EG.
Die institutionellen Leitbilder der EVP sind identisch mit denen des Tindemans-Berichtes. Auch die beiden anderen Bündnisse orientierten sich bei der institutionellen Diskussion an Tindemans, übernahmen seine Vorschläge aber nur zum Teil. Die Liberalen gehen vor allem bei der Frage der Befugnisse des Parlaments über ihn hinaus, die Sozialdemokraten wollen hauptsächlich die Position der Arbeitnehmer in der Gemeinschaft gestärkt wissen. Die Schwerpunkte werden zwar unterschiedlich gesetzt, dennoch ist die Bereitschaft erkennbar, den Tindemans-Bericht auch weiterhin,

z.B. im Europäischen Parlament, zur Grundlage gemeinsamer Diskussionen über die institutionelle Ausgestaltung der EG zu machen.
Die Programmarbeit der Parteien hat Lernprozesse vor allem bei den Europaspezialisten selbst initiiert, man schaffte weitere Arbeitsgrundlagen, einmal inhaltlicher Natur durch die Programme, aber auch durch die Festigung von Kommunikationsstrukturen, so in der Installierung von Arbeitsgruppen und indem man für die ersten Kongresse einen konkreten Anlaß schuf, sie mit einer Aufgabe, der Sanktionierung der Programmaussagen,betraute. Inwieweit diese Strukturen von Dauer sein werden, muß sich noch erweisen: Die ELD hat ihre Programmarbeit inzwischen auf zwei Kongressen fortgesetzt,die EVP hatte im September 1980 ihren dritten Kongreß. Die Sozialdemokraten führten lediglich Fachtagungen durch.

Es bleibt zu erforschen, ob die Europäische Parteienkooperation auch in Zukunft wieder den Internationalen Sekretären der Parteien überlassen bleibt oder ob die bei ELD und Sozialdemokraten durch die Programmarbeit erreichte Ausdehnung des Personenkreises, wenn sie auch nur gering war, erhalten bleibt.
In der EVP wurde die Programmarbeit von den gleichen Personen geleistet, die bereits in der EUCD aktiv waren; für diese Gruppe, meist Funktionäre, hat sich lediglich die transnationale Ebene erweitert. Durch die Kongresse, aber auch durch die Europawahl, wurden die Parteiführungen mehr als bisher in die europäische Arbeit involviert. Die Hoffung, die europäische Parteienkooperation würde weitere Möglichkeiten zur Partizipation der Mitglieder eröffnen und zu einer Minderung des allgemeinen Demokratiedefizits der Gemeinschaft beitragen, hat sich zumindest bei EVP und Bund der Sozialdemokraten nicht im mindesten

erfüllt, bei der ELD sind erste Ansätze zu einer Demokratisierung der transnationalen Parteienzusammenarbeit zu erkennen. Die nationalen Parteien sind nach wie vor weit davon entfernt, Gliederungen europäischer Parteien zu sein. Die nationale Autonomie hat vor allem bei EVP und Sozialdemokraten Priorität, den Parteien war vorrangig daran gelegen, ihre nationalen Interessen einzubringen. Die Parteienkooperation vollzieht sich weiterhin "intergouvernemental" zwischen Europaspezialisten, wenn auch nicht mehr ausschließlich zwischen den Internationalen Sekretären. Die Akteure entwickelten keine neuen Leitbilder, sondern trugen die Europakonzeptionen der nationalen Parteien zusammen und versuchten daraus eine Synthese zu formulieren, die zumindest von keiner Partei gänzlich abgelehnt wurde. Steiners These, Konkordanzsysteme hemmten tendenziell Lernprozesse, kann zumindest insofern gelten, als keine gedanklichen Innovationen aus der Zusammenarbeit erwachsen sind, die Lernprozesse bezogen sich fast ausschließlich auf das Kennenlernen der Parteien untereinander. Dies kann für die Arbeit der Fraktionen, auch der Parteien, sehr förderlich sein und rechtfertigt sicherlich schon die Programmarbeit, wird allein aber nicht dem Anspruch gerecht, den man an europäische Parteien stellt.
Inwieweit die Programme und Zusammenschlüsse selbst für die Arbeit der EP-Fraktionen eine Rolle spielen, gilt es in Zukunft zu untersuchen. Sollten sie hier eine Bedeutung erlangen, kann damit ihre Entwicklung zu europäischen Parteien forciert werden, wie sie ihrerseits zum Ausbau der transnationalen Infrastruktur und zur Legitimationsbeschaffung beitragen könnten.[1] Wenn die Zusammenschlüsse und ihre Programme

---

1 Vgl. Rudolf Hrbek, Parteienbünde: Unterbau..., a.a.O., S.189-190.

während der ersten Legislaturperiode keine Funktionen wahrnähmen,würde die These gestützt, sie seien nur zur Stimmenmaximierung aktiviert worden, nicht aber, um einen Unterbau der Fraktionen zu bilden.
Ebenso gilt es zu beobachten, ob nationale Parteien bei der Erarbeitung ihrer programmatischen Aussagen zur Europapolitik die europäischen Programme berücksichtigen, ob die Programmarbeit in den nationalen Parteien Lernprozesse von Dauer erzielt hat oder ob diese Lernprozesse lediglich die integrationshemmenden Faktoren in den Parteien verdeutlicht und die nationale Orientierung in der Europapolitik bestätigt haben.

Die Gesprächspartner

Meinhard Ade
Achim André
Martin Bangemann
Hans Beck
Heinrich Böx
Raf Chanterie
Oscar Debunne
Hubertus Dessloch
Robert Goebbels
Hans Herbert Holzamer
Veronika Isenberg
Uwe Jansen
Volkmar Kallenbach
Helga Köhnen
Jan D. Kurlemann
Hans-August Lücker
Wolfgang Ohndorf
Roger Peeters
Peter Ruthmann
Franz-Ludwig Graf Stauffenberg
Dick Toornstra
Henning Wegener
Florus Wijsenbeek
Barthold Witte

sowie weitere hauptamtliche Mitarbeiter der Parteien und Persönliche Referenten politischer Vertreter

Seite

Tabelle 1: Mitgliedsparteien des Bundes Sozialdemokratischer Parteien der EG 43

Tabelle 2: Mitgliedsparteien der Europäischen Liberalen Demokraten 52

Tabelle 3: Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei 59

Tabelle 4: Die Zusammensetzung des Kongresses des Bundes der Sozialdemokraten 62

Tabelle 5: Die Zusammensetzung des Kongresses der ELD 65

Tabelle 6: Die Zusammensetzung des Kongresses der EVP 69

Tabelle 7: Teilnahme an der Arbeitsgruppe "Außenpolitik" des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG 128

Tabelle 8: Die Mitglieder der ELD-Programmkommission 249

Verzeichnis der Abkürzungen

ARP	-	Anti-Revolutionaire Partij
BSP	-	Belgische Socialistische Partij
BSP	-	Bruttosozialprodukt
CDS	-	Centre des Démocrates Sociaux
CERES	-	Centre d'Etudes et de Recherches d'Education Socialistes
CEPESS	-	Centrum voor politieke, economische en sociale studies
CFDT	-	Confédération Française Démocratique du Travail
CGT	-	Confédération Générale du Travail
CGIL	-	Confederazione Generale Italiano del lavoro
CHU	-	Christelijk-Historische Unie
CVP	-	Christelijke Volkspartij
CDA	-	Christen-Demokratisch Appel
CDA	-	Christlich Demokratische Arbeitnehmer
CDU	-	Christlich Demokratische Union
CSU	-	Christlich Soziale Union
CSV	-	Christlich Soziale Volkspartei
DC	-	Democracia Christiana
DP	-	Demokratische Partei
DGB	-	Deutscher Gewerkschaftsbund
EDU	-	Europäische Demokratische Union
EG	-	Europäische Gemeinschaft
EGKS	-	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ELD	-	Europäische Liberale Demokraten
EPZ	-	Europäische Politische Zusammenarbeit
EAGFL	-	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EUGH	-	Europäischer Gerichtshof
EGB	-	Europäischer Gewerkschaftsbund
EP	-	Europäisches Parlament
EWS	-	Europäisches Währungssystem

EUCD	- Europäische Union Christlicher Demokraten
EUCDA	- Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer
EVP	- Europäische Volkspartei
FEN	- Fédération de l'Education Nationale
FLIDPEG	- Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft
F.D.P.	- Freie Demokratische Partei
IEA	- Internationale Energieagentur
KVP	- Katholieke Volkspartij
KSZE	- Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LYMEC	- Liberal and Radical Youth Movement of the European Community
L.I.	- Liberale Internationale
LSAP	- Luxemburgische Sozialistische Arbeiterpartei
MBFR	- Mutual Balanced Forces Reduction
NEC	- National Executive Committee
NATO	- North Atlantic Treaty Organization
NEI	- Nouvelles Equipes Internationales
PCI	- Partito Communista Italiano
PCF	- Parti Communiste Française
PRLW	- Parti des Réformes et de la Liberté de Wallonie
PvdA	- Partij van de Arbeid
PVV	- Partij van de Vrijheid en Vooruitgang
PL	- Parti Libéral
PLI	- Partito Liberale Italiano
PR	- Parti Républicain
PRI	- Partito Repubblicano Italiano

PS - Parti Socialiste
PSB - Parti Socialiste Belge
PSC - Parti Social Chrétien
PSDI - Partito Socialista Democratico Italiano
PSI - Partito Socialista Italiano

S - Socialdemokratiet
SPD - Sozialdemokratische Partei Deutschlands
S.I. - Sozialistische Internationale
SALT - Strategic Arms Limitation Talks

UDF - Union pour la Démocratie Française
UNCTAD - United Nations Conference for Trade and Development
UNO - United Nations Organization

V - Venstre
VVD - Volkspartij voor Vrijheid en Democratie

WSA - Wirtschafts- und Sozialausschuß
WWU - Wirtschafts- und Währungsunion

Literaturverzeichnis

A. Dokumente und Reden

Europäisches Parlament:
Direktwahl '79. Ergebnisse und gewählte Mitglieder, Juli 1979.

Kommunique über die Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften in Paris am 9. und 1o. Dezember 1974 in: Europa-Archiv 1975.

Tindemans-Bericht an seine Kollegen im Europäischen Rat, 29. Dezember 1975.

Sozialdemokraten:

Belgische Socialistische Partij:
Programma Vlaamse Socialisten, Verkiezingen von 17 December 1978, o.O. und o.J.

Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft/Europäisches Parlament, Sozialistische Fraktion:
PS/CE 4/75
PS/CE 2o/75
PS/CE 27/75
PS/CE 1/76
PS/CE 6/76
PS/CE 18/76
PS/CE 2o/76
PS/CE 21/76
PS/CE 38/76
PS/CE 39/76
PE/GS 56/76
PS/CE 64/76
PS/CE 7/77
PS/CE 1o/77
PS/CE 66/77
PS/CE 36/78
PS/CE 46/78
PS/CE 2/79.

Bund der Sozialdemokraten der Europäischen Gemeinschaft:
Geschäftsordnung, angenommen vom Verbindungsbüro in Luxemburg am 5.4.1974, in: Materialien zur Europapolitik Bd. 2, Die Europäischen Parteien, Bonn 1977.

ders.:
Entwurf für den ersten Teil des Wirtschaftskapitels, o.O. und o.J., unveröffentlichtes Manuskript.

ders.:
Entwurf der Untergruppe "Wirtschaftspolitik" vom 9.11.1976, o.O., unveröffentlichtes Manuskript.

ders.:
Vorentwurf der Untergruppe "Wirtschaftspolitik" vom 28.3.1977 o.O., unveröffentlichtes Manuskript.

der.:
Entwurf der Wahlplattform, in: Materialien zur Europapolitik Bd.2, Die Europäischen Parteien, Bonn 1977.

ders.:
Aufruf an die Bürger Europas, erster Entwurf vom 19.1o.1978 o.O., unveröffentlichtes Manuskript.

ders.:
Teilnehmerliste des 1o.Kongresses vom 1o.-12.1. 1979 in Brüssel.

Bundesvorstand der Jungsozialisten, Hg.,:
Bundeskongreßbeschlüsse Jungsozialisten in der SPD 1969 - 1978, Bonn 1978.

Entschließungen des 4., 5., 6. und 8. Kongresses der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, in: Sozialistische/Sozialdemokratische Europakorrespondenz.

Erklärung des 5. Kongresses der Sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft vom 6.11.1962 in Paris, in: Sozialistische Europakorrespondenz, 2o/196o.

"Für ein soziales Europa", beschlossen auf dem 9. Kongreß der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft vom 26.-27.4.1973 in Bonn,in: Sozialdemokratische Europakorrespondenz, 2/1973.

Das Gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, dt. Übersetzung, herausgegeben von Werner Goldschmidt, Köln 1972.

Gemeinsames Aktionsprogramm der Sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, angenommen von ihrem 5. Kongreß am 6.11.1962 in Paris, in: Sozialistische Europakorrespondenz,24/1962.

Goebbels, Robert:
Die Europäische Gemeinschaft zur Sozialunion ausbauen, o.O. und o.J., unveröffentlichtes Manuskript.

Labour Party (Irland):
"Ireland and the European Community",A Summary of the Policy Statement adopted by the Administration Council on 25th May 1978.

ders.:
Änderungsanträge zum Aufruf an die Bürger, o.O. und o.J., unveröffentlichtes Manuskript.

Labour's Manifesto for Britain, in: Labour Weekly, 2.2.1979.

Mansholt, Sicco:
Für ein Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, o.O. 1976, unveröffentlichtes Manuskript.

Partij van de Arbeid:
"Beitrag zum Abschnitt 'Wirtschaft' des Europäischen Wahlprogramms", o.O. und o.J., unveröffentlichtes Manuskript.

ders.:
Änderungsanträge zum Entwurf des Aufrufs an die Wähler, o.O. und o.J., unveröffentlichtes Manuskript.

ders.:
Übersicht über die Änderungsanträge, angenommen auf dem Kongreß der Partei am 1o.2.1978 o.O., dt. Übersetzung.

ders.:
Europa 7 Juni 1979, Verkiezingsprogramma voor de Europese Verkiezingen, o.O. und o.J..

Parti Socialiste:
Les socialistes et le tiers monde, Paris 1977.

ders.:
Sozialistisches Manifest für die Europawahl, verabschiedet vom Parteivorstand am 21.1o.1978, dt. Übersetzung, in: Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft:PS/CE/36/78.

ders.:
Änderungsanträge zum Entwurf des Wahlaufrufs o.O. und o.J., unveröffentlichtes Manuskript.

Projet d'une Plate-forme Electorale, texte élaboré par Michel Rocard et Hans Beck, o.O. 25.5.1976, unveröffentlichtes Manuskript.

Schmidt, Helmut:
Sicherheit - Gleichheit - Entspannung, Rede vor der Sozialdemokratischen Fachkonferenz "Sicherheit im Bündnis" vom 8.-9.5.1976, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Sicherheit im Bündnis, Bonn 1976.

Socialdemokratiet:
Änderungsanträge zum Entwurf des Aufrufs an die Bürger, o.O. und o.J., unveröffentlichtes Manuskript.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Grundsatzprogramm, beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg vom 13.-15.11. 1959.

ders.:
Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 - 1985, Bonn 1975.

ders.:
Forum, Dokumente Fachtagung "Entwicklungspolitik der SPD" am 1. und 2. September 1977 in Wiesbaden, Bonn 1977.

ders.:
Sozialdemokratische Europapolitik. Bericht vorgelegt von der Europakommission der SPD, verabschiedet im Sept. 1975 in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Dokumente zur Europapolitik, Bonn 1978.

ders.:
Beschluß des Hamburger Parteitages (15.-19.11.77) zur Europapolitik, in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Dokumente zur Europapolitik, Bonn 1978.

ders.:
Soziale Demokratie für Europa, Programm für die erste europäische Direktwahl, Bonn 1979.

Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments:
Stellungnahme zur Gemeinsamen Agrarpolitik, Kopenhagen 1976.

Sozialistische Internationale:
New Statutes of the International, angenommen auf dem 13. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Genf vom 26.-28.11.1976, in: Socialist Affairs, Jan./Febr. 1977 Vol. 27/1.

Uyl, Joop den:
Rede vor dem 1o. Kongreß des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel 1979.

Verbindungsbüro der Sozialistischen Parteien der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft:
Entschließung der 3. Konferenz der Sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1958.

Liberale:

Brunner, Guido:
Grußwort an den ELD-Kongreß 1977 in Brüssel, in: Europäische Liberale Demokraten: Congress Brussels 1977.

Conseil National du Parti Républicain:
Bericht der Commission No. 1, L'Europe: une nouvelle chance pour l'économie française,o.O. 3.2.1979.

Demokratische Partei:
Wahlprogramm 1979, Positionen und Analysen, beschlossen am 31.3.1979 auf dem außerordentlichen Nationalkongreß, Luxemburg.

Durieux, Jean:
Kurzfassung der Rede vor dem ELD-Kongreß in Brüssel 1977, in: Europäische Liberale Demokraten: Congress Brussels 1977.

Europa går til valg, liberal, Holte o.J.

Europäische Liberale Demokraten:
Programm für Europa, o.O. und o.J., dt. und franz. Fassung.

ders.:
Geschäftsordnung, in: Materialien zur Europapolitik Bd.2, Die Europäischen Parteien, Bonn 1977.

ders.:
Kongreß 1977, Arbeitsdokument A, Änderungsanträge zu den Thesen, o.O. und o.J.

ders.:
Kongreß 1977, Working Documents B, Amendments to the explanations, o.O. und o.J.

ders.:
Verkehrspolitik, angenommen auf dem ELD-Kongreß 1978 in London, unveröffentlichtes Manuskript.

ders.:
Enlargement of the European Community, angenommen auf dem ELD-Kongreß 1978 in London, unveröffentlichtes Manuskript.

ders.:
Resolution of European Monetary System, angenommen auf dem ELD-Kongreß 1978 in London, unveröffentlichtes Manuskript.

ders.:
Entschließung zur Ausweitung der Menschen- und Sozialrechte in der Europäischen Gemeinschaft, angenommen auf dem ELD-Kongreß in Paris 1980, Brüssel 1980.

Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft:
Stuttgarter Erklärung, angenommen vom Gründungskongreß 1976, in: Materialien zur Europapolitik, Bd. 2, Die Europäischen Parteien, Bonn 1977.

ders.:
Satzung, angenommen vom Gründungskongreß in Stuttgart 1976, in: Materialien zur Europapolitik Bd.2, Die Europäischen Parteien, Bonn 1977.

ders.:
Kurzprotokoll des Kongresses in Den Haag 1976, o.O. und o.J.

Freie Demokratische Partei:
Die Freiburger Thesen, beschlossen auf dem Parteitag vom 25.-17.1o.1971 in Freiburg i.Br., Bonn 1971.

ders.:
Leitlinien liberaler Europapolitik, Beschluß des Bundesparteitages in Mainz 27.29.1o.1975, Bonn o.J.

ders.:
Protokoll der Bundeshauptausschußsitzung vom Sept. 1977 in Hamburg, unveröffentlichtes Manuskript.

ders.:
Thesen zur Dritte-Welt-Politik, Beschluß des Bundeshauptausschusses der F.D.P. in Frankfurt vom 11.3.1978 und des Bundesvorstandes der F.D.P. o.O. und o.J.

Liberal and Radical Youth Movement of the European Community:
Political Declaration, o.O. und o.J.

Liberale Internationale:
Liberale Erklärung von Oxford 1976, in: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa, Bonn 1976.

Liberal Party Manifesto, in: Financial Times, 11.4.1979.

Steel, David:
Rede vor dem ELD-Kongreß 1977 in Brüssel, in: Europäische Liberale Demokraten, Congress Brussels 1977.

Christdemokraten:

Bertrand, Alfred:
in: cd-europa , bulletin, 4.4.1976.

Christlich Demokratische Union:
Grundsatzprogramm, beschlossen vom Bundesparteitag in Ludwigshafen 23.-25.1o.1978.

Christlich Soziale Union:
Grundsatzprogramm, München 1978.

Europäische Union Christlicher Demokraten:
Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Parteien der politischen Mitte in einer Europäischen Volkspartei, Brüssel 31.5.1975.

ders.:
Manifest der Christlichen Demokraten Europas, Paris 21.2.1976.

ders.:
Niederschrift der Sitzung des Politischen Büros am 2o.-21.2.1976 in Paris.

Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer:
Gründungsdokument, verabschiedet auf der Sitzung des Initiativausschusses am 21.1.1976 in Brüssel.

Europäische Volkspartei:
Programmentwurf, Fassung vom 6.11.1975 o.O., unveröffentlichtes Manuskript.

Europäische Volkspartei - Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft:
Satzung , angenommen vom Politischen Kom_itee am 28.4.1976. in: Materialien zur Europapolitik Bd.2, Die E uropäischen Parteien, Bonn 1977.

ders.:
Entwurf des Politischen Programms vom 15.9.1977 o.O., unveröffentlichtes Manuskript.

ders.:
Politisches Programm der Europäischen Volkspartei., herausgegeben von der CDU, Bonn 1978, sowie die franz., italienische, flämische und engl. Fassung.

ders.:
Wahlplattform, Entwurf vom 14.2.1979, o.O., unveröffentlichtes Manuskript.

ders.:
Wahlplattform, engl. Fassung in: EVP-Reisepass, Brüssel o.J.

ders.:
Wahlplattform, vorläufige Fassung vor der sprachlichen Überarbeitung 22.-23.2.1979 o.J.

Katzer, Hans:
Rede vor dem II. Kongreß der EVP, Brüssel 22.-23.2.1979.

Keersmaeker, Paul de:
Rede vor dem II. Kongreß der EVP, Brüssel 22.-23.2.1979.

Parti Social Chrétien-Parti Populaire Eruopéen:
Manifeste lo juin, Brüssel o.J.

B. Bücher und selbstständige Veröffentlichungen

Adrian, Wolfgang:
Demokratie als Partizipation. Versuch einer Wert- und Einstellungsanalyse, Meisenheim a.Gl. 1977.

Albers, Detlev:
Demokratie und Sozialismus in Italien, Frankfurt a.M. 1978.

Berger, Hartwig:
Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit, Frankfurt a.M. 1974.

Blancpain, Jean-Pierre:
Wegweiser im Wirrwarr der Weltwirtschaft. Ein Kompendium internationaler Wirtschaftsorganisationen, Zürich 1975.

Bonvicini, Gianni/Solari, Saverio:
I Partiti e le elezioni del parlamento Europeo, Rom 1979.

Braunthal, Julius:
Geschichte der Internationale, 3 Bde., Hannover 1973.

Buck, Karl-Hermann:
Griechenland und die Europäische Gemeinschaft, Bonn 1978.

Bungarten, Harald:
Umweltpolitik in Westeuropa, Bonn 1978.

Claeys, Paul-H./Loeb-Mayer, Nicole:
Les groupements politiques dans la perspective de l'élection du parlament Européen, Brüssel 1978.

Dahl, Robert A.:
Political Oppositions in Western Democracies, London/New Haven 1965.

Deutsch, K.W.:
Analyse internationaler Beziehungen, dt. Ausgabe, Frankfurt a.M. 1968.

Ettmüller, Wolfgang:
Die transnationale Kooperation und Organisation der christlich-demokratischen Parteien der europäischen Gemeinschaft, Universität Männheim (Zulassungsarbeit) 1977.

Flohr, Heiner:
Parteiprogramme in der Demokratie, Göttingen 1968.

Fraenkel, Ernst:
Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttfart/Berlin/Mainz/köln 1964.

Grabitz,Eberhard/Läufer,Thomas:
Das Europäische Parlament, Bonn 198o.

Gresch, Norbert:
Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG, Baden-Baden 1978.

Hearl, Derek:
A Possible Model of the European Party Alignment, University of Essex, 1977.

Heumann, Hans-Dieter:
Europäische Integration und nationale Interessenpolitik, Meisenheim 198o.

ders./Karnofsky, Eva:
Der Wahlkampf zum Europaparlament. Eine Analyse europäischer Zeitungen, Bonn 198o.

Jaeggi, Urs:
Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, überarbeitete Auflage, Frankfurt a.M. 1973.

Kaack, Heino:
Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971.

Kahn, R.L./Cannell, C.F.:
The Dynamics of Interviewing, New York 1957.

La Palombara, Joseph/Weiner, Myron, Hg.:
Political Parties and Political Development, Princeton N.J. 1966.

Lehmbruch, Gerhard:
Proporzdemokratie - Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und Österreich, Tübingen 1967.

Mayer-Tasch, P.C.:
Die Bürgerinitiativbewegung, Reinbek 1976.

Naßmacher, Karl-Heinz:
Demokratisierung der europäischen Gemeinschaften, Bonn 1972.

Neumann, Sigmund, Hg.:
Modern Political Parties, Chicago 1959.

Oudenhove, Guy van:
The Political Parties in the European Parliament, Leyden 1965.

Paterson, William E./Campbell, Ian:
Social Democracy in Post-War Europe, London/Basingstoke 1974.

Paterson, William E./Schmitz, Kurt Th.:
Sozialdemokratische Parteien in Europa, Bonn 1979.

Poullet, Edouard/Deprez, Gérard:
Struktur und Macht der EG-Kommission, Bonn 1976.

Pridham, Geoffrey/Pridham, Pippa:
Towards Transnational Parties in the European Community, London 1979.

Raschke, Joachim, Hg.:
Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978.

RIO-Bericht an den Club of Rome:
Wir haben nur eine Zukunft, Leitung: Jan Tinbergen, Amsterdam 1976, dt. Ausgabe, Opladen 1977.

Rosenbaum, Petra:
Italien 1976 - Christdemokraten mit Kommunisten? Eine Einführung in das italienische Parteiensystem, Reinbek 1976.

Ruthmann, Peter F.:
Wilhelm Dröscher. Die Sozialdemokraten auf dem Weg nach Europa, Bonn 1979.

Schiller, Theo:
Liberalismus in Europa, Hannover 1978.

Schneider, Heinrich:
Leitbilder der Europapolitik 1, Der Weg zur Integration, Bonn 1977.

ders./Wolfgang Wessels, Hg.:
Auf dem Weg zur Europäischen Union? Diskussionsbeiträge zum Tindemans-Bericht, Bonn 1977.

Stammen, Theo:
Parteien in Europa, München 1977.

Steffani, Winfried:
Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien, Opladen 1979.

Strizek, Helmut/Hamers-Strizek, Gisela:
Europäische Einigung, Bilanz und Perspektiven, Bonn 1978.

Wiehn E.R. u.a.:
Die Programmatik der europäischen Parteienföderationen, Werte und Leitbilder in Europa. Eine Inhaltsanalyse, Konstanz 1979.

Thiel, Elke:
Die Europäische Gemeinschaft zwischen Krise und Bewährung, München 1977.

Tudyka, Kurt P.:
Internationale Beziehungen, Stuttgart 1971.

Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa, Bonn 1976.

C. Aufsätze und Artikel

Adrian Wolfgang/ Reif, Karlheinz:
Direct Elections and the prospects of party government in the European Community, Papers prepared for discussion at the workshop on "Parties and European Integration", ECPR Joint Sessions of Workshops, Berlin 1977.

Bangemann, Martin:
Die Direktwahl zum Europäischen Parlament, Chance für die Liberalen, in: Wolfgang Mischnik: Die Liberalen für Europa, Bonn 1977.

ders.:
Das Programm der Europäischen Liberalen Demokraten, in: ders.u.a.: Programme für Europa, Bonn 1978.

Bertrand, Alfred:
Die Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer, in: Christlich-Demokratisches Panorama, 2-3/1978.

Bieber, Roland:
Vergleich der wichtigsten Programmaussagen, in: Martin Bangemann u.a.: Programme für Europa, Bonn 1978.

Boeck, Klaus:
Regionalpolitik - Eine Zukunftsaufgabe für die Gemeinschaft, in: Hans-Eckart Scharrer, Hg.: Europäische Wirtschaftspolitik.Programm und Realität, Bonn 1973.

Byrd, Peter J./Paterson, William E.:
Die Britische Labour Party, in: William E. Paterson/Kurt Th. Schmitz, Hg.: Sozialdemokratische Parteien in Europa, Bonn 1979.

Chubb, Basil:
Ireland, in: Stanley Henig, Hg.: Political Parties in the European Community, London 1979.

Colombani, Jean-Marie:
Les débats au sein de la gauche, in: Le Monde, 11.12.1979.

Dessloch, Hubertus:
Die Europäische Volkspartei EVP, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 14/1979.

Dittberner, Jürgen:
Die Parteitage von CDU und SPD, in: Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen: Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973.

Divided we stand, in: The Economist, 1.7.1978.

Döring, Herbert/Reif, Karlheinz:
The Consociational Democracy Model and the Analysis of Intra-Party Confict of the National and Transnational Level, vorgelegt dem Workshop über "Parties and European Integration", ECPR Joint Sessions of Workshops, Berlin 1977.

Dröscher, Wilhelm:
Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, in: Direktwahl des Europaparlaments, zusammengestellt von Claus Schöndube, Bonn 1977.

Dunn, James A. jr.:
"Consociational Democracy" and Language Conflict: A Comparison of the Belgian and Swiss Experiences, in: Comparative Political Studies, 5/1972.

Dzieyk, Wilfried:
Programme und Satzungen der Parteienbünde in der EG, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2/1978.

Everling, Ulrich:
Die europäische Integration nach den Gipfeltreffen, in: Integration, 4/1978.

Flechtheim, Ossip K.:
Politische Programme, in: Evangelisches Staatslexikon, vollständig neu bearbeitete und erweiterte Auflage 1975.

Ficker, Hans-Claudius u.a.:
Die Zusammenarbeit der liberalen Parteien in Westeuropa - Auf dem Weg zur Föderation?, in: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa, Bonn 1976.

Friedrich, Paul Joachim:
Die französischen Sozialisten und die Europafrage, in: Die Neue Gesellschaft, 2/1974.

Genscher, Hans-Dietrich:
Interview, in: Bonner Perspektiven, Zweites Deutsches Fernsehen, 31.3.1975 19.3o h.

ders.:
Interview mit der Westfälischen Rundschau am 7.5.198o.

Giscard gegen Mutmaßungen über deutsche Dominanz-Absichten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.11.1978.

Gresch, Norbert:
Zwischen Internationalismus und nationaler Machtbehauptung - Die europäische Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa, Bonn 1976.

Hänsch, Klaus:
Frankreich, in: Joachim Raschke, Hg.: Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978.

Hättich, Manfred:
Zur Typologie politischer Parteien, in: Gilbert Ziebura, Hg., Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969.

Hahn, Karl Josef/Fugmann, Friedrich:
Die Europäische Christlich-Demokratische Union zwischen Europäischem Anspruch und nationalen Realitäten, in: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa, Bonn 1976.

Hartmann, Jürgen:
Belgien, in: Joachim Raschke, Hg.: Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978.

ders.:
Großbritannien, in: Joachim Raschke, Hg.: Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978.

ders.:
Luxemburg, in: Joachim Raschke, Hg.: Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978.

ders.:
Niederlande, in: Joachim Raschke, Hg.: Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978.

Hasenpflug, Hajo:
Industrie- und Agrarpolitische Probleme der Beitrittskandidaten, in: ders./Beate Kohler: Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, Hamburg 1977.

Heiselberg, Vagn:
Längster Wahlkampf der Geschichte,in: Das Parlament, 9/3.3.1979.

Herman,Valentine/Lodge, Juliet:
The Party System of the European Community: National, Transnational, and Supranational Perspectives, Paper for presentation to the "Political Party Systems" panel of the "Comparative Political Systems - Western Countries" Section of the American Science Association Annual Convention, New York 1978.

Hornsby, Michael:
EEC budget rejection looks certain, in: The Times 8.12.1979.

Hrbek, Rudolf:
Eine neue politische Infrastruktur? Zum Problem transnationaler Parteienkooperation und Koalition politischer Parteien in der EG, in: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa, Bonn 1976.

ders.:
Parteibünde: Unterbau der EP-Fraktionen und unverzichtbares Element einer funktionsfähigen Infrastruktur der EG. Entwicklungsstand, Probleme und Perspektiven, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2/1976.

ders.:
Bund der Sozialdemokratischen Parteien, in: Dokumente, 1/1977.

ders.:
Die EG nach den Direktwahlen; Bilanz und Perspektiven, in: Integration, 2/1979.

ders.:
Europäisierung politischer Parteien und ihre Folgen, in: Thomas Ellwein, Hg.: Politikfeld-Analysen 1979, Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW, Oktober 1979 in Augsburg, Opladen 1980.

Huntzinger, Jacques:
Die außenpolitischen Konzeptionen der sozialistischen Partei Frankreichs, in: Europa-Archiv, 12/1975.

"In Cattenom kein Harrisburg-Reaktor", in: Saarbrücker Zeitung, 17.7.1980.

Jäger, Wolfgang:
Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, in: ders., Hg.: Partei und System, Stuttgart/Berlin/Mainz/Köln 1973.

Kallenbach, Volkmar:
Die Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien, in: Dokumente, 1/1977.

ders.:
Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 14/1979.

Karnofsky, Eva:
I Partiti tedeschi e la campagna elletorale per il parlamento europeo, in: Gianni Bonvicini/Saverio Solari, Hg.: I Partiti e le elezioni del parlamento Europeo, Rom 1979.

Kempf, Udo:
Die Parteien der Majorité, in: Der Bürger im Staat, 1/1978.

ders.:
Neuere Entwicklungstendenzen im französischen Parteiensystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 9/1980.

Kiersch, Gerhard:
Bilanz, Probleme, Zukunftschancen: Westeuropas demokratische Sozialisten zur Entspannung und Sicherheit, in: ders./Reimund Seidelmann, Hg.: Sicherheit und Entspannung in Europa, Frankfurt a.M./Köln 1977.

Kiersch, Elisabeth und Gerhard:
Demokratischer Sozialismus in Frankreich und kollektive Sicherheit in Europa: Die Strategie der Linksunion, in: Gerhard Kiersch/Reimund Seidelmann, Hg.: Sicherheit und Entspannung in Europa, Frankfurt a.M./Köln 1977.

Kimmel, Adolf:
Die französische Kommunistische Partei, in: Heinz Timmermann, Hg.: Eurokommunismus, Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt a.M. 1978.

Klaus, Rainer W.:
Überwindung der Blöcke: Konzeptionen der italienischen Linken zur Entspannung und Sicherheit in Europa, in: Gerhard Kiersch/Reimund Seidelmann, Hg.: Sicherheit und Entspannung in Europa, Frankfurt a.M./Köln 1977.

Köhnen, Helga:
Die Zusammenarbeit der Sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft, in: Die Neue Gesellschaft, 6/1976.

Köser, Helmut:
Parteien und Verbände in westlichen Demokratien, in: Wolfgang Jäger, Hg.: Partei und System, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973.

Kohler, Beate:
Integration und Verflechtung durch Europäische Wahlen? in: Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien 1973.

Krusche, Lutz:
Mit der Rose in der Faust sucht er Verbündete, in: Frankfurter Rundschau, 7.4.1979.

Kuper, Ernst:
Sicherheitspolitische Modellvorstellungen europäischer Parteibünde, in: Thomas Ellwein, Hg.: Politikfeld - Analysen 1979, Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW, Okt. 1979 in Augsburg, Opladen 1980.

"Leistung liegt im Deutschen drin", Spiegel-Gespräch mit Helmut Schmidt, in: Der Spiegel, 3/15.1.1979.

Lemaitre, Phillipe:
Les partis de la Communauté ont défini leurs "points de convergence", in: Le Monde,26.6.1978.

Mahling, Lothar:
Politische und programmatische Einheit. Die Europäischen Liberalen Demokraten, in: Das Parlament, 9/3.3.1979.

Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale, in: Sozialdemokrat Magazin, 1/1977.

Müller, Josef:
Vorgeschichte und Gründung der Europäischen Volkspartei, Brüssel 1977.

Murphy, Detlev:
Irland, in: Joachim Raschke, Hg.: Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978.

ders./Timmermann, Heinz:
Italien, in: Joachim Raschke, Hg.: Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978.

Mutz, Reinhard:
Europa in der Weltpolitik, in: Gerhard Kiersch/ Reimund Seidelmann, Hg.: Sicherheit und Entspannung in Europa, Frankfurt a.M./ Köln 1977.

Orridge, Andrew:
Die irische Labour Party, in: William E, Paterson/ Kurt Th. Schmitz, Hg.: Sozialdemokratische Parteien in Europa, Bonn 1979.

Papini, Roberto:
Für eine Doktrin der EVP, in: Christdemokratisches Panorama,2-3/1978.

Pridham, Geoffrey/Pridham, Pippa:
The New European Party Federations and Direct Elections, in: The World Today, Vol. 35 2/1979.

Projektgruppe Parteiensystem:
Bundesrepublik Deutschland, in: Joachim Raschke, Hg.: Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978.

Reif, Karlheinz:
Die Rolle der politischen Parteien in der künftigen Verfassung der Europäischen Union,in: Wolfgang Zapf, Hg.: Probleme der Modernisierungspolitik, Meisenheim a.Gl. 1977.

Rubart, Frauke:
Dänemark, in: Joachim Raschke, Hg.: Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978.

Rummel, Reinhardt:
Zwischen Diplomatenclub und Gemeinsamen Entscheidungsprozeß: Zur Zukunft der EPZ, in: Wolfgang Wessels/Reinhardt Rummel, Hg.: Die Europäische Politische Zusammenarbeit, Bonn 1978.

Sartori, Giovanni:
The Typology of Party Systems, Proposals for Improvement, in: Erik Allardt/Stein Rokkan, Hg.: Mass Politics, Studies in Political Sociology, New York/London 197o.

Sasse, Christoph:
Zur Verfassung der Europäischen Union, in: Heinrich Schneider/Wolfgang Wessels, Hg.: Auf dem Weg zur Europäischen Union? Diskussionsbeiträge zum Tindemans-Bericht, Bonn 1977.

Scharrer, Hans-Eckart:
Europäische Wirtschafts- und Währungsunion - Pragmatismus ohne politisches Konzept, in: ders., Hg.: Europäische Wirtschaftspolitik, Programm und Realität, Bonn 1973.

ders.:
Währungsintegration und Wechselkurssteuerung in der Gemeinschaft, in: Integration,4/1978.

Schneider, Heinrich:
Politische Willensbildung in der Europäischen Gemeinschaft. Zum Erfordernis eines "System of Government", in: Europa-Archiv, 19/1972

Schöndube, Claus:
Die Europäische Volkspartei, in: Dokumente,1/1977.

ders.:
Solidarität und Ziele, in: Europäische Zeitung, Juli 1978.

ders.:
Das Europäische Parlament ein halbes Jahr nach seiner Wahl, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 9/198o.

Seefeld, Horst:
Das Programm des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien, in: Martin Bangemann u.a.: Programme für Europa, Bonn 1978.

Seidelmann, Reimund:
Europaparlamentarismus als Beitrag zur Demokratisierung der EG, in:Gerhard Kiersch/Reimund Seidelmann ,Hg.: Eurosozialismus, Frankfurt a.M. 1979.

Solari, Saverio:
I partiti italiani e l'integrazione europea, in: Gianni Binvicini/Saverio Solari, Hg.: I partiti e le elezioni del parlamento Europeo,Rom 1979.

Stasi, Bernard:
Zur französischen Verteidigungspolitik, RTL-Französisch 14.5.198o, 18.oo h, in: Kommentarübersicht des Bundespresseamtes, 16.5.198o.

Statz, Albert:
Zum Stellenwert der Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Integrationsprozeß - Eine Skizze, in: Thomas Ellwein, Hg.: Politikfeld - Analysen 1979, Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW, Okt. 1979 in Augsburg, Opladen 1980.

Steiner, Jürg:
Majorz und Proporz, in: Politische Vierteljahresschrift, 1/1970.

Stern, Gustave:
Die französischen Sozialisten und die SPD, in: Die Neue Gesellschaft, 8/1977.

Thomas, Alistair H.:
Die sozialdemokratische Partei Dänemarks: Vorherrschaft, Niedergang und Wideraufstieg, in: William E. Paterson/Kurt Th. Schmitz, Hg.: Sozialdemokratische Parteien in Europa, Bonn 1979.

Vredeling, Henk:
The Common Market of Political Parties, in: Government and Opposition, 4/1971.

Wessels, Wolfgang:
Die Integrationsstrategie des Tindemans-Berichtes, in: Heinrich Schneider/Wolfgang Wessels, Hg.: Auf dem Weg zur Europäischen Union? Diskussionsbeiträge zum Tindemans-Bericht, Bonn 1977.

ders.:
Die EPZ - Ein neuer Ansatz europäischer Außenpolitik, in: ders./Reinhardt Rummel, Hg.: Die Europäische Politische Zusammenarbeit, Bonn 1978.

ders.:
Strategie des direktgewählten Parlaments - auf der Suche nach einer Rolle für das Europäische Parlament, in: Integration, 3/1979.

Wettig, Gerhard:
MBFR, in: Wichard Woyke, Hg.: Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 1977.

Wird der EG-Haushalt abgelehnt? in: Stuttgarter Zeitung, 7.12.1979.

Wolinetz, Steven B.:
Die holländische Arbeiterpartei - Eine sozialdemokratische Partei im Wandel, in: William E. Paterson/Kurt Th. Schmitz, Hg.: Sozialdemokratische Parteien in Europa, Bonn 1979.

Ziegler, Jean:
Les équivoques de la socialdémocratie, in: Le Monde Diplomatique, Januar 1978.

Lebenslauf

Am 8. Februar 1955 wurde ich als Tochter von Jürgen Karnofsky, Elektroingenieur grad., und seiner Frau Eva, geb. Schwarz, Volksschulkonrektorin, in Wesel geboren.
Ostern 1961 wurde ich in die evangelische Volksschule an der Böhlstraße zu Wesel eingeschult. Ostern 1965 wechselte ich auf das Städtische Neusprachliche Mädchengymnasium Wesel über, an dem ich im Mai 1973 mein Abitur ablegte.
Zum Wintersemester 1973/74 nahm ich an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster das Studium der Sozialwissenschaften und der Anglistik auf. Im Mai 1978 legte ich dort in den genannten Fächern das erste Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab, am 22. Januar 1979 das Magisterexamen in den Fächern Politikwissenschaft, Soziologie und Anglistik.
Am 1. November 1978 erhielt ich ein Doktorandenstipendium am Institut für Europäische Politik e.V., Bonn. Ich nahm die Arbeit an meiner Dissertation im Fach Politikwissenschaften an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen auf. Am 1. Dezember 1979 trat ich eine Stelle als Referentin im Informations- und Pressestab des Bundesministeriums der Verteidigung, Bonn, an.